

AUFTRAG



HEFT 237 / 1999

39. JAHRGANG

- Dokumentation: Humanitäre Intervention
- Diskussion um die Wehrform
- Braucht das Land neue Männer?



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

FRIEDENSETHIK / BILD DES SOLDATEN

Sicherheitspolitische Kommunikation nach dem Kalten Krieg (Eckhard Stuff)	4
Statt eines Vorwortes (PS)	5
DOKUMENTATION: »HUMANITÄRE INTERVENTION«	
Die GKS stellt Fragen zur humanitären Intervention der NATO im Kosovo	6
Staatssekretär Dr. Walter Stützle: BMVg teilt nicht die Bedenken der GKS	7
Reaktion des Kath. Militärbischofs	10
Gespräch im Bündnis: Polen und Deutsche in Strausberg (Eckhard Stuff)	11
Combined Joint Task Force (CJTF): Ein neues Instrument für den Frieden? (Klaus Liebetanz) ..	12
Die Herrschaft des Rechts abstützen (Winfried Dunkel)	15
Motto für den Weltfriedenstag 2000	16
General a.D. Ulrich De Maizières zum Berufsbild des Soldaten: Diener des ganzen Volkes (Jürgen Thoma)	17

DOKUMENTE UND MEINUNGEN ZUR WEHRFORM

Neu aufgelegt: Alte Diskussion um die bewährte Wehrpflicht in Deutschland	18
Wehrstruktur auf dem Prüfstand (Josef König) ..	18
„Die Gründe für die Wehrpflicht sind entfallen“ Interview mit Friedensethiker Justenhoven	20
Katholische Soldaten widersprechen Friedensethiker	20
Die Wehrpflicht in der Diskussion (Helmuth P. Jermer)	21
Warum die allgemeine Wehrpflicht auch künftig unentbehrlich ist (Hans Frank)	25
Auslandseinsätze sind ein Argument für die Wehrpflicht (Egge Weers)	26
Die Bundeswehr – Partner im Bereich der humanitären Auslandshilfe (Klaus Liebetanz)	27

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Von Invalidenhäusern, Invalidenkompanien und Bettelprivilegien (Wolfgang Altendorf)	30
Vor 60 Jahren wurde die deutsche Hochseeflotte versenkt: Scapa Flow (Eckhard Stuff)	32
Die Wehrmacht im Pakt mit Hitler: Der Führer, nur ein „Durchführer“? (Eckhard Stuff)	32
Reaktion auf Thomas Breuer's „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ (Josef Rommerskirchen) ..	33
Pax Christi: Kirche schweigt zur Verstrickung	34
Die katholischen deutschen Märtyrer des 20. Jahrhunderts (Kardinal Joachim Meisner)	35

MEINUNGSUMFRAGE: Die Deutschen sind zuversichtlicher als 1998	36
---	----

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Nachdenken über das Christentum in der Postmoderne	37
„Konkurrenz belebt das Geschäft“ (Priska Sauer-Longinotti)	38
ZdK: Der deutsche Katholizismus und die Bundeshauptstadt Berlin (Rolf Schumacher)	38
Lebenskrisen und Lebenswenden (Christoph Arens)	40
Paradiesesfreuden und Höllenfeuer (PS/KNA)	40
CHRISTEN IM IRAK: Zwischen Bomben und Embargo (Carmen Klein)	42
Irakische Oppositionelle gegen Papsttreffen mit Saddam Hussein	44
TAIZÉ: Mystik zwischen Baracken (Angelika Prauß)	45
Das Amt des Diakons: Diener der Gemeinschaft (D. Schmitz)	46

MANN IN DER KIRCHE

Josef (Michael Overmann)	48
Braucht das Land neue Männer? (Peter Döge) ..	52
Ziele und Leitlinien katholischer Männerseelsorge und Männerarbeit in Deutschland (GKMD)	58

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Die große Pleite – das Ende der DDR (Eckhard Stuff)	60
Die Revolution voller Hoffnung (Stefan Baier) ..	61
Bioethik-Konvention tritt in Kraft	62
Kaum Selbstverwirklichung durch Arbeit	62
Leitbilder im Spannungsfeld von Vorbildern und Idolen (Bernhard H. Strosing)	63
Generation 2000	69
Polinnen im Waffenrock: Kirche, Ehe, Kinder und Handkuss dennoch gefragt (Joachim G. Görlich) ..	70
Walesa: Ohne den Papst keine friedliche Revolution von 1989	70
Polens erster evangelischer Feldbischof (Joachim G. Görlich)	71
Bartoszewski ruft Deutsche und Polen zu Begegnungen auf	71
Polens First Lady: Vom Marxismus zum Christentum (Joachim G. Görlich)	71
Thierse: Polen und Deutsche wollen verbindende Zukunft gestalten	71

TITELBILD: Jakob begegnet seinem Sohn Josef: „Nun will ich gerne sterben, nachdem ich dein Angesicht gesehen habe und weiß, dass du noch am Leben bist.“ (Gen 46,30) Dann segnete Jakob seinen Sohn: „... Josef ist ein junger Fruchtbäum an der Quelle; seine Zweige ranken sich über die Mauer. ...“ (Gen 49,22)

KIRCHE UNTER SOLDATEN

Zur Entwicklung der Katholischen Deutschen	
Militärseelsorge (Heinrich Havermann)	72
Internationale Soldatenwallfahrt 2000 nach Rom ..	78
Katholikentag 2000 in Hamburg	79
Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes	80
Entstehung und Hintergründe der neuen Ordnung (Manfred Heinz)	82
Militärbischof Johannes Dyba wurde 70:	
Mit „eichenfällendem Mut“ auf dem Bischofssitz des Hl. Bonifatius (PS/KNA)	84
Nachruf: Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa am 17. Juli 1999 verstorben (Jürgen Bringmann) ...	86
40. Woche der Begegnung: Wo liegt Salem?	88

AUS DER GKS

GKS im WB I: Sie liegen in fremder Erde	90
GKS im WB III – Bonn	91
GKS im WB III – Essen	92
GKS im WB VI – Hammelburg	93
GKS im WB V – Tauberbischofsheim	94
GKS WB VI – Neuburg	94

KURZ NOTIERT 60, 71, 95

GEFUNDEN 99

BRIEFE AN DIE REDAKTION 34, 76

TERMINE 96

AUTOREN 97

PERSONALIA 87

BUCHBESPRECHUNGEN 98

INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT

BEWAHREN - MIT CHRISTUS GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN

Einladung zur Rom-Wallfahrt siehe Seite 74 f.




ROM

15. - 22. NOVEMBER 2000

Anmeldeformulare und weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Standortpfarrer

Hrsg. Katholisches Militärseelsorgeamt Rom, Layout: RefV 38

Sicherheitspolitische Kommunikation nach dem Kalten Krieg

Eckhard Stuff

Große sicherheitspolitische Debatten gab es vor dem Kosovo-Krieg zumindest zwei in der Bundesrepublik Deutschland: die Debatte über die Wiederbewaffnung sowie den NATO-Beitritt in den fünfziger Jahren und den Streit über die Nachrüstung zu Beginn der achtziger Jahre. Außerhalb großer sicherheitspolitischer Entscheidungen und Krisen ist die sicherheitspolitische Kommunikation eine Diskussion von Experten in eher kleinen Zirkeln. Vor dem Kosovo-Krieg sah der bekannte sicherheitspolitische Experte der Süddeutschen Zeitung, Josef Joffe, gar schon ein Ende „des goldenen Zeitalters der Sicherheitspolitik“. Die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg hat im Rahmen einer Tagung versucht, Möglichkeiten und Grenzen der Verbesserung der sicherheitspolitischen Kommunikation in Deutschland aufzuzeigen. Die wesentlichen Beiträge haben Sven Bernhard Gareis und Rolf Zimmermann in einem Band zusammengefasst, der bei NOMOS erschienen ist (*Gareis/Zimmermann (Hrsg.): Sicherheitspolitische Kommunikation, 148 S., Baden-Baden 1999*).

Tatsache ist, dass Arbeitsmarktpolitik Gewährleistung der sozialen Sicherheit, Gesundheitspolitik oder Bildungspolitik breitere Teile der Öffentlichkeit interessieren und bewegen. Dieses gilt zumindest, solange keine äußeren Krisen oder gar ein Krieg auf europäischem Boden herrschen. Mit einer potentiellen Betroffenheit nimmt das Interesse zu. Über einige Jahre glaubten viele in Deutschland, dass der Zusammenbruch des Warschauer Paktes den Frieden in Europa garantierte. Sie irrten. Vielmehr machte der Wegfall der großen Schwerter die kleinen Dolche wieder gebrauchbar. Der disziplinierende Einfluss einer – halbwegs – funktionierenden Führungsmacht fiel weg und machte Regional- und Nationalbewegungen unterschiedlicher Couleur aktiv. Der Balkan zeigt es.

Der Marburger Politikprofessor

Wilfried von Bredow sieht in seinem Beitrag eine anachronistische Distanz deutscher Wissenschaftler – häufig auf Aversion gegenüber allem Militärischen begründet – zu sicherheitspolitischen Fragen: „Nach wie vor gibt es im Verhältnis Streitkräfte/ Sozialwissenschaften hier zu Lande eine Menge wunder Punkte. Wenn man etwa in die USA blickt und feststellt, in welchem Maß sozialwissenschaftliche Beobachtung innerorganisatorischer Vorgänge dort praktiziert wird, muss man die hiesige Distanz als anachronistisch beurteilen. Sicherheitspolitische Experten und solche für die Organisation der Streitkräfte und ihren Einbau in die zivile Gesellschaft werden auch heute an den Universitäten kaum zu finden sein.“

Bredow fordert die großen Wissenschafts-Stiftungen in Deutschland auf, Stiftungsprofessuren für Sicherheitspolitik einzurichten. So könnte dazu beigetragen werden, ein Netzwerk von Experten und Expertennachwuchs zu etablieren.

„Wie können sicherheitspolitische Themen im Medium Fernsehen verständlich gemacht werden?“ ist die Frage, der Fernsehjournalist Armin Halle nachgeht. Seine Antwort: „Zuerst sind journalistische Tugenden und Fertigkeiten gefragt: Wahrhaftigkeit in der Wahl der Bilder, Übereinstimmung zwischen Bild und Text, zwischen dem Gezeigten und dem Gesagten, Sorgfalt im Umgang mit dem meist unerlässlichen Archivmaterial. Und schließlich Professionalität (Wissen und Können) und Phantasie oder besser Gestaltungswillen, einen guten Film zu machen. Dies ist also eine Arbeit auf einem schmalen Grat, die Risiken eines Absturzes sind größer als bei jedem anderen Medium. Ein Publikum, das sich von aktuellen Bildern betäuben lässt, verliert seine Urteilskraft, ein Publikum, dessen Bedürfnis nach Unterhaltung nicht bedient wird, schaut gar nicht erst hin. Wer nur unterhält, bringt nichts rüber. Aber wer nicht auch ein wenig unterhält, wird wenig Information trans-

portieren. Ich bin davon überzeugt: Sicherheitspolitik kann überaus spannend sein.“

Hier setzt die Analyse des Koblenzer Politikprofessors Ulrich Sarcinelli an, der die Bedeutung der Medien auch bei der sicherheitspolitischen Meinungsbildung kritisch hinterfragt: „Themenperzeption und Meinungsbildung in der Öffentlichkeit stehen unter dem Einfluss einer Gewichtsverschiebung vom Institutionellen hin zum Medialen: Es gibt einen schleichenden Bedeutungsverlust politischer Organisationslogik einerseits und einen Bedeutungsgewinn der Medienlogik andererseits. Ich halte es für eine schleichende aber gleichwohl sehr ernst zu nehmende „Systemveränderung“, die man vielleicht im Rückblick einmal als den Wandel von der repräsentativen zur „präntativen“ Demokratie hin zeichnen wird. Eine Demokratie, die nicht mehr primär vom Funktionieren ihrer Institutionen abhängt, sondern in hohem Maße bestimmt wird vom permanenten „Wettbewerb um Augenblicke öffentlicher Aufmerksamkeit“. Und: „Insgesamt bewirkt das, was man als den „CNN-Faktor“ bezeichnen könnte, eine ungeheure Dynamisierung des medialen und nicht selten auch politischen Prozesses. Die Folge ist oft das, was ich als aktionistische Lähmung, als rasenden politischen Stillstand des politischen Prozesses bezeichnen möchte. Informationen wirken, bevor ihre Seriosität geprüft werden kann. Politik sieht sich zum Handeln, gegebenenfalls zur aktionistischen Als-Ob-Politik veranlasst, weil man Taten sehen will.“

Weitere interessante Beiträge finden sich in dem Band. Sie wiederzugeben würde den Rahmen sprengen.

Abschließend seien jedoch die Schlussthesen des Bandes wiedergegeben:

„1. Sicherheitspolitische Kommunikation bleibt ein Anliegen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Den Verantwortlichen in

Politik und Exekutive obliegt es in hohem Maße, diesen Kommunikationsprozess in Gang zu halten und durch geeignete Initiativen und Impulse weiter zu fördern.

2. Sicherheitspolitische Kommunikation ist Gegenstand eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses. Als solcher steht sicherheitspolitische Kommunikation in ständiger Konkurrenz mit anderen gesellschaftspolitischen Themen, die in der Öffentlichkeit gegebenenfalls als existentieller betrachtet werden und mehr öffentliche Aufmerksamkeit binden als Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
3. Entsprechend der Abhängigkeit von Themenkonjunkturen im öffentlichen Bewusstsein ist Sicherheitspolitik nicht mit gleich bleibender Intensität in den Medien, in den wissenschaftlichen Arbeitsfeldern und im politischen Diskurs präsent. Angebote zur sicherheitspolitischen Kommunikation werden daher auch unterschiedlich stark erwidert. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, dass von der Angebotsseite her in den kommunikativen Bemühungen nachgelassen werden kann – im Gegenteil.
4. Sicherheitspolitik ist ein komplexer Gegenstand, über den kurz und griffig zu informieren schwer fällt, und der daher auch schwer zu kommunizieren und zu diskutieren ist. Aufgabe der sicherheitspolitischen Kommunikation ist es daher, geeignete Konzepte zu entwickeln, die diese Komplexität angemessen reduzieren. Darüber hinaus muss Sicherheitspolitik in ihren Bezügen zur Lebenswelt der Bevölkerung dargelegt werden, wenn deren Interesse und Aufmerksamkeit geweckt bzw. erhalten werden sollen.
5. Das gesellschaftliche Interesse an Sicherheitspolitik ist ein latentes, das jederzeit aktualisiert werden kann. Diese Aktualisierung ist jedoch kaum vorhersehbar und entsprechend wenig steuerbar. Sie folgt im Wesentlichen den Gesetzen der öffentlichen Meinung und ist damit in hohem Maße abhängig von den

Thematisierungsbedingungen der Medien. Dies gilt in besonderer Weise für die Aspekte von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die im öffentlichen Bewusstsein als kritisch wahrgenommen werden.

6. Nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes haben Sicherheitspolitik und die Kommunikation über diesen Gegenstand die gesellschaftliche Polarisierung, die in den vergangenen Jahrzehnten mit unterschiedlichem Bezug und Akzentuierung zu verzeichnen war, überwunden. Sie ist damit einer sachbezogenen Erörterung auch über bestehende Auf-

fassungsunterschiede hinweg zugänglich. Dies stellt neue qualitative Anforderungen an die sicherheitspolitische Kommunikation. Glaubwürdige sicherheitspolitische Kommunikation kann in dieser Situation nicht gelingen, wenn es den unterschiedlichen Akteuren nur daran gelegen bleibt, den eigenen Standpunkt argumentativ zu untermauern. Offenheit und die Bereitschaft, sich mit anderen Positionen auseinander zu setzen, sind unabdingbare Voraussetzungen für das Gelingen des gesellschaftlichen Dialogs zu dieser Thematik. □

STATT EINES VORWORTES:

Zur sicherheitspolitischen Kommunikation in diesem Heft

Die Artikel der folgenden Seiten sind Beispiele für eine sicherheitspolitische Kommunikation, wie die GKS sie versteht und sie in der Schlussthese 6 des oben besprochenen Buches über das Strausberger Symposium beschrieben wurde.

Nicht erst seit Herbst 1998 führt die GKS die Diskussion um die ethische Erlaubtheit HUMANITÄRER INTERVENTIONEN und ihre Mandatierung durch die Vereinten Nationen oder andere kollektive Sicherheitsbündnisse. AUFTRAG hat wiederholt darüber berichtet (s.u.a. Nr. 233/Sept. 1998 bis 236/Juli 1999). So waren die NATO-Luftschläge gegen die Bundesrepublik Jugoslawien bei der diesjährigen Bundeskonferenz der GKS Ende April in Schmochtitz das alle Delegierten bewegende zentrale Thema. Die Fragen der Gemeinschaft hatte der Bundesvorsitzende in einem Brief dem Bundesminister der Verteidigung gestellt (s.S. 6). Die vom Staatssekretär des BMVg Dr. Walter Stützle erteilte, ausführlich begründete Antwort ist auf den Seiten 7 bis 10 abgedruckt.

Dieser Dokumentation folgen Beiträge zur praktischen Verbesserung der Sicherheit unseres Landes in Zusammenarbeit mit den Verbündeten und Nachbarn.

Schließlich greift AUFTRAG die „Sommerdiskussion“ um die Allgemeine Wehrpflicht auf, die gerade im katholischen Raum durch ein Interview des Leiters des Instituts für Theologie und Frieden (s.S. 20) und die Entgegnung des Bundesvorsitzenden (ebd.) zu einer (kontroversen) Diskussion geführt hat. Die These, „Deutschland ist nicht mehr militärisch bedroht, jetzt sind wir nur noch von befreundeten Staaten umgeben.“, war schon – als sie vom früheren CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe geäußert wurde – „blauäugig“. Ihr lässt sich durch einen Blick auf das Risikopotential im Umfeld des NATO-Bündnisgebietes (siehe Kapitel „Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen“, S. 13, in: „Bestandsaufnahme. Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“; Hrsg. BMVg, Mai 1999) leicht begegnen. (PS)

Die GKS stellt Fragen zur humanitären Intervention der NATO im Kosovo

Brief des Bundesvorsitzenden Oberst Klein an Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping

*Sehr geehrter
Herr Minister Scharping,*

die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist davon überzeugt, dass im Falle einer drohenden humanitären Katastrophe ethisch-moralische Gründe sehr stark für eine „humanitäre Intervention“ zum Schutz der Menschenrechte im Kosovo sprechen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und eine klare rechtliche Grundlage gegeben ist. Alle ihre Mitglieder würden einen solchen Einsatz mit voller Überzeugung unterstützen und wären auch persönlich dazu bereit.

Die Tatsache, dass einem solchen Kampfeinsatz bis heute kein ausdrückliches Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zugrunde liegt, gibt jedoch Anlass zur Sorge und zu einer Reihe von Anfragen. In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass nach der für uns verbindlichen Friedenslehre der Katholischen Kirche dem Aufbau einer wirksamen Weltautorität und der unbedingten Kriegsächtung ethisch ein hoher Rang zukommt.

Dabei ist sich die GKS durchaus der Position der Bundesregierung bewusst, wie sie von Herrn Bundeskanzler Schröder auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 6. Februar 1999 formuliert wurde. Danach ist ein solches Mandat grundsätzlich erforderlich, aber ein Kampfeinsatz der Bundeswehr zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe muss notfalls auch ohne ein solches Mandat möglich sein.

In ihrer Presseerklärung vom 26. Sept. 1998 (Anlage) stellte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten mit Sorge fest, dass nach den Beschlüssen der Vereinten Nationen (Resolution des Sicherheitsrates 1199 vom 23.09.1998) und des NATO-Rates

von Vilamoura vom 24.09.1998 erstmals eine Lage eintreten könnte, in der deutsche Soldaten durch eine friedenerzwingende militärische Operation in der Bundesrepublik Jugoslawien einen Auftrag erhalten, der nicht mit der notwendigen Eindeutigkeit durch geltendes Völkerrecht gedeckt wird.

Der NATO-Rat erteilte am 13. Oktober 1998 den grundsätzlichen Einsatzbefehl nur begrenzte Luftoperationen zur Abwendung der humanitären Katastrophe im Kosovo. Das Bundeskabinett hatte dazu am Vortag seine Zustimmung gegeben. Der Bundestag erteilte auf seiner Sondersitzung am 16. Oktober 1998 seine Zustimmung zu dem Kabinettsbeschluss. Inzwischen hat sich die Lage im Kosovo weiter verschärft. Ein Kampfeinsatz der Bundeswehr ist in Sichtweite gerückt.

Da einem solchen Einsatz kein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das nach unserer Auffassung in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994 gefordert wird, zugrunde liegt und auch kein allgemein akzeptiertes Gewohnheitsrecht zu erkennen ist, wäre dies unseres Erachtens ein Einsatz ohne zweifelsfreie völkerrechtliche Grundlage und damit ohne gesicherte rechtliche Fundierung. Mit ihrer Entscheidung nehmen die NATO, das Parlament und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jedoch für sich in Anspruch, subsidiär anstelle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, wenn auch durchaus im Sinne der Intention des Völkerrechts, über die Verhängung militärischer Maßnahmen zu entscheiden. Dabei bleibt auch zu bedenken, dass dies leicht zur Nachahmung bei anderen führen und als Folge die VN-Charta aufs Spiel setzen könnte. Der engezielte Zweck verkehrte sich

damit in sein Gegenteil.

Zudem wäre bei einer fehlenden völkerrechtlichen Grundlage die völkerrechtliche Position unserer Soldaten im Einsatz nicht in dem Umfang gesichert wie bei einem Einsatz im Auftrag des VN-Sicherheitsrates. Diese Sorge wird dadurch verstärkt, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Völkerrechtslehrer eine gewaltsame Intervention aus humanitären Gründen jedenfalls in solchen Fällen ablehnt, in denen kein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zugrunde liegt.

Auch wenn man die Entscheidung des Bundestages vom 16. Oktober 1998 als ausreichende innerstaatliche Grundlage für einen friedenerzwingenden Kampfeinsatz der Bundeswehr ansieht, bleibt doch die Frage nach den moralischen und möglicherweise auch rechtlichen Konsequenzen für die einzelnen Soldaten, wenn das Bundesverfassungsgericht den Beschluss des Deutschen Bundestages nach einem solchen Kampfeinsatz wegen fehlender völkerrechtlicher Begründung aufheben sollte.

Auch aus ethischer Sicht verbinden sich unsererseits mit einem solchen Einsatz erhebliche Bedenken

- Eine humanitäre Intervention ohne Mandatierung durch den VN-Sicherheitsrat könnten die Vereinten Nationen nachhaltig beschädigen, der schwierige Weg zu einer Herrschaft des Rechts in den internationalen Beziehungen könnte dadurch gefährdet werden.
- Weiterhin besteht für uns keine zweifelsfreie Klarheit bezüglich der Wirksamkeit eines Einsatzes (Beispiel der Luftschläge gegen den Irak) sowie hinsichtlich eines überzeugenden politischen Konzeptes und einer klaren „exit strategy“.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sieht sich in der Pflicht, diese ernsten Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Deutsche Soldaten dürfen nicht in völkerrechtlich, rechtlich und ethisch zweifelhafte Einsätze geschickt werden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten erwartet daher von den politisch Verantwortlichen, entsprechend den Prinzipien der inneren Führung, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass

- die Soldaten der Bundeswehr die politischen, rechtlichen und ethischen Voraussetzungen eines solchen Einsatzes mittragen können und
- insbesondere die völkerrechtliche Legitimation und die ethische Begründung einer solchen

Intervention eindeutig klargestellt sind.

Wir fürchten eine Situation, in der sich einzelnen Soldaten angesichts der völkerrechtlichen Zweifel die Frage nach den Grenzen des Gehorsams stellt. Eine dadurch möglicherweise zur Unzeit losgetretene öffentliche Debatte könnte dem Ansehen der Bundeswehr und dem inneren Gefüge der Streitkräfte schaden.

Darüber hinaus hält es die Gemeinschaft Katholischer Soldaten für geboten, auf eine Klärung der völkerrechtlichen Legitimationsbasis für einen bewaffneten Einsatz aus humanitären Gründen hinzuwirken.

Aus Gründen der Loyalität trägt die Gemeinschaft Katholischer Soldaten diese Sorge Ihnen, Herr Mini-

ster, vor, ohne sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Aus unserem Selbstverständnis als katholischer Verband (GKS) innerhalb der Militäreinsatzorganisation senden wir einen Nebenabdruck dieses Schreibens an unseren katholischen Militärbischof, Herrn Erzbischof DDr. Johannes Dyba, Fulda.

Wir sind uns des Risikos bewusst, dass unser Anliegen durch Gegner eines Kampfeinsatzes im Kosovo instrumentalisiert werden könnte. Wir haben daher dafür Sorge getragen, dass von unserer Seite die Vertraulichkeit dieses Briefes gewahrt wird.

*Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein
Oberst
Bundesvorsitzender der GKS*

STAATSEKRETÄR DR. WALTER STÜTZLE:



BMVg teilt nicht die völkerrechtlichen und ethischen Bedenken der GKS

In einem Brief vom 24. Juni antwortet der Staatssekretär des BMVg Dr. Walter Stütze auf die Fragen und Vorbehalte der GKS. Eine überzeugende Argumentation, welche die deutsche Beteiligung an den NATO-Luftoperationen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zur Beendigung schwerster Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen im Kosovo aus völker-, verfassungs- und dienstrechtlicher sowie aus ethischer Sicht begründet. Die Dokumentation gibt das Schreiben im Wortlaut wieder – Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt.

Gewaltmonopol liegt bei den VN

Die in diesem Schreiben (*des Bundesvorsitzenden der GKS vom 12.03.1999; Anm. der Red.*) zum Ausdruck gebrachte Auffassung, die Beteiligung deutscher Soldaten an den Luftoperationen der NATO im Kosovo sei völkerrechtlich, rechtlich und ethisch zweifelhaft, darüber hinaus sei die völkerrechtliche Position unserer Soldaten im Einsatz nicht geklärt, sodass sich für einzelne Soldaten die Frage nach den Grenzen des Gehorsams stellen könnte, vermag ich nicht zu teilen.

Die Beteiligung deutscher Soldaten an den Luftoperationen der NATO in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) steht mit dem Völkerrecht in Einklang.

Es ist unstreitig, dass das Gewaltmonopol bei den Vereinten Nationen (VN) liegt (Artikel 2 Nr. 4 VN Charta). Auch die Bundesregierung setzt sich aktiv dafür ein, dieses Gewaltmonopol zu bewahren. Einsätzen der NATO muss deswegen, wenn irgend möglich, ein VN-Mandat zugrunde liegen. Dieses Gewaltmonopol gilt jedoch nicht ausnahmslos. Die VN-Charta sieht zwei Ausnahmen vor: das Recht zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 und Gewaltanwendung auf Grund einer vom Sicherheitsrat der VN erteilten Ermächtigung nach Kapitel VII. Darüber hinaus kann – dies zeigen die Vorgänge im Kosovo deutlich – niemand ausschließen, dass dieses

Gewaltmonopol zu einer Lücke bei der Wahrung des Weltfriedens oder der Durchsetzung der Grundrechte der Staatengemeinschaft führt.

Dies ist der Fall, wenn ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats ein Veto androht oder ausspricht oder angesichts neuer Konfliktformen, die sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelt haben. Diese sind als innerstaatliche Konflikte durch schwere Menschenrechtsverletzungen (Ruanda, Kosovo) gekennzeichnet und der Kompetenz des Sicherheitsrates entzogen, soweit dieser sie nicht als grenzüberschreitende Friedensbedrohung einstuft (Artikel 39 VN-Charta). In diese Lücken hinein entwickelt sich eine gewohnheitsrechtliche Position auf Intervention aus humanitären Gründen.

Völkermord und Vertreibung nicht nur innere Angelegenheit

Die Staatenpraxis nach Ende des Zweiten Weltkrieges betrachtet Völkermord und Vertreibung einer ganzen Volksgruppe nicht länger als innere Angelegenheit eines einzelnen Staates. Beispiele für diese Staatenpraxis sind der Einsatz von Friedenstruppen der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) im August 1990 im Bürgerkrieg in Liberia, die Operation PROVIDE COMFORT, mit der 1991 kurdische Flüchtlinge im Norden Iraks durch US- und GB-Streitkräfte geschützt wurden, sowie die Operation SOUTHERN WATCH zur gewaltsamen Durchsetzung der Flugverbotszone über dem Irak südlich des 32. Breitengrades nach dem zweiten Golfkrieg.

Darüber hinaus stellt die VN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948 die dort genannten Tatbestände – u.a. die Tötung von Mitgliedern einer Volksgruppe aus nationalen, ethnischen oder rassischen Gründen gemäß Artikel III – unter Strafe.

Kriterien für humanitäre Interventionen

Seit der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 ist anerkannt, dass die Menschenrechtssituation nicht mehr ausschließlich zu den inneren Angelegenheiten eines Staates zählt. Die Staats- und Regierungschefs haben beim Gipfeltreffen des VN-Sicherheitsrats im Januar 1992 ausdrücklich und einmütig ihre Bereitschaft bekundet, zur Durchsetzung der Menschenrechte Einschränkungen der staatlichen Souveränität zu dulden. Das Europäische Parlament hat am 20. April 1994 die EU-Partner ausdrücklich aufgefordert, an dem rechtsbildenden Prozess zur Anerkennung eines Rechts auf humanitäre Intervention aktiv mitzuwirken, und es hat Kriterien aufgestellt, die bei einer humanitären Intervention erfüllt sein müssen:

- Der VN Sicherheitsrat wird seinem Gewaltmonopol – aus welchen Gründen auch immer – nicht gerecht;
- der betreffende Territorialstaat

ist zur Verhinderung der Menschenrechtsverletzungen oder zur Abwendung der humanitären Katastrophe entweder nicht bereit oder nicht in der Lage;

- alle anderen Lösungsversuche, soweit sie möglich und vernünftig sind, sind ausgeschöpft und erfolglos geblieben;
- eine begrenzte militärische Operation unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel wird durchgeführt, die nicht von den Vereinten Nationen verurteilt werden darf.

Das völkerrechtliche Institut der humanitären Intervention erlaubt es daher auch nach Auffassung des Europäischen Parlaments, als Ultima Ratio ohne mandatierende Resolution des Sicherheitsrates bewaffnete Streitkräfte zur Verhinderung schwerster und systematischer Menschenrechtsverletzungen oder zur Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden humanitären Katastrophe einzusetzen.

Bedingungen im Kosovo Konflikt gegeben

Die vom Europäischen Parlament aufgestellten Bedingungen für eine humanitäre Intervention waren im Kosovo gegeben. Belgrad war nicht bereit, Völkermord und Vertreibung an den Kosovo-Albanern zu beenden. Alle Versuche, in Rambouillet zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, scheiterten am Widerstand Belgrads. Zudem führte die NATO eine auf begrenzte politische Ziele gerichtete Luftoperation durch, die beendet wurde, nachdem Milosevic die politischen Forderungen der NATO zu erfüllen begann.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, hat am 9. April 1999 in Genf im Hinblick auf den Kosovo-Konflikt festgestellt: „Wir stehen unter der dunklen Wolke des Verbrechens des Völkermordes.“ Er hat zudem erklärt, der Sicherheitsrat dürfe nicht zu einem Refugium derjenigen werden, die unter dem Deckmantel der Souveränität schlimmste Verstöße gegen die Menschenrechte unternehmen.

Die politischen Forderungen der NATO an Milosevic, die militärischen Operationen im Kosovo einzu-

stellen, die Armee und die Einheiten der serbischen Sonderpolizei aus dem Kosovo abziehen, der Stationierung einer internationalen Friedenstruppe ebenso wie der bedingungslosen Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen zuzustimmen, den ungehinderten Zugang der Hilfsorganisationen zum Kosovo zu ermöglichen und glaubhaft zu versichern, ein Friedensabkommen auf der Grundlage des Abkommens von Rambouillet schließen zu wollen, werden von den Vereinten Nationen mitgetragen.

Mehrere Beschlüsse des Sicherheitsrates nach Kapitel VII der VN-Charta (Res. 1160, 1199 und 1203) qualifizieren die Lage im Kosovo als Friedensbedrohung im Sinne des Artikel 39. Nachdem die BRJ entgegen ihren vom Sicherheitsrat ausdrücklich auferlegten Verpflichtungen die elementarsten Minderheiten- und Menschenrechte der Kosovo-Albaner weiterhin systematisch verletzt hatte, war ein Handeln der Mitglieder der Nordatlantischen Allianz – auf der Grundlage des NATO-Ratsbeschlusses vom 8. Oktober 1998 – unausweichlich.

Einschätzung der Völkerrechtler

An dieser Einschätzung änderte auch der Umstand nichts, dass die Rechtmäßigkeit und der Grad der völkergewohnheitsrechtlichen Verfestigung des Rechts zur humanitären Intervention unter Völkerrechtlern umstritten sind. Immerhin erkennen einflussreiche Autoren das Recht auf humanitäre Intervention an. Nach Scholz (FOCUS vom 12. April 1999, S. 30) gilt dieses „prinzipiell ... kraft Gewohnheitsrechts“. Tomuschat (Die Welt vom 14. April 1999) hält die humanitäre Intervention für legitim, ebenso Herdegen (Die Welt vom 13. April 1999), Nettesheim (Die Welt vom 27. März 1999) und Frowein (Die WELT vom 19. August 1998). Beyerlin (Die Welt vom 27. März 1999) und Simma (in der SZ sowie im Tagesspiegel vom 27. März 1999) halten die völkerrechtliche Rechtsgrundlage für zweifelhaft, die Luftschläge gleichwohl für hinnehmbar.

Diese Äußerungen sind im Hinblick auf die Feststellung, ob bereits heute von einem Gewohnheitsrecht zur humanitären Intervention ausge-

gangen werden kann, nicht entscheidend. Denn Artikel 38 des Statuts des internationalen Gerichtshofs bestimmt, dass die Lehrmeinungen der fähigsten Völkerrechtler der verschiedenen Nationen lediglich als Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen herangezogen werden.

Bereits am 18. April 1991 hat der damalige Bundesaußenminister Genscher in einer Rede im Deutschen Bundestag zur Lage der kurdischen Flüchtlinge im Irak im Ergebnis das Bestehen eines Rechts zur humanitären Intervention festgestellt, in dem er u.a. ausführte:

„... die Resolution 688 (des Sicherheitsrats der VN) hat historische Bedeutung. Sie hat erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass die Missachtung der Menschenrechte den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht. Sie kann nicht mehr nur als innere Angelegenheit eines Staates behandelt werden. Das ist eine wichtige Fortentwicklung des Völkerrechts.

Künftig kann sich keine Regierung, die Völkerrecht und Menschenrechte mit Füßen tritt, die die Bürger ihres Landes unterdrückt und zur Flucht zwingt, darauf berufen, dass solche Vorgänge eine innere Angelegenheit sind, die der Mitsprache der Völkergemeinschaft und der Vereinten Nationen entzogen sind.“

Ohne die Anerkennung des Rechts auf humanitäre Intervention unter Beachtung der dargelegten Voraussetzungen entstünde ein rechtsfreier Raum, der es jedem Staat ermöglichte, unter Berufung auf seine inneren Angelegenheiten und seine Souveränität auf dem eigenen Territorium Völkermord, ethnische Säuberungen, Vertreibung und andere schwerste Menschenrechtsverletzungen gegenüber einer Volksgruppe zu begehen, ohne dass Dritte dies verhindern dürften. Dies wäre weder aus rechtlichen noch aus ethisch moralischen Gründen vertretbar.

Nach alledem konnte die Beteiligung deutscher Soldaten an den Luftoperationen der NATO in der BRJ im Ergebnis aus völkerrechtlicher Sicht auf ein Recht zur humanitären Intervention gestützt werden.

Verfassungsrechtliche Sicht

Aus verfassungsrechtlicher Sicht war die Beteiligung deutscher Soldaten an den NATO-Luftoperationen in der BRJ ebenfalls rechtmäßig. Ver-

fassungsrechtliche Grundlage für die deutsche Beteiligung an diesem Einsatz ist Artikel 24 Abs. 2 GG. Danach kann der Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen. Diese Bestimmung bietet zugleich die Grundlage „für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben und damit auch für eine Verwendung der Bundeswehr zu Einsätzen, die im Rahmen und nach den Regeln dieses Systems stattfinden“ (BVerfG 90, 286, 345). Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass nicht nur die Vereinten Nationen, sondern auch die NATO ein solches System gegenseitiger kollektiver Sicherheit darstellt. Damit hat das Bundesverfassungsgericht eine Auslegung des NATO-Vertrages akzeptiert, wonach der Vertrag unter bestimmten Voraussetzungen auch friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen der Allianz außerhalb des NATO-Gebiets zulässt.

Der NATO-Einsatz im Kosovo beruhte auf dem Beschluss des NATO-Rats vom 8. Oktober 1998 über begrenzte und in Phasen durchzuführende Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo. Der Einsatz fand somit im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit statt. Die Bundesregierung hatte am 12. Oktober 1998 beschlossen, vorbehaltlich der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag für diese Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe deutsche Kräfte als Beitrag für die von NATO-Mitgliedstaaten gebildete Eingreiftruppe unter Führung der NATO einzusetzen (BT-Drs. 13/11469).

Dem hat der 13. Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 zugestimmt. Der 14. Deutsche Bundestag hat sich diese Beschlusslage zu Eigen gemacht. Seit dem 24. März 1999 beteiligten sich deutsche Kräfte an den Luftoperationen der NATO. Bundestag und Bundesregierung sind bei ihrem Beschluss bewusst gewesen, dass ein Einsatz zur humanitären Intervention notfalls auch ohne Ermächtigung durch den VN-Sicherheitsrat durchgeführt werden müsse. Sie gehen davon aus, dass auch ein derartiger Ein-

satz der NATO vertragsgemäß ist (BT-Drs. 13/11469, S. 2). Die Luftangriffe der NATO entsprachen damit dem Bundestagsbeschluss vom 16. Oktober 1998.

Der Einsatz der Bundeswehr verstieß insbesondere nicht gegen das verfassungsrechtliche Verbot friedensstörender Handlungen in Artikel 26 Abs. 1 GG. Denn die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien wurde ausdrücklich und wiederholt anerkannt. Insbesondere sah auch das Abkommen von Rambouillet den Erhalt der Bundesrepublik Jugoslawien in seiner Gesamtheit vor. Der militärische Einsatz der NATO fand als Ultima Ratio zur Schaffung des Friedens und zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo statt, nachdem alle politischen Bemühungen für eine Friedensregelung zwischen den Konfliktparteien erfolglos geblieben waren. Er war aus verfassungsrechtlicher Sicht auf der Grundlage von Artikel 24 Abs. 2 GG rechtmäßig.

Dienstrechtliche Sicht

Auch aus dienstrechtlicher Sicht stand der deutschen Beteiligung an den Luftoperationen der NATO in der BRJ nichts entgegen. Der Einsatz war völker- und verfassungsrechtlich zulässig. Damit steht für den einzelnen Soldaten die Frage nach den Grenzen seiner Gehorsamspflicht nicht zur Debatte; denn die Beteiligung an einem rechtmäßigen Einsatz der Bundeswehr begründet die uneingeschränkte Pflicht zum Gehorsam für den einzelnen Soldaten.

Die Frage nach der Rechtsposition der deutschen Soldaten seit Beginn der Luftoperation der NATO im Kosovo ist wie folgt zu beantworten: Alle deutschen Soldaten haben als Angehörige der Streitkräfte einer Partei, die ebenso wie die anderen NATO-Mitgliedstaaten an einem internationalen bewaffneten Konflikt beteiligt ist, den Kombattantenstatus, soweit ihnen nicht – wie im Rahmen der SFOR-Operation – ein besonderer völkerrechtlicher Immunitätsstatus zuerkannt ist.

Ethisch-moralische Sicht

Die Beteiligung deutscher Soldaten an den Luftoperationen in der

BRJ war auch aus ethisch moralischer Sicht nicht zu beanstanden. Der Einsatz diene der Beendigung von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen im Kosovo, mithin der Beendigung jener Verbrechen, die das Regime Milosevic gegen einen Teil des eigenen Volkes begangen hat. Dabei ist es das Ziel der Allianz, den Kosovo-Albanern die Rückkehr in ihre Heimat und den sicheren Verbleib dort zu ermöglichen, den Aufbau demokratischer Strukturen zu unterstützen und auf dem Balkan dauerhafte Voraussetzungen für Frieden, Demokratie und gute Nachbarschaft zu schaffen.

Bundesminister Scharping hat in seiner Rede anlässlich der Kosovo-Debatte im Deutschen Bundestag am 15. April 1999 die Kernfrage folgendermaßen formuliert: „Können wir denen die Not-hilfe verweigern, die wehrlos einem zynischen Diktator ausgeliefert sind, der mit Verweis auf seine inneren Angelegenheiten Völkermord im eigenen Land begeht?“ Seinen ausführlichen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. Mai 1999 (Anlage) möchte ich ihnen zur Lektüre empfehlen.

Bundespräsident Herzog hat die moralische Rechtfertigung für diesen Einsatz so zusammengefasst: „Indifferenz gegenüber Genozid zerstört die Grundlagen dessen, was die eigene Gesellschaft zusammenhält: das gemeinsame Verständnis von Recht und Moral. Europa würde an seiner Seele Schaden nehmen, wenn es Völkermord und ethnische Säuberungen auf seinem Boden hinnähme.“

Die NATO-Luftoperationen über der BRJ dienen der Beendigung von Völkermord, Vertreibung und anderen schwersten Menschenrechtsverletzungen durch das Regime Milosevics, dessen Handlungen durch nichts zu rechtfertigen sind. Sie waren notwendiger Teil einer politischen Lösung, an der die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Allianz, der Europäischen Union und der Weltorganisation der Vereinten Nationen aktiv beteiligt ist. □

Reaktion des Katholische Militärbischofs zu dem ihm zur Kenntnis gegebenen Brief an den Bundesverteidigungsminister



DER KATHOLISCHE MILITÄRBISCHOF

36037 Fulda, 20.5.1999
Mittelweg 1

An den
Bundesvorsitzenden der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Herrn Oberst
Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein
Poststraße 12

52477 Alsdorf

Sehr geehrter, lieber Herr Oberst,

Sie haben mir den Brief zur Kenntnis gebracht, den Sie im Namen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten über den Herrn Generalinspekteur an den Herrn Bundesminister der Verteidigung gerandt haben.

Darin legen Sie Ihre Auffassung und Ihre Bedenken über die fehlende völkerrechtliche Grundlage des Waffeneinsatzes der NATO im Kosovo dar, bei gleichzeitig geäußelter Loyalität, die getroffenen Entscheidungen mitzutragen.

Ich bedanke mich für das ernsthafte Bemühen katholischer Soldaten, die Entscheidungen des soldatischen Auftrages an den rechtlichen und sittlichen Voraussetzungen ihres Berufes zu messen.

Daß Komplikationen und Uneindeutigkeiten beim Zustandekommen dieses Auftrages Ihr Gewissen belasten können und daß Sie zur Klärung solcher Fragen den Mitgliedern Ihrer Gemeinschaft einen geschützten Raum bieten, um in der Auseinandersetzung mit der katholischen Friedenslehre Hilfe zur Urteilsfindung zu gewähren, begrüße ich sehr.

Auch wir deutschen Bischöfe haben es uns bei der vorliegenden Fragestellung um die Geschehnisse im Kosovo nicht leicht gemacht, einen vertretbaren Weg aufzuzeigen. Ich hoffe, daß er Ihnen und den Soldaten, die sich um Klärung ihrer eigenen Position bemühen, hilfreich ist.

Zugleich möchte ich Sie ermutigen, auf dem von Ihnen eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Ihre Position werde ich, sofern sich mit dem Bundesminister der Verteidigung eine Gesprächsmöglichkeit bietet, unterstützen.

Den Angehörigen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und allen in der Katholischen Militärselbsthilfe engagierten Soldaten danke ich nochmals, indem ich Sie alle herzlich grüße.

In Verbundenheit
Ihr

+ Johannes Dyba

Johannes Dyba
Erzbischof
Bischof von Fulda

Gespräch im Bündnis: Polen und Deutsche in Strausberg

Eckhard Stuff

Unter dem Motto „Polen und Deutsche. Nachbarn und Bündnispartner“ fand vom 15. bis 17. Juni 1999 in Strausberg ein Symposium der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation und des West-Instituts Posen statt. Erstmals tagte man jetzt im alten Konferenzzimmer des Warschauer Paktes als neue Verbündete der Nordatlantischen Allianz.

Von besonderem Reiz war auch der Beginn der Tagung. Polnische und deutsche Jugendliche hatten vor dem Symposium zwei Tage zusammen überlegt, was für sie Sicherheit bedeutet. Medial geschickt und mit viel Schwung stellten sie dann die Ergebnisse ihrer Beratungen vor. Sicherheit sei für sie, wenn

- „...ich nicht mit all' meinen Sorgen allein dastehe“ (Susann Pachtmann).
- „...ich mich überall zu Hause fühlen kann“ (Marta Masojc).
- „...ich das Gefühl habe, dass ich den Leuten vertrauen kann, die sich in meinem Umfeld bewegen“ (Karina Röder).

Diese Sätze machen deutlich, wie sehr die Teilnehmer des Jugendworkshops Sicherheit auf ihr persönliches Umfeld bezogen. Sie folgten damit dem Leitsatz „all politics is local“.

Der anschließende Part „Gegenseitige Wahrnehmungen“ wurde von der Warschauer „taz“-Korrespondentin Gabriele Lesser und dem Bonner Korrespondenten des polnischen Politikmagazins „WROST“, Piotr Cywinski, bestritten. Ohne wesentliche neue Erkenntnisse verbissen sich Panel und Auditorium am Thema „Polenwitze“.

Dafür begann der 16. Juni mit intellektuellen Feuerwerken. Sowohl Professor Jerzy Sulek, früherer polnischer Karrierediplomat und heute in Lehre und Forschung an der Universität Lodz, als insbesondere Professor August Pradetto von der Universität der Bundeswehr in Hamburg überzeugten mit ihren Ausführungen zum Thema „Das Bündnis als

Wertgemeinschaft“. Professor Sulek betonte neben der gemeinsamen Verteidigung des Territoriums auch die Wertgemeinschaft als Aufgabe des Bündnisses: „Die NATO als Grundwertgemeinschaft gehört nicht in die Schublade der Geschichte.“

Am besten sei es natürlich, wenn die NATO in Konfliktfällen auf Biten und im Auftrag anderer Organisationen handle. Aber in Ausnahmefällen, wie jetzt im Kosovo, könne die NATO auch im eigenen Auftrag handeln. Allerdings sollten vorher die politischen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sein.

Europa sieht Sulek als zunehmend stärkere Kraft in der NATO. Im Hinblick auf den Kosovo werde dieses deutlich, wenn es um den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Demokratisierung gehe. Hier sei Europa, die EU gefordert. Während die NATO die Trennung der Konfliktparteien auf dem Balkan leisten müsse. Sein Fazit zur Balkankrise: „Auf dem Balkan ist die NATO nicht alles, aber ohne die NATO ist dort alles nichts.“

Professor Pradetto hingegen betonte die Verteidigungsgemeinschaft als Kern der NATO unter Hinweis auf Artikel 5. Die NATO als Wertgemeinschaft wies stets auch Probleme auf. Das Gründungsmitglied Portugal sei beispielsweise damals eine Diktatur gewesen. Die NATO wollte zwar in ihrem Kern freiheitliche Ordnungen schützen, musste aber auch aus Staatsräson Diktaturen am strategisch wichtigen Rand der NATO akzeptieren.

Pradetto machte auch deutlich, dass der Wegfall der großen Ost-West-Auseinandersetzung die kleinen Konflikte eher wahrscheinlich macht, da die Angst vor einem großen Gewaltausbruch, einem Ost-West-Krieg, disziplinierend gewirkt habe. Die neue Lage bringe neue Gefahren und verlange neue Antworten der NATO. In diesem Zusammenhang sprach Pradetto von einem „Verschieben der funktionalen Limitierung von der militärischen Verteidigung zum Krisenmanagement.“

Vor übertriebenen Erwartungen an die NATO warnte der Hamburger Professor: „Die NATO kann Frieden sichern, aber nicht Frieden schaffen. Die NATO ist keine Befreiungsarmee und kein militärischer Arm von Amnesty International.“

Pradetto betonte, dass wir unsere Wertmaßstäbe nicht beliebig exportieren könnten. Den oft übersehenen Wert der NATO sah Pradetto auch darin, dass das Bündnis heute mit der Ausnahme von Japan die wichtigsten Industriestaaten der Welt zusammenschließe. Früher waren sie in wechselnden Konstellationen die Gegner, das sei heute dank der NATO nicht denkbar. Das Problem bleibe, Russland in das Geflecht einzubringen.

Hier schlossen sich folgende Äußerungen zur sicherheitspolitischen Verantwortung in Europa an. Der Gesandte an der polnischen Botschaft in Deutschland, Miszczak: „Ohne Russland geht in Europa nichts. Russland muss eingebunden werden.“ Den Fortschritt in den polnischen-deutschen Beziehungen würdigte er: „Zum ersten Mal in der Geschichte gehen Polen und Deutschen vom gleichen Sicherheitsbegriff aus. „Als wichtigste sicherheitspolitische Voraussetzung nannte der Gesandte die Demokratie: „Demokratien führen keine Kriege gegeneinander.“

Immer wieder drehte sich die Diskussion um die Frage der Einbindung Russlands in die Konfliktregulierung im Kosovo. Von starken Zweifeln bis zur Unterstreichung der Notwendigkeit der russischen Beteiligung wurden unterschiedliche Meinungen deutlich. August Pradetto stellte fest, dass die NATO allein dort nicht so handlungsfähig sei wie mit Russland. Im eigenen Interesse müsste Russland einbezogen werden. Christoph Bertram, jetzt Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, hingegen sah Russland derzeit nicht als normalen, handlungsfähigen Staat.

Fortsetzung auf Seite 15
unten, Spalte 2 u. 3

Combined Joint Task Force (CJTF)

Ein neues Instrument für den Frieden?

Klaus Liebetanz

In der Zeit vom 23. Mai bis 4. Juni 1999 fand an der tschechischen Militärakademie Vyskov die NATO-Gefechtsstandübung COOPERATIVE GUARD 99 statt. Neben 12 NATO-Ländern, einschließlich der neuen Mitglieder Tschechien, Polen und Ungarn, nahmen weitere 14 Länder aus dem Bereich "Partnerschaft für den Frieden (PfP)" teil (darunter Bulgarien, Finnland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien und die Schweiz). Insgesamt übten 1.900 Soldaten (überwiegend Stabsoffiziere). Es war die erste größere NATO-Übung nach der Bündniserweiterung. Sie diente der weiteren Erprobung des CJTF-Konzepts und der militärischen Ausformung der "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität" durch Teilnahme des EUOKORPS als Landkomponente mit ausschließlich europäischen Divisionen (BE, FR, SP) und der Deutsch-Französischen Brigade. Die Übung entsprach der neuen NATO-Strategie, welche im erweiterten Aufgabenbereich weltweite "Peace Supporting Operations (PSO)" im Rahmen der Vereinten Nationen vorsieht (vgl. Nr. 13 u. 31 der Washingtoner NATO-Erklärung vom 24. April 1999).

Das Übungsszenario

Das Szenario beschreibt eine Spannungssituation auf der Halbinsel GEM. Diese Region (Madagaskar mit realer Topographie) ist durch BRIDGELAND im Norden mit dem afrikanischen Festland verbunden. Durch fiktive Grenzen ist GEM aufgeteilt in die Länder TOPAZ im Süden, CORAL in der Mitte, ZIRCON, OPAL und BRIDGELAND im Norden (s. Abb.). Nach Jahrzehnten

Grenzstreitigkeiten zwischen CORAL und TOPAZ überfielen topazische Truppen am 1. Februar 1998 das Nachbarland CORAL. Nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens am 1. Juli 1998 und folgenden schwierigen Friedensverhandlungen trat am 3. März 1999 ein tragfähiger Friedensvertrag GFAP (General Framework Agreement for Peace in Coral and Topaz) in Kraft. Eine von den Vereinten Nationen mandatierte und von der NATO geführte gemeinsame Streitkraft (CJTF) hatte den Auftrag, den militärischen Anteil des Friedensvertrages zu implementieren und im Einzelfall die Umsetzung der zivilen Aspekte des Friedensplanes zu unterstützen. Diese Aufgabe bedeutete im Einzelnen:

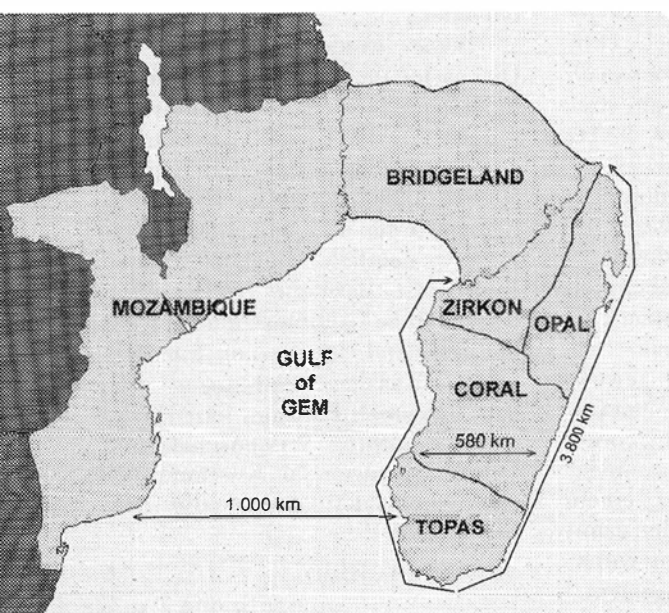
- Trennung der Konfliktparteien
- Einrichten einer Pufferzone für Land- und Seestreitkräfte
- Einrichten einer Verbotzone für Luftstreitkräfte

- Rückzug der TOPAZ Truppen aus CORAL
- Einrichtung einer demilitarisierten Zone
- Durchsetzen des Waffenembargos gegen TOPAZ / CORAL
- Durchsetzen des Handelsembargos gegen TOPAZ
- Unterstützung von humanitären Hilfsoperationen

Zunehmende Bedeutung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit

Im Verlauf von „COOPERATIVE GUARD“ trat der „Transition Process“ (Übergabe der militärischen Gewalt an die zivile Verwaltung) in den Vordergrund. Die Militärs der Übungsstäbe stellten fest, dass sie nicht mehr 100% ihrer Anstrengungen auf die Durchführung ihres militärischen Auftrags verwenden konnten. Bei ihren Überlegungen mussten sie ebenso die zivile Umsetzung des Friedensplanes (GFAP) im Auge haben, andernfalls hätten sie ihre militärischen Erfolge gefährdet. Die strategischen Ziele der zivilen Umsetzung waren folgende:

- Kriegshandlungen beenden
- Menschenrechte durchsetzen
- Humanitäre, lebensrettende Maßnahmen unterstützen
- Repatriierung der Flüchtlinge (refugees) und der Vertriebenen im eigenen Lande (internal Displaced Persons)
- Wiedereinsetzung von zivilen Autoritäten (Vorbereitung von Wahlen)
- Unterstützung der Rehabilitation und des Wiederaufbaus
- Erhalten des öffentlichen Interesses der Vereinten Nationen und der Geberländer für die Probleme des betroffenen Landes
- Einrichten eines sich selbsttragenden Sicherheitssystems



„His Excellency Mr. Morrison“

Alex Morrison, der Leiter des kanadischen Peacekeeping Training Centre, spielte souverän und fachkundig die Rolle des „Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen“. Morrison ist ehemaliger Berufssoldat und hat seine ausgezeichneten Kenntnisse und Erfahrungen bei zahlreichen Peace-Keeping Operationen der Vereinten Nationen erworben. Er und sein Arbeitsstab hatten wesentlichen Anteil beim Einspielen der zivilen Komponente der NATO-Übung. In der sog. „White Cell“ des Übungsstabes standen ihm folgende Vertreter zur Seite:

- des Regionalbundes von GEM „GRESKO“
- der UN-Polizei UNCIVPOL
- der UN-Beobachtermission GOMCOTO
- des Hohen Flüchtlingskommissars UNHCR
- des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation vom Roten Kreuz und Halbmond (IFRK)
- IO's, NGO's und GO's

Parallel zu den militärischen Lagevorträgen fanden Treffen der „Gemeinsamen Zivilen Kommission“ statt, an der alle relevanten politischen Vertreter der Konfliktparteien, der Internationalen Organisationen und der gemeinsamen Friedensstreitkräfte teilnahmen. Bei diesen Treffen wurden alle die zivile Seite betreffenden Fragen behandelt. Die Ergebnisse hatten Einfluss auf die militärische Lagebeurteilung. Bei der Abschlussbesprechung wurde festgestellt, dass bei keiner NATO-Übung zuvor die zivilen Belange ei-

nen so breiten Raum eingenommen hätten wie bei „COOPERATIVE GUARD 99“.

Rolle der NGO's deutlicher darstellen

Im Gegensatz zu den internationalen Organisationen waren die NGO's (Nichtregierungsorganisationen) nur durch einen Mitspieler vertreten. Es wäre von Vorteil gewesen, wenn schon bei den Vorbereitungsphasen der Übung wenigstens ein bis zwei Fachleute der NGO's teilgenommen hätten. Damit wären gleich von Anfang an wirkungsvolle und der Lage angepasste NGO-Einlagen eingespielt worden. In der Hauptphase der Übung stellte sich heraus, dass die großen Übungsstäbe noch zu schwerfällig auf Anforderungen der NGO's reagieren. Ein dringendes Hilfeersuchen von mehreren NGO's zur lebensrettenden Versorgung von „Inlandsvertriebenen“ wurde erst nach vier Tagen teilweise positiv beschieden. Der Vorgang ging durch mehrere Abteilungen der Übungsstäbe. Es scheint daher für NGO's in dringenden Fällen ratsamer zu sein, sich unmittelbar an die Verbände in der Nähe zu wenden als die Forderungen an den überdimensionierten CJTF-Gefechtsstand zu richten. Die NATO-Regelung, dass nur 60% der verfügbaren Kapazität für dringende humanitäre Nothilfe zur Verfügung

gestellt werden kann, darf nicht stur gehandhabt werden, sondern muss der jeweiligen Situation angepasst werden. Schließlich handelt es sich um einen friedensunterstützenden Einsatz im Rahmen der Vereinten Nationen bei dem Leib und Leben von Zivilpersonen absoluten Vorrang haben sollten. Hier sind die militärischen Führer immer wieder zu einer neuen Beurteilung der Lage (reassessment) aufgefordert. Insgesamt muss das Zusammenspiel von „weißen Blutkörpern“, den Soldaten, und den „roten Blutkörpern“, den Hilfsorganisationen, zum Aufbau einer friedlichen Gesellschaft noch weiter verbessert werden.

Erweiterung der Führungsgrundgebiete

Über die klassischen fünf Generalstabsabteilungen hinaus wurde der CJTF- Gefechtsstand in neun Führungsbereiche (Combined Joint Areas) wie folgt eingeteilt:

- CJ1 – Personal
- CJ2 – Nachrichtenwesen
- CJ3 – Operationsführung
- CJ4 – Logistik
- CJ5 – Operationsplanung
- CJ6 – Kommunikation
- CJ8 – Finanzen
- CJ9 – Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (CIMIC)
- CJ – Engineer-/Pionierwesen

Über die klassischen 5 Generalstabsabteilungen hinaus wurde der CJTF-Gefechtsstand in 9 Führungsbereiche (Combined Joint Areas) eingeteilt. Die Stabsabteilungen wurden durch einen „Flag Officer“ im Generalsrang geführt. Die Übung lief im Wesentlichen Computer gestützt. Einlagen wurden per e-mail eingespielt. Bei der Abschlussbesprechung wurde allerdings festgestellt, dass die persönliche Kommunikation (face to face) unabdingbar notwendig ist. Soldatische Führer können nicht durch Computer oder Roboter ersetzt werden.



Die Stabsabteilungen wurden durch einen „Flag Officer“ im Generalsrang geführt.

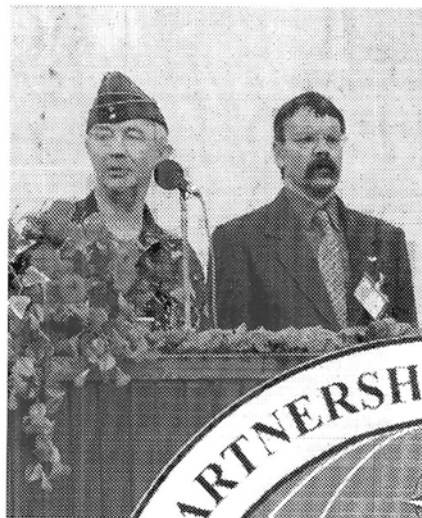
Die Übung verlief im Wesentlichen computergestützt. Einlagen wurden per e-mail eingespielt. Bei der Abschlussbesprechung wurde allerdings festgestellt, dass die persönliche Kommunikation (face to face) unbedingt notwendig ist. Soldatische Führer können nicht durch Computer oder Roboter ersetzt werden.

Einbindung der Nicht-NATO-Länder

40% der Offiziere des CJTF-Stabes wurden aus dem Bereich „Partnerschaft für den Frieden (PfP)“ gestellt. Die ost- und südosteuropäischen Offiziere aus Bulgarien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Rumänien, Slowakei, Slowenien waren sehr bemüht, ihre Aufgaben professionell zu erledigen. Häufig standen jedoch erfahrene NATO-Offiziere in den Abteilungen als Helfer im Hintergrund, sodass sie ein erfolgreiches „On the Job-Training“ durchliefen. Ein Unterschied zwischen den erfahrenen NATO-Offizieren und den neuen Partnern ist teilweise noch sehr deutlich in Sprache, Präsentation und Kenntnissen zu erkennen. Das wird sich jedoch sehr schnell ändern, da diese Staaten vor allem jüngere Stabsoffiziere vermehrt zu internationalen Lehrgängen und Seminaren senden. Offiziere aus den Nicht-NATO-Ländern, wie Finnland, Österreich und Schweden fügen sich dagegen nahtlos in die NATO-Gepflogenheiten ein.

„Agenda for Peace“ und das CJTF-Konzept

Die „Agenda for Peace“ wurde 1991 nach Ende des Kalten Krieges unter gründlicher Beteiligung der wichtigsten Staaten und verschiedener großer internationaler Organisationen erstellt und von der VN-Generalversammlung verabschiedet. Jeder Satz spiegelt die Erfahrungen der letzten 50 Jahre wieder. Die „Agenda for Peace“ ist neben der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des 2. Vatikanischen Konzils eines der bedeutendsten Dokumente unserer Zeit und wird wie diese weit in das 21. Jahrhundert wirken.



Die Agenda befasst sich u.a. mit der Frage, wie im Rahmen der Vereinten Nationen Fähigkeiten und Kapazitäten

- zur vorbeugenden Diplomatie (preventive diplomacy)
- zur Friedensschaffung (peace-making)
- zur Friedenssicherung (peace-keeping)
- und Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (post-conflict peace-building)

gestärkt und effizienter gestaltet werden könne. Die „Agenda for Peace“ empfiehlt u.a. den Vereinten Nationen, schwer bewaffnete Truppen (peace-enforcement units) aufzustellen, die unter klar begrenzten Umständen mit einer vorher festgelegten Aufgabenstellung zur Friedensdurchsetzung eingesetzt werden können. Damit soll die Waffenruhe wiederhergestellt und aufrechterhalten werden. Diese Truppen sind nicht zu verwechseln mit den sog. „Blauhelmsgruppen“, die nur leicht zur Selbstverteidigung bewaffnet sind. Solange die Weltgemeinschaft solche Truppen zur Friedensdurchsetzung noch nicht aufgestellt hat oder wenigstens bei einzelnen Ländern abrufbereit hält, könnte die Combined Joint Task Force (CJTF) der NATO die Aufgabe der Friedensdurchsetzung im Auftrag der Vereinten Nationen wahrnehmen.

Zusammenfassung und Ausblick

1. Der wesentliche Gewinn von „COOPERATIVE GUARD 99“ bestand darin, dass die neuen NATO-Mitglieder und die

„Wenn ein Konflikt den Zusammenbruch der menschlichen Beziehungen darstellt, so hat COOPERATIVE GUARD 99 zum Auf- und Ausbau von menschlichen Beziehungen beigetragen“, meinte der Kommandeur des CJTF-Stabes, Air Marshall Coville, bei der Abschlusszeremonie. Weiter sagte er: „Soldaten müssen lernen, nicht nur auf ihre Waffenausrüstung zu schauen, sondern auch Verständnis für andere Organisationen und Staaten zu entwickeln und sich beim Friedensprozess in Weisheit zu üben.“ Die Übung begann am Pfingstmontag und war von einem pfingstlichen Geist geprägt

(Fotos: Anoud Schoor, HQ AFCENT)

NATO-Aspiranten sich mit den Abläufen (procedures) eines CJTF-Gefechtsstandes inklusive der Land-, Luft- und Seekomponenten vertraut machen konnten.

2. Durch die Teilnahme des EUROKORPS unter erstmaliger Beteiligung von Frankreich wurde die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ eingeübt.
3. Durch die realistische Einspielung des zivilen Umfeldes wurden die Übungsstäbe gezwungen, sich neben ihren originären militärischen Aufgaben auch mit dem Übergang von militärischer Gewalt in die zivile Verwaltung zu befassen (so z.B. u.a. Versorgung der Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet, Vorbereitung von Wahlen und Unterstützung des Haager Kriegsverbrecher-Tribunals).
4. Die reibungslose, kameradschaftliche Zusammenarbeit von 1.900 Offizieren und Unteroffizieren aus 26 Ländern war ein Erlebnis für sich. Der Kommandeur des CJTF-Stabes, Air Marshall Coville, sagte bei der Abschlusszeremonie: „Wenn ein Konflikt den Zusammenbruch der menschlichen Beziehungen darstellt, so hat COOPERATIVE GUARD 99 zum Auf- und Ausbau von menschlichen Beziehungen beigetragen. Soldaten müssen lernen, nicht nur auf ihre Waffenausrüstung zu schauen, sondern auch Verständnis für andere Organisationen und Staaten zu entwickeln und sich beim

Fortsetzung auf Seite 15, Sp 1 u.

Die Herrschaft des Rechts abstützen

Auf dem Weg zu einem sicheren und demokratischen Europa

Winfried Dunkel

Vor zehn Jahren hat der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush, seine bedeutende Rede für ein ungeteiltes freies Europa gehalten. „Der Weg der Freiheit führt in ein größeres Haus – ein Haus, in dem West und Ost zusammentreffen, ein demokratisches Haus“, sagte Bush. Von dieser Vision sind wir heute leider noch weit entfernt.

Der Kosovokonflikt hat das Verhältnis des Balkans zu Europa, das lange Zeit durch Desinteresse gekennzeichnet war, in aller Schärfe auf die Agenda der Geschichte gesetzt. Die Instrumentalisierung nationalistischer, ethnischer und religiöser Gefühle mit dem Ziel der Serbisierung Großjugoslawiens begann bereits mit der Aufkündigung der Autonomie für das Kosovo im Jahre 1989. Seitdem wurde ein der Apartheid ähnliches Regime errichtet, um den neun Prozent Serben die Herrschaft zu sichern. Bei den brutalen ethnischen Säuberungen wurden über 800.000 Kosovaren vertrieben, die Destabilisierung der Anrainerstaaten bewusst herbeigeführt.

Seit 1945 sind die souveränen Staaten als Akteure des internationalen Staatensystems in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen durch die UN-Charta, die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris zunehmend in die Herrschaft des Rechts eingebunden, dessen Anwendung allerdings seine Grenze bei Konflikten wie Bürgerkriegen innerhalb souveräner Staaten findet. Die Grausamkeiten dieser Konflikte wurden bisher hingenommen; mit humanitären Mitteln wurde das eigene Gewissen beruhigt – mehr schien nicht möglich. Ob nicht mehr möglich sein musste, um den Menschen zu helfen, diese Frage wurde gestellt, aber nicht beantwortet.

Stärke des Rechts durchsetzen. Durch den Kosovokonflikt kann und muss es zu einer Fortentwicklung des Völkerrechts kommen, die bei Verletzungen der Menschenrechte und Völkermord die humanitäre Intervention auch gegenüber souveränen Staaten als gerechtfertigte Zwangsmaßnahme legitimiert. Eine nach Abwägen aller Umstände mögliche Nothilfe zu leisten, entspricht demokratischer und nicht zuletzt auch christlicher Verantwortung. Verbrechen von Regierungen gegen ihre eigene Bevölkerung dürfen nicht länger toleriert werden.

Um dem Balkan eine europäische Zukunft zu geben (Scharping), muss die „Westeuropäisierung“ fortgesetzt werden, müssen die Europäer ihre Verantwortung für das ganze Europa wahrnehmen. Die Rückkehr des Balkan nach Europa darf kein Schlagwort bleiben. Eine dauerhafte Friedensordnung wird nur dann zu erreichen sein, wenn alle Politikbereiche im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffes eng zusammenwirken. Eine großzügige ökonomische Aufbauhilfe ist davon nur ein Teil, allerdings ein wesentlicher.

Schlüsselrolle der Vereinten Nationen: Krisen- und Konfliktmanagement

Eine Fragmentierung des Balkan in nicht lebensfähige Kleinststaaten kann im Zeitalter der Globalisierung und großräumiger Vereinigungen keine stabile Lösung sein. Grenzen müssen an Bedeutung verlieren, Regionen die Vorteile einzelner Staaten zur positiv verstärkenden

Fortsetzung von Seite 14 „CJTF“

Friedensprozess in Weisheit zu üben.“ – Die Übung begann am Pfingstmontag und hatte einen pfingstlichen Geist.

5. Die 26 beteiligten Länder haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, weltweit friedensunterstützende Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen durchzuführen. Die „Agenda for Peace“ fordert jedoch ausdrücklich, dass solche Einsätze nicht selektiv nach Interessenlage durchgeführt werden dürfen. Es muss auf jeden Fall zukünftig vermieden werden, dass die NATO und die befreundeten PfP-Länder noch einmal abwartend und desinteressiert zu schauen, wenn in Afrika – wie 1994 in Ruanda geschehen – ca. eine Mio. Frauen, Kinder und ältere Menschen fast ausschließlich in Kirchen über einen Zeitraum von drei Monaten regelrecht abgeschlachtet werden. □

Völkerrecht fortentwickeln: humanitäre Intervention

Seit März 1999 führte die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte Krieg. Wir haben uns eingemischt, und wir wollten uns einmischen. Wir wollten der Willkür des Stärkeren nicht tatenlos zusehen, sondern die

Fortsetzung von Seite 11: „Gespräch im Bündnis“

Den Abschluss der Konferenz bildete eine Diskussion mit General Mieczyslaw Stachowiak, dem Kommandeur der 12. polnischen Panzerdivision in Stettin, und dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hans Peter von Kirchbach. Beide belegten mit Beispielen aus ihrer Praxis den Stand der militärischen Kooperation zwischen Polen und Deutschen. Von Kirchbach verwies auf die Europabewegung der 50-er Jahre und ermunterte die anwesenden Ju-

gendlichen zum Mut zur Unbequemlichkeit und zum Mut zur Vision.

Zwischendurch gab es im Rahmen des Symposiums ein großartiges kulturelles Zwischenspiel: Eine Dichterlesung mit dem polnischen Prosaisten und Lyriker Stefan Chwin aus Danzig („Tod in Danzig“) und dem jungen Berliner Literaten Thomas Brüssig („Helden wie wir“). Dieser deutsch-polnische Literaturdialog, abgehalten in der neuen Bibliothek der Akademie, fand großen Anklang. □

Wirkung für alle nutzen. Eine stabile Ordnung ist ohne ein demokratisches Serbien nicht denkbar. Insoweit ist die Beendigung der Kriegshandlungen noch kein Erfolg an sich, sie kann nur der Ausgangspunkt für erhöhte Anstrengungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit und Integration in den europäischen Einigungsprozess sein. Ohne den Willen der Etablierten zur kontinuierlichen Hilfe wird dies nicht gelingen.

In diesem Frühjahr konnten wir feierlich den 50. Jahrestag des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland begehen. 50 Jahre Herrschaft des Rechts in Deutschland bedeuten für mich auch, dass wir, die wir nach Diktatur, Krieg und Zusammenbruch unsere Lebensordnung in Frieden und Freiheit haben entwickeln dürfen, unserer europäischen Verantwortung mehr noch als andere gerecht werden und die skizzierten Entwicklungen vorwärtsdrängend mitgestalten müssen.

Den Vereinten Nationen kommt die Schlüsselrolle für internationale Krisen- und Konfliktbewältigung zu. Sie sind politisch und finanziell zu stärken, zu reformieren und zu einer handlungsfähigen Instanz für die Lösung internationaler Probleme auszubauen. Sie dürfen nicht zum Forum für die Durchsetzung nationaler Interessen einzelner Mitglieder degenerieren.

Klammer der euro-atlantischen Demokratien mit Russland: die OSZE

Die Weiterentwicklung des Völkerrechts im Sinne humanitärer Intervention, von Europa ausgegangen, muss zur wirkungsvollen Reorganisation der UN genutzt werden. Verhinderung von Genozid darf nicht länger durch ein Veto im Sicherheitsrat blockiert werden können. Die durch den Kosovokonflikt erreichte abschreckende Wirkung für Diktatoren in aller Welt darf nicht verpuffen.

Die Handlungsfähigkeit der OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsorganisation ist deutlich zu verbessern. Sie ist die wichtige Klammer der euro-atlantischen Demokratien mit Russland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Als regionale Institution für euro-

päisches Krisenmanagement muss sie in der Lage sein, die Vereinten Nationen zu entlasten.

Wir Europäer sollen und wollen uns einmischen und die internationale Ordnung aktiv im Geist der UN-Charta mitgestalten, nicht als Weltpolizist, sondern als Motor demokratischer Umgestaltung. Für die europäischen Staaten könnte die Perspektive eines späteren EU-Beitritts zusätzlich stabilisierend wirken.

Militärische Komponente der EU: eine handlungsfähige WEU

Es gilt, das politische Momentum zu nutzen und den Willen zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit in aktives Gestalten umzusetzen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ebenso überfällig wie die Herstellung der Handlungsfähigkeit der WEU als militärische Komponente der EU. Dazu muss Europa mit einer Stimme sprechen und ein gemeinsames Verständnis von dem entwickeln, was es zu bewahren und was es zu erreichen gilt. Die Gefährdung unserer Sicherheit ist mit Begriffen wie Umwelt, Migration, religiöser Fanatismus, internationale Kriminalität, Drogenhandel, Unterdrückung, Versklavung und Vertreibung nur grob umrissen.

Die Herrschaft des Rechts muss sich auf ein starkes, glaubwürdiges Machtinstrumentarium abstützen können. Der Einsatz militärischer

Mittel allerdings darf weiterhin nur Ultima Ratio sein. Das neue strategische Konzept der NATO garantiert auch in Zukunft unsere Sicherheit und wird den Prozess der Demokratisierung durch Angebote zur Partnerschaft und Kooperation unterstützen.

Der Weg zu demokratischen Strukturen muss für die Bürger positiv erlebbar sein. Die Bündelung organisatorischer, struktureller, wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung aus einer EU-Hand muss von einer kulturell/bildungspolitischen Offensive begleitet sein. Europäische Zersplitterung behindert effiziente Hilfe.

Erfolgsmodell Bundeswehr: Streitkräfte in der Demokratie

Zum Prozess der Demokratisierung Europas gehört vor allem die Begegnung von Menschen unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Herkunft. Als Soldat der Bundeswehr wünsche ich mir, dass sich die politische Wirkung des Kosovokonfliktes in verstärkten zwischenmenschlichen Begegnungen niederschlägt. Die Bundeswehr ist ein Erfolgsmodell für Streitkräfte in der Demokratie, wir geben unsere Erfahrungen gerne weiter. Warum sollte es nicht Wirklichkeit werden, dass in zehn Jahren an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ein Offizier aus einem demokratischen Serbien neben einem Schweden und einem Kroaten sitzen wird – die Vision von Präsident Bush wäre ein Stück realer geworden. □

Motto für Weltfriedenstag 2000

„Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt“ lautet das Motto für den Weltfriedenstag 2000. Das teilte der Vatikan bereits am 21. Juni mit. Dieser Tag ist für die Weltkirche auf den 1. Januar eines jeden Jahres festgelegt. Nahezu alle deutschen Diözesanbischöfe feiern inzwischen den Weltfriedenstag regional zeitlich unterschiedlich mit den in ihren Diözesen stationierten Soldaten. Oft nehmen an diesen Soldatengottesdiensten für den Frieden auch Alliierte, Polizei und BGS teil.

Mit seiner ersten Botschaft zum neuen Jahrtausend wolle Papst Johannes Paul II. deutlich machen, dass Frieden möglich sei, wenn die Menschheit Gott suche und Gott finde, so die Vatikanerklärung. Angesichts der tragischen und blutigen Konflikte zum Ende des Jahrtausends und angesichts der Globalisierung wolle Johannes Paul II. alle Menschen einladen, wirksam am Aufbau des Friedens mitzuwirken, heißt es weiter. Das Jubiläumsjahr 2000 müsse Anlass für „intensives Gebet und neue Bemühungen sein, um den Krieg als Instrument zur Lösung von Gegensätzen zu überwinden“. Waffen seien ungeeignet, Frieden aufzubauen. Jeden Tag werde es dringlicher, andere Mittel zur Entschärfung von Konflikten und zum Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu garantieren. (KNA/PS)

GENERAL a.D. ULRICH DE MAIZIÈRE ZUM BERUFSBILD DES SOLDATEN

Diener des ganzen Volkes

Jürgen Thoma

Die Bundeswehr bleibt Verteidiger von Freiheit, Frieden und Demokratie. Das Berufsbild und das Selbstverständnis des Soldaten aber hat sich nicht zuletzt durch den Einsatz im ehemaligen Jugoslawien gewandelt. Die Bundeswehr stellt sich grundlegend neuen Einsatzbedingungen. Heute geht es nicht nur darum, Deutschland als Teil des Allianzgebietes zu verteidigen und im Bündnisgebiet Beistand zu leisten. Internationale Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung gehören nunmehr zum neuen Aufgabenspektrum. Hierbei übernimmt der Soldat nicht nur rein militärische Aufgaben: Er errichtet Flüchtlingslager, setzt Häuser in stand, nimmt Polizeiaufgaben wahr. Bis hin zur Verteilung von Saatgut gehen die neuen Pflichten des Soldaten.

Deutschland übernimmt im Südosten des Kosovo zum ersten Mal Verantwortung als so genannte „Lead-Nation“ auf derselben Stufe wie Amerikaner, Briten und Franzosen.

Die Führer vor Ort, insbesondere die Offiziere, stehen in besonderem Maße in der Pflicht. Traditionelle Werte wie Charakterstärke, professionelles Können, Verantwortungsbewusstsein und das Anerkennen der Notwendigkeit des Einsatzes waren und sind unentbehrliche Voraussetzung um unterstellte Soldaten zu führen und mitzureißen. Verhandlungsgeschick, Kommunikationsfähigkeit und soziale Kompetenz kommen aber erheblich stärker als bisher als Anforderungen auf die Führungskräfte der Bundeswehr zu. Der Offizier muss lernen, mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenzuarbeiten, er muss sich in einem zunehmend internationalen Umfeld verständigen können.

Nur wer mit dem geeigneten Rüstzeug ausgestattet ist, wird sich dieser Aufgabe erfolgreich stellen. Das Konzept der Inneren Führung ist das Instrument, mit welchem der „Staatsbürger in Uniform“ Werte und Normen erfährt.

General a.D. Ulrich de Maizièr, ein Mann, der maßgeblich am Aufbau

der Bundeswehr und bei der Erarbeitung der Grundlagen der Inneren Führung beteiligt war, sprach am 1. Juli dieses Jahres in Veitshöchheim anlässlich einer Leutnantsbeförderung vor Offizieranwärtern aus dem Kommandobereich des Wehrbereichskommandos V und der 10. Panzerdivision.

In seinen Ausführungen ging der ehemalige Vier-Sterne-General näher auf die Anforderungen und Eigenständigkeiten des Offizierberufes ein.

Zunächst aber lobte de Maizièr diese durch den ehemaligen Kommandeur und jetzigen Befehlshaber des Heeresführungskommandos, Generalleutnant Rüdiger Drews, vor vier Jahren eingeführte und unter dem Kommando von Generalmajor Karl-Heinz Lather fortgeführte feierliche Form der Leutnantsbeförderung. Dies sei eine gute Form der Traditionspflege, welche die Wichtigkeit der Beförderung für den Offizieranwärter selbst unterstreiche. Seine eigene Beförderung vor 66 Jahren bezeichnete der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr als „schönste Beförderung in der ganzen militärischen Laufbahn“.

Der Offizier sei kein privilegierter Beruf mit dem Anspruch auf eine Sonderstellung in der Gesellschaft, verlange jedoch die Erfüllung bestimmter Anforderungen und Eigenständigkeiten, wie man sie auch von anderen Berufen kenne, z.B. dem Priester, dem Arzt oder dem Richter.

Der Dienst des Offiziers verlange „in besonderem Maße Hinwendung zum Staat und die Bereitschaft, sich als Diener des ganzen Volkes zu fühlen“. Der Offizierberuf sei ein Führungsberuf. Er bedürfe hoher fachlicher Kompetenz und Professionalität, um ein Fehlgreifen in der Entscheidung und im Handeln zur Ausnahme zu machen. So müssten auch die Kenntnisse der naturwissenschaftlichen Zusammenhänge, die Fähigkeit Probleme zu erkennen, zu bewerten und realisierbare Lösungen zu finden gefordert werden. Erreichbar werde dieses Ziel nur durch eine solide und fortlaufende Ausbildung.

Als zentrale Aufgabe sieht der General a.D. die Führung von Menschen. „Sie ist nicht allein mit den Fähigkeiten des Verstandes zu bewältigen, sondern erfordert Herz und Charakter. Ja im Einsatz wiegen die Eigenschaften des Charakters oft schwerer als die des Verstandes.“ Er warnte die Offizieranwärter vor dem Versuch Vorbild zu sein, denn dies könne nur allzu leicht mit dem Anspruch auf Fehlerlosigkeit verbunden werden. „Es gibt aber keine Menschen ohne Fehler und Schwächen.“ Der Vorgesetzte müsse Beispiel geben in Haltung und Pflichterfüllung. „Die Augen Ihrer Untergebenen ruhen auf Ihnen, und zwar zu jeder Zeit. An Ihrem Verhalten werden Sie gemessen.“

Eng damit verbunden sei die Fürsorge. Sie kenne keine Grenzen, sie ende nicht mit dem Dienstplan. Schon in der preußischen Armee lehrte man den Leutnant: „Beim Waschen der Erste, beim Essen der Letzte“. Der Offizier habe Befehls- und Disziplinargewalt. Diese ihm verliehene Macht sei nicht nur Privileg, sondern auch eine schwere Last, vor allem im Einsatz. Der Befehlende „trägt die Verantwortung allein. Und diese Verantwortung ist unteilbar.“

Als persönliches Bekenntnis fügte er hinzu, dass sich Führen und Befehlen nicht nur vor sich selbst und der Kontrolle durch Dienstaufsicht rechtfertigen. Wer nur den Menschen als Maßstab anerkenne, der ver falle nur zu leicht der Menschenverachtung und werde erdrückt durch die Last der Verantwortung. „Die Verantwortung vor Gott macht es auch leichter, jeweils das richtige Maß zu finden.“

Er versäumte es nicht alle anwesenden Offiziere zu ermutigen, bei aller Verantwortung und Pflicht, die der Beruf des Offiziers mit sich brächte, selbst in schwierigen Situationen das Lachen nicht zu vergessen. „Helfen Sie dazu, dass in der Truppe auch einmal gelacht, ja, herzlich gelacht werden kann“.

Abschließend wünschte er den Offizieranwärtern auf Ihrem Weg als Offizier „die Erfüllung, die Sie sich erhoffen.“ Sie käme jedoch nicht von alleine, sondern jeder müsse seinen Eigenanteil selbst dazu beitragen. □

Die Rede von General a.D. U. de Maizièr ist wiedergegeben in *Truppenpraxis/Wehrausbildung*, Nr. 9/Sept. 1999, S. 614 ff.

Neu aufgelegt: Alte Diskussion um die bewährte WEHRPFLICHT IN DEUTSCHLAND

Immmer wieder, wie auch zurzeit, entflammt eine Diskussion um das Pro und Kontra der Wehrpflicht in Deutschland, obwohl die Argumente längst ausgetauscht und auch bekannt sind. Und gerade Soldaten zählen zu den stärksten Verfechtern dieser Wehrform.

Ist die Wehrpflicht aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts noch zeitgemäß? Wäre eine „Berufs“-Armee nicht kostengünstiger und professioneller als eine Armee mit Wehrpflichtigen? Fast alle NATO-Partner haben eine Armee ohne Wehrpflichtige, warum Deutschland nicht? Alles Fragen, die momentan – auch wegen des Sparkurses der Regierung – wieder gestellt werden und auf Antworten warten.

Der deutsche Gesetzgeber ist darin frei, welche Wehrform er wählt. Bei seiner Entscheidung darf er jedoch nicht nur sicherheitspolitische Gründe berücksichtigen, sondern muss auch alle anderen Kriterien, die für oder gegen die Wehrpflicht sprechen, gewichten und dann hat er im Sinne der

Staatsräson zu entscheiden, ob Wehrpflicht wegfallen kann oder nicht. Da es aber in Politik, Wissenschaft, in den Kirchen und unter den Soldaten nicht eine einhellige Meinung über die Beibehaltung der Wehrpflicht gibt, sollen die folgenden Beiträge mit Dokumenten und Positionen zur Meinungsbildung über die oben gestellten Fragen beitragen.

Nach einer mehr grundsätzlichen Problem-darstellung von Josef König, der die Dokumentation einer Debatte von BDKJ und GKS mit Experten im Jahr 1997 bespricht, folgt das in der GKS staubaufwirbelnde Interview vom Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, Dr. Justenhoven, mit KNA und die darauf erfolgte Stellungnahme des Bundesvorsitzenden der GKS. Wie ernst das Thema ist, zeigt das beim BVerfG anstehende Normenkontrollverfahren zur Verfassungskonformität der Allgemeinen Wehrpflicht, das vom Landgericht Potsdam mit Beschluss vom 19.03.1999 initiiert wurde. Weitere Meinungen und Argumente zur Wehrform „Allgemeine Wehrpflicht“ schließen sich an.

Wehrstruktur auf dem Prüfstand

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und Institut für Theologie und Frieden (Barsbüttel) führen Debatte über die neue Bundeswehr

Josef König

Katholische Institutionen und Verbände haben sich frühzeitig einer Sicherheits- und militärpolitischen Themenstellung angenähert, die mit dem Wechsel der Regierungsverantwortung in Deutschland nun gleichsam mit regierungsamtlichem Willen durch die Einsetzung einer Kommission „Zukunft der Bundeswehr und Sicherheit unseres Landes“ einer vertiefenden Bearbeitung zugeführt worden ist:

Auf Grundlage einer aktualisierten Bedrohungsanalyse im Kontext eines erweiterten Sicherheitsbegriffes sollen Auftrag, Umfang, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte

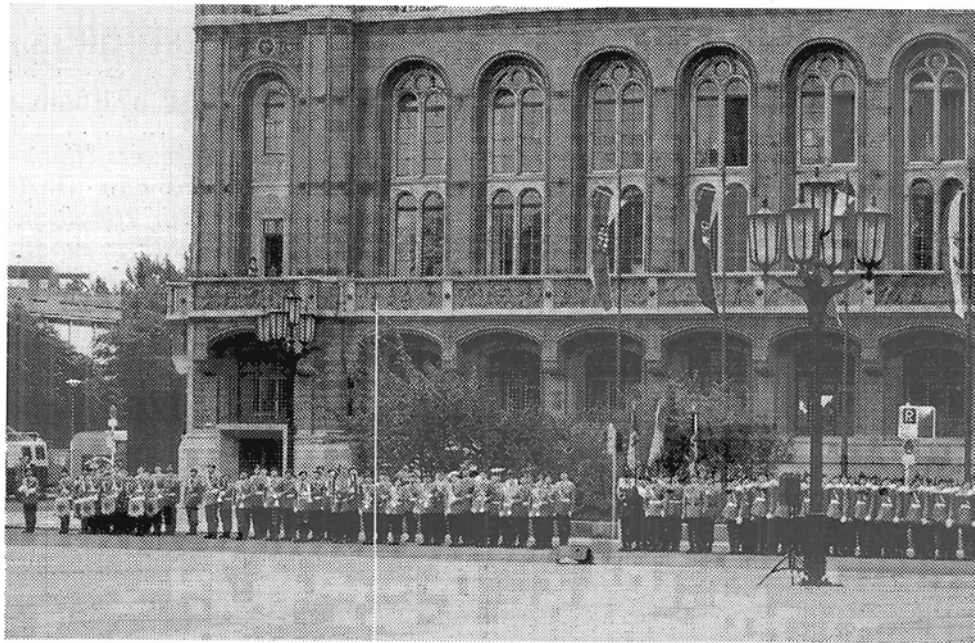
überprüft werden, um im Ergebnis darüber Optionen einer neuen Bundeswehrstruktur für die Politik vorzulegen. Allgemeines Interesse wird dabei sein, welche „Wehrform“ für die zukünftigen Aufträge der Streitkräfte als geeignet und zweckmäßig erscheint. Von daher gewinnt eine Publikation an Aktualität, die ähnlich formulierte Sachverhalte aufgegriffen hat. Sie dokumentiert jetzt Beiträge einer Tagung, die der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und das Institut für Theologie und Frieden (Barsbüttel) im Herbst 1997 ausgerichtet

und verantwortet haben. „Wehrstruktur auf dem Prüfstand“ nennen die Herausgeber, Ludwig Jacob und Heinz-Gerhard Justenhoven, beide aus dem Barsbütteler Institut, ihr Buch. Sie ordnen das im Stuttgarter Kohlhammer-Verlag erschienene Buch in die „Beiträge zur Friedensethik“ ein. Auswahl und Veröffentlichung ausschließlich dieser Beiträge mögen die Annahme begründen, dass beide Herausgeber die Wehrform „Freiwilligen-Streitkraft“, in der Abwägung der unterschiedlich zu gewichtenden Kriterien, favorisieren und den Vorrang geben.^{*)}

Zu diesem nahezu zwingenden abschließenden Ergebnis kommt der Beitrag des Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried von Bredow, der im Kontext eines erweiterten Sicherheitskonzeptes und einem breiten

*) Vgl. Katholische Nachrichtenagentur 66/30. Juli 1999: „Die Gründe für die Wehrpflicht entfallen“. Justenhoven: Rekrutierung ist nur durch Bedrohung zu begründen (s.S. 20 in diesem AUFTRAG)

Feierliche Gelöbnisse in der Öffentlichkeit – hier 1998 vor dem „Roten“ Rathaus in Berlin – gehören zu den ureigensten und originären Traditionen der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland (Foto: LwA)



„Bedrohungskatalog“ der Wehrform „Wehrpflicht“ keine Zukunft einräumt. Kernthese seiner Überlegungen ist die Auffassung, dass mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der veränderten Rolle Deutschlands im internationalen System, die bisherige Staatspraxis erodierte und damit zwangsläufig die zur Staatspraxis gewordene „Wehrpflicht“ faktisch – jedoch nicht rechtlich – gleichsam mit in den Sog gezogen wurde.

Eine aus politikwissenschaftlicher Sicht durchaus lohnenswerte Analyse, die zum Widerspruch herausfordert. Den aus staatsphilosophischer und -rechtlicher Sicht äußerst hervorzuhebenden Versuch, Folgerungen für die Wehrverfassung im Kontext der grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen zu ziehen, unternimmt der Hamburger Staatsrechtler Michael Köhler, wenn er in seinem Beitrag begründet, warum eine Differenzierung im soldatischen Dienstverhältnis und damit im Pflichtenkatalog der Soldaten anzustreben ist. Seine zentrale Annahme soll zitiert werden: „Hält man an der Wehrpflichtarmee aus guten Gründen der prognostisch möglichen Verteidigungsnotwendigkeit, wenn auch in veränderter Form, fest, dann bleiben jedenfalls die Staatsbürger-Soldaten nur der Landesverteidigung in existentieller Gefahr verpflichtet. Sie sind nicht zwangspflichtig zu Weltfriedenseinsätzen, weder am Golf noch in Bosnien – ganz abgesehen von der Frage ihrer Qualifikation dafür“.

Konsequent zu Ende gedacht, bedeutet dies, dass wehrpflichtige Soldaten ausschließlich in dem äußerst unwahrscheinlichen Falle der bündnisbezogenen Landesverteidigung, freiwillig länger dienende Berufs- und Zeitsoldaten zum Einsatz außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung herangezogen werden dürfen. Im Kern bedeutet dies, Änderungen im Soldatengesetz dort vorzunehmen, wo die Pflichten

der Soldaten – unabhängig von ihrem Status – gesetzlich begründet worden sind.

Welche Auswirkungen ein diesbezüglich erfolgreicher Versuch für die Grundsätze der Inneren Führung in den Streitkräften zu ziehen wären, liegen auf der Hand: Als freier Mitarbeiter am Barsbütteler Institut zeichnet Ludwig Jacob (Oberst a.D.) den mit der veränderten politischen Lage bisher schon einhergehenden Strukturveränderungen der Bundeswehr nach und beschreibt damit eingehend neue Anforderungen an die Ausbildung und Erziehung in den Streitkräften. Ebenso wie von Bredow – jedoch ohne ausdrücklich zu benennen – fordert Jacob eine „Wehrstruktur“, die für neue Aufgaben besser geeignet sein dürfte. Es liegt nahe, auch hierfür ausschließlich „Freiwilligen-Streitkräfte“ zu fordern.

Auf Interesse – nicht nur unter Katholiken – wird der Beitrag des Jesuiten und vormaligen Mitarbeiters im Kanzleramt Hans Langendörfer SJ stoßen, weil er in seiner Verantwortung als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) erstmals auch öffentlich aus Sicht der katholischen Kirche über „Wehrformen“ referierte. Zu Recht verzichtet Langendörfer auf eine abschließende Festlegung, weil Wehrformfragen keine „Glaubens- oder gar Bekenntnisfragen“, sondern letztendlich politische Sachverhalte sind, zu denen Christen bei gleicher Gewissenhaftigkeit und in der gleichen Frage zu

einem anderen Urteil kommen können. Hilfreich jedoch sind dabei die in diesem Beitrag referierten Kriterien, die der eigenen Urteilsbildung nutzen sollen.

Langendörfer greift dabei zurück auf Überlegungen die in der Ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, frühzeitig erarbeitet worden sind.

Lothar Bendel, ehemals Mitarbeiter im Katholischen Militärbischofsamt und jetzt Dozent am Zentrum Innere Führung nennt abschließend Thesen zur Konzeption „Innere Führung“ und schließt mit der Feststellung, dass trotz veränderter Bedingungen, unter denen sich „Innere Führung“ bislang vollzog, diese als Aufgabenstellung für die Streitkräfte unabhängig von der jeweiligen Wehrform bleibt. Ob dies in Streitkräften leichter wird, die sich ausschließlich aus freiwillig dienenden Soldaten rekrutieren, bleibt am Ende eine offene und strittige Frage. Von daher ist bedauerlich, dass in den von Justenhoven und Jacob herausgegebenen Beiträgen zur Friedensethik nicht alle Aspekte dargestellt worden sind, die im Kontext der Wehrformfrage notwendigerweise zu berücksichtigen wären. Die Fokussierung nahezu ausschließlich auf das sicherheitspolitische Kriterium ist für eine abschließende Beurteilung jedoch nicht ausreichend. Hinzuweisen ist von daher auf den Umstand, daß der Gesetzgeber nach

Fortsetzung auf Seite 21, Sp. 1 u.

„Die Gründe für die Wehrpflicht sind entfallen“

Justenhoven: Rekrutierung ist nur durch Bedrohung zu begründen

Die Wehrpflicht lässt sich nach Ansicht des Friedensethikers Heinz-Gerhard Justenhoven nicht mehr ausreichend begründen. Dazu äußerte sich Justenhoven, der Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Barsbüttel bei Hamburg ist, 29. Juli 1999 in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur. (KNA)

KNA: Herr Justenhoven, derzeit wird wieder über die Notwendigkeit der Wehrpflicht diskutiert. Ist die Wehrpflicht aus friedensethischer Sicht heute noch in Deutschland notwendig?

Justenhoven: Nein. Meiner Meinung nach ist die Begründung für die allgemeine Wehrpflicht entfallen. Es gibt ja eine ganze Reihe von Argumenten für die Abschaffung, etwa die Verkleinerung der Bundeswehr oder die Beteiligung an Einsätzen der Friedenstruppe KFOR. Jetzt wird erneut angesichts der Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt erörtert, ob eine Freiwilligenarmee billiger ist als eine Wehrpflichtarmee. Darüber entscheidet der Umfang der Armee. Und der Umfang der Armee muss von der Aufgabenstellung der Armee her definiert werden. Ob die

Wehrpflicht aufrecht erhalten werden kann, lässt sich – wenn überhaupt – nur von der Sicherheitslage her begründen.

KNA: Können Sie das näher erläutern?

Justenhoven: Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Sicherheit Deutschlands radikal verbessert. Der Warschauer Pakt ist aufgelöst, die Staaten in Mittel- und Osteuropa haben sich verändert. Dadurch ist Deutschland nicht mehr militärisch bedroht. Jetzt sind wir nur noch von befreundeten Staaten umgeben. Wenn aber der Staat nicht mehr so gefährdet ist, dass er nur durch eine Wehrpflichtarmee geschützt werden kann, dann entfällt auch die Notwendigkeit der Wehrpflicht. Die Wehrpflicht ist keineswegs selbstverständlich. Man muss wissen, dass

bei den wehrpflichtigen Soldaten einzelne Grundrechte eingeschränkt sind. Damit wird zwar nicht gegen die Menschenwürde verstoßen, aber diese Einschränkungen müssen dennoch begründet werden. Daher müssen Staat und Gesellschaft nachweisen, dass die Sicherheit des Gemeinwesens so nachhaltig bedroht ist, dass sie sich ausschließlich durch die Rekrutierung ganzer Jahrgänge und die damit verbundenen Grundrechtseinschränkungen für die jungen Männer abwehren ließe. Alle anderen vorgebrachten Argumente können in meinen Augen die allgemeine Wehrpflicht nicht begründen.

KNA: Die Lage im Kosovo zeigt, dass Deutschland auch in internationaler Hinsicht die Mitverantwortung für den Frieden übernimmt. Ist das nicht ein Grund für die Wehrpflicht?

Justenhoven: Ein wichtiger Grund wäre es nur, wenn die Sicherheit des internationalen Gemeinwohls so nachhaltig bedroht wäre, dass sich die Bedrohung ausschließlich durch die Wehrpflicht abwehren ließe. Das behauptet derzeit aber keiner. Ich kenne auch niemanden, der die Wehrpflicht mit der internationalen Verantwortung begründet.

Interview: Christof Haverkamp (KNA)

Katholische Soldaten unterstreichen Bedeutung der Allg. Wehrpflicht und widersprechen Friedensethiker

Gegen eine neue Diskussion über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hat sich der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, in einer Presseerklärung am 10. August in Würzburg ausgesprochen. Damit reagierte er auf Äußerungen des Hamburger katholischen Friedensethikers Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, die Grundlagen für die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland seien auf Grund der sicherheitspolitischen Lage entfallen (s.o.).

Zu der Feststellung Justenhovens, Deutschland sei heute „nur noch von Freunden und Partnern umgeben“, sagte Klein, dies könne sich „durchaus wieder ändern“. Er betonte, die Wehrpflicht habe sich als „Prinzip der persönlichen Mitverantwortung des Staatsbürgers für sein Land und der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft“ bewährt. Aus der Frage nach der Stabilität der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen „jetzt und in der Zukunft“ sollten sich die Kirche und „die ihr zuarbeitende katholische Friedensethik“ als „nicht kompetent“ heraushalten. Der Wortlaut der Presseerklärung:

„Ohne eine neue Diskussion zum Thema Allgemeine Wehrpflicht provozieren zu wollen, erklärt die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), dass aus ihrer Sicht die Allgemeine Wehrpflicht derzeit die für Deutschland angemessene Form der

Beteiligung des Bürgers an der Erhaltung der Sicherheit seines Landes ist. Die Bundeswehr ist eine Wehrpflichtarmee und muss dies auch bleiben. Die Allgemeine Wehrpflicht hat sich als Prinzip der persönlichen Mitverantwortung des Staatsbürgers für sein

Land und der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft bewährt.

Schon aus finanziellen, aber auch aus ethischen und sicherheitspolitischen Gründen kann der Staat den Dienst an der Sicherheit seiner Bürger nicht nur gut bezahlten Spezialisten überlassen. Vielmehr sollen die Bürger die Werte ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung selbst sichern und notfalls verteidigen.

Die GKS weist die Aussagen des katholischen Friedensethikers Heinz-Gerhard Justenhoven (Hamburg) gegenüber KNA am 29. Juli dieses Jahres scharf zurück, die Begründung für die Allgemeine Wehrpflicht sei aufgrund der derzeitigen sicherheitspolitischen Lage entfallen.

Ein derartiges Urteil setzt (sicherheitspolitischen) Sachverstand voraus; eine vertiefte Auseinandersetzung mit den heutigen sicherheitspolitischen Anforderungen an unser Land lässt sich aber aus der Aussage Justenhovens nicht erkennen. Auch wenn wir heute „nur noch von Freun-

den und Partnern umgeben sein sollten, kann sich dies durchaus wieder ändern. Zudem ist die Sicherheit des Gemeinwesens, also unseres Landes, ein so hohes Rechtsgut, dass die Begründung für die erforderlichen Maßnahmen zu seinem Schutz keine konkrete Bedrohung voraus setzt.

Schließlich ist es auch nicht Sache der (katholischen) Kirche und der in ihrem Dienst Stehenden (Justenhoven), konkrete politische Entscheidungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzubestimmen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, ethische Kriterien zu benennen, an denen diese Entscheidungen zu messen sind. Aus der Frage nach der Stabilität der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen jetzt und in der Zukunft sollte sich die Kirche (und die ihr zuarbeitende katholische Friedensethik) als nicht kompetent heraushalten. – Also: Die GKS und katholische Soldaten, und wohl auch die katholische Kirche in Deutschland, stehen hinter der Allgemeinen Wehrpflicht.“ □

Fortsetzung von Seite 19

Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes bei der Frage einer möglichen Beibehaltung oder Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht, „neben verteidigungspolitischen Gesichtspunkten auch allgemeinpolitische, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gründe von sehr verschiedenem Gewicht zu bewerten und gegeneinander abzuwägen hat“.

Dazu wird die Bundesregierung nun Gelegenheit haben. Sie muß sich gegenüber dem Bundesverfassungsgericht bis Mitte November 1999 äußern, weil dort ein Normenkontrollverfahren (2 BwL 5/99) anhängig ist. Dabei geht es um die Frage, ob die allgemeine Wehrpflicht aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Situation noch verhältnismäßig, geeignet und erforderlich ist und damit der Verfassung entspricht. Man darf sowohl auf die Antwort der Bundesregierung, wie auch auf den Ausgang insgesamt, gespannt sein.

Beiträge zur Friedensethik Nr. 31: Ludwig Jacob/Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.) „Wehrstruktur auf dem Prüfstand. Zur Debatte über die neue Bundeswehr“. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1998 □

Die Wehrpflicht in der Diskussion

Helmut P. Jermer

Der Leiter des Instituts für Theologie und Frieden, Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, hat in einem KNA-Interview erklärt, die Wehrpflicht als Wehrform sei sicherheitspolitisch nicht mehr zu begründen, weil sich die Rahmenbedingungen der Sicherheit unseres Landes nachhaltig zum Positiven in Richtung Stabilität entwickelt hätten. Es war wohl ein Faux-Pas, dass sich Dr. Justenhoven in seiner Eigenschaft als Leiter des Instituts in dieser Weise geäußert hat, weil „sein“ Institut Rang und Namen, nicht nur im kirchlichen Bereich, hat. Unabhängig von diesem formalen Problem sollte man allerdings genauer hinsehen, wenn man ihn in der Sache kritisiert. Vielleicht ist doch etwas dran an seinem Statement.

Schon 1995 hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog – vordem Präsident des Bundesverfassungsgerichts – zu Bedenken gegeben, dass „die Wehrpflicht (...) ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers (sei), dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemein gültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden.“

Wehrpflicht – sicherheitspolitisch not-wendig?

Wer sich zu der Frage, ob die Wehrpflicht notwendig sei, äußert, sollte das mit sicherheitspolitischem Sachverstand tun, wenn er sich nicht blamieren will. Nun ist es so eine Sache mit der Kompetenz bzw. mit einer qualifizierten Entscheidung. Wie im richtigen Leben kann man bei gleicher Lagebeurteilung / Problembeschreibung mitunter zu unterschiedlichen Einsichten / Rezepten / Lösungsvorschlägen kommen. Unterm Strich bleibt, dass es für den Beurteilenden, sowohl für politische Entscheidungsträger auf hoher Ebene als auch für den interessierten Bürger an der so genannten Basis, nachvollziehbar sein muss, auf welcher Grundlage eine Entscheidung herbeigeführt oder eine Meinung gebildet wurde – eigentlich eine Binsenweisheit. In diesem Zusammenhang bescheinige ich dem Leiter des Instituts für Theologie und Frieden, Dr. Justenhoven, sehr wohl überdurchschnittlichen sicherheitspolitischen Sachverstand. Den hat er in vielen mündlichen und schriftlichen, auch wissenschaftlichen Beiträgen, nachgewiesen. Wer das Gegenteil behauptet, macht sich lächerlich.

Als Sympathisant der Allgemei-

nen Wehrpflicht muss ich, bei aller Voreingenommenheit für diese Wehrform, bedenken, was nicht nur Roman Herzog, sondern lange vor ihm auch der Franzose Lazare Nicolas Marguérite Carnot (1753-1823), der „Erfinder“ der Allgemeinen Wehrpflicht (Levée en Masse) an grundlegenden Gedanken: „Tout citoyen est né soldat“ hierzu geäußert hat. Beide betonen, dass der Staat sich nur dann den totalen Zugriff (nicht nur Steuergelder) auf wehrfähige Männer erlauben darf, wenn der Staat sich in existentieller Gefahr wähnt. Allein diese Betrachtung kann gegenwärtig und auf absehbare Zeit zu der Einschätzung führen, dass die Bundesrepublik Deutschland so sicher und so frei wie nie zuvor in ihrer Geschichte ist ... Vom ehemaligen Verteidigungsminister Rühe stammt die Formulierung: „von Freunden umzingelt“!

Argumente für die Wehrpflicht

Es gibt viele Zeugnisse dafür, dass die Wehrpflicht, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland kultiviert worden ist, demokratiefreundlich und sozialverträglich ist – 44 Jahre Bundeswehr stehen dafür als Beweis. Und ich bin der festen Überzeugung, dass die Konzeption Innere

Führung sich ohne Wehrpflicht nicht zu dem entwickelt hätte, was sie heute so einmalig und attraktiv macht - nicht nur für die betroffenen Soldaten, sondern auch für den zivilen Teil der Gesellschaft, und nicht nur für sie. Ausländische bzw. verbündete Streitkräfte bewundern und beneiden die Bundeswehr auch und gerade wegen ihrer Führungs- und Unternehmenskultur. – Die Wehrpflicht-Armee wäre die intelligentere Armee, behaupten andere, weil, unabhängig von (wirtschaftlich-)konjunkturellen Schwankungen, junge Männer „aus dem Volk“ in die Armee „rein und raus“ gehen, was wiederum zu einer gewissen Verbundenheit und zur gesellschaftlichen Integration führt. – Die Akzeptanz der Bundeswehr durch die Gesellschaft unterliegt natürlich Schwankungen. In der „Gründerzeit“ war sie sehr gering. Nachdem sich die Bundeswehr als Bürgerarmee bei Naturkatastrophen als „Fortsetzung des Technischen Hilfswerks mit anderen Mitteln“ nützlich erwiesen hat, zuletzt im Oderbruch, nähert sie sich historischen Traumnoten. – Ab und zu hört man, die Wehrpflicht sei so etwas wie ein Hygienefaktor, wenn es im Parlament darum ginge, die Bundeswehr einzusetzen. Väter und Mütter, Angehörige unter den Abgeordneten gingen mit der Wehrpflicht-armee sensibler und behutsamer um; sie würden sich gut überlegen, mit welchen Aufgaben sie die „Söhne des Volkes“ betrauen ... (was hoffentlich nicht heißt, dass man mit einer Freiwilligenarmee hemmungsloser umzugehen gedenkt). – Solchen Betrachtungen kann man sich nicht verschließen. Schließlich nennen einige sogar ein sozialpädagogisches Argument: Die Wehrpflicht - und in ihrem Gefolge auch der Zivile Ersatzdienst – konfrontiere Jugendliche mit der Notwendigkeit, einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten, sich mit Haut und Haar in Pflicht nehmen zu lassen.

Die Allgemeine Wehrpflicht also

- beteiligt den Bürger am Schutz des Gemeinwesens (Staatsbürger in Uniform)
- legt dem Bürger nahe, etwas für sein Land zu tun (Gemeinwohl)
- weckt Interesse an der Landes- und Bündnisverteidigung (Identifikation)

- sichert den Gesamtumfang der Streitkräfte (Rekrutierung)
- gewährleistet die Aufwuchsfähigkeit (Reservisten)
- sorgt für die Einbindung der Armee in die Gesellschaft (Integration)
- nutzt die beruflichen Fertigkeiten junger Männer (intelligente Armee)

Solche und ähnliche Gründe sprechen für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht; aber alle sind, so meine ich, der Frage der sicherheitspolitischen Notwendigkeit im Hinblick auf eine existentielle Bedrohung des Landes nachgeordnet und damit von sekundärer Bedeutung. Aufwuchsfähigkeit, Bündnisfähigkeit, Rekrutierungspotential (so billig kommen wir nie wieder an Nachwuchs! – es sei denn durch die Verbesserung der Attraktivität) für Zeit- und Berufssoldaten ... Auch gesellschaftspolitische Begründungen sind bekannt: Von Scharnhorst, der – angebrütet von Carnot – in vordemokratischer Zeit formuliert hat: „Jeder Bewohner des Landes ist der geborene Verteidiger desselben.“ über Theodor Heuss: „Die Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie. (Ihre Wiege stand in Frankreich.)“⁽¹⁾ bis zu aktuellen Äußerungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping: alle nennen gute Gründe, welche der Allgemeinen Wehrpflicht als Wehrform den Vorzug geben.

„... der geborene Verteidiger desselben?“

Die Bundeswehr ist kein Selbstzweck; ihre Auftraggeber – Primat der Politik! – haben an der Wirklichkeit Maß zu nehmen. Der wehrpflichtige deutsche Soldat, der zurzeit den Streitkräften 10 Monate zur Verfügung steht, teils sinnvoll beschäftigt, teils gammelnd (Selbstzeugnisse) – von der Gundausbildung einmal abgesehen – ist in der Truppe gern gesehen. In der Kampftruppe steht er in der Regel seinen Mann: als Panzergrenadier, als Panzerschütze, als Jäger. Im unterstützenden Bereich schätzt man seine in Schule und Beruf erlernten Fähigkeiten und freut sich, wenn er – in mitdenkendem Gehorsam – selbstän-

dig handelt und mitunter „Löcher ausfüllt“, die durch mangelnde Bereitschaft zum freiwilligen Dienst offen geblieben sind. Nur: zum Lückenbüßer ist der Wehrpflichtige nicht geboren.

Heimatschutz, nach offizieller Sprachregelung: Landesverteidigung bleibt zwar die „vornehmste“ Aufgabe der Bundeswehr. Mit zunehmender euregonaler Stabilität tritt sie jedoch in den Hintergrund. Heute gibt es in Europa keine Militärmacht mehr, die aus dem Stand zu einer raumgreifenden Aggression auf Mittel- und Westeuropa ausholen könnte, ohne dass dies von den Betroffenen nicht früh genug bemerkt würde. Militärexperten, außen- und sicherheitspolitische Fachleute bestätigen, dass eine groß angelegte Aggression, wie sie noch zu Zeiten des Kalten Krieges wahrscheinlich war, heute nur noch nach langer Vorbereitung (mindestens ein Jahr), mit entsprechenden Übungen und Ressourcen denkbar wäre. Wenn aber einerseits Landes- und im weiteren Sinne Bündnisverteidigung unwahrscheinlicher geworden ist, andererseits Friedensmissionen, auch so genannte robuste (Peace enforcement) Einsätze sowie Humanitäre Interventionen eher auf der Einsatzagenda stehen, so ist das nichts für Wehrpflichtige. Gegenwärtig dient kein so genannter GWDL (Grundwehrdienstleistender) in Auslandseinsätzen, es sei denn als so genannter FWDL (Freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistender), eine Krücke, die sich nur vordergründig als „Problemlösung“ anbietet, tatsächlich aber den „freiwilligen Wehrpflichtigen“ – ein Widerspruch in sich selbst – geboren hat. Kommiss kommt von komisch.

Der moderne Soldat ...

... wird vor allem durch die technisch bedingten Veränderungen des Kriegsbildes geprägt; er unterscheidet sich vom „Landser“ alter Prägung: sehr wahrscheinlich werden militärische Entscheidungen nicht mehr unter „Stahlgewittern“ gesucht. Und heute wird kaum noch mit aufgepflanztem Bajonett „Mann gegen Mann“ gekämpft. In Mittel- und Westeuropa dürfte das „Schlachtfeld“ nicht mehr über Schützengräben „drainiert“ werden.

Hoffentlich gehört diese perverse Form von Menschenopfern auf Schlachthöfen ein für alle Mal der Vergangenheit an.

Die politische Entscheidung für einen Angriffskrieg ist in zivilisierten Staaten, in entwickelten Demokratien nicht mehrheitsfähig. Und im Sinne der Goldenen Regel: „Was du nicht willst, das man dir tu“, das füg‘ auch keinem andern zu!“ ist es Bürgern in freiheitlichen und demokratischen Ordnungen kaum noch zu vermitteln, dass ihre „Bürger in Uniform“ wegen der barbarischen Gräueltaten, wie sie der *Bösewicz Milosewicz* zu verantworten hat, ihre „Haut zum Markte tragen“. Also: entschieden kämpfen schon, aber möglichst ohne eigene Verluste

Die NATO-Luftschläge haben einen Eindruck vermittelt, wie heute Krieg geführt wird: HighTec macht’s möglich, dass „Blut gespart“ wird, weil die modernen Waffensysteme es dem „Cyber-Soldier“ ermöglichen, aus der Distanz seine Waffen über Radar oder Laserstrahlen ins Ziel zu lenken. Und es muss klar sein, dass die Regeln des Völkerrechts eingehalten werden, auch wenn sich diejenigen, die gegen das Völkerrecht verstoßen, nicht daran halten. Militärische Schläge dürfen nicht gegen unbeteiligte zivile Bürger gerichtet werden, sondern gegen militärisch bedeutsame Ziele. Der Soldat als „Vollzugsbeamter des Völkerrechts“ muss über Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, die ihm in längeren Lehrgängen und teuren Trainingsprogrammen vermittelt werden. Das macht das „System Soldat“ teuer! Der Soldat von morgen ist Planer, Logistiker, Operator, Schiedsrichter, Polizist, ein Spezialist eben. In diesem Sinne wird er immer mehr zum „Universal Soldier“.

So betrachtet bringt die Wehrpflicht einen „Wehrersatz“, der nicht gebraucht wird, höchstens eben als Pool, aus dem man Freiwillige fischt oder als Miliz im Sinne einer Heimatschutztruppe.

Die Wehrpflicht ist kein Dogma

... sie zu hinterfragen keine Häresie. Was treibt nun die GKS dazu, sich für die Allgemeine Wehrpflicht so vehement einzusetzen, als wäre sie „auf ewig“ angelegt? Als kirchli-

cher Verband von mehr oder weniger öffentlicher Bedeutung ist sie m.E. schlecht beraten, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen. Es kann zu Entwicklungen kommen, in der die Politik aufgrund fehlender Mittel die Wehrpflicht zur Disposition stellt. Es könnte sein, dass sie den Bürgern die sicherheitspolitische Notwendigkeit nicht mehr zu vermitteln vermag und dass auch die „staatsphilosophischen Argumente“ nicht mehr überzeugen. Inzwischen ist es politisch einsichtig, dass der lange Zeit als vordringlich eingestufte Kernauftrag „Landesverteidigung“ in den Hintergrund treten kann, weil Sicherheit und Frieden in Europa zunehmen durch Kooperation – Richtung Osten – und Integration – Richtung Westen. Je mehr Europa zusammenwächst, je mehr sich die Armeen in multinationalen Stäben und Verbänden zusammenschließen, umso näher kommt die Euro-Armee ... Spätestens dann kann es keine unterschiedlichen Wehrformen mehr in den in der Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten geben.

... sie füllt aber die 2. Klasse

Nicht nur junge Menschen fragen, ob es im „Sinne des Erfinders“ sei, „die Bewohner des Landes“ für Einsätze außerhalb desselben vorzusehen. De jure darf es keine Zweiklassen-Armee geben. De facto nehmen sie gerade diejenigen in Kauf, welche die Wehrpflicht weiterhin als notwendig erachten, indem sie zwar verordnen, dass Wehrpflichtige im Unterschied zu Freiwilligen nicht ohne ihre ausdrückliche Zustimmung an Auslandseinsätzen teilnehmen dürfen, obwohl nach dem Soldatengesetz bezüglich der Verwendung nicht differenziert wird – Wehrdienst ist Wehrdienst. Hinzu kommt, dass die westlichen Nachbarn die Wehrpflicht aussetzen oder gar aufheben, was über kurz oder lang einen „Domino-Effekt“ auslösen könnte. Junge Europäer werden sich fragen, warum sie zwar mit gleicher Währung bezahlen, aber je nach Nationalität unterschiedlich belastet werden: Die einen nur durch Steuern, die andern zusätzlich durch die Wehrpflicht. Anstatt Eurostandards anzustreben, würde hier der nationalen Eigenbrötelei geifert. Im Übrigen müsste doch wohl auch eine

überstaatliche europäische Dienstgerechtigkeit angestrebt werden.

Und was ist, wenn – entgegen der Logik, aber gezwungen durch eine seit Jahren „ungereimte“ Haushaltspolitik des Bundes – die Personalstärke der Bundeswehr reduziert, wenn unabhängig von realen Bedrohungsszenarien der Umfang der Bundeswehr an den „freigeschaufelten“ Haushaltsmitteln ausgerichtet wird? Das wäre zwar gemäß Art 87a GG Abs 1, 2. Satz²⁾ verfassungskonform, dürfte aber dennoch trotz haushaltspolitischer Zwänge nicht dazu führen, dass man „das Pferd am Schwanz aufzäumt“! Also: Erst der Auftrag, dann die Mittel!

Was ist, wenn das Geld nicht reicht?

Man kann sich also des Eindrucks nicht erwehren, dass nicht der Auftrag, sondern der Haushalt den Umfang der Bundeswehr bestimmt, übrigens nicht erst seit „Rot-Grün“ ... „Wer nicht schreit zur rechten Zeit, der muß seh’n, was übrig bleibt ...“. Die Bundeswehr hat de facto keine Lobby, noch hat sie bisher Demonstrationsrituale eingeübt wie etwa die „Ruhrkumpels“, welche unter Missachtung der Bannmeile Subventionen erpresst haben („Sonst brennt das Revier“), die in den unrentablen Schächten versickern ... Wenn ich richtig gelesen habe, kostet der Arbeitsplatz eines Bergmanns jährlich mehr, als ein Stabsoffizier verdient. Merkwürdig, nicht wahr?

Wenn denn haushaltspolitische Zwänge dazu führen sollten, dass die Bundeswehr unterversorgt würde – ist sie es denn nicht bereits? – und eine die Attraktivität schädigende und in deren Folge die Motivation lähmende Mangelverwaltung – die auch der vielzitierte „Schütze Bumm im dritten Glied“ zu spüren bekommt – als neue Unternehmenskultur in der Bundeswehr noch weitere Kreise ziehen sollte, gehen die Werte, die unsere Verfassung bisher prägen und für die den Kopf hinzuhalten sich die Soldaten der Bundeswehr nicht zu schade sind, die Spree hinunter; die Innere Führung würde verwässert.

Nach Abwägen der vorgestellten Argumente komme ich zu folgender

Einsicht: Lieber eine kleinere und feinere, reformierte Bundeswehr mit einem Wehrpflichtigenanteil, als eine teilweise sogar über den Rand genährte, strukturell überkommene Armee, die absehbar wegen finanziellem Versagen technologisch von jenen Staaten abgehängt werden wird, die mit ihrer Sicherheit verantwortungsbewusster umgehen, weil sie wissen, was sie wert ist. Ich kenne bis heute keine seriöse bzw. offiziell anerkannte Wirtschaftlichkeitsberechnung, aus der man ableiten könnte, welches die günstigere Wehrform im Hinblick auf Kosten-Nutzen per Dienstposten wäre. – Auch ist es eine merkwürdige Art von Kompensation, wenn finanzielle Impotenz (pro-Kopf-Ausgaben für die Verteidigung) durch „Wehrpflichtigen-Masse“ aufgewogen werden soll. Auch hier stellt sich die Frage nach dem Menschenbild ... Schlussendlich münden alle Überlegungen in folgender Entscheidung:

Entweder mehr Geld oder weniger Soldaten!

(Die teilweise schon hochbetagte Ausrüstung muss durch moderne ersetzt werden; der materielle (investive) Bereich trägt also keine „Streck- und Streich-Prozedur“ mehr!) Sollte die Entscheidung zu „weniger Soldaten“ hin gefällt werden, würde die Allgemeine Wehrpflicht entgegen aller bis heute hochgehaltenen „staatsphilosophischen“ Einsicht entweder gekürzt oder ausgesetzt (nicht abgeschafft!), werden müssen, weil die so genannte Wehr-

gerechtigkeit (ein blöder Begriff³⁾) gewährleistet sein muss. Ob der Inneren Führung im Falle der Aussetzung der Marsch geblasen wird, hängt vom politischen Willen und der militärischen Führung, weniger von den einzelnen Soldaten, ab, die per se ein hohes Interesse daran haben müssten, dass diese einmalige Führungskultur auch ohne Wehrpflicht erhalten und weiterentwickelt wird. Jedenfalls müsste die Bundeswehr sehr darauf achten, dass dem Söldnertum nicht Tür und Tor geöffnet und die Innere Führung gleichsam durch die kalte Küche verwässert würde. Dies wäre ein durch nichts zu entschuldigender Rückschlag, von dem sich die Bundeswehr nie wieder erholen würde.

Die GKS kann und soll sich zum Beispiel dafür stark machen, dass sich möglichst viele Leute Gedanken um die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland machen; sie kann (nach Kräften) Bürger sensibilisieren, damit diese die notwendige sicherheitspolitische Vorsorge treffen; sie kann Soldaten mit der Sinnfrage ihres Tuns konfrontieren, damit sie gewissenhaft dienen können; sie kann, wie sie das von der Kirche, konkret von der katholischen Soziallehre, erwartet, ethische Kriterien als „geistige Wetzsteine“ nennen, die hilfreich sind, wenn es darum geht, eine sittliche verantwortbare Entscheidung in allgemeinen oder speziellen Fragen zu fällen. Sie kann sich als Anwältin einer aus christlich-abendländischer Tradition entwickelten Friedens- und Berufsethik qualifizieren.

Die Sache mit der sicherheitspolitischen Kompetenz

Und noch etwas: Wenn die GKS glaubwürdig bleiben will, sollte Sie in ihrer Erklärung nicht auf der einen Seite feststellen, dass es „nicht Sache der (katholischen) Kirche und der in Ihrem Dienst Stehenden (Justenhoven) (sei), konkrete politische Entscheidungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzubestimmen“ und andererseits im nächsten Absatz sich darüber freuen, dass „wohl auch die katholische Kirche in Deutschland“ hinter der Allgemeinen Wehrpflicht stehe. Das ist – mit Verlaub – unlogisch!

Ich hoffe, dass Dr. Justenhovens Äußerung als ein ernst zu nehmender Beitrag in der Diskussion um die Wehrpflicht gewertet wird. Es geht doch um die Sache, oder?

Anmerkungen

- 1) Diese Denkschule geht auf Carnot zurück, vgl. Opitz, Eckardt: Die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland – eine historische Betrachtung mit aktuellem Bezug – in: Militärgeschichte – Zeitschrift für historische Bildung, Heft 1, 1. Quartal 1999, Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt.
- 2) „Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.“ – Also doch?
Wie viel Bedrohung können wir uns für das vom Parlament zur Verfügung gestellte Geld „leisten“?
- 3) gemeint ist, dass tauglich Gemusterte entweder Wehrdienst oder zivilen Ersatzdienst leisten, nicht, dass daraus ein „Würfelspiel“ wird. □



„Abmarsch!“ – wird das Zwangsmittel Wehrpflicht als dem Staatsbürger nicht mehr zumutbar vom Platz geschickt? (Foto: Archiv PS)

ARGUMENTE GEGEN EINE DEUTSCHE FREIWILLIGENARMEE

Warum die allgemeine Wehrpflicht auch künftig unentbehrlich ist

Hans Frank

Wenn um die Orientierungspunkte der Zukunft des Landes gerungen wird, ist auch zu fragen, ob der jungen Generation angesichts neuer Herausforderungen in einem zusammenwachsenden Europa noch die Bürde eines Dienstes für die äußere Sicherheit zugemutet werden kann und darf. Gewichtige Argumente sprechen für diese Zumutung.

Unstrittig ist, dass sich die sicherheitspolitische Lage Deutschlands entscheidend verändert hat. Ebenso unstrittig ist auch die fortbestehende Gefährdung unserer Sicherheit. Allerdings nicht mehr messbar in direkt an unserer Grenze aufmarschierten Panzern und Divisionen, sondern mehr aus einem diffusen Bündel unterschiedlicher Risiken bestehend.

Streitkräfte sind das Mittel der äußeren Absicherung einer Gesellschaft gegen die Unwägbarkeiten politischer Entwicklungen. Im letzten Jahr des 20. Jahrhunderts ist bedeutsam, dass zum dritten Mal der Versuch gewagt wird, langfristig Sicherheit und Stabilität für Europa zu erreichen. Zwei Versuche in der Vergangenheit schlugen fehl; wir Deutschen waren daran maßgeblich beteiligt. Dies verstärkt unsere Verantwortung für den dritten Anlauf.

Nach wie vor ist Vorsorge notwendig

Die Zeichen stehen nicht schlecht Wiedervereinigung, Auflösung des Warschauer Paktes, neue Bündnispartner, eine neue Charta für Europa, die europäische Einigung. Aber sind diese Prozesse so abgeschlossen, dass ein Rückfall in konfrontative Verhaltensmuster ausgeschlossen ist? Ist die Lageanalyse so sicher, dass darauf unsere künftige Sicherheit gegründet werden kann?

Zweifel bleiben. Daher gilt: Solange noch – zugegebenermaßen

schwer messbare – Risiken bestehen, muss Vorsorge getroffen werden. Dies erfordert militärische Kräfte, die unserem Land im Herzen Europas angemessen sind, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wer wollte zudem die USA überzeugen, weiter in Europa präsent zu bleiben und ihre Sicherheit auch in Zukunft mit der unseren zu verknüpfen, wenn wir selbst nicht mehr bereit wären, das Notwendige für unsere äußere Sicherheit zu tun? Die Devise kann nur lauten: Die Amerikaner weiterhin eingebunden halten!

Ein weiterer Aspekt ist wichtig: Schon zu den Hochzeiten des Kalten Krieges galt es, vor einem Konflikt abzuschrecken. Stabilität war seinerzeit das Ziel, dies gilt auch heute noch. Stabilität in und für Europa dem tragen gut ausgebildete motivierte und zahlenmäßig angemessene Streitkräfte Rechnung.

Für die Stabilität in Europa muß darüber hinaus die zentrale Lage Deutschlands betrachtet werden, sie kann beruhigend wie bedrohlich auf Nachbarn wirken – unsere Geschichte ist Beispiel dafür. Damit verbindet sich die Verpflichtung, unser Gewicht angemessen in den politischen Prozess von Konfliktregelungen einzubringen. Unsere politische Stimme wird aber nur über die Fähigkeit, mit signifikanten militärischen Mitteln zur Regelung beizutragen, Gewicht haben. Eine Größenordnung von 300.000 bis 340.000 Soldaten ist im europäischen Verbund angemessen, wirkt nicht bedrohlich aber verdrängt auch keine Last auf andere Schultern.

Wahrung der Stabilität in zentraler Lage

Die notwendige Truppenstärke kann aber nur mit Wehrpflichtigen bereitgestellt werden. Eine reine Berufsarmee in dieser Größenordnung würde deutlich höhere Verteidi-

gungsausgaben als bisher erfordern – Großbritannien und Frankreich beispielsweise zahlen diesen Preis. Ohne Wehrpflichtige wären maximal 200.000 Mann finanzierbar. Wehrpflichtarmeen sind außerdem strukturell stärker in die Gemeinschaft eingebettet als Berufsarmeen, somit ein ebenfalls der Stabilität dienender Faktor.

Aus der sicherheitspolitischen Lage ergibt sich die Forderung an die deutschen Streitkräfte, die gesamte Palette möglicher Gefährdungen unserer Sicherheit, angefangen von kleineren Konflikten bis zum heute immer noch nicht völlig auszuschließenden Fall einer großen Konfrontation, abzudecken. Selbstverständlich findet die Abwehr einer Bedrohung immer entweder im europäischen oder im Bündnisrahmen statt. Dies machte es in der Vergangenheit möglich, die Streitkräfte in der Zahl deutlich zurückzunehmen und auch finanziell die Aufwendungen zu reduzieren.

Der Blick auf die anderen Staaten Europas zeigt, dass wir inzwischen mit dem Verteidigungsetat weit hinter den vergleichbaren Aufwendungen anderer europäischer Staaten liegen, etwa gleichauf mit Luxemburg und nach Belgien und den Niederlanden. Eine weitere Reduzierung erscheint problematisch, wollen wir die Distanz zu den übrigen europäischen Partnern nicht noch vergrößern.

Zur Stabilitätswahrung gehört ein unserer zentralen Lage angemessener Verteidigungsumfang. Dies ist nur über ausgebildete Reservistenverbände zu erreichen, die wiederum nur über die Wehrpflicht gebildet werden können. Der Einwand, Frankreich und Großbritannien garantieren ihre nationale Sicherheit auch ohne Wehrpflichtarmee, trägt nur bedingt. Beide Länder unterhalten eigene Nuklearkräfte zum Schutz ihrer Nation gegen direkte Bedrohung. Dieser Weg verschließt sich uns aus gutem Grund – wir brauchen daher einen anderen Stabilitätsfaktor. Das ist die allgemeine Wehrpflicht.

Sache aller Bürger: Verteidigung von Recht und Freiheit

Für diese sicherheitspolitische Begründung der Wehrpflicht gibt es

noch ein anderes Argument: Es geht um die notwendige Einbindung in die Gesellschaft. Nicht im Sinne der Kontrolle der Streitkräfte. Die Gefahr eines „Staates im Staat“ wird von keiner ernsthaften politischen Seite mehr gesehen. Es geht vielmehr um den Erhalt des Interesses der Gesellschaft an der äußeren Sicherheit und an den dafür bereit gestellten Streitkräften. Will unser Volk seine äußere Sicherheit tatsächlich einer Minderheit von ca. 200.000 Mann – das sind weniger als 0,2 Prozent der Bevölkerung – überlassen? Wird die Politik dann weiterhin so sorgsam, auch so zurückhaltend mit ihren Streitkräften umgehen, wenn sie nicht auf die über die Wehrpflicht eingebundenen breiten Teile der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen hätte?

Sicher ist die gesellschaftspolitische Dimension der Wehrpflicht ein Nebeneffekt, aber ihr wertvollster. Sie macht die Verteidigung von Recht und Freiheit zur Sache aller Bürger; und sie ist die Garantie für die Verklammerung der Bevölkerung mit ihren Streitkräften. Diese Verklammerung ist Garant dafür, dass das Parlament die Streitkräfte verantwortungsvoll und mit Augenmaß einsetzt.

Auch militärische Gründe sind nicht außer Acht zu lassen. Die beiden laufenden Einsätze in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zeigen das Bild eines Soldaten, der professionell sein Handwerk beherrscht, gleichzeitig aber auch fairer Mittler zwischen den Konfliktparteien ist. Dies erfordert soziale und gesellschaftliche Kompetenz, Kenntnis der historischen Entwicklung, Verständnis für ethnische, kulturelle und religiöse Unterschiede.

Multinationalität als Ausdruck des neuen Europa

Eine Wehrpflichtarmee, in der die Vorgesetzten aller Ebenen laufend mit jungen Männern, ihren Ansichten, Einstellungen, Problemen konfrontiert werden und aus ihnen immer neu lernen, hält Führer und Unterführer lebendig und vermeidet Verkrustungen, die in vielen anderen Bereichen zu beobachten sind. Freiwillig längerdienende Wehrpflichtige haben zusammen mit aufgeschlossenen Vorgesetzten dazu beigetragen, das Bild Deutschlands in Kambodscha, in Somalia, in Bosnien-Herzegowina und jetzt im Kosovo nachdrücklich zu prägen.

In einem zusammenwachsenden Europa ist noch ein weiterer Faktor bedeutsam: die Multinationalität. Im Eurokorps finden sich Franzosen, Belgier, Deutsche, Spanier und Luxemburger zu einem europäischen Großverband zusammen. Daneben gibt es ein deutsch-niederländisches Korps, Verbände mit den Amerikanern sowie in Kürze einen polnisch-dänisch-deutschen Großverband. Hinzu kommt breitgefächerte Kooperation mit den Streitkräften unserer östlichen Partner.

Das alles ist Ausdruck des neuen Geistes in Europa. Die europäische Einigung wächst auch durch die Begegnung der Soldaten über die Grenzen hinaus. Wehrpflichtige sind daran maßgeblich beteiligt, sie prägen das Bild eines neuen Miteinanders, bringen die Menschen einander näher und wecken das Verständnis für die Probleme der anderen. Dieses Bild grenzübergreifender Zusammenarbeit und Kooperation tragen die jungen Wehrpflichtigen in die Gesellschaft hinein.

Alles in allem sind das gute Gründe, auf absehbare Zeit weiterhin für die allgemeine Wehrpflicht einzutreten. □

Auslandseinsätze sind ein Argument für die Wehrpflicht

Militärische Leistungen der Wehrpflichtarmee sind besser – Berufsarmeen haben große Rekrutierungsorgen

Egge Weers

In der Debatte über die Militärdienstpflicht bekommt der sozialdemokratische (Selbst-)Verteidigungsminister Rudolf Scharping Schützenhilfe vom liberalen Reserveoberst Jörg van Essen. „Die militärischen Leistungen der Wehrpflichtarmee sind in der Regel besser als die der Berufsarmeen“, stellt der Bundestagsabgeordnete van Essen fest. Er belegt das mit den Erfolgen der Bundeswehr oder früher auch der niederländischen Wehrpflichtigen bei Nato-Wettkämpfen wie der „Canadian Army Trophy“. Zudem haben sich nach van Essen die freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen bei Auslandseinsätzen auf dem

Balkan bewährt. Bei der Bosnien-Mission der multinationalen „Stabilization Force“ in Bosnien-Herzegowina sind die Verluste der Amerikaner, Briten und Franzosen nach Angaben des Freidemokraten wesentlich höher als die der Bundeswehr. Er begründet das mit dem Geist, der in einer zum Großteil aus Wehrdienstpflichtigen bestehenden Streitmacht herrscht.

Auch die spektakuläre Evakuierung von Zivilisten aus der albanischen Hauptstadt Tirana haben überwiegend die freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen des Heeres vorgenommen – nachdem die Profis der amerikanischen Marinein-

fanterie sich unverrichteter Dinge mit der Begründung „zu gefährlich“ zurückgezogen hatten.

„Wir brauchen die Wehrpflicht, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen“, erläutert van Essen. Solche Worte hört neben Scharping auch der Generalinspekteur gern. Hans Peter von Kirchbach ist ohnehin überzeugt: „Die internationalen Einsätze sind eher ein Argument für als gegen die Wehrpflicht“. Der General führt weiter aus: „Freiwillig länger dienende Wehrdienstleistende stellen einen beträchtlichen Teil des Mannschaftsbestandes und sie leisten hervorragende Arbeit“. Er berichtet, dass vierzig Prozent der Offiziere und fünfzig Prozent der Unteroffiziere, die auf dem Balkan eingesetzt werden, „ihren Weg zur Bundeswehr über die Wehrpflicht gefunden haben“.

Von Kirchbach, der sich wie der frühere General Klaus Naumann zunächst nur für zwei Jahre zum Militärdienst verpflichtet hatte, empfiehlt den Politikern, an der Wehrpflicht festzuhalten. Nach Meinung von Scharping verbieten sich in der Verteidigungspolitik „populistische Schnellschüsse“. Der Minister führt weiter aus: „Wenn jetzt Leute kommen und sagen, fährt doch das Personal runter, dann kann ich nur sagen: Wie machen Sie das denn?“ Schließlich stehen die Zeit- und Berufssoldaten in einem beamtenähnlichen Verhältnis. Bei einer vorzeitigen Entlassung müsste Scharping sie entschädigen und „unglaublich viel Geld in die Hand nehmen“, das er nicht hat. Von der Abschaffung der Wehrpflicht rät er ohnehin dringend ab.

Die Berufsarmeen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande haben enorme Schwierigkeiten, qualifizierten Nachwuchs zu finden. „Große Rekrutierungsprobleme“, sagt van Essen und warnt, die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland abzuschaffen. Scharping berichtet, dass die amerikanische Armee Verpflichtungsprämien von 50.000 Dollar zahlt, um junge Leute zu gewinnen. Die französischen Streitkräfte seien seit der Abschaffung der Militärdienstpflicht um 25 Prozent kleiner und um dreißig Prozent kostspieliger geworden. „Immer kleiner, immer teurer“, das könne nicht die Devise der Bundeswehr auf dem Marsch ins 21. Jahrhundert sein.

Von den britischen Zeitsoldaten haben Scharping zufolge 40% eine „sehr gute Chance“, nach der Entlassung aus der Armee arbeitslos zu werden. 50% seien nach einem Jahr arbeitslos. Vor diesem Hintergrund bekräftigt der Verteidigungsminister: „Wir sollten stolz sein auf die soziale und demokratische Verankerung der Bundeswehr und das nicht leichtfertig aufs Spiel setzen“. Ein weiterer Gesichtspunkt: Die internationalen Verpflichtungen könne die Bundeswehr nach einer weiteren Truppenverminderung nicht mehr erfüllen. (aus: Die Tagespost vom 05.08.1999)

Die Bundeswehr Partner im Bereich der humanitären Auslandshilfe

Klaus Liebetanz

Am 20. April 1999 fand in der Gneisenaukaserne in Koblenz eine Auswertetagung beim Heeresführungskommando - G5/CIMIC und den großen privaten und staatlichen Hilfsorganisationen statt. Als Ziel der Veranstaltung definierte Oberst i.G. Rainer Kobe, der Abteilungsleiter G5/CIMIC, eine verbesserte Zusammenarbeit der teilnehmenden Organisationen mit der Bundeswehr bei Friedenseinsätzen im Ausland. Im Folgenden sollen die wesentlichen Statements der anwesenden Hilfsorganisationen und von G5/CIMIC wiedergegeben werden.

Grundsätze der Zusammenarbeit

Der Leiter des THW-Einsatzreferat, Ralf Tiesler, stellte in seinem Beitrag fest, dass die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr derzeit unproblematisch und unbürokratisch sei, was nicht immer der Fall gewesen wäre. Das THW hätte akzeptiert, dass die Bundeswehr ein neuer Spieler im Bereich der humanitären Auslandshilfe sei. Es käme nun darauf an, gewisse Spielregeln abzusprechen, die mit dem Subsidiaritäts-

prinzip übereinstimmen. Dazu ergänzte der Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Caritasverbandes Dr. Martin Salm, dass Caritas International zu einer Kooperation mit der Bundeswehr bereit ist und nannte dazu folgende Kriterien:

Kompetenz/Fähigkeit

Aus seiner Sicht käme es bei der professionellen humanitären Hilfe darauf an, mit welcher Sichtweise an die Hilfsprojekte herangegangen werde. Von Anfang an seien lokale



Ein deutscher Soldat des CIMIC-Verbandes in Bosnien wird von einem Wiederaufbauprojekt in Ilidza von einer begeisterten Schar Kinder umringt (Foto: Detmar Mödes, BMVG)

Partner in Planungen und Maßnahmen einzubeziehen. Dabei sollte eine längerfristige, sich selbst tragende Verbesserung der Situation in den Krisengebieten angestrebt werden.

Subsidiarität

Man sollte nur das tun, was notwendig ist. Die Selbsthilfekräfte der Betroffenen sollten gestärkt werden. Diese „Philosophie der Zurückhaltung“ kann gelegentlich mit dem politischen Auftrag kollidieren (z.B. forcierte Rückführung von Flüchtlingen in BuH).

Neutralität

Neutralität ist eine Voraussetzung, um zu den betroffenen Opfern zu gelangen. Caritas befürwortet insbesondere im mazedonischen Umfeld, dass die Hilfe für die Flüchtlinge aus dem militärischen Bereich herausgenommen werden sollte.

Nachhaltigkeit

Humanitäre Hilfe darf nicht kurzfristig geplant werden, sonst bricht nach dem Herausgehen der Unterstützer das geplante Projekt zusammen (z.B. wie in Somalia)

Kostenfrage

Die Bundeswehr muß sich auf dem Gebiet der humanitären Hilfe kostenmäßig messen lassen, insbesondere dann, wenn sie als Konkurrent der Hilfsorganisationen auftritt.

Tiesler schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, dass die humanitäre Hilfe in Deutschland in erster Linie vom privaten Engagement getragen sei und es deshalb fatal wäre, wenn durch die Tätigkeit der Bundeswehr der Eindruck entstünde, dies sei nunmehr eine reine staatliche Tätigkeit.

Verpflichtung des Roten Kreuzes zur strikten Neutralität

Der Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes, Thomas Klemp, führte zum Thema „Neutralität“ aus, dass es auch für das Deutsche Rote Kreuz von eminenter Bedeutung sei, seine Hauptfinanzierungsquelle in der deutschen Bevölkerung zu haben. Das DRK sei in erster Linie den Opfern verpflichtet und darf sich in seiner Bedarfsermittlung nicht von politischen Vorgaben beeinflussen lassen. Je heißer ein Konflikt werde, desto klarer muß der Unterschied zwischen Kombattanten und Hilfsorganisationen sein. Aus diesem Grunde kann sich das DRK nicht vollständig in eine „deutsche“ humanitäre Hilfe einbinden lassen. Er faßte den Standpunkt des Deutschen Roten Kreuzes wie folgt zusammen:

- Das DRK leistet im Ausland nicht so sehr deutsche Hilfe, sondern zusammen mit anderen nationalen Rotkreuzgesellschaften internationale Hilfe.

- Das schließt nicht aus, dass es eine Palette von Möglichkeiten der selektiven Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gibt.
- Häufig kann das DRK in Krisengebieten erst tätig werden, wenn das Militär die Sicherheit einigemaßen hergestellt hat.
- Das Ausnutzen von militärischen Kapazitäten ist für das Rote Kreuz immer wieder interessant und verlockend, um Zeit und Kosten zu sparen.
- Wir vergleichen natürlich auch die Angebote der Industrie und des Handels und prüfen leidenschaftslos, wie wir am besten zum Ziel kommen.
- Wichtig ist dass beide, das Rote Kreuz und die Bundeswehr, von einander wissen, mit welchen Vorstellungen man in die Operation geht, um Mißverständnisse und Enttäuschungen zu vermeiden.
- Ferner sollte man bedenken, dass das Gebiet der humanitären Hilfe ein sehr großes Betätigungsfeld ist, bei dem man sich nicht unbedingt behindern, sondern eher ergänzen sollte.

Einsatzerfahrungen im erweiterten Aufgabenspektrum (Peace Supporting Operations, PSO)

Oberstleutnant Hans Joachim Oehler (HFüKdo-G5) ging in seinem Beitrag auf die bisherigen Einsatzerfahrungen des Heeres im erweiterten Aufgabenspektrum (Peace Supporting Operations, PSO) in Bezug auf humanitäre Hilfe / Wiederaufbau und auf die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und dt. NGO's/GO's ein.

Aus Sicht der Bundeswehr (G5/CIMIC) gäbe es dabei folgende Erkenntnisse:

- Die Bundeswehr wird auch künftig im Rahmen von PSO Akzeptanz erhöhende Maßnahmen im zivilen Bereich im Ausland durchführen.
- Bei den bisherigen Einsätzen hat sich herausgestellt, dass der Zusammenarbeit mit den dt. NGO's/GO's eine wichtige Rolle zufällt.
- Die Bundeswehr (Heer) hält sich nicht zuletzt aus Kapazitätsgründen an das Subsidiaritätsprinzip. Sie drängt sich nicht auf,

sondern hält sich eher zurück.

- Die herausragenden Kapazitäten des Heeres beim PSO-Einsatz beziehen sich auf das Sanitätswesen, Pionierkräfte und Transportfähigkeiten.
- Bei zukünftigen PSO-Einsätzen wird es darauf ankommen, gleich von vorne herein durch gemeinsame Planung und Erkundung synergetische Effekte zu erreichen.
- G5/CIMIC respektiert in der Zusammenarbeit mit den NGO's/GO's deren Eigenständigkeit und Grundsätze.

Zusammenarbeit im Bereich der Rehabilitation und des Wiederaufbaus

Der Leiter der Auslandsabteilung des Malteser Hilfsdienstes, Martin Pfeifer, sah aus Sicht des Malteser Auslandsdienstes Möglichkeiten der Verbesserung im Bereich der Zusammenarbeit und äußerte sich wie folgt:

- Bei der Projektarbeit benötige die Bundeswehr eine kontinuierliche Erfahrung im Projektmanagement und im Umgang mit Mittelgebern.
- Die Bundeswehr muß sich überlegen, wie sie gewisse Geldsummen vor der Endabrechnung vorstrecken kann.
- Die Bundeswehr werde keine deutliche qualifizierte Verbesserung ihrer humanitären Hilfe erzielen wenn die Fluktuationsrate im Einsatzgebiet weiterhin so hoch ist.
- Die Bundeswehr müßte den interkulturellen Aspekt, die Einbindung der Betroffenen und die Anpassung an lokale Standards bei der Projektarbeit noch mehr beachten.
- Die Bundeswehr sollte bei ihrer humanitären Auslandshilfe vermehrt zivile Experten (z.B.: Regionalwissenschaftler, Ethnologen, Wirtschaftswissenschaftler, ect.) zum Einsatz bringen.

Pfeiffer stellte ergänzend fest, dass Veranstaltungen wie diese zu einer Plattform des gegenseitigen Austausch werden könnten, die Konflikte abbauen, ohne dass dabei eine notwendige Streitfähigkeit verloren ginge.

Keine operativen humanitären Einheiten der Bundeswehr

Oberstleutnant i.G. Peter Braunschtein (BMVg), dessen Referat – Fü S IV 5 – zurzeit die neue Konzeption der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit aus der Sicht des BMVg entwickelt, bestätigte, dass humanitäre Einheiten – wie in einigen NATO-Staaten – in der Bundeswehr nicht vorgesehen seien. Die Bundeswehr habe nur zu prüfen, mit welchen Mitteln und Kräften humanitäre Hilfe unterstützend zu leisten sei, wenn ihr das von der Politik aufgetragen werde. Sie selbst werde sich darum nicht „drängeln“. Die neue Konzeption sehe u.a. vor, wie die Rahmenbedingungen bei PSO-Einsätzen zu schaffen seien, damit zivile Hilfsorganisationen arbeiten könnten.

Vom Konkurrenten zum Partner

Gerold Hanau aus der Leitung von Johanniter International (JOIN) wies daraufhin, dass die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) die medizinische Versorgung des von der Bundeswehr aufgebauten Flüchtlingslagers Neprosteno in Mazedonien übernommen hätte. Die JUH sei auch in Montenegro tätig, um die dortigen Flüchtlinge aus dem KOSOVO zu versorgen. Zunächst hätte die JUH die Bundeswehr als Konkurrenten gesehen. Jetzt sehe man sie eher als Partner. Dies wäre eine längere Entwicklung gewesen. Beide Seiten hätten

ten von einander gelernt. Man ergänze sich in der Arbeit.

Politische Führung der Bundeswehr gefordert

Der Auslands-Referatsleiter des Arbeiter-Samariter-Bundes Ingo Mahrenbach bemängelte, dass die Unterstützung durch andere Streitkräfte (z.B. die Belgische Armee) wesentlich unbürokratischer von statten ging. Nach einem schweren Unfall eines Kraftfahrers vom dt. Konvoi hatte die Bundeswehr große Schwierigkeiten einen Verletzten über eine längere Strecke zu transportieren, weil kein Auftrag vorlag. Die Belgiern hätten dagegen problemorientiert und flexibel gehandelt. Er erwarte von der Bundeswehr in solchen Fällen eine größere Flexibilität. (Anm. der Redaktion: Ähnliche bürokratische Erfahrungen mit der Bundeswehr hatte u.a. auch das THW in Bosnien, als es darum ging, zwei tödlich verunglückte THW-Helfer nach Deutschland zu überführen. Nach einigem Hin und Her hatte schließlich die US-Air-Force die Leichname in kurzer Frist von Tuzla nach Ramstein kostenlos überführt.). Oberst Rüdiger Müller führte die rigide Verwaltungspraxis der Bundeswehr auf die 40-jährige Friedenszeit zurück. Es sei für ihn peinlich gewesen, dass er den Vertreter einer Hilfsorganisation an das österreichische Bundesheer verweisen mußte. Viele verbündete Staaten hätten die Hilfsleistungen wesentlich vorteilhafter geregelt. Oberst i.G. Rainer

jedoch die politische Führung der Bundeswehr gefordert, eine praktikable und unbürokratische Lösung bei der Unterstützung der Hilfsorganisationen durch die Bundeswehr bei Friedenseinsätzen zu finden.

Abschließende Übereinkunft und Schlußwort

Übereinstimmend haben die Vertreter der anwesenden Hilfsorganisationen Interesse an der Fortsetzung dieser Veranstaltung einsetzbezogen und zu gegebener Zeit bekundet, um praktische Details der Zusammenarbeit und Ausbildung zu erörtern und ggf. Leitlinien zur Zusammenarbeit von G5/CIMIC mit den dt. NGO's/GO's zu erarbeiten. Thomas Klemp (DRK) und Dr. Salm (DCV) hielten es für sinnvoll, wenn die weiteren Veranstaltungen wieder beim HFüKdo stattfinden würden, weil so am sinnfälligsten die Zivil-Militärische Fragestellung zum Ausdruck käme. Insofern sei dieser Erfahrungsaustausch eine sinnvolle Ergänzung der Institution „Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe beim Auswärtigen Amt“. Oberst i.G. Rainer Kobe, der Initiator der Tagung, bedankte sich zum Abschluß bei den Vertretern der Hilfsorganisationen und den ange-reisten Offizieren für die offene und freundschaftlichen Aussprache und das Interesse an dieser Veranstaltung, die trotz des großen Zeitdrucks, der auf allen wegen der Ereignisse auf dem Balkan lastete, stattfinden konnte. □



Kobe wies darauf hin, dass sich die Bundeswehr an die vom Parlament festgelegten Erlasse und Gesetze zu halten habe. Er fände die o.a. Sachlage auch beschämend und verbesserungswürdig. Hier sei

Ins Auge fallendes Ergebnis eines Friedenseinsatzes der Bundeswehr im Ausland: Haus Nr. 42 in einer Straße in Sarajewo mit durch Kriegseinwirkungen verursachten Schäden zu Beginn und nach der Instandsetzung – Beispiel einer gelungenen Zusammenarbeit von Hilfsorganisationen, CIMIC und betroffener Bevölkerung
(Fotos: Gerhard Stolz)



Von Invalidenhäusern, Invalidenkompanien, Bettelprivilegien

Die Versorgung von Kriegsofper war zu allen Zeiten ein Problem

Wolfgang Altendorf

Immer gab es Geld für Rüstung, Aufrüstung und Ausrüstung von Armeen, für Kriege, Eroberungszüge und Schlachten. Woran es bis in jüngster Zeit haperte, das war die Versorgung der Kriegsofper. Selbst die Bundesrepublik, die hier, trotz des verlorenen Krieges, als vorbildlich gilt, blieb nicht frei von der Versorgungsproblematik.

Invalide hieß früher, wer aus einem Krieg verwundet oder krank nach Hause zurückkehrte, dem man vielleicht den Arm zerschossen, das Bein zerschmettert hatte, der durch Krankheit oder Seuchen schwere Dauerschäden davontrug. Die Bezeichnung kommt vom Lateinischen *invalidus*, was so viel wie kraftlos, schwach bedeutet.

Die Invaliden waren es allerdings nicht nur körperlich; sie waren materiell von allen Mitteln entblößt, hilflos und ohne ausreichende Unterstützung, wenn es galt berechnete Ansprüche an die Gesellschaft durchzusetzen. „Soldaten, die im Felde oder im Frieden zur Erfüllung ihres Berufes untauglich geworden sind“ – so wurde der Begriff Invalide bis zur Jahrhundertwende definiert. Man teilte sie ein nach dem Grad dieser Untauglich- oder Tauglichkeit, in Halbinvalide und Ganzinvaliden.

Unter Invalidenversorgung verstand man „die staatliche Versorgung brav gedienter Soldaten nach erlittener Dienstbeschädigung oder nach längerer Dienstzeit (8-12 Jahre)“. Sie bestand in einer Pension, deren Höhe sich nach der Dienststellung, der Dienstzeit und dem Grad der Erwerbsunfähigkeit richtete, oder in einem „Zivilversorgungsschein“, der ein Anrecht auf eine Anstellung im Staats- und Gemeindedienst gab. Ein Unteroffizier mit zwölfjähriger ununterbrochener Dienstzeit und guter Führung (wor- auf gesteigerten Wert gelegt wurde), erhielt um die Jahrhundertwende noch die damals respektable Dienstprämie von eintausend Mark. Auch die Aufnahme in einem Invalidenhaus, in einer Halbinvalidenabteilung mit Verwendung im Garnisonsdienst vorgesehen.

Rückenwunden galten als schmachlich

Bereits im Altertum versorgte man Kriegsofper, allerdings hing das von der Art der Verwundung ab. Im alten Athen galten allgemein Rückenwunden als feige und schmachlich. Nur Soldaten mit ehrenvoller Wunden wurden auf Staatskosten weiter unterhalten, gekleidet und ernährt. Als ehrenvoll galten nur solche Blessuren, die auf der Vorderseite des Körpers lagen. Für die tapferen Athener waren bei den Olympischen Spielen Ehrenplätze auf den Tribünen vorgesehen und sie erfreuten sich auch sonstiger zahlreicher Privilegien. Die Römer belohnten ihre tapferen Soldaten mit Ländereien aus den Eroberungen. Da das am billigsten erschien, hat sich diese Art der Belohnung bis fast in die Gegenwart erhalten. Römische Legionäre bekamen außerdem und je nach Grad der Invalidität, reichlichen Anteil an der beweglichen Kriegsbeute, und unter den Cäsaren empfingen sie eine Abfindungssumme oder eine Art Invalidengehalt auf Zeit. Doch war eine eigentlich dauernde Versorgung in den vorchristlichen Jahrhunderten unbekannt, wie auch die gründliche ärztliche Betreuung auf dem Kriegsschauplatz kaum nennenswert genannt werden kann.

Die Ritter und Klöster erbarmten sich

Im Mittelalter sah es damit kaum besser aus. So ist es ein viel zu wenig beachtetes Verdienst der Ritter und der Klöster, dass sie sich der kampfunfähig gewordenen Kriegsknechten erinnerten und erbarmten. Ganze Burgbesatzungen bestanden aus Invaliden. Was sie körperlich nicht



Danse macabre: Rondo für zwei Kriegsversehrte und sechs Beine. Radierung von Rudolf Meyer, um 1630

mehr zu leisten vermochten, ersetzte voll und ganz ihre Erfahrung. Und da sie infolge ihrer Gebrechen an den Platz gebunden war, zeigten sie sich von erstaunlicher, aufopferungswilliger Tapferkeit. Klöster nahmen sich der häufig grässlich Zugerichteten an, nahmen sie auf, pflegten und verpflegten sie. Mit der „Verbesserung“ der Waffen häuften sich auch die Verwundungen. Einzelgefechte entwickelten sich zu regelrechten Schlachten. Das bedingte, wollte man weiter willige Soldaten und Söldner anwerben, eine neue, verbesserte Art der Versorgung. Franz I. von Frankreich machte für seine im Felddienst unbrauchbar geschossenen Soldaten ganze Schlösser frei (wenn auch nicht die schönsten) und beließ den Invaliden die Hälfte des Soldes auf Lebenszeit. Allerdings konnte dieser Sold mangels Geld nicht immer ausgezahlt werden. Wenn es an Geld mangelte, wurde „zuerst bei den Invaliden“ gespart. Ludwig XIV. erbaute dennoch nicht nur Versailles, auch das berühmte Hotel des Invalides, das er mit erstaunlich reichen und gut angelegten Mitteln ausstattete.

Napoleons verlustreiche Schlachten

Unter Napoleon schwoll der Invalidenstrom derart ungeheuerlich

an – die artillerische Präzision sorgte dafür – dass es kaum möglich erschien allen während einer Schlacht Verstümmelten rechtzeitig den Lebensunterhalt zu verschaffen, den sie verdienten. Es wurden Veteranenkompanien gebildet, damit „die Verwundeten wenigstens von der Straße herunterkommen“, in denen ihr und nun manchmal recht makabrer Kasernendienst weiterging. In jedem Departement existierte wenigstens eine solche Kompanie, im Departement Seine waren es schließlich vier. Im Hotel des Invalides in Paris, und in Avignon in einem weiteren Invalidenhaus waren die absolut Arbeitsunfähigen untergebracht. Schließlich gab es zu Napoleons Zeiten „Ordenspensionen“, Gelder, die mit Verleihung eines Ordens (meist auf Lebenszeit) verknüpft waren. So bedeutete der Sturz Napoleons für viele Kriegsoffer größtes Elend, größte Not. Ihre Taten waren nicht nur vergessen; sie waren verpönt. Ihrer sichtbaren Gebrechen wegen (Holzbein, Gesichtsentstellungen, Armarkrallen) wurden sie verspottet. Jene die blind geworden waren oder sich nicht zu rühren vermochten, überlebten nur, weil sich ihrer die Klöster und christlichen Spitäler annahmen. Viele erhofften einen baldigen Tod.

In England kam es erst verhältnismäßig spät zu zweckmäßigen Einrichtungen für die Opfer der britischen Eroberungen in der Welt. Unter Königin Anna allerdings waren Pensionen und Halbpensionen für ausgediente, halb- oder völlig dienstunfähige Soldaten recht bedeutend. Das Invalidenhaus in Chelsea, von Karl II. für die Landarmee errichtet, wurde reich und zweckmäßig ausgestattet, ebenso das für die Marine in Greenwich, das William III. erbaute.

In den meisten europäischen Staaten völlig unzureichend

Die Festlandeuropäer, Franzosen ausgenommen, hinkten dieser Entwicklung nach. Ihre Hilfe für die Opfer ihrer vielfältigen Kriege war absolut unzureichend und in höchstem Maße mangelhaft, auch nach damaliger Bewertung. Sie bestand oft nur in einem ausdrücklichen Privileg zum Betteln. Kein Polizist oder Stadtsoldat durfte den damit Privilegierten beim Betteln behindern; einige gelangten dadurch allerdings zu an-

sehnlichem Vermögen. Auch wurden diese Erlaubnisscheine „gehandelt“. Man stahl sie und schreckte selbst, um in ihren Besitz zu gelangen, nicht vor Mord zurück. Eigentümlich in diesem Zusammenhang, dass ausgerechnet die Seeräuber, sofern sie organisiert waren, großen Wert auf eine Versorgung, nicht nur ihrer selbst, auch ihrer Angehörigen legten. Die Mittel dazu wurden von der Beute aus ihren Raubzügen zurückgelegt und treuhänderisch verwaltet.

In Preußen endlich baute der „Alte Fritz“ nach Ende des Zweiten Schlesischen Krieges das Invalidenhaus in Berlin, das alle verstümmelten oder sonst zum Felddienst untauglich gewordenen Soldaten aufnahm. Eine ähnliche Anstalt wurde später durch Friedrich Wilhelm in Stolp und durch Wilhelm den II. in Rybnik gebaut. 1809 werden 25 Provinzial-Invalidenkompanien in Preußen registriert, die später auf 12 vermindert, 1815 jedoch schon wieder, im Gefolge der „Freiheitskriege“ auf 18 vermehrt wurden. In ihnen wurden vorwiegend solche Kriegsoffer aufgenommen, die der ständigen Pflege und Behandlung bedurften. Ähnlich, wenn auch regelmäßig im Nachgang, sah es in den übrigen deutschen Ländern, in Österreich und in der Schweiz aus.

Kaiser-Wilhelm- und Viktoria-Stiftung

Nach dem siegreich beendeten Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurde aus der französischen Kriegskostenentschädigung ein Reichsinvalidenfonds in Höhe von 561 Millionen Goldmark in unkündbaren Staats- und Kommunalpapieren angelegt, über den der Reichstag die Kontrolle ausübte. Aus ihm wurden die Pensionen für die Kriegsoffer dieses Krieges bezahlt, aber auch Unterstützungen für die Hinterbliebenen, die nun zum ersten Mal ebenfalls einbezogen werden. Hinzukamen die „Kaiser-Wilhelm-Stiftung“ für Beamte, Ärzte und Amtspersonen, die am Krieg teilgenommen und verwundet worden waren und die „Viktoria-Stiftung“ für Frauen und Töchter gefallener Offiziere, Beamte, Geistliche, Ärzte. Weitere Stiftungen folgten: der „Kaiserin-Augusta-Verein“, die „Kaiserin-Augusta-Stiftung“, der „König-Wilhelm-Verein“

und die Kronprinzenstiftung. Besondere Bedeutung erlangte der „Invaliden-Dank“, ein 1872 in Berlin gegründeter Verein für die Vermittlung „lohnender Beschäftigung für Militärinvaliden und zur Unterstützung derselben sowie ihrer Witwen und Waisen“. Er brachte respektable Mittel teils durch Mitgliederbeiträge und Schenkungen, teils aus dem Gewinn eigens für Kriegsoffer geschaffener und selbstgeleiteter Arbeitsplätze, darunter Annoncen-Expeditionen, Theaterbilletverkauf, Lotteriekollektionen, Buchhandel, Veranstaltung von Konzerten.

Existenzminimum

Maßgeblich war stets das „Existenzminimum“, nur: wie hoch man es setzte, das erwies sich von Jahrhundert zu Jahrhundert als recht verschieden. Während man heute darunter doch einiges mehr versteht, hieß das noch nach dem Weltkrieg 1914-1918 Bett und Essen; mehr nicht. Stets erwies sich, bis in unsere Gegenwart hinein, das Kriegsofferproblem als lästig. Es wurde niemals adäquat, das heißt dem was vorangegangen war gleichwertig gelöst. Infolge schlechter oder gänzlich fehlender ärztlicher Betreuung, heilten viele, oft entsetzliche Verwundungen nicht mehr. Wer nicht daran starb, starb schließlich in der Verelendung. Die „Mortalität“, der Abgang durch den Tod, war groß und wurde nicht ungern gesehen, ja, einkalkuliert. Besonders bei verlorenen Kriegen wandelt sich auch heute noch die Einstellung zu den Opfern rasch und radikal. Gestern noch Helden, werden sie heute als die wahren Schuldigen gebrandmarkt. Ähnliches ereignete sich auch in Deutschland noch 1918. Renten und Pensionen reichten nur knapp für das Lebensnotwendige. In der Tat: Essen und Bettstelle – mehr war nicht vorgesehen. Blieben derart knappe Zuwendungen durch politische Veränderungen aus (in den Entwicklungsländern geschieht das gegenwärtig eigentlich in der Regel), bedeutete das die Katastrophe für die Betroffenen. So wurden auch die Opfer des von Deutschland siegreich beendeten Krieges 1870/71 niemals vom Staat ausreichend versorgt: die zahlreichen Stiftungen sprechen da eine deutliche Sprache. Menschenwürde besaß keinen Stellenwert. □

VOR 60 JAHREN WURDE DIE DEUTSCHE HOCHSEEFLOTTE VERSENKT

Scapa Flow

Eckhard Stuff

Es geschah vor 80 Jahren in der schottischen Bucht Scapa Flow: „Am 21. Juni 1919 – eine Woche vor dem Friedensschluss von Versailles – wurden in der von den Orkneyinseln gebildeten Bucht 74 Einheiten der deutschen Hochseeflotte, fast 400.000 Tonnen Schiffsmaterial, von den eigenen Besatzungen versenkt. Seit sieben Monaten hatten sie dort vor Anker gelegen, denn der Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 hatte die Internierung der modernsten Überwasserschiffe in einem neutralen oder in einem Hafen der alliierten Mächte verlangt.“ So die einleitenden Sätze des jungen Berliner Autors Andreas Krause, der sich in seinem Buch „Scapa Flow“ mit der Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte auseinander setzt. Dieses dramatische Ereignis der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist bisher wenig erforscht, insofern betritt Krause auch Neuland. Dabei geht der Autor auf die Vorgeschichte, die Ursprünge deutscher Marinebegeisterung, ebenso ein wie auf den Seekrieg 1914/18 und schließlich detailliert auf die Internierung der Flotte. Als das physische Zerfetzen

auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges längst Alltag war, trug der Seekrieg immer noch ein Stück romantischer Verklärung: „Zum Verlauf des Seekriegs gehört auch die Tatsache, dass er die Beteiligten weniger tief in jenen Abgrund einer europäischen Selbstvernichtung blicken ließe und dass sie sich ihre Romantik bis zu einem gewissen Grad zu bewahren vermochten.“ Und: „Der Seekrieg war noch der Krieg, in dem die Schlacht und der Tod die Ausnahme waren und nicht das Überleben. Die Tatsache, dass die Flottenunruhen im Oktober und November 1918 ausgerechnet auf den deutschen Großkampfschiffen ausbrachen, die im Krieg noch am wenigsten zum Einsatz gekommen waren, deutet darauf hin, dass der Unterschied zwischen See- und Landkrieg das politische Leben der Nachkriegszeit in Deutschland auf eine geradezu paradoxe Weise bestimmt hat: Die revolutionären Kämpfe begannen dort, wo die Not weniger groß war und weniger gleichmachend als im Heer.“

Zur Fortsetzung des Seekriegs war die Mehrzahl der Offiziere und Mannschaften schließlich nicht mehr bereit. In dieser Situation kam das Kriegsende, und mit den Schiffen wurden auch die Unruhen in der Flotte mit nach Scapa Flow überführt. Eine letzte große Seeschlacht, wie sie immer noch in vielen Köpfen der deutschen und englischen Admi-

ralität herumsprekte, blieb aus.

Chef des Überführungsverbandes war Konteradmiral Ludwig von Reuter. Immer wieder steht Reuter nicht nur den Forderungen der Sieger, sondern auch den Differenzen im Lager der Internierten gegenüber: „In zwei sehr verschiedenen Fällen begegnet er in Scapa Flow den Mannschaften mit dem Argument, ihr Verhalten passe nicht in die gegenwärtige Zeit: Im einen Fall sind es die Revolutionäre, die über die Stränge schlagen, in dem anderen die Kaiserstreuen, die noch im Januar 1919 sehr vernehmlich und weithin sichtbar den Geburtstag des ehemaligen Herrschers feiern.“ Mit Pragmatismus und Wertbewusstsein meistert Reuter schwierige Situationen und ist bei den Mannschaften allgemein beliebt und geachtet. Über ein halbes Jahr liegt die Flotte in Scapa Flow vor Anker. Als die Bedingungen des Friedensvertrages, nach denen die internierte Flotte an die Siegermächte übergeben werden soll, bekannt werden, entschließt sich Konteradmiral von Reuter, die Versenkung zu befehlen. Wie Krause zeigt, kam er damit den englischen Interessen durchaus entgegen.

Andreas Krause hat mit seinem Buch ein weithin wenig bekanntes Kapitel deutscher Geschichte schlüssig und gut lesbar beschrieben.

Andreas Krause: Scapa Flow. Die Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte. Ullstein-Verlag, Berlin, 1999, 432 S. □

DIE WEHRMACHT IM PAKT MIT HITLER

Der Führer, nur ein „Durchführer“?

Eckhard Stuff

Letztlich habe Adolf Hitler mit dem Zweiten Weltkrieg nur Vorstellungen der Wehrmacht verwirklicht, die schon seit den zwanziger Jahren noch in der Reichswehr konzipiert wurden. Er war also eher „Durchführer“ als „Führer“.

„Bis in die Gegenwart wirken die verharmlosenden Denkschriften und Memoiren ehemaliger Generäle und

Admiräle nach, die in den fünfziger Jahren mit der klaren Absicht verfasst wurden, alle Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, an den verheerenden Niederlagen der Wehrmacht und den ungeheuerlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit auf den Obersten Befehlshaber Hitler und seine SS abzuwälzen. Unterstützt wurden sie durch die Ehrener-

klärungen, die General Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer wider besseres Wissen abgaben, um der Wiederbewaffnung der deutschen Bundesrepublik die Bahn zu ebnen. Und Hitler selber hat das Seine dazugetan, als er in den Tischgesprächen sich einredete, er habe Heer und Marine beständig zur Rüstung antreiben müssen – der Diktator brachte es nicht über sich, den wahren Schöpfern der neuen Wehrmacht, Blomberg, Fritsch und Raeder, ihren Ruhm zu lassen“.

So weit die Kernthese der Autoren Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen: „Der Krieg der Generäle.

Hitler als Werkzeug der Wehrmacht.“ Dirks, Jahrgang 1920, geriet 1945 in amerikanische Gefangenschaft, war dort als Militär- und Gerichtsdolmetscher tätig und hatte so auch Zugang zu geheimen Dokumenten. Karl-Heinz Janßen, Jahrgang 1930, ist vielen als „ZEIT-Journalist und Sachbuchautor bekannt.

Die Ruhrgebietsinvasion französischer und belgischer Truppen 1923 sehen Dirks und Janßen als „Geburtsstunde des Großen Plans für ein großes Heer“. Diese neue Wehrmacht sollte stark genug sein, die Weltmachtstellung Deutschlands wieder zu erringen. Die konkreten Planungen begannen unter großer Geheimhaltung im Februar 1924 im Truppenamt der Reichswehr in Berlin. Das Ergebnis war der Vorschlag

eines Feldheeres mit 102 Divisionen, genau die Anzahl von Divisionen, mit der das deutsche Heer am 1. September 1939 steht. Viele weitere Details werden von den Autoren dargestellt.

Hitler brauchte die Wehrmacht für seinen Krieg. Die Wehrmacht brauchte Hitler für ihre Aufrüstung. Und dieser Pakt wurde über den Leichnam der rebellischen SA hinweg geschlossen. Das alles ist so neu nicht. Bis zu diesem Punkt gibt es also gemeinsame Interessen, was aber nicht zu dem Gedanken verleiten sollte, dass Hitler am geschickt getarnten Gängelband der Militärs lief. Die meisten Fakten sprechen dagegen. Die gemeinsamen Interessen trugen eben ziemlich weit, bis in

den Krieg. Als der Krieg für die Generale erkennbar ein Rassenkrieg wurde, als die militärische Auseinandersetzung nicht mehr zu gewinnen war, waren sie schon tief verstrickt. Jetzt war es nicht mehr „ihr“ Krieg, sondern Hitlers Krieg, aber die deutsche Generalität hatte weder genug Mut noch Anstand, die Konsequenzen zu ziehen.

Das Buch von Dirks und Janßen ist durchaus spannend, aber letztlich anekdotenhaft und somit ohne kontinuierliche Beweisführung für ihre These. Dennoch fesselt es.

Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generale. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht. Propyläen Verlag, Berlin 1999, 304 S. □

REAKTION AUF THOMAS BREUER'S „GEHORSAM, PFLICHTBEWUSST UND OPFERWILLIG“ (AUFTRAG 235, S. 40–43)

Unzulässige Verallgemeinerungen und Pauschalierungen

Josef Rommerskirchen

Ich habe meine Stellungnahme zum Artikel „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ von Th. Breuer in der Ausgabe Nr. 235 Ihrer Zeitschrift AUFTRAG mit Absicht in den Gesamtzusammenhang des damaligen Zeitgeschehens gestellt, weil der Übergang vom Frieden zum Krieg, was Einstellung und Verhalten der Bevölkerung insgesamt und der Katholiken insbesondere anbetrifft, fließend war. Beide Zeitläufte habe ich bewusst miterlebt, im Frieden als Sekretär des Reichsobmanns im Katholischen Jungmännerverband Deutschlands und „Schriftleiter in Ausbildung“ in dessen Jugendführungsverlag mit den Publikationen JUNGE FRONT/MICHAEL, DIE WACHT und AM SCHEIDEWEG, im Krieg als Soldat gemäß dem Leitwort „An deiner Stelle steht kein anderer und sollte auch keiner verantwortungsbewusster gestanden haben“.

Der Artikel „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ von Thomas Breuer ist voll von unzulässigen Verallgemeinerungen und pauschalierenden Urteilen. Dem Verfasser, Angehöriger des Jahrgangs 1960, war die Freiheit in die Wiege gelegt, das Erleben und die Möglichkeit der Mitverantwortung im freiesten Staat der Deutschen in der Geschichte ungehindert gewährt. Wäre er stattdessen in das vorausgegangene totalitäre Gefüge des NS-Staates mit den systemimmanenten Wirrungen und Irrungen verweben, als Soldat der Inpflichtnahme bei härtest bestrafter Verweigerung unterworfen gewesen, hätte er vermutlich eine ausgewogenere Darstellung des damaligen Geschehens vorgenommen.

Ihm blieb also das Miterleben des Alltags wie schrecklicher Ausnahmesituationen im Dritten Reich mit quälender Gewissensnot im Konflikt zwischen Ablehnung des diktatorischen Systems und Erfüllung staatsbürgerlichen Dienstes, zwischen gewissenhafter Pflichterfüllung und Verweigerung unzumutbaren Gehorsams, ja auch mit fragwürdigen Kompromissen im Interesse von Strafverschönerung erspart. Damit blieb ihm aber auch der wahre Sachverhalt im Widerstreit zwischen dem Bösen und Guten verborgen.

Diesbezüglich drängt sich die Frage auf, ob er sich mit dem vielschichtigen Phänomen „Totalitarismus“ gründlich genug befasst hat. Er beurteilt allzu einseitig menschl-

ches Verhalten während der totalitären NS-Herrschaft und also in einer Zeit, als die Möglichkeit versagt war, Gesinnungs- und Verantwortungsethik in Einklang miteinander zu praktizieren und der staatspolitische Imperativ „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ geltend war, mit heute gültigem Wertmaßstab. Wer aber zeitgeschichtliche Betrachtungen anstellt, sollte die Empfehlung des Historikerverbandes beachten, in der es heisst: „Wer über zurückliegende Zeiten arbeitet, muss die historische Differenz in Rechnung stellen“. An dieser Differenzierung leidet die durchweg pauschalierende Beschreibung des Historikers Breuer jedoch Mangel. Geradezu infam ist gleich am Anfang seines Artikels die Vermengung des Hitler-Ausspruchs innerhalb einer Unterredung voll Lug und Trug seinerseits mit Kardinal Bertram im Jahre 1933 über die Bedeutung und den Wert „gläubiger Soldaten“ mit dem verhängnisvollen Geschehen des Kriegausbruchs beim Überfall auf Polen sechs Jahre später. Wer die Beklemmung, Sorgen und Ängste damals unmittelbar miterlebt hatte, das Zagen und Zaudern bei den geheimen Erörterungen über Wehrpflichterfüllung und -verweigerung, über die Konsequenzen für sich selbst und für die Familienangehörigen, vermag nur mit Empörung

Breuer's Feststellung „Die deutschen Katholiken waren wie selbstverständlich daran beteiligt, Hitler konnte sich auf sie verlassen“ zur Kenntnis zu nehmen.

Der Verfasser des Artikels konzentriert seine Darstellung auf die Kennzeichnung der Einstellung und des Verhaltens innerhalb des deutschen Katholizismus insgesamt wie insbesondere der jungen Katholiken einerseits und der Kirchenleitung andererseits während der NS-Herrschaft. Dass Hitler's legale „Macht-ergreifung“ nicht gelungen wäre, wenn am Ende der Weimarer Republik das Wahlverhalten der übrigen deutschen Bevölkerung dem der Katholiken entsprochen hätte, wird gemäß dem Duktus seiner Grundaussagen verschwiegen; historisch gesicherte Quellen weisen ihn indessen zurecht. Stattdessen behauptet er kollektive Anpassung an den Zeitgeist und systembejahende und mitvollziehende Gefolgschaft. In Dokumentationen zum Thema „Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945“ ist zumal im Hinblick auf die jungen Menschen, die katholischen Jugendverbänden und Bünden angehörten, ein wesentlich anderes Werturteil zu finden. Dabei wird zu Recht festgestellt, dass es mangels statistischer Unterlagen nicht möglich ist, konkret auszuweisen, wie viele junge Katholiken wegen ihrer Glaubens- und Überzeugungstreue Gestapo-Willkür, berufliche wie Ausbildungs-Nachteile, Schikanen und Bestrafungen sowie Ausgrenzungen aller Art erleben und erleiden mussten. Entgegen der Feststellung Breuer's ist es den braunen Machthabern auf den verschiedensten Ebenen nicht gelungen, die „katholische Individualität“ auszulöschen. Das Ringen um ihren Erhalt war stattdessen nachweisbar signifikant.

Was das Verhalten des Episkopats anbetrifft – ebenso wie alles andere unseriös verallgemeinernd beschrieben – dürfte eine Kennzeichnung situations- und sachgerechter sein, die der evangelische Theologe und Historiker Klaus Scholder im Band I „Die Kirchen und das Dritte Reich“ vorgenommen hat, der sich auf die Vorgeschichte und den Beginn der NS-Herrschaft bezieht. Leider ist die im Band II vorgesehene Darstellung des Bemühens der bei-

den grossen Kirchen, ihre Integrität und moralische Substanz wiederzugewinnen, wegen seines zwischenzeitlichen Todes ausgeblieben. In diesem Band I fasst Scholder seine Beurteilung wie folgt zusammen: „Das Widerstandspotential ist von den Kirchenleitungen in beiden Kirchen zu keiner Zeit in grösserem Umfang aktiviert worden. Diese Zurückhaltung hatte verschiedene Gründe, theologische, nationale, persönliche. Ein ähnliches Verhaltensmuster in beiden Kirchen lässt jedoch den Schluss zu, dass der entscheidende Grund für die Kirchenleitungen im Willen zur Erhaltung der Kirche und der kirchlichen Aufgaben auch im totalitären Staat lag“.

Auch die von Dr. Thomas Breuer

in einer Anmerkung erwähnten „Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-45“ – eine Veröffentlichung der Kommission für Zeitgeschichte – weisen die Unseriösität seines Artikels aus. In Anbetracht der Inpflichtnahme jedes Einzelnen wie aller Institutionen im totalitären System des Nationalsozialismus gab es gewiss Schatten, aber auch Licht, Irrtum ebenso wie Widerstand. Größere Geschlossenheit im religiösen wie geistig politischen Kampf gegen den Ungeist und die verbrecherische Zwangsherrschaft wäre wahrlich wünschenswert gewesen, aber Kollektivanklage und -beschuldigung werten das Verhalten einer unermesslichen Zahl gläubiger, standfester Katholiken nicht gerecht. □

Pax Christi: Kirche schweigt zur Verstrickung in Hitlers Krieg

Die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi hat den katholischen Bischöfen vorgeworfen, zur unheilvollen Verstrickung der Kirche in den Zweiten Weltkrieg zu schweigen. Ein ehrliches Gedenken der Opfer verlange das Eingeständnis, dass auch die katholische Kirche in Deutschland in Hitlers Krieg verstrickt gewesen sei, betont Pax Christi in einer am 26. August in Bad Vilbel vorgelegten Erklärung zum 60. Jahrestag des Kriegsbeginns am 1. September.

Trotz ihrer entschiedenen ideologischen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus habe die deutsche Kirche Hitler dadurch unterstützt, dass sie die Gläubigen wiederholt zur angeblichen Pflichterfüllung gegenüber den Führungen von Staat und Wehrmacht aufgefordert habe, so Pax Christi. Dabei habe sie teilweise auch die regierungs- und parteiamtliche Terminologie zur Legitimierung des Krieges in ihre Verkündigung aufgenommen.

(KNA 26.08.1999)

LESERBRIEF ZU:

„Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ (AUFTRAG 235, S. 40–43)

Die Lektüre beiliegender Artikel hat mir einmal mehr zum Bewusstsein gebracht, wie komplex das Thema unserer Rolle in der Zeit des NS ist. Für mich bleibt dieser Komplex eine Wunde und ein Geheimnis. Ein Geheimnis im Letzten, wie Gott der Macht das Bösen und seinen Verführungskünsten einen solchen Spielraum gewähren konnte. Wie ein Wesen wie Adolf Hitler aus der Hand des Schöpfers hervorgehen konnte, der seinem ganzen Wesen nach die Wahrheit und die Liebe ist. Ein Geheimnis, vor dem wir nur anbetend verstummen können, und das für mich, auch der Hinweis auf das hohe

Gut der menschlichen Freiheit nicht gänzlich zu lüften vermag. - Umso zurückhaltender und behutsamer mit ihrem Urteil und ihren Reflexionen auf diese Zeit sollte eine Generation sein, die all das nicht durchlebt und durchlitten hat. Die Anfechtungen, mit denen sie sich wird auseinander setzen müssen, werden wieder anderer Art sein. Darum ist meine Erwartung recht gering, dass diese Weise der 'Aufarbeitung' der Vergangenheit, wie sie auch in diesen Artikeln wieder versucht wird, den Heutigen tatsächlich viel bringt. Was uns bewegt und motiviert hat, im Guten wie im Schlechten, wer kann das heute noch reproduzieren? Es fällt uns ja selber schwer! P. Gerrit König SJ, Berlin, 24.08.1999

Die katholischen deutschen Märtyrer des 20. Jahrhunderts

Kardinal Joachim Meisner

Zur Vorstellung des Einführungsbandes „Die katholischen deutschen Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Ein Verzeichnis“ hat Kardinal Joachim Meisner als Vorsitzender der Liturgiekommission der Deutschen Bischofskonferenz grundsätzliche Anmerkungen zu den Blutzügen für Christus in diesem Jahrhundert gemacht, die hier mit geringen Kürzungen wiedergegeben werden (s.a. Buchbesprechung S. 98).

Zur Jahrhundert- und Jahrtausendwende werden überall Bilanzen aufgestellt. Die Haben-Seite wird darin mit der Soll-Seite verglichen. Dabei ist fast immer die Bestandsaufnahme des Negativen weitaus höher als die des Positiven. Darum sind wir Menschen heute auch sehr schnell bereit, früheren Generationen großzügig Schuldzuweisungen zuzuerkennen. Mit Schuldannahme für uns selbst aus der Gegenwart tun wir uns dagegen sehr schwer.

Um diesem Irrtum zu entgehen, hat der Heilige Vater in seinem Apostolischen Schreiben „Tertio millennio adveniente“ vom 10. November 1994 die Ortskirchen aufgerufen, die Märtyrer des 20. Jahrhunderts aufzulisten. „Am Ende des zweiten Jahrtausends ist die Kirche erneut zur Märtyrerkirche geworden. Die Verfolgung von Gläubigen – Priestern, Ordensleuten und Laien – hat in verschiedenen Teilen der Welt eine reiche Saat von Märtyrern bewirkt. Das Zeugnis für Christus bis hin zum Blutvergießen ist zum gemeinsamen Erbe von Katholiken, Orthodoxen, Anglikanern und Protestanten geworden, Das ist ein Zeugnis das nicht vergessen werden darf“. Ein solches Buch der Märtyrer ist nach dem Willen des Heiligen Vaters die teuerste Mitgift für junge Christen im dritten nachchristlichen Jahrtausend.

Die katholische Kirche braucht sich ihres Weges durch die Bedrängnisse des 20. Jh. nicht zu schämen. Gläubige Menschen jeden Alters, Frauen und Männer jeder sozialen Herkunft und in den unterschiedlichsten Situationen, sind für den Herrn und seine Kirche eingetreten, sei es gelegen oder ungelegen (vgl. 2 Tim 4,2). Für die meisten war es un-

gelegen, denn sie haben damit Familie, berufliche Vorteile, Karriere, Zukunftschancen usw., etwa auch ihrer Kinder und Angehörigen aus Treue zu Jesus Christus und seinem Evangelium aufs Spiel gesetzt.

Im Blick auf die Deutsche Bischofskonferenz sowie unter Berücksichtigung der Deutschen im Ausland gibt es vier Kategorien von Blutzügen, die sich teils auf das gesamte Jahrhundert, teils auf bestimmte Jahrzehnte erstrecken. Die jetzt vorliegenden Untersuchungen stehen unter der Leitung des theologischen Konsultors an der römischen Kongregation für die Heiligsprechungsverfahren, Prälat Dr. Helmut Moll, der als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz zusammen mit 27 Diözesanbeauftragten, zehn Beauftragten der Visitatoren und mit über 130 Fachleuten das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts zusammengestellt hat.

1. Blutzügen unter Hitlers Terror 1933–1945

Die Blutzügen unter Hitlers Terror in den Jahren zwischen 1933 und 1945 liegen uns bewusstseinsmäßig besonders nahe. Die Konfrontation der katholischen Kirche wie ihrer Glieder mit der mit dem Christentum im Kern unvereinbaren Ideologie des Nationalsozialismus forderte einen enorm hohen Blutzoll auf allen Ebenen. Sicherlich waren Ursachen und Anlässe der feindseligen Bestrebungen unterschiedlich und regional sehr verschieden, doch Adolf Hitler und seine Partei waren darauf aus, das Christentum „mit Stumpf und Stiel“ auszurotten.

Auch wenn im Einzelfall Mangel an Treue und Tapferkeit nicht ver-

schwiegen werden darf, so müssen umgekehrt all jene Glaubenszeugen dem Vergessen entrissen werden, die in dieser dunklen Epoche unserer Geschichte ein hervorragendes Beispiel christlichen Lebens und Sterbens gegeben haben: Mehr als 160 Diözesanpriester wurden in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Gefängnissen zu Märtyrern um ihres Glaubens willen. Darüber hinaus beschloss knapp 60 Ordensmänner, vier Ordensfrauen, zwei Mitglieder von Instituten des geweihten Lebens sowie 110 katholische Männer und Frauen ihr Leben mit dem Martyrium. Ein Ehepaar ging gemeinsam in den Tod. Das Bistum Ermland verfügt über 31, das Erzbistum Köln und das Sudetenland über je 19, Aachen, Berlin und Breslau über je 18 Blutzügen, um nur die Bistümer mit dem höchsten Märtyreranteil zu nennen.

Zu den jüngsten unter ihnen zählen der 17-jährige Lehrling Heinz-Udo Hallau aus Bielefeld sowie die zum katholischen Glauben konvertierte Jugendliche Elfriede Goldschmidt und der Anlernschaltmechaniker Walter Klingenbeck mit je 19 Jahren – beide aus dem Erzbistum München und Freising. Zu den ältesten gehören der Hünfelder Müller Adam Rössner mit 75 Jahren wie der Verbandspräsident der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands, Msgr. Dr. Otto Müller, aus dem Erzbistum Köln, mit knapp 74 Jahren.

2. Blutzügen aus der Zeit des Kommunismus

Chronologisch weiträumiger ist die Kategorie der Blutzügen aus der Zeit des Kommunismus. Die mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches im Oktober 1917 beginnende Epoche ... brachte in der Folge der Revolution die Diktatur der Bolschewiken. Die neuen Machthaber proklamierten die strikte Trennung von Staat und Kirche. Unverzüglich setzte die Auflösung auch der römisch-katholischen Kirche ein, die in wenigen Jahren vollständig zerschlagen war. Die konsequente Verfolgung der kleinen Minderheit der römisch-katholischen Christen, besonders unter Josef Stalin bewirkte einen hohen Blutzoll unter den russlanddeutschen Katholiken.

Sowohl der für den südlichen Teil der Apostolischen Administratur des europäischen Russlands zuständige Weihbischof Clemens Pickel als auch der Apostolische Administrator von Sibirien, Bischof Josef Werth SJ (Novosibirsk), auf deren Territorien die allermeisten russlanddeutschen Märtyrer zu Tode gekommen sind, begrüßten die Initiative, die zwei Bischöfe und 72 Priester in das deutsche Martyrologium aufzunehmen. Darüber hinaus wünschte die Visitation der Deutschen aus Südosteuropa, dass auch die 36 Donauschwaben aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn, die unter dem kommunistischen Staatspräsidenten Josip Tito (1892-1980) verfolgt und vertrieben wurden, in das deutsche Blutzeugenverzeichnis Aufnahme finden sollten.

3. Reinheitsmartyrien

Die dritte Kategorie bilden die sog. Reinheitsmartyrien. Es handelt sich hierbei um Gläubige, die aus religiöser Motivation unsittlichen Angreifern mutig die Stirn geboten und sich gegen deren unmoralisches Verlangen gewehrt haben, dann aber

tödlich verletzt wurden. Unter die Gruppe des *martyrium puritatis* fallen über 70 Personen unterschiedlichen Alters und Geschlechts: zunächst junge Mädchen, die wie die heilige Jungfrau und Märtyrerin Maria Goretti (1890-1902) eher zu sterben als in die Sünde einzuwilligen bereit waren, sodann alle Ordensschwestern und Frauen, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs von den in die ehemals deutschen Ostgebiete einmarschierenden russischen Soldaten überwältigt und ermordet worden sind, ferner die Beschützer der von Vergewaltigung bedrohten Frauen, die bei ihrem Eintreten für die Würde der Frau kaltblütig niedergeschossen wurden.

4. Blutzeugen aus den Missionsgebieten

Die vierte Kategorie betrifft die Blutzeugen aus den Missionsgebieten. ... Aus Deutschland stammende und hier aufgewachsene Männer und Frauen zogen als Erwachsene in verschiedene Missionsländer um dort das Evangelium zu verkünden. In den Erdteilen, in den die mehr als

170 Patres, Brüder, Schwestern und Laien wirkten, mussten sie die Feindschaft von Stammesreligionen überwinden, den Kampf, den die Ureinwohner allem Fremden gegenüber angesagt hatten, bestehen, sowie ideologischen Rivalitäten wie dem atheistischen Kommunismus in Südostasien entschlossen begegnen. ...

Unter einer großen und dichten Wolke von etwa 700 Zeugen (vgl. Hebr 12,1) überschreiten wir in wenigen Monaten die Schwelle zum neuen Jahrhundert. Darum braucht uns vor der Zukunft nicht Angst zu sein. Wir sind den Herausforderungen des 21. Jh. gewachsen, wissend, dass uns in der Gemeinschaft der Heiligen so viele bewährte Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche beiseite stehen. Hier hat das ermunternde Wort des Herrn seine Begründung: „Fürchte dich nicht, du kleine Herde! Denn euer Vater hat beschlossen, euch das Reich zu geben!“ (Lk 12,32). Mit diesem Buch darf die katholische Kirche in Deutschland dankbar und vertrauensvoll die Schwelle ins neue Jahrtausend überschreiten. □

MEINUNGSUMFRAGE ZUR GEGENWART:

Die Deutschen sind zuversichtlicher als 1998

Die Deutschen sind einer Umfrage zufolge zuversichtlicher als im Vorjahr. Stark zugenommen hat aber die Furcht vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung, wie eine am 18. August in Hamburg vorgestellte Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergeben hat. 42 Prozent der Befragten hätten davor große Angst, bedingt auch durch den Kosovo-Krieg. Die Angst vor Arbeitslosigkeit sei rückläufig, stehe aber immer noch an zweiter Stelle. 37 Prozent der Befragten befürchteten ein Ansteigen der Erwerbslosenzahl. Sorge um den eigenen Job hat laut Studie jeder dritte abhängig Beschäftigte. Im Westen Deutschlands seien es 28 Prozent, im Osten sogar 53 Prozent. In den neuen Bundesländern sei nicht die Angst vor Krieg, sondern vor Arbeitslosigkeit die größte Sorge.

Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten stehe bundes-

weit an dritter Stelle. Der GfK-Erhebung zufolge könnten der schwache Euro und die Erhöhung der Mineralölsteuer zum 1. April dazu beigetragen haben. Generell seien aber wirtschaftliche Ängste am stärksten zurückgegangen. Leicht zugenommen habe die Sorge vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern. Dies müsse im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg gesehen werden. Im statistischen Mittelfeld seien persönliche Ängste wie die vor der Drogensucht eigener Kinder oder vor einem Verkehrsunfall anzutreffen. Trotz hoher Scheidungsziffern abgenommen habe die Angst vor dem Zerbrechen der Partnerschaft. Ebenfalls gesunken sei die Angst vor der Zerstörung der Umwelt. Dieser Trend lasse sich seit 1996 feststellen. Generell sind laut Untersuchung die Ängste der Deutschen auf dem niedrigsten Niveau seit 1995.

Zurückgegangen ist laut Erhebung die Angst vor Kriminalität. An erster Stelle stehe die Angst vor Umweltkriminalität, gefolgt von Vandalismus, Diebstahl im Urlaub, Einbruch, Körperverletzung, Betrug, Raubüberfall und Autodiebstahl sowie Terrorismus. Im Vergleich zum Vorjahr seien die Ängste in allen Bereichen gesunken. Nur bei der Furcht vor Terrorismus gebe es einen Anstieg. Dies könne möglicherweise an der Angst vor Anschlägen der Kurden-Organisation PKK liegen. Bei einem Vergleich der Bundesländer in der Angst vor Straftaten liege Bayern an letzter und Baden-Württemberg an vorletzter Stelle. Am meisten Angst vor Straftaten hätten die Menschen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Für die GfK-Erhebung wurden mehr als 2.500 Deutsche von 16 bis 69 Jahren zwischen dem 30. April und dem 11. Mai befragt. (KNA)

Nachdenken über das Christentum in der Postmoderne

Bei den „Salzburger Hochschulwochen“ sprachen die Referenten über Wege der Kirche in einer Zeit freischwebender Religiosität

Die „Salzburger Hochschulwochen“, welche im Juli/August dieses Jahres bereits zum 68. Mal in ihrer Art stattfanden, erfreuen sich großer Resonanz in allen Altersschichten. Die Besucherzahl belief sich auf fast 1.500 Hörer. Auch zahlreiche Gäste aus Mittel-, Nordost- und Osteuropa nahmen an den Hochschulwochen teil, die als eine der bedeutendsten akademischen Veranstaltungen des Sommers in Europa gelten. Das Thema lautete „Religion am Ende der Moderne“.

Harte Kritik an der heute verbreiteten „freischwebenden Religiosität“ übte Weihbischof Andreas Laun in seiner Eröffnungsrede. Es existierten gegenwärtig „freie Religiöse“, erläuterte der zur Vertretung des erkrankten Salzburger Erzbischofs Georg Eder erschienene Bischof, „die nur ‚religiös‘ sein wollen, vielleicht auch einer Gemeinschaft formal angehören, sich im Übrigen aber jeder Religion gegenüber wie in einem Supermarkt verhalten: Sie bedienen sich ihres Verstandes oder noch häufiger ihres Gefühls und nehmen, was ihnen bekömmlich zu sein scheint.“ Grundlage all dessen sei ein „tiefsitzender Zweifel an der Wahrheit“. Man bezweifle, dass es dem Menschen möglich ist, die Wahrheit mit Sicherheit zu finden. Diese Auffassung mache den Menschen keine Schwierigkeiten und nur selten scheinen sie darunter zu leiden. Vielmehr sei man froh, zu nichts verpflichtet zu sein, „höchstens dazu, nichts, nicht einmal die eigene Religion wirklich ernst zu nehmen“. Eine Haltung dieser Art sei freilich bequem, aber „für das Unsichere ist noch niemand in den Tod gegangen“, führte der Weihbischof aus.

Zurück zur eigenen Tradition

Der Freiburger Theologe Hansjürgen Verweyen sprach sich am folgenden Tag für eine Neubeschäftigung mit der Tradition aus. Die unterschiedlichen Strömungen der Postmoderne würden sich „gegenseitig paralisieren und den westlichen Menschen zunehmend unfähig ma-

chen, die Probleme zu lösen, vor die er sich in seinem Zugriff auf die ganze Welt gestellt sieht oder zumindest gestellt zu sehen meint“. Die „postmoderne“ Mentalität habe die ehemals „starke Vernunft“ des sechzehnten Jahrhunderts, durch die nunmehr nur noch technisch-instrumentelle Vernunft ersetzt. Der Theologe befürchtet eine „kulturelle Entwurzelung“, die „schon ein leiser Windhauch“ zu vollbringen vermag. Dies habe aber immer eine geistige Verkrüppelung zur Folge. Es sei nötig, so der Referent, sich einen Weg zurück zur eigenen Tradition zu bahnen. Manches „Gestrüpp“ gelte es dabei auszusortieren. Eine Rückkehr zu den „reinen“ Ursprüngen durch einen Gewaltakt, ein Abholzen des Unterholzes, lehne er ebenso ab, wie ein Verhältnis „naiven Einklangs“ zur Tradition. Eine Renaissance der Tradition durch eine neue Variante der Restauration oder Romantik sei nicht mehr möglich. Den Verlust des Glaubens an die rationalen Kräfte des Menschen in der Postmoderne bedauerte Verweyen. Die „moderne“ Mentalität habe zumindest noch ein Vertrauen in die Vernunft als verlässliche Größe besessen.

Der Islamist Hartmut Bobzin aus Erlangen stellte sich in seinem Vortrag gegen eine zu frühe Aufnahme der Türkei in die Europäische Union. Wenn sich die Union als „Wertegemeinschaft“ und „kulturelle Einheit“ verstehe, die „auf der Idee des christlichen Abendlandes“ beruhe, so sei ein Beitritt der Türkei ein durchaus fraglicher Schritt. Die Türkei sei „Antipode“ und nicht positiver Teil der europäischen Kultur.

Wenn die Europäische Union jedoch nur als reine „Wirtschaftsgemeinschaft“ zu betrachten sei, so wüsste er keinen Grund, der Türkei den Eintritt weiter zu verweigern.

Der Islamwissenschaftler hielt die Prophezeiungen einer Islamisierungswelle für übertrieben, eine rechtliche Gleichstellung des Islam zum Christentum allerdings sei auf lange Sicht nicht zu umgehen. Als schwierig bezeichnete der Erlanger Professor die Tatsache, dass es auf Seiten des Islam keine repräsentativen Ansprechpartner gebe, wie man das bei den Kirchen gewohnt sei. Ein so genannter „Reform-Islam“ existiere nicht. Immigranten der zweiten und dritten Generation entwickelten zwar ein eigenes Islam-Verständnis in der säkularisierten-pluralistischen Gesellschaft, trafen aber meist auf Ablehnung. Diese Tendenz treibe die Muslime in Deutschland aber in die Isolation und lasse sie wieder bestimmte, verschärfte Formen des Islam aufgreifen. „Je besser die Integrationspolitik, desto mehr Aussichten gib’ es, dass der Islam wirklich europäische Formen annimmt“, fasste Bobzin seine Erkenntnisse zusammen.

Kirchen beharren auf Monopol

„Kundenorientierung“ hieß das profane Schlagwort von Professor Loretan Saladin bei einem Referat über Maßnahmen gegen die Häufung von Kirchenaustritten. Der Luzerner Kirchenrechtler prangerte die Struktur und Mentalität der Kirchen an, die sich im Besitz einer Monopolstellung glaubten, welche sie längst nicht mehr inne haben. Die Kirchen beider Konfessionen rief der Theologe auf, sich auf dem „Markt der Sinnfindung“ einzubringen. Die Beziehung zu den Menschen, erst recht denen außerhalb der Kirche, müsse gepflegt werden. Unter „Kundenorientierung“ sei dabei nicht die Aufgabe eigener Grundsätze zu verstehen, quasi eine Prostitution auf dem Sinngebungsmarkt, sondern im Gegenteil ein engagiertes Eintreten für das Evangelium. (DT/KAP; aus: Die Tagespost vom 31.07.1999)

„Konkurrenz belebt das Geschäft“

200 Oberstufenschüler diskutieren über Rolle der Religion

Priska Sauer-Longinotti (KNA-Korr.)

Immer mehr macht das oberbayrische Benediktinerkloster Andechs nicht nur durch sein Bier, sondern auch durch sein Kulturprogramm von sich reden. Auf dieser Linie liegt es, dass Andechs nun zum zweiten Mal Treffpunkt von Schulklassen geworden ist, die sich in der Atmosphäre des Klosters mit dem Thema Religion auseinander setzen.

Zum Andechser Jugendforum, das von der Zentralstelle Bildung der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche getragen wird, sind dieses Jahr 200 Oberstufenschüler kirchlicher und staatlicher Gymnasien aus den neuen und alten Bundesländern auf dem heiligen Berg zusammengekommen. Mit Persönlichkeiten aus der Öffentlichkeit diskutierten sie über Religion im gesellschaftlichen Wettbewerb und ihr Verhältnis zu Politik, Wirtschaft und Kunst.

Vertreter der Kirchen hoben dabei die positive Rolle von Wettbewerb auch zwischen den Religionen hervor. „Konkurrenz belebt das Geschäft“, sagte der Dresdener Bischof

Joachim Reinelt bei einer Podiumsdiskussion am Freitag. Christen sollten sich der Herausforderung durch andere Weltreligionen stellen. Davon verspreche er sich, dass sie „wacher“ würden und wieder mehr verstünden, worum es im Evangelium gehe. Dem Christentum sei in seiner jahrhundertlangen Geschichte nie „total zugestimmt“ worden. Immer wieder hätten ihm Kritiker widersprochen.

Auch der Abt des Benediktinerklosters Sankt Bonifaz in München, Odilo Lechner, unterstrich die Wichtigkeit von Konkurrenz im religiösen Bereich. Er schränkte aber ein und meinte, Wettbewerb zwischen Religionen dürfe sich nicht in einer Ausschließlichkeit vollziehen nach dem Motto „alle anderen außer uns sind schlecht“. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Religion zeige sich daran, ob sie im Leben hilfreich sein und einen Sinn stiften könne. Lechner wies darauf hin, dass eine Religion nicht eine beliebige Auswahl aus einer Vielfalt von Sinnangeboten sei, sondern eine eigene Einheit. Daran müsse sich der Wettbewerb ausrichten.

„Christen verhielten sich immer schon global“

Religion in der Wirtschaft beleuchtete das BMW-Vorstandsmitglied Horst Teltchik. Christen hätten sich schon immer global verhalten und dürften deshalb vor einer Globalisierung der Wirtschaft keine Angst haben. Auch hält er, kritisch hinterfragt von einem Schüler aus dem Publikum, Globalisierung nicht für einen Trennungsprozess der Welt in Arm und Reich. Entwicklungsländer erhielten durch die Öffnung der Märkte und die Technik in Zukunft die Chance, aus der „Nicht-Bildung“ und der Armut herauszuwachsen und zu Wohlstand zu kommen, machte Teltchik den jungen Leuten klar.

Der frühere Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) sagte, Religion eröffne in der Politik Handlungsspielräume, dürfe aber keine Handlungsanweisungen geben. So klinge die Forderung der Kirchen nach totalem Schuldenerlass zwar gut, müsse aber in der Praxis differenziert gesehen werden. Es stelle sich die Frage, ob ein Entwicklungsland, das immer seine Schulden zurückzahlte, ebenso behandelt werden dürfe wie eines, das Entwicklungsgelder für Rüstung ausgegeben habe. □

ZdK:

Der deutsche Katholizismus und die Bundeshauptstadt Berlin

Zum Weltdienst des organisierten Laienapostolats in Deutschland

Rolf Schumacher

Berlin wird in seiner neuen Funktion auch zu einem herausragenden Standort für den deutschen Katholizismus. Das ZdK wird diese neue Situation nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, sondern es begreift sie vielmehr als Chance, dem Wirken der Christen in Gesellschaft und Politik neue Anstöße zu geben.

1. Die Grundlage bleibt

Die Grundkoordinaten der deutschen Politik werden sich durch den Umzug nach Berlin nicht ändern. In der Erklärung des ZdK aus Anlaß des 50. Jahrestages der Verabschiedung des Grundgesetzes heißt es, die Entstehung des Grundgesetzes als rechtliche Grundlage des deutschen Staates sei von drei großen Antithesen geprägt worden:

- Aufgrund der bösen Erfahrungen mit der Nazi-Diktatur, dem Unrechtsstaat schlechthin, setzen die Autoren des Grundgesetzes auf die Herrschaft des Rechts.
- Aus der Erfahrung der nur halbherzig parlamentarischen Weimarer Republik zogen sie die Konsequenz einer Stärkung der Exekutive – die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

- Die Betonung der Persönlichkeitsrechte, der Privatinitiative, der marktwirtschaftlichen Freiheit und Sozialstaatspflicht zeugen von dem Willen zur Abgrenzung gegenüber den sozialistischen Herrschaftssystemen und dem Ehrgeiz der Bundesrepublik, politische Alternative zum NS-Staat und zum DDR-Staat zu sein.

2. Der Föderalismus ist konstitutiv

Deutschland war immer ein föderales Gebilde. Zentralistische Perioden sind untypisch für unsere Geschichte. Andere Nationen erkennen und spiegeln sich in ihren Haupt-

städten wider. In der deutschen Geschichte fehlt ein ähnliches, die politischen und kulturellen Kräfte sammelndes Zentrum, die Adressen der deutschen Hauptstädte wechseln durch die Geschichte hindurch. Neben der Hauptstadt standen immer andere Zentren, und keine Stadt repräsentierte auf längere Zeit das ganze Deutschland - nicht politisch und schon gar nicht kulturell.

Staatlichkeit ist in Deutschland seit Jahrhunderten nicht ohne die Länder denkbar. Diese Ordnung hat sich auch nach 1945 und nach 1989 wieder hergestellt. Die Bundesrepublik ist eine Schöpfung der Länder, nicht umgekehrt. Diese föderale Tradition Deutschlands und deren konstitutionelle Verankerung im Grundgesetz sind Anlass zur Gelassenheit beim Blick auf den Wechsel nach Berlin und nehmen die Sorge, Berlin könne zur zentralistischen Metropole Deutschlands werden.

3. Politikfähig sein und Akzente setzen

Gelassenheit gilt beim Blick auf Berlin auch für den Katholizismus; denn auch er ist föderal – oder um es theologisch auszudrücken – ortskirchlich strukturiert. Seine regionalen Ausgestaltungen verleihen ihm als Sozialkörper, als Körperschaft seine Kraft. Er setzt sich zusammen aus Menschen, die an Gott glauben, die sich im Alltag zu ihrer christlichen Motivation bekennen, die in sehr unterschiedlichen Lebens- und Tätigkeitsfeldern stehen und die sich zusammenschließen, um an einer menschengerechten Gesellschaft zu arbeiten.

Für das Wirken der Christen in der neuen Bundeshauptstadt folgt daraus, dass es vor allem um eine lebendige Wechselbeziehung zwischen dem Katholizismus in den einzelnen Regionen Deutschlands und der adäquaten Präsenz in Berlin ankommt. Denn in Berlin kann nur wirkmächtig werden, was in den einzelnen Regionen lebendig ist. Andererseits kann der Katholizismus seine regionalen Stärken im Bund nur zur Geltung bringen, wenn er sich in Berlin als politikfähig erweist und entsprechende Akzente setzt.

4. Ansprechpartner ist die Gesellschaft insgesamt

Es kann dabei nicht darum gehen, zu allem und jedem etwas zu sagen und dem politischen Tagesgeschäft hinterher zu hecheln. Dies würde die Kräfte des Katholizismus ebenso überfordern wie es an der fortdauernden Demontage der Politik mitwirken würde, die im wesentlichen darin besteht, dass die Ursachen aller Probleme beim Staat und den politisch Handelnden allein gesehen werden und eben nicht bei der Gesellschaft bzw. bei der Bürgerschaft insgesamt. Es kommt deshalb vor allem auf eine kritische Begleitung der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grundströmungen jenseits des unmittelbaren Tagesgeschäftes an.

Ansprechpartner für den deutschen Katholizismus ist die deutsche Öffentlichkeit und nicht nur die vielzitierte politische Klasse oder gar nur die Bundesregierung. Wirkliche Reformansätze und Veränderungen werden in einer freien Gesellschaft eher von Kräften, die sich als argumentations- und organisationsfähig erweisen und so ihre Anliegen zur Geltung bringen, angestoßen als durch „Anweisungen von oben“.

5. In Politik und Administration sich engagieren

Auf der politischen und administrativen Ebene steht und fällt die Wirksamkeit einer Politik aus christlicher Verantwortung mit der Bereitschaft von Christen, sich in Politik und Administration zu engagieren und sich der Mühsal des politischen Tagesgeschäftes zu unterziehen. Verließe sich der Katholizismus darauf, Politik nur aus einer Tribünenhaltung heraus zu kommentieren oder politischen Lobbyismus zu betreiben, so wäre es um die Tradition des politischen Katholizismus und um seine Wirksamkeit geschehen. Die neue Situation in Berlin muss und wird Christen dazu bewegen, aus ihren Kontexten heraus sich politisch zu engagieren.

6. Zur Werteverständigung beitragen

Das ZdK will derartig Engagierten eine Heimat geben und versteht

sich als politisches Forum, in dem vorbildhaft für Gesellschaft und Kirche das Gespräch und die Auseinandersetzung zu den grundsätzlichen Sachfragen unserer Zeit gesucht werden. So kann es zu einer notwendigen Werteverständigung in Gesellschaft und Kirche beitragen und konkrete Aktionen anregen bzw. unterstützen. Das Werteverständnis, ausgehend vom Verständnis des Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes und konzentriert auf den Grundwert der Würde eines jeden Menschen, muss sich in konkreten Anwendungsfeldern bewähren, um nicht wirkungslos zu verpuffen.

Sachkompetenz und eigenständiges Profil sind dabei Kennzeichen, die öffentlichen Äußerungen des Katholizismus Wirksamkeit verleihen und die in einem Gremium wie dem ZdK erarbeitet werden können, weil es sich aus Mitgliedern zusammensetzt, die in sehr unterschiedlichen beruflichen und ehrenamtlichen Feldern tätig sind.

7. Die Europäische Union ist ein ethisches Projekt

Wie notwendig in einer auf Kommunikation angelegten Demokratie Beiträge grundlegender Art sind, lässt sich verdeutlichen: Als sich in diesem Frühjahr die Lage im Kosovo zuspitzte und die NATO sich gezwungen sah militärisch einzugreifen, um dem nationalistischen Diktator Milosevic mit seiner menschenverachtenden Politik der sogenannten ethnischen Säuberung Einhalt zu gebieten, wurde die bundesrepublikanische Öffentlichkeit jäh aus ihrem außenpolitischen Dornröschenschlaf gerissen. Allzu sicher war man sich in Deutschland gewesen, man werde mit der Frage nach Krieg und Frieden im europäischen Kontext nichts zu tun bekommen.

Die öffentliche Debatte über die Rolle Deutschlands spiegelte dann die Ratlosigkeit und die nicht stattgefundene Auseinandersetzung über unsere Verantwortung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte auf diesem Kontinent wider. Es sollte sich rächen, dass allzu viele die europäische Integration eher als einen wirtschaftlichen Prozeß mit guten Dividendaussichten ansehen und

Fortsetzung auf Seite 41 unten

Lebenskrisen und Lebenswenden

UNO-Jahr der Senioren: Auch Seelsorge steht auf dem Prüfstand

Christoph Arens (KNA-Korr.)

Wirtschaft und Werbung propagieren den Abschied vom „Kukident-Image“. Im von der UNO für 1999 ausgerufenen „Jahr der Senioren“ charakterisieren Konsum- und Freizeitforscher die ältere Generation als kauffreudige und aktive Personengruppe. Das Bild vom Alter wandelt sich. Auch die katholische Kirche in Deutschland überdenkt ihr Senioren-Bild. Ein Forschungsprojekt an der Universität Bonn, das auch vom Bistum Aachen mitgetragen und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt wird, liefert dazu wichtige Aufschlüsse.

Die Kirche habe ihre Seelsorge lange Zeit vor allem auf Kinder, Jugendliche und junge Eltern konzentriert, analysiert der Leiter des Projekts, der Bonner Pastoraltheologe Walter Fürst. Das Wissen über die Gestalt des Glaubens im mittleren und höheren Erwachsenenalter gehe über Vorurteile kaum hinaus. Auch die Bonner Theologin Barbara Leicht

macht deutliche Mängel im kirchlichen Umgang mit Senioren aus. Theologie und Psychologie seien lange davon ausgegangen, dass die wesentlichen Grundlagen der Religiosität in der Kindheit gelegt werden und dann als „stabile Konstanten“ das weitere Leben prägen, beschreibt sie eine jahrzehntelang gültige Annahme der kirchlichen Seelsorge.

Erste Ergebnisse des auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekts sprechen eine andere Sprache: Menschen im dritten Lebensabschnitt befinden sich ebenso im ständigen Wandel wie Menschen in anderen Lebensphasen, fasst die Theologin erste Erkenntnisse zusammen. Auch Glaube und Religiosität der Senioren seien nicht stabil, sondern würden wesentlich von „Lebenskrisen und Lebenswenden“, darunter Ereignissen in Partnerschaft, Familie oder den Übergang vom Berufs- zum Rentnerleben beeinflusst. In solchen Situationen müsse Kirche als Ansprechpartner, Berater und Begleiter

zur Verfügung stehen, folgern die Theologen. Ihr Ziel: Gemeinden sollen eine „Kultur des Alterns im christlichen Kontext“ entwickeln. Dazu gehöre, auf Zukunftsängste der Senioren zu antworten und Hilfen für Krankheit und Pflegebedürftigkeit anzubieten.

Schon eine erste, zwischen 1994 und 1996 erarbeitete Studie der Bonner Theologischen Fakultät hatte deutlich gemacht: Die meisten der befragten Senioren wollen ihr Leben aktiv gestalten und neue Seiten an sich und ihrer Umwelt entdecken. Auch in den Kirchengemeinden wollen sie nicht als bloß zählende Teilnehmer oder Potenzial für die Erfüllung vordefinierter Aufgabenstellungen „eingepflanzt“ werden.

Gottesdienst-Teilnahme, so die Studie, ist zwar vielen der Befragten wichtig. Aber es dominiere der Wunsch, in den Gemeinden als Person angenommen und ernst genommen zu werden - mit all den Brüchen in der eigenen Lebensgeschichte, allen Fähigkeiten, aller Skepsis und der individuellen Frömmigkeit. Die Senioren „erwarten, dass ihnen keine Bedingungen gestellt werden, wie sie glauben und wie sie leben wollen“, unterstreicht die Untersuchung. □

Paradiesesfreuden und Höllenfeuer

Der Papst stimmt die Gläubigen auf die „Letzten Dinge“ ein

Nach den Freuden von Himmel und Paradies sind es jetzt die Gräuel der Hölle und der Ewigen Verdammnis: Es hat nichts mit kirchlicher Endzeitstimmung und einem Jahr-2000-Effekt zu tun, dass Johannes Paul II. in diesem Sommer regelmäßig von den „Letzten Dingen“ spricht. Und weder regelmäßige Nachrichten von Satanskulten und Teufelssekten, noch die fortschreitenden Jahre des Papstes stehen dahinter, dass der Papst derzeit die „Letzten Dinge“ in den Mittelpunkt seiner wöchentlichen Generalaudienzen stellt.

Von den Freuden des Himmels und den Gräueln der Hölle

Die Papstworte über Himmel und Hölle, über Teufel und Engel gehen sie nicht über die Lehre von Kirche und Katechismus hinaus. Johannes Paul II. macht mit dem – so noch vorhandenen – Kinderglauben des Himmels hoch über den Wolken

Schluss. Der Himmel sei kein physischer Ort, sondern ein Zustand der Gottesnähe und Gottesgemeinschaft. Ebenso wie die Hölle kein riesiger Glutofen oder sonst ein Ort körperlicher Folterungen sei, sondern der Zustand der endgültigen Gottesferne.

Aber Himmel und Hölle existieren, lautet die Botschaft des Papstes, wobei traditionelle, von der Bibel und der Kunst geprägte Bilder inter-

pretiert werden müssen. Sie wollen die völlige Leere eines Lebens ohne Gott aufzeigen oder umgekehrt die Freude in seiner Gemeinschaft. Dabei ging der Papst auch auf in der theologischen Diskussion aufgeworfene These von der leeren Hölle ein: Die Verdammnis sei eine „reale Möglichkeit“, aber man wisse nicht, ob und welche Menschen sich tatsächlich darin befinden.

Die Papstpredigten fügen sich in die Vorbereitung zum Heiligen Jahr 2000 ein. Johannes Paul II. hatte 1999 zum Jahr „Gott des Vaters“ bestimmt. Dazu gehören die so genannten „Ersten Dinge“, die Fragen nach der Herkunft, der Entstehung, der Bestimmung der Menschen und der Schöpfung. So ist es logisch, dass er nun fragt, wohin der Mensch geht, was aus ihm wird, dass er also auf die „Letzten Dinge“ und das Gericht Gottes eingeht.

Fegefeuer ist „Reinigung von Verfehlungen“

Der Papst hält an der katholischen Lehre vom Fegefeuer als „vollständige Reinigung“ von Verfehlungen und Mängeln fest. Das Fegefeuer sei aber kein „Ort, sondern ein Zustand“. In diesen Zustand gelangten nach dem Tod all jene Menschen, die in einer noch unvollkommenen Weise „offen für Gott“ sind. Jegliche Bindung an das Böse müsse überwunden werden, bevor der Mensch ins Paradies gelangt. Diese Reinigung umschreibe der Glaube der Kirche mit dem Begriff Fegefeuer.

Weiter betont der Papst, dass die Menschen im Fegefeuer weder von Christus noch von der Kirche getrennt seien. Christus trete für sie ein, und die Mitglieder der Kirche könnten für sie beten. Ausdrücklich verwirft der Papst die Interpretation des Fegefeuers, wonach es sich dabei um eine Fortsetzung des irdischen Lebens handle und der Mensch in diesem Zustand selbst noch etwas an seinem Schicksal ändern könnte. Der Mensch habe nur ein einziges irdisches Leben, betone der Papst und warnt: „Der Mensch kann im Fegefeuer nicht nachholen, was er einst auf Erden versäumt hat.“

Zur Begründung der Lehre vom Fegefeuer sagt Johannes Paul II., die Bibel verkünde diese Lehre zwar nicht ausdrücklich, sie enthalte aber einige Elemente, die zum Verständnis des Fegefeuers beitragen könnten. Dazu gehöre die Überzeugung, dass der Mensch nicht ohne vorherige innere Reinigung zu Gott gelangen kann.

Die Hölle ist die endgültige Entfernung von Gott

Die Hölle ist, so Papst Johannes Paul II. „nicht so sehr ein bestimmter Ort“, sondern der Zustand eines Menschen, der sich „frei und endgültig von Gott entfernt hat“. Die Verdammnis sei eine reale Möglichkeit, aber man wisse nicht, ob und welche Menschen tatsächlich davon betroffen sind. Die in der Bibel geschilderten Bilder der Höllenqualen und -verdammnis müssten interpretiert werden. Sie sollten die Menschen nicht in Angst versetzen. Vielmehr seien alle aufgerufen, ihren Lebensweg frohgemut mit Christus zu gehen, der den Satan und den Tod für immer besiegt hat“. Dieser Glaube der

Hoffnung sei der Kern der christlichen Verkündigung, so der Papst.

Die Hölle sei nicht so sehr eine Strafe oder Züchtigungsmaßnahme Gottes. Sie ergebe sich aus der Anlage des Menschen zur freien Entscheidung für oder gegen Gott. Damit sei sie die letzte Konsequenz der Sünde des Menschen und eine Folge seiner freien Entscheidung. Der Abfall der Dämonen von Gott und ihre Rebellion sollten für die Menschen eine Mahnung sein.

Auch die Juli-Ausgabe der römischen Jesuitenzeitschrift „Civiltà cattolica“ stellt fest: Die Hölle existiert. Sie sei eine Existenzform des Menschen, der unter dem Schmerz leide, auf Gott verzichten zu müssen. Die Hölle sei keine Erfindung der Kirche, kein Erbe eines primitiven Christentums oder gar Ausdruck der Wut Gottes, heißt es weiter. Sie bestehe ewig. Gleichzeitig werden italienische Theologen wie Lombardo Vallauri kritisiert, der die Hölle als „kolossale Ungerechtigkeit“ bezeichnet hatte, weil sie Ausdruck eines „Scheiterns der Erziehungsarbeit Gottes“ sei. Die entscheidende Frage sei, wie sich die unendliche Güte Gottes und die Existenz der Hölle in Einklang bringen ließen, schreibt die Jesuitenzeitschrift. Dazu müsse man sich klarmachen, dass nicht Gott von sich aus den Menschen zur Hölle verdammt. Vielmehr sei es der Mensch, der sich selbst zur ewigen Verdammung verurteile.

Keine Angst vor dem Teufel

Christen müssen nach Ansicht von Papst Johannes Paul II. keine Angst vor dem Teufel haben. Jesus habe den Satan „definitiv besiegt“. Dieser Sieg Christi über das Böse müsse aber von

jedem Menschen in Freiheit angenommen werden, damit das Böse vollständig beseitigt werden könne.

Der Teufel ist nach Worten des Papstes das personifizierte Böse. Alles Böse in der Welt werde von jenem Wesen verursacht, das die Bibel als Teufel oder Satan bezeichne. Sein Einfluss zeige sich auch in der heutigen Welt. Der Satan verführe die Geister und Herzen in einer Weise, dass die Menschen sogar den Sinn für die Sünde und das Böse verlören. Die endgültige Befreiung werde erst am Ende der Zeiten erreicht sein. Bis dahin bleibe den Gläubigen das Vertrauen auf Jesu Sieg über das Böse als Trost.

Sündenvergessenheit führt zu Verlust der Werte

Im Verlust des Sünden-Bewusstseins sieht Johannes Paul II. eine der Hauptursachen für eine Wertekrise der Gegenwart. Der Papst stellt eine „bemerkenswerte Abschwächung des Bewusstseins der Sünde“ in der gegenwärtigen Gesellschaft fest. Aufgabe der Kirche sei es, im Gewissen der Menschen den Sinn für Gott und seine Geschenke wieder zu wecken. Dann erst könne das Gewissen wieder die Schwere der Sünde erkennen.

Weiter betonte der Papst, die bloße Klage über das mangelnde Sündenbewusstsein sei „kein guter Ratgeber“. Wer für die Sünde sensibilisieren wolle, müsse bei Gott und seiner Zuwendung zum Menschen ansetzen. Sünde habe auch eine gesellschaftliche und politische Dimension, fügte das Kirchenoberhaupt hinzu. Es gebe nicht nur eine wirtschaftliche Globalisierung, sondern auch eine Globalisierung der „Strukturen des Bösen“.

(PS nach KNA)

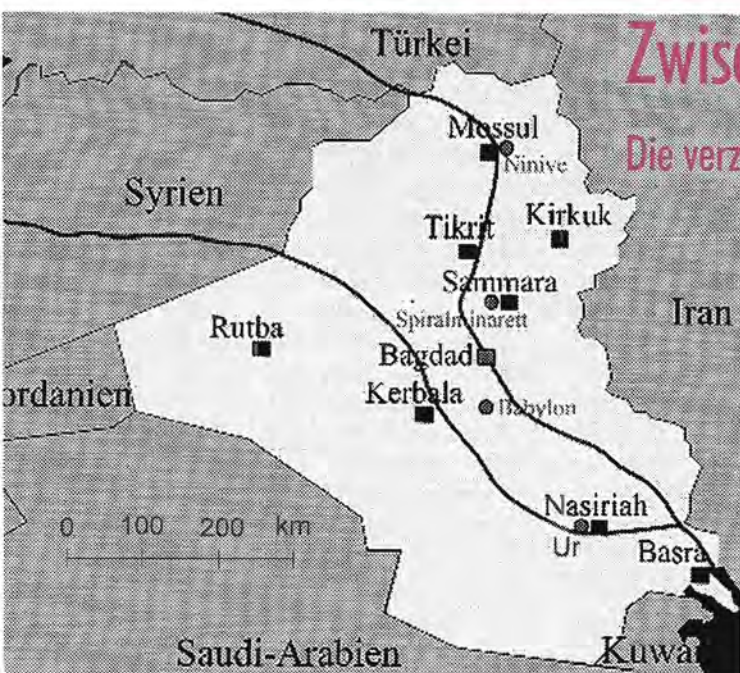
Fortsetzung von Seite 39: „Der deutsche Katholizismus ...“

die Motivation zur Gründung des politischen Europa, ein zutiefst ethisches Projekt, mehr und mehr aus dem Blick geriet.

8. Sich mit Eigenständigkeit und Profil einbringen

An solchen und anderen Beispielen ließe sich zeigen, wie notwendig Beiträge des Katholizismus zu Diskursen sind, die zum Kern der Auseinandersetzung führen. Fördera-

le Stärke einerseits, welche die Vielfaltigkeit und Kreativität der gesellschaftlichen und kirchlichen Vorgänge zum Tragen bringt, und die spezifische Rolle Berlins andererseits, wo sich von jetzt an die nationale, vor allem politische Umsetzung bündelt, sind keine Gegensätze. Sie weisen dem Katholizismus vielmehr die Chancen, sich offensiv und entschlossen, mit Eigenständigkeit und Profil in die anstehenden Debatten einzubringen. □



REPUBLIK IRAK: Bevölkerung 1997: 22 Mio Einwohner, bis 80% Araber, über 15% Kurden, Minderheiten von Turkmenen, Aramäer u.a.; Religionen: Islam ist Staatsreligion, 95% Muslime (ca. 2/3 Schiiten, 1/3 Sunniten), um 5% Christen, von denen rund die Hälfte zur mit Rom unierten chaldäischen Kirche zählen

Zwischen Bomben und Embargo

Die verzweifelte Lage der christlichen Minderheit im Irak

Carmen Klein

Schon im Oktober 1998 hatte der oberste katholische Kirchenführer in Bagdad, Patriarch Raphael I. Bidawid, in einem Interview mit dem Internationalen FIDES-Pressedienst berichtet, Papst Johannes Paul II. hätte ihm gegenüber den Wunsch, „um nicht zu sagen den Beschluss“, zum Ausdruck gebracht, im Rahmen seiner Pilgerreisen in den Nahen Osten auch Bagdad zu besuchen. Nachdem monatelang Gerüchte um diesen Besuch des Papstes kursierten, ließ der Patriarch nun erklären, Johannes Paul II. werde zwischen dem 2. und 5. Dezember im Irak erwartet und treffe dort auch Präsident Saddam Hussein. Auch wenn eine Festlegung auf diesen Termin offiziell noch nicht erfolgt ist, scheint der Besuch in Bagdad an sich festzustehen. – Der Beitrag befasst sich vorwiegend mit der Situation der chaldäischen Christen, die zur katholischen Kirche gehören.



Ur in Kaldäa, das Ziel der für Anfang Dezember geplanten Papstreise, war die Heimat Abrahams (Gen 11,28), der von Juden, Christen und Muslimen als gemeinsamer Stammvater angesehen wird. Die bereits seit dem 6. Jh.v.Chr. besiedelte Stadt war durch Jahrhunderte Hauptstadt eines sumerischen Reiches. Heute ist der Stufenturm (die Zikkurat von Ur war ein Tempel für die Mondgötter, von wo aus man auch den Himmel beobachten könnte) nur noch ein beliebter Sammelpunkt für Nomaden, die dort gern ihre Zelte aufschlagen. Nach Presseberichten will die irakische Regierung die antike Stadt Ur zum Besuch des Papstes sanieren.

Die Widerstände gegen die Mission des Heiligen Vaters im Irak reichen weit, da befürchtet wird, das Treffen mit dem Diktator Saddam Hussein könnte diesem eine internationale Aufwertung zuteil werden lassen. Zur Vermeidung derartiger Befürchtungen hat der Papst feierlich erklärt, diese Pilgerfahrt habe wie die anderen, die er in den Nahen Osten unternehmen wolle, z.B. nach Jerusalem, Betlehem oder Nazareth, einen rein religiösen Charakter. Durch sie solle die christliche Minderheit im Irak eine Stärkung erfahren.

Die Angaben über den Anteil der Christen an der irakischen Bevölkerung schwanken zwischen 3 und 8 %. Nach Aussage des chaldäischen Patriarchen Raphael I. Bidawid von Bagdad sind rund 1 Million der ca. 20 Millionen Iraker Christen; davon 80 % Katholiken des chaldäischen oder des lateinischen Ritus. Die restlichen 20 % fühlen sich dem syrischen oder armenischen Ritus zugehörig. Die überwiegende Mehrzahl der irakischen Christen bekennt sich zur chaldäischen Kirche, die nach mehreren Versuchen und Widerständen 1830 im Irak gegründet wurde und eine Union mit der katholischen Kirche einging. Die Chaldäer verstehen sich als die christlichen Nach-

fahren der Stämme, deren Siedlungsgebiete seit dem 11. Jh. v.Chr. im Süden des Iraks in assyrischen Quellen erwähnt wurden. Außer im Irak leben heute einige zehntausend Chaldäer in Syrien, Jordanien, im Libanon, in der Türkei und im Iran.

Den Aussagen des Präsidenten der Caritas Irak, Daoud Baffro, zufolge hat die christliche Minderheit im Irak den Besuch des Heiligen Vaters als Solidaritätsbezeugung bitter nötig. Baffro erklärte jüngst in einem Interview, wie sich die aktuelle soziale und humanitäre Situation im Irak darstelle: Das irakische Volk habe in den vergangenen sieben Jahren, seit die Vereinten Nationen das Embargo über den Irak verhängten, durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten viel gelitten, viele hätten diesen Mangel nicht überlebt. Die Beschreibung des chaldäischen Priesters zeigt, was die irakische Bevölkerung über das Embargo denkt. Seiner Meinung nach ist es „die Quelle vieler Übel, die den Irak heimgesucht haben“. Das Land sei auf diese Weise in der gesamten arabischen Welt isoliert worden und bekäme zudem noch die unheilvollen Folgen des Embargos, wie Diebstähle und Überfälle infolge der Verarmung, bitter zu spüren.

Mit dieser Bewertung steht Baffro nicht alleine da: In einem Bericht des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Schweiz (ÖRK) zeigte sich die Delegation, die im letzten Jahr die Auswirkungen der UN-Sanktionen auf das irakische Volk untersuchte, bestürzt darüber, wie sich die Situation der Menschen im Irak immer weiter verschlechterte und welches Ausmaß das Leiden der Menschen angenommen habe. Sie hob hervor, dass die beiden Golfkriege und im Besonderen die UN-Sanktionen die Situation der Christen im Irak verändert haben. Zum einen hat die Kirche durch die beiden Kriege eine große Zahl von Jugendlichen verloren. Zum anderen haben viele junge Menschen lange Zeit Militärdienst leisten müssen und sind dadurch um ihre Ausbildungsmöglichkeiten gebracht worden.

Laut Aussage von Helga Anschutz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Juni diesen Jahres sind die irakischen Christen von diesen Folgen stärker getroffen worden als die restliche irakische Bevölkerung. Sie gehörten in der Mehrzahl dem Mittelstand an und bemühten sich traditionell um eine gute Ausbildung für ihre Kinder, wodurch ihre Kinderzahl gesunken war. Diese Ausbildung wurde allerdings durch die Kriege und das Embargo verhindert. Viele der irakischen Christen verloren ihre Arbeitsstellen und mussten ihr persönliches Eigentum veräußern, um überleben zu können. Die christliche Minderheit ist darüber hinaus rapide infolge zunehmender Auswanderung dezimiert worden. Viele junge Menschen haben das Land verlassen, um in der Fremde nach Arbeit zu suchen. Ihnen folgten wiederum viele Familien mit Kindern, um sich z.B. in Amerika, Australien oder Griechenland niederzulassen. Alleine in Jordanien und anderen Nachbarländern leben zurzeit nach Aussage des Caritas-Präsidenten Baffro etwa 30.000 irakische Christen.

Diese Emigrationswelle hat nicht nur die chaldäische und die anderen Kirchen im Irak, sondern auch die katholische Kirche alarmiert, die um die Gemeinden im Zweistromland fürchtet, wo Christen sich seit mehr als tausend Jahren gegenüber den

Mar Mattei – Fest des Glaubens in den Bergen im Norden des Iraks direkt vor Kurdistan, an dem im April 1998 mehr als 8.000 chaldäischer Christen aus Alqosh teilnahmen. In ihren traditionellen Festgewändern lassen sie das auch in den hohen Bergen vorhandene Leid und Elend des Landes vergessen. Eine unglaubliche Würde und Freiheit drücken diese Menschen aus, denen der Glaube deutliche Zeichen der Hoffnung bietet.

zahlenmäßig weit überlegenen Muslimen behauptet haben. Der Generalobere des Predigerordens (OP), Pater Timothy Radcliffe, bezeichnete das Phänomen bei seiner Rückkehr von einem Besuch im Irak im letzten Jahr gegenüber der Nachrichtenagentur AICA als wahre „Flucht“. Seinem Bericht zufolge wird auf die christlichen Jugendlichen, die nicht vor den ständigen Bedrohungen, denen ihr Land ausgesetzt ist, fliehen, Druck ausgeübt, um sie zur Heirat mit Muslimen zu bewegen. Viele von ihnen fragen, ob es für die Christen des Landes überhaupt eine Zukunft gebe. Die christlichen Gemeinschaften seien müde, so Radcliffe, und nähmen eine Abwehrstellung ein. Er kann allerdings auch Positives berichten, z.B. dass es eine interessante Öffnung der christlichen Gemeinden gebe, was die Ökumene anbelangt. So werden unter anderem gemeinsame Bildungsprogramme für chaldäische, syrische, nestorianische und orthodoxe Christen angeboten.

Der Darstellung von Caritas-Präsident Daoud Baffro zufolge erhält die Kirche im Irak eine gewisse Handlungsfreiheit. Allerdings seien die Menschen durch die unverändert instabile und schwierige politische und soziale Lage unruhig. Auf der anderen Seite sei der Bezug der Menschen zur Kirche und zum Glauben infolge der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen noch enger geworden, sodass Baffro den Anteil der Gläubigen, die kirchlich aktiv sind, auf rund 80 % schätzt. Baffro macht in erster Linie das Embargo für die stetige Verschlechterung der Situation der Menschen – insbesondere der Christen – im Irak verantwortlich. Wie er forderte auch die Delegation des Ökumenischen



Rates der Kirchen (ÖRK) im letzten Jahr die Aufhebung aller UN-Sanktionen gegen den Irak. Diese werden als „ernsthafte Verletzungen der Menschenrechte großer Teile der irakischen Bevölkerung“, bezeichnet, weil sie den Menschen eine angemessene Lebensmittelversorgung, Kleidung, Wohnung, medizinische Versorgung, soziale Dienstleistungen und Arbeit vorenthalten. Clement John, Teilnehmer der Delegation des ÖRK und Sekretär der Kommission für Menschenrechte des Departements für „Internationale Aufgaben“ stellte klar, dass diese Situation nur zu ändern sei, wenn die UN-Sanktionen aufgehoben würden und dauerhafter Friede im Irak einkehre.

Auch manche Mitgliedsländer der Vereinten Nationen, vor allem Frankreich, stellen sich inzwischen auf den Standpunkt, dass einiges für die Aufhebung des Embargos spreche. Sie gehen davon aus, dass dies einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung des Iraks bewirken könnte, von dem auch die europäischen Länder profitieren könnten. Zudem würde dem radikalen islamischen Einfluss der Boden weitgehend entzogen, sodass der Bestand der christlichen Kirchen im Orient weniger be-



droht wäre. Mit ihrer Kritik an den Sanktionen unterstützen sie die Bemühungen höchster kirchlicher Würdenträger, die Lage der irakischen Zivilbevölkerung zu verbessern. So lautete die Botschaft der Bischofssynode für Asien, die vom 19. April bis 14. Mai 1998 in Rom tagte: „Wenn wir die Leiden des Volkes im Irak, besonders jene von Frauen und Kindern, betrachten, dann können wir nur inständig bitten, dass Anstrengungen unternommen werden, um das Embargo gegen dieses Volk aufzuheben.“ Gleichzeitig dankten einzelne Bischöfe dem Vatikan, besonders Johannes Paul II., ausdrücklich, dass er sich immer kritisch gegen dieses besonders von den USA und England propagierte Embargo ausgesprochen habe, denn dadurch würde in erster Linie die Zivilbevölkerung – vor allem die Armen – getroffen.

Darüber hinaus fordert nicht nur das irakische Volk, dass neben der Aufhebung des Embargos auch die Bombardements des Iraks durch die Vereinigten Staaten eingestellt werden. Wie Helga Anschütz berichtet, könnten die immer wiederkehrenden Angriffe die Lage der christlichen Minderheit erschweren, da sich durch sie die Gefahr vergrößert, dass die wütende muslimische Bevölkerung, die ebenfalls unter der schwierigen irakischen Situation leidet, gegen ihre christlichen Mitbürger aufgehetzt wird und die Christen als „heimliche Helfershelfer der amerikanischen Feinde“ verleumdet werden. Angesichts dieser Situation gilt es zu überdenken, was Pater Radcliffe auf die Frage, wie einem Land geholfen werden könne, dessen Staatsoberhaupt ein Diktator sei, antwortete: „Nichts kann die Machtstellung Saddam Husseins mehr festigen als das Embargo gegen den Irak.“ □

Ob bei Glaubensfesten, bei Gottesdiensten oder Vortragsveranstaltungen wie hier auf dem Foto in einem Gotteshaus in Mossul im April 1998, die Menschen nehmen die Glaubensbotschaft auf wie dürstendes, trockenes Land den Regen. Wenn im Bild oben auch in der überwiegenden Mehrzahl Frauen zu sehen sind, so täuscht der Eindruck, die Männer sitzen in dem hier nicht einzusehenden rechten Teil des Saales: Eine Geschlechtertrennung in Versammlungen, wie wir sie in Deutschland nicht mehr kennen.

Das Bild unten zeigt eine fromme kleine Pilgerin vor dem Altar der Mar Benaham.

Die Fotos S. 38 u. 39 wurden von „Kirche in Not/ Ostpriesterhilfe“ zur Verfügung gestellt und geben Eindrücke einer Reise zu den Christen im Irak im April 1998 wieder.



Irakische Oppositionelle gegen Papsttreffen mit Saddam Hussein

Irakische Oppositionelle haben Papst Johannes Paul II. gebeten, von seiner für Anfang Dezember geplanten Reise in den Irak abzusehen. "Wir bitten Seine Heiligkeit, nicht den Irak zu besuchen, solange ein Despot an der Macht ist, an dessen Händen das Blut Unschuldiger klebt", heißt es in dem in London verfassten Brief. Eine Bestätigung für den Eingang des Schreibens war im Vatikan bislang nicht zu erhalten. Johannes Paul II. soll nach unbestätigten Berichten vom 2. bis 4. Dezember eine Pilgerreise nach Ur, dem Heimatort des Erzvaters Abraham im heutigen Südirak, unternehmen. Unterdessen sagte der katholische Chaldäische Patriarch von Bagdad, Bidawid, der französischen Zeitung "La Croix", die offizielle Ankündigung der Irak-Reise des Papstes könnte in der nächste Woche erfolgen.

Gegen ein Treffen des Kirchenoberhauptes mit Saddam Hussein war insbesondere aus den USA Kritik laut geworden. Die US-Regierung befürchtet eine Aufwertung Husseins und sieht in dem Besuch einen Verstoß gegen die internationale Isolations-Politik. Dieser Kritik schloss sich nun auch der jüdische Weltkongress an. Bidawid bedauerte demgegenüber, dass die Vereinigten Staaten dem Besuch eine politische Dimension geben wollten. Der Besuch habe einen ausschließlich religiösen Charakter, so der Patriarch.

(KNA 03.09.1999)

Taizé: Mystik zwischen Baracken

Die Suche nach Gott führt Hunderttausende nach Burgund

Von Angelika Prauß (KNA-Korr.)

Whoopy Goldberg als Schwester Mary Clarence aus dem Film „Sister Act“ könnte es nicht besser demonstrieren: Schwester Lena streift ihre Sandalen ab. Barfuß und ganz bedacht steigt sie auf einen der Gebetshocker in der Versöhnungskirche von Taizé. Um sie herum sitzen etwa 100 Leute, denen sie das Singen beibringen will. „Ihr müsst jede Note ganz bewusst anstimmen“, ermahnt die Ordensfrau schelmisch ihre Zuhörer beim Runtersteigen vom Hocker. „Jetzt zeige ich euch mal, was ihr macht.“ Sie schlendert auf den Schemel zu und stolpert gekonnt darüber. Allgemeines Gekicher. Eigentlich ist jetzt Mittagspause, dennoch haben sich wieder etliche in der Kirche von Taizé eingefunden, um die weltberühmten Gesänge zu üben.

In das verschlafene Nest in Burgund hatte es 1940 den charismatischen Gründer und Prior, Frere Roger Schutz, verschlagen. Von dort aus wollte er sich für die Versöhnung der Christen einsetzen. Inzwischen kommen jedes Jahr rund 100.000 Menschen aus aller Welt, um mit den Brüdern der ökumenischen Gemeinschaft zu beten. Musik ist die Sprache, die jeder versteht. Und: Wer singt, streitet nicht. Die eingängigen meditativen Gesänge prägen das Chorgebet, das die Brüder dreimal täglich mit den Besuchern anstimmen. Drei, vier Stunden Singen jeden Tag. Das verfehlt seine Wirkung nicht.

Die Texte sind schlicht, aber prägnant, die Botschaft dringt durch die vielfachen Wiederholungen ins Gedächtnis ein, die Musik tut der Seele gut. Kleine Kinder werden ruhig, schlafen ein. Wer die Gesänge mitsingt, mitsummt oder einfach zuhört, fühlt sich geborgen, eingehüllt, getragen. Eine fast mystische Atmosphäre entsteht. Und: Die Musik lässt einen einfach nicht mehr los. In der Zeit zwischen den Gebeten – oder längst wieder zu Hause – ertappt man sich immer wieder dabei,

die inzwischen so vertrauten Melodien zu summen: „Nada te turbe“, „Psallite Deo“, „Meine Hoffnung und meine Freude“. Schwester Lena tut das Ihrige dazu. Die Begeisterung, mit der die St.-Andreas-Schwester aus dem Nachbardorf Ameugny mit der glockenklaren Stimme die Lieder anstimmt, steckt einfach an. Sie rührt in der Luft rum, läuft schnipsend auf und ab, verzieht bei schiefen Tönen lachend und kopfschüttelnd das Gesicht. Und so gelingt es ihr innerhalb einer Stunde, ihre nuschelnden und brummenden Gesangsschüler in einen „Halleluja“-jubelnden Chor zu verwandeln. Der Daumen der Ordensfrau geht in die Luft, sie strahlt über beide Ohren.

Freude am Glauben – in Taizé kann man sie wieder finden. Doch die stundenlangen, wohlklingenden Gebete sind nur ein Grund, warum Woche für Woche Christen mitunter quer durch Europa den Weg dorthin finden. Hier treffen sie Gleichgesinnte und fühlen sich in ihrem Suchen nach Gott und in ihren Glaubenszweifeln ernst- und angenommen. Die Brüder, unter ihnen zahlreiche jüngere, sprechen bei den täglichen Bibeinführungen behutsam über ihren Glauben. Das gemeinsame Unterwegssein der Christen war der Gemeinschaft stets wichtiger als der Aufbau einer festen Bewegung. „Wir hüten uns, Menschen in Richtungen zu lenken“, erläutert Bruder Wolfgang. Vielmehr gehe es in Taizé darum, ganz „den Kern des Evangeliums“, Gottes Liebe zum Menschen, weiterzugeben. „Damit die Leute wieder eine Basis haben.“ Glaubenswissen sei nämlich keine Selbstverständlichkeit; auch nicht Getaufte kommen. Mitunter werde das Kreuz mit einem Stopp-Zeichen verwechselt.

„Ausgetrocknet“

Bruder Wolfgang lebt seit 24 Jahren in der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé. Noch immer

staunt der 46-Jährige über den nicht enden wollenden Strom von Besuchern aller Couleur: kirchlich Engagierte, Jugendliche mit grünen Haaren und Piercings, Akademiker und übrig gebliebene Blumenkinder. Probleme, die 1962 erbaute und 1990 erweiterte Kirche zu füllen, gab es noch nie. Viele Menschen seien auf der Suche, „im Glauben ausgetrocknet“ oder hätten ihre Glaubensmitte verloren. Der Bedarf an spiritueller Begleitung scheint riesig.

Frere Roger Schutz, Prior und Gründer der Gemeinschaft, hat es sich wohl nicht träumen lassen, wie viele ihm nach Burgund folgen würden. Das damals fast ausgestorbene Dorf Taizé liegt symbolträchtig in der Nähe von Cluny, im Mittelalter einst Zentrum geistiger Erneuerung. Für seine Versöhnungsarbeit fand der Schweizer Protestant nach und nach Mitstreiter: Ostern 1949 wurden die ersten sieben Brüder aus verschiedenen evangelischen Kirchen, 1969 die ersten Katholiken aufgenommen. Seit den 60er-Jahren pilgerten immer mehr Jugendliche dorthin, um gemeinsam nach den Quellen des Glaubens und dem Lebenssinn zu suchen. Und in diesem Jahr gibt es noch ein weiteres Jubiläum: Vor 25 Jahren – im August 1974 – trafen Zehntausende zu einem „Konzil der Jugend“ zusammen. Inzwischen finden in Taizé regelmäßig Jugendtreffen mit bis zu 8.000 Teilnehmern aus 60 Nationen statt. Für seine Versöhnungsarbeit erhielt Schutz zahlreiche internationale Auszeichnungen. Etwa den Templeton-Preis, eine Art „Nobelpreis der Religionen“, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen und; den Unesco-Preis für Friedenserziehung.

Das einfache Leben, das die rund 100 Brüder aus 25 Nationen in Taizé führen, teilen auch die Gäste. Um den Dorfbewohnern ihre Ruhe zu lassen, entstanden für die Besucherscharen separate Zeltplätze und ein einfaches Barackendorf mit Etagenbetten. Für das Essen austeilen, den Abwasch und das Aufsammeln von Müll sind die Besucher selbst zuständig. Gemeinsame Arbeit und Bibel-Gespräche verbinden; flüchtige Bekanntschaften und dicke Freundschaften entstehen. Weder

wässriger Kakao, lauwarmes Essen vom quatschbunten Plastikgeschirr noch klamme Klamotten scheinen junge wie ältere Taizé-Besucher abzuschrecken. Bruder Wolfgang: „Man braucht länger, bis man begreift, was hier eigentlich geschieht.“

Wachsen und Reifen

Egal ob sommerliche Hitze oder ungemütlicher Dauerregen – die Versöhnungskirche – das eigentliche Zentrum von Taizé – ist immer gefüllt. Orange Stoffbahnen weisen dort in lang gezogenen Dreiecken himmelwärts, im warmen Halbdunkel der Kirche klingt vor den Gebeten leise heitere Barockmusik. Besucher machen es sich gemütlich: auf dem Teppich, mitgebrachten Sitzkissen, den wenigen Sitzhockern oder den Stufen. Nach und nach nehmen auch die Brüder in ihren weißen Gewändern im Mittelgang Platz. Unter ihnen, bescheiden und unscheinbar, Frere Roger. „Er sät sich in die Gemeinschaft ein und lässt den Mitbrüdern Möglichkeit zum Wachsen und Reifen“, beschreibt Bruder Wolfgang das Wesen des kleinen großen Mannes, der sich zwischen einer Schar Kinder niederlässt. Kaum, dass der 84-Jährige sitzt, drängen sie sich zu ihm, er tätschelt Köpfe und segnet sie.

Frieden und Einheit unter den Menschen, die sich Frere Roger so sehnlichst wünscht – im gemeinsamen Singen der mehrstimmigen Chorgebete scheinen sie zumindest vollzogen. Das war nicht immer so: In den ersten Jahren seien in Taizé viel mehr Texte gelesen worden, erinnert sich Bruder Wolfgang. Doch Texte seien ermüdend und würden oft nicht aufgenommen. Deshalb habe ein Kirchenmusiker Mitte der 70er-Jahre die inzwischen weltberühmten Gesänge entwickelt. Die drei gemeinsamen Gebetszeiten laufen stets gleich ab: Es wird gesungen, zwischendrin verlesen Brüder eine kurze Bibelstelle in mehreren Sprachen, nach einem Lied folgen zehn Minuten Stille: dasitzen, nachdenken und da sein vor Gott.

Für Frere Roger ist diese Stille von großer Bedeutung: „Schweigen ist notwendig. Wie könnten wir sonst auf Gott hörend Jeden Samstagabend

spricht er nach dem Abendgebet zu den Besuchern. Seine Botschaft, die er immer wieder ins Mikrofon haucht, ist einfach und eindringlich zugleich. Sie lässt sich in einem Wort zusammenfassen – Gottvertrauen: „Gott liebt dich! Wir müssen begreifen, dass Gott immer und überall mit jedem von uns verbunden ist – ob wir das begreifen können oder nicht. Selbst wenn wir Gott vergessen, erwartet er uns. Er verlässt uns nie.“ Noch lange, nachdem die Brüder aus der Kirche ausgezogen sind, sitzen Menschen aus allen Nationen dort singend zusammen.

Musik und Worte von Taizé bleiben nicht ohne Wirkung. Viele kommen immer wieder nach Burgund. Etwa Alexandra, angehende Krankenschwester aus Karlsruhe. Sie erinnert sich an ihren ersten Besuch vor vier Jahren mit einer Gruppe junger Leute: „Hier habe ich zu meinem Glauben gefunden.“ Zum ersten Mal in ihrem Leben habe sie dort Stille bewusst wahrgenommen. „Die Woche hier war so erfüllend.“ Beata aus Polen entschloss sich, nach mehr-

ren kürzeren Aufenthalten länger zu bleiben. Die 22-Jährige gehört zu den „Einjährigen“, die freiwillig für zwölf Monate in der Gemeinschaft helfen: in der Küche, in der Verwaltung, beim Empfang – eben überall dort, wo es etwas zu tun gibt.

Sie sei nicht wegen der Arbeit gekommen, „die ist wirklich nicht so aufregend“, schmunzelt die Anglistik-Studentin. Sie faszinieren vielmehr die meditativen Gesänge, die die schlichte Versöhnungskirche be-seelen. Zumal die einfachen Lieder nicht nur etwas für „Meditations-Experten“ seien. Die Stille und das Leben im Hier und Jetzt habe sie einfach angesprochen. Dort habe sie immer wieder erfahren: „Gott ist bei mir, Gott liebt mich.“ Dieses Wissen stärke sie, mache sie gelassener und gebe ihr Kraft fürs weitere Leben. Zurück in Polen will sie die „Beziehung zu Gott aufrecht erhalten“ und ein normales Leben führen. „Ich werde bestimmt kein Waisenhaus aufmachen“, sagt sie und lacht.

Fortsetzung auf Seite 47,
Sp. 2/3 u.

DAS AMT DES DIAKONS:

Diener der Gemeinschaft

D. Schmitz

„Früher“, so hören wir die Alten sagen, „ja früher, da sah man vor allem den Kaplan bei Hausbesuchen, am Krankenbett zu Hause oder im Krankenhaus.“ – Die Anwesenheit eines Klerikers im täglichen Leben war in allen Bevölkerungsschichten verwurzelt. Die Kirche konnte dem Menschen im Leben nahe sein, so wie auch die Bevölkerung der Kirche nahe war. Nun hört man Manchen der dieses aus eigener Erfahrung noch erlebt hat murren, „Jetzt bin ich hilfsbedürftig und nun hört und sieht man wenig von der Kirche.“ Andere erkennen die Suche der Jugend nach wahren Lebenszielen, doch wo sind diejenigen die eine Antwort geben können.

Doch ist ein Murren im Kirchenvolk nicht erst in der heutigen Zeit zu hören. Schon in der frühen Christengemeinde klagten Gläubige über eine unzureichende pastorale Betreuung. Die Apostel erkannten den

Handlungsbedarf und mit der Unterstützung des Geistes entstand das Amt des Diakons. (s. Apg 6,1-6) Nach der Apostelgeschichte waren die ersten Diakone eine wertvolle Hilfe zur Leitung und Führung der christlichen Ur-Gemeinden.

Doch das Schiff der Kirchengeschichte schwamm auf dem Fluss der Zeit weiter und vorallem durch die große Anzahl der Priester, neben anderen Gründen, entwickelte sich der Diakon aus einem eigenständigen Stand zu einer Zwischenstufe im Werdegang zum Priester.

Hören sie noch das Murren? So wie seinerzeit die Apostel gehandelt hatten, so wurde durch das II. Vat. Konzil in der Konstitution *Lumen Gentium* unter Nr 29. beschlossen, das Diakonat als eigene und beständige hierarchische Stufe des geistlichen Standes wiederherzustellen und dieses Amt verheirateten Männern reiferen Alters sowie jungen Männern (für die jedoch das Gesetz des



Liturgie (l.) und Verkündigung (r.) sind mit der Diakonie die Hauptaufgaben eines Diakons. Im Bild der Verfasser des Beitrags, der selbst im Hauptberuf Hauptfeldwebel in Aachen und im Nebenamt Diakon in Heerlen, Bistum Roermond/NL ist (Fotos: D. Schmitz)



DAS AMT DES DIAKONS

Zölibats in Kraft bleibt) übertragen werden kann.

Der Ständige Diakon, im Gegensatz zum *transeunten* Diakon, der auch weiterhin nur ein vorübergehendes Amt in der Ausbildung zum Priester ist, hat wieder den Status, den ihm die Apostel gegeben haben. So gibt es nun seit ca. 25 Jahren das „Phänomen“ des Diakons in der röm.-kath. Kirche. Da es sich hier auch um verheiratete Männer mit eigenem Einkommen aus einer Berufstätigkeit handeln kann, möchte ich dieses Amt näher beleuchten.

Die Ausbildung beträgt in der Regel 3-4 Jahre und ist meist gebunden an das Priesterseminar des jeweiligen Bistums des Kandidaten. Die Ausbildung unterteilt sich in Unterricht, die meist an Wochenenden erteilt werden, geistliche Übungen (Einkehrtage und Exerzitien) sowie die praktische Ausbildung in einer Gemeinde.

Die Funktion des Diakons wird zusammengefasst in der Diakonie des Wortes, der Liturgie, und der Nächstenliebe. Dies wird in der diakonalen Praxis deutlich:

- *Die Diakonie des Wortes* beschreibt das Leben des Diakons in und mit der Hl. Schrift, der besonderen Offenbarung Gottes, nicht zum eigenen Heil sondern als Träger und vor allem als Aus Träger der frohen Botschaft. Er hat Schrift und Lehre zu erläutern und in Predigt und Katechese in geeigneter Form dem Mitmenschen nahe zu bringen. Die Vorbereitung für den Empfang von Sakramenten sowie die Leitung von Jugendgruppen können hier als Teilbereich bei der großen Aufgabe der Neu-Evangelisierung zusammengefasst werden.

- *Die Diakonie der Liturgie:* Das eigenständige Amt des Diakons wird auch in der Form der Assistenz bei der Eucharistiefeier deutlich, die ihn vom Handeln des Priesters und der Laien unterscheidet. So liest er das Evangelium, verkündet das Wort durch die Predigt, ist Bediener des Kelches und er hat die allgemeine Befugnis zum Austeilen der Eucharistie. Er bringt die Kommunion zu Kranken und anderen Menschen die eine gemeinsame Messfeier nicht mehr besuchen können. Er ist neben dem Priester ordentlicher Spender der Taufe und kann kirchliche Trauungen assistieren. Ebenso können Gebetsdienste und Bestattungen ausgeführt werden.

- *Die Diakonie der Nächstenliebe:* Von menschlicher Wärme und Zuwendung an Arme und Schwache über Krankenbetreuung und Sterbensbegleitung bis zum Aufbau und zur Leitung von Selbsthilfegruppen sind dem Diakon nahezu unbegrenzte Möglich-

keiten gegeben, Hoffnung und Liebe in das menschliche Dasein seines Nächsten zu bringen.

Ausblick

Mit der *Ratio fundamentalis* für den Ständigen Diakon hat die Kongregation für das Katholische Bildungswesen im Februar 1998 die Grundsätze für die Ausbildung erlassen. Durch sie wird die Ausbildung der Diakone in der Weltkirche vereinheitlicht und wird auf die neuen Herausforderungen der Zeit durch eine stärkere Ausbildung in Pastoraltheologie reagiert. Die steigende Zahl der Diakone und deren Einsatz in den Bereichen, die ihrer Eignung und Neigung entsprechen, erhöhen die Akzeptanz bei den Gläubigen und der Bevölkerung.

Da auch weiterhin die Zahl derer steigt, die als Diakon neben einem eigenen Hauptberuf eingesetzt sind, ist zu erwarten, dass auch die Anzahl der Berufssoldaten zunimmt, die „in Nebentätigkeit“ oder zumindest später als Pensionär das Amt eines Diakons ausüben. □

Fortsetzung von Seite 46

Aber vielleicht ein Bettenlager: Denn zum Jahreswechsel findet in Warschau das traditionelle Europäische Taizé-Jugendtreffen statt, zu dem bis zu 80.000 junge Leute mit Schlafsäcken und Isomatten erwartet werden. Besonders für Deutsche und Polen bietet sich dort die Chance, „neu aufeinander zuzugehen“, glaubt Bruder Wolfgang. Es gehe nicht darum, die Vergangenheit zu vergessen, sondern „einen neuen Weg zu beginnen“. Gerade die durch Geschichte belasteten jungen Deutschen seien für solche Dinge „sehr offen“, beobachtet er. Ganz ohne Ideologie, nur

aus dem Glauben, könne man dort miteinander in Berührung kommen. Zuversichtlich sieht der deutsche Bruder auch ins neue Jahrtausend. Bei all seinen Begegnungen mit Jugendlichen habe er „solideste Leute“ kennen gelernt, die einen „Sinn für den inneren und äußeren Frieden“ hätten. Da macht man sich keine Sorgen mehr um die Zukunft.“

Hinweis der Redaktion:

Zu Taizé siehe auch: AUFTRAG 218/ Juli 1995, S. 111-116: „Die Communauté de Taizé – Einführung in die Spiritualität“, aus: Roger Schutz, „Das Haus Gottes“, Herder Taschenbuch, Bd. 136, Freiburg, 1963. □

Das Alte Testament vermittelt ganz konkrete Vorstellungen von „Männer-Gestalten“. Ihre Beschreibung lässt vor dem inneren Auge der Zuhörer Bilder entstehen, welche Aspekte der männlichen Existenz, der männlichen Sozialisation und der männlichen Spiritualität beleuchten. Diese Begegnung mit männlichen Vor-Bildern des Alten Testaments (die Visualisierung von Männer-Gestalten bzw. von Aspekten des Mann-Seins) bietet die Möglichkeit der Bearbeitung des eigenen Männer-Bildes. Möge der Leser dieser Beschreibungen die Begegnung mit Abraham, Jakob (Heft 235), Josef (Heft 237), Moses (Heft 238), Salomon (Heft 239), Elija (Heft 240) und Jeremia (Heft 241) konstruktiv nutzen und aus dieser Begegnung Konsequenzen für sein Mann-Sein ziehen. Die Männerbilder sind mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem Buch entnommen: „Müssen Männer Helden sein? Neue Wege der Selbstentwicklung“ / Paul M. Zulehner (Hrsg) mit Beiträgen von Walter Hollstein, Johannes Kaup, Michael Overmann und Christian Reichart. Tyrolia-Verlag Innsbruck 1998; ISBN 3-7022-2097-6.

Josef

Michael Overmann SDS

Papa, du brauchst doch nicht um deinen Jungen weinen.

Herbert Grönemeyer: Männer

*Männer haben's schwer – nehmen's leicht:
außen hart und innen ganz weich,
werden als Kind schon auf „Mann“ geeicht ...
Wann ist ein Mann ein Mann?*

*1. Männer nehmen in'n Arm.
Männer geben Geborgenheit.
Männer weinen heimlich.
Männer brauchen viel Zärtlichkeit.
Männer sind so verletzlich.
Männer sind auf dieser Welt einfach unersetzlich.*

*2. Männer kaufen Frauen,
Männer stehen ständig unter Strom.
Männer baggern wie blöde.
Männer lügen am Telefon.
Männer sind allzeit bereit.
Männer bestechen durch ihr Geld
und ihre Lässigkeit.*

*3. Männer haben Muskeln.
Männer sind furchtbar stark.
Männer können alles.
Männer kriegen 'nen Herzinfarkt.
Männer sind einsame Streiter.
müssen durch jede Wand,
müssen immer weiter.*

*4. Männer führen Kriege.
Männer sind schon als Baby blau.
Männer rauchen Pfeife.
Männer sind furchtbar schlau.
Männer bauen Raketen.
Männer machen alles g-g-ganz genau!*

*5. Männer kriegen keine Kinder.
Männer kriegen dünnes Haar.
Männer sind auch Menschen.
Männer sind einfach sonderbar.
Männer sind so verletzlich.
Männer sind auf dieser Welt einfach unersetzlich.*

Ironisch, manchmal zynisch, zeichnet Grönemeyer typische Männerbilder unserer Zeit. Seine Popularität hat dieses Lied wohl nur dadurch gewonnen, dass Männer beginnen, sich an diesen Bildern und Klischees zu reiben und Wege zu einer neuen Männlichkeit zu suchen, ohne sich diese von anderen diktieren zu lassen. Männer brechen allein oder in Gruppen auf und wollen sich selbst entdecken. Was ist männlich? Wie beeinflusst meine Männlichkeit mein Verhalten? Warum verbaut mir meine Männlichkeit vielleicht auch

die Weite meiner Lebensmöglichkeiten?

Von Männern über Männer geschrieben beschreibt auch die Bibel eine Fülle von typischen Männerbildern, mit der es sich zu beschäftigen lohnt. Wenn die biblischen Erzählungen auch schon Jahrtausende alt sind, als Hilfe zur Auseinandersetzung mit der eigenen Männlichkeit blieben sie bislang nahezu ungenutzt. Eine weitere Männergeschichte des Alten Testaments stellt Josef, den elften Sohn Jakobs, in das Zentrum ihrer Handlung. Die Josefsge-

schichte ist etwa dreitausend Jahre alt und eine der bekanntesten und beeindruckendsten Erzählungen, eine Geschichte,

- die weitere initiatorische Erfahrungen und Konflikte berücksichtigt, – die die notwendige und schmerzvolle Trennung von Vater und Sohn illustriert,
- die vom Umgang der Männer mit anderen Männern in drastischer Weise erzählt,
- die, wie das Lied von Grönemeyer, typisch männliche Verhaltensweisen vorstellt.¹⁴

Josef – der Weg des Helden

Die Geschichte beginnt mit Jakob, der sich in eine sehr schöne Frau namens Rahel verliebt. Da deren Vater aber zunächst seine ältere Tochter Lea unter die Haube bringen will, schiebt er sie diesem in der Hochzeitsnacht unter, was Jakob zunächst gar nicht paßt, dann aber doch widerstandslos hinnimmt. Unerwartet hat er zwei Frauen, obwohl er doch eigentlich nur Rahel liebt. Das Schicksal fügt es nun so, dass lange Zeit nur Lea Kinder gebärt: Ruben, Simeon, Levi, Juda, Issachar und Sebulun. Rahel hingegen, die Lieblingsfrau Jakobs, bleibt unfruchtbar. Erst nach sehr langer Zeit, nachdem Jakob bereits auch von den Mägden seiner Frauen Kinder empfangen hat, von Bilha, der Magd Rachels, die Söhne Dan und Naphtali und von Silpa, der Magd Leas, die Söhne Gad und Aser, gebärt auch Rahel: erst den Josef, dann den Benjamin, bei dessen Geburt sie tragischerweise ihr Leben lassen muss (Gen 35,23-26). Diese beiden Kinder der Rahel, besonders der ältere Josef, wachsen dem Jakob sehr ans Herz, erinnern sie ihn doch an seine geliebte Frau. So heißt es von Josef denn auch, dass Jakob ihn von allen Söhnen am meisten liebt und entsprechend bevorzugt. Von schmutziger Arbeit verschont, dagegen mit festlichen Gewändern beschenkt, vor den Brüdern auftrumpfend, vor dem Vater einschmeichelnd, führt die Bevorzugung Josefs in die Polarisierung der Brüdergemeinschaft und ihn selber in die Isolation unter den Brüdern. Kein Wunder also, dass die Brüder, eifersüchtig auf die von ihnen selbst so vermisste Vaterliebe, neidisch auf die von ihnen vergeblich er-

hoffte väterliche Zuwendung und zudem noch von ihrem kleinen Bruder hinterhältig verraten, Josef mehr und mehr hassen und „mit ihm kein gutes Wort mehr reden konnten“ (Gen 37,4). Die familiäre Konstellation wird zur Voraussetzung einer gewaltbereiten Eskalation des Bruderzwistes.

Als Josef dann noch aufschneiderisch zwei Träume erzählt, in denen er als Herr und König auftritt, und sich Vater und Brüder vor ihm niederwerfen müssen, ist das Maß voll. Josef und seine Brüder werden zu Konkurrenten um die Liebe des Vaters, aber auch um Einfluss und Macht. Reden können sie nicht darüber, weder mit dem Vater Jakob, noch mit dem Bruder Josef. Männer reden nicht, sie schweigen und fressen ihre Wut in sich hinein. Statt sich die Gefühle einzugestehen und ihre wütende Sehnsucht dem Vater offenbar zu machen, statt diese Probleme mit dem Bruder anzusprechen und die ehrliche Auseinandersetzung zu suchen, bleiben diese Männer nach außen hart und warten auf den Moment, in dem sie ihre Stärke gnadenlos ausspielen und Vater und Bruder eins auswischen können. Und der Vater? Jakob bemerkt zwar den Übermut seines Lieblingssohnes und die Eifersucht der anderen, aber er lässt die Sache laufen. Jakob, mit dessen Problemen wir uns bereits beschäftigt haben, hat keinen Zugang zur aktiven Männlichkeit und zur konstruktiven Väterlichkeit, die einen Beitrag zur Konfliktlösung hätte leisten können. In stereotyper Weise wird er gedacht haben: das Leben ist hart, die Jungen müssen sich zusammenraufen, sie müssen ihre Gefühle kontrollieren. Die väterliche Selbstbeschränkung auf die Versorgerrolle klammert in den meisten Fällen die Klärung von Beziehungsproblemen aus. Auch Jakob führt die anstehende Trennung von seinem geliebten Sohn nicht herbei, er sitzt die Probleme unter seinen Söhnen aus, er kann die Folgen später nur noch beklagen und es kommt die Stunde der Abrechnung.

Für Männer ist es schlimm, Unterlegene, Verlierer zu sein. Gegen nichts wehren sie sich mehr, als gegen ihre eigene Ohnmacht. Auch die Brüder Josefs wollen einmal als Sieger vom Platz gehen und dazu ist jedes Mittel recht; Frustration entlädt

sich in gewaltbereiter Aggression. Aber auch unter den Brüdern gibt es verschiedenen Männertypen. Da sind vor allen anderen Ruben und Juda zu beachten:

- **Ruben**, der Älteste, weiß, Verantwortung zu tragen und mögliche Folgen einer Tat abzusehen. Andererseits, wie wird er mit seinen Aggressionen umgehen? Wird ihn sein Verantwortungsbewusstsein zur Verdrängung der Aggression führen? Man kann sich Ruben gut als Mann mit Magengeschwüren vorstellen, der nur aus der Verantwortung lebt und sich im Blick auf den Bruderzwist wünscht, es gäbe die Probleme nicht oder es gäbe unerwartet eine weniger problematische Lösung.

- **Juda** ist da anders. Er ist weniger verantwortungsbewusst, dafür aber umso geschäftstüchtiger. Berechnend, raffiniert und skrupellos schlägt er seinen Brüdern vor, Josef als Sklaven zu verkaufen. Seine Problemlösung ist nicht einfach nur auf die Befriedigung einer Aggression, sondern darüber hinaus auf die Möglichkeit eigenen Nutzens ausgerichtet. Der Gleichgültigkeit auf der personalen Ebene stehen Aufmerksamkeit und Wachsamkeit auf der materiellen Ebene gegenüber.

Die geplante Vorgehensweise gegen Josef wirkt wie ein Kompromiss unter den erbosten und doch unterschiedlichen Brüdern: Josef wird nicht getötet, sondern nach Ägypten verkauft. Dem Vater gaukeln die Brüder vor, Josef sei von einem wilden Tier angefallen worden. Sympathisch an Jakob ist seine Reaktion. Er spielt nicht den starken Mann; er verdrängt die Trauer nicht. Es heißt: *„Er zerriss seine Kleider, legte ein Trauergewand um die Hüften und trauerte um seinen Sohn viele Tage ... Er ... ließ sich nicht trösten und sagte: Ich will trauern zu meinem Sohn in die Unterwelt hinabsteigen. So beweinte ihn der Vater.“* (Gen 37,34f) Für die Brüder hingegen ist der Konflikt erledigt. Jakob bleibt in seiner Trauer letztlich allein; die Trennung von seinem Sohn muss ein Vater allein bewältigen.

Josef – über die Entsöhnung zur Versöhnung

Josef macht in Ägypten sein Glück. Durch sein gutes Aussehen,

sein gewandtes Auftreten und seine offensive Intelligenz gewinnt er sehr bald das Herz seines Herren Potifar, des Obersten der Leibwache des ägyptischen Pharaos. Er überlässt Josef nicht nur die Geschäfte; er bringt ihm ein grenzenloses Vertrauen entgegen, welches Josef als durchaus gerechtfertigt erscheinen lässt. Als Potifars Frau Josef verführen will, weigert er sich, mit ihr zu schlafen, um das Vertrauensverhältnis nicht zu gefährden. Doch Potifars Frau lässt nicht locker. Bei einem weiteren Versuch, ihm nahe zu kommen, entreißt sie ihm sein Gewand. Ihrem Mann gegenüber behauptet sie, die Initiative sei von Josef ausgegangen und auf ihre Hilferufe hin sei er ohne sein Gewand geflüchtet. Sexuelle Konkurrenz bedeutet das Ende einer Männerfreundschaft und den Anfang männlicher Konkurrenz. Für den ägyptischen Oberst zählt nur noch die Eliminierung Josefs. Das Gespräch und die Freundschaft bleiben auf der Strecke; der Beschuldigte landet im Gefängnis.

Doch Josef ist ein Held, das muss an dieser Stelle neidlos anerkannt werden. Schon bald erwirbt er sich die Gunst des Gefängnisleiters und erhält im Gefängnis immer mehr Verantwortung übertragen. Seine Fähigkeit der Traumdeutung, die ihn einen Traum des ebenfalls inhaftierten Obermundschenks des Pharaos deuten lässt, öffnet ihm die Gefängnisporten. Dieser erinnert sich nämlich an Josef, als der Pharaos selbst eines Traumdeuters bedarf. Josef deutet die beiden Träume des Pharaos, die sich für die Geschichte Ägyptens als äußerst wichtig erweisen sollten: sieben fetten Jahren werden sieben magere folgen. Josef rät zur Vorratshaltung in den guten Jahren, um für die mageren Jahre gerüstet zu sein. Der Pharaos erkennt die Weisheit und Klugheit Josefs und macht ihn zum obersten Minister. Was für eine Karriere: als hebräischer aus dem Gefängnis zum wichtigsten Mann im ägyptischen Staat – und das erst mit dreißig Jahren. Josef muss ein Mann mit außergewöhnlichen Fähigkeiten gewesen sein. Und doch, seine Initiation ist noch nicht abgeschlossen.

Josef hat mittlerweile in den sieben Jahren des Überflusses mit derartigem Geschick Vorräte anlegen

lassen, dass in den sieben folgenden Jahren der Dürre alle Welt nach Ägypten strömt, um dort Getreide zu kaufen. Auch Jakob und seiner Familie ergeht es nicht anders und so schickt dieser seine Söhne, mit Ausnahme von Benjamin, nach Ägypten. Benjamin ist nach dem Tod Josefs, von dem der Vater ja überzeugt sein muss, dessen Augenstern, ist er doch die letzte noch lebende Erinnerung an die geliebte Frau. Während Josef seine Brüder sofort erkennt, merken diese nicht, dass ihnen in dem ägyptischen Minister der verkaufte Bruder entgegentritt. Josef erinnert sich seines Traumes und beginnt nun mit einer Lektion, in der er seinen Brüdern beibringt, welche Macht er hat. Barsch fährt er sie an und tut so, als glaube er ihnen nicht. Er beschuldigt sie gar, Spione zu sein, die die Sicherheit Ägyptens gefährden könnten. Josef lässt seine Brüder zu Kreuze kriechen; mit „Herr“ reden sie ihn an. Sein Traum wird Wirklichkeit; seine Brüder erkennen seine Macht, ihn selber erkennen sie nicht. Er aber will mehr, will, dass sie verinnerlichen, was es heißt, Gewalt und Macht über andere auszuüben. Nachdem er sie hat einsperren lassen, sagt er zu ihnen: „*Wenn ihr ehrliche Leute seid, soll einer von euch Brüdern im Gefängnis zurückgehalten werden, in dem ihr in Haft gewesen seid. Ihr anderen aber geht und bringt das gekaufte Getreide heim, um den Hunger eurer Familien zu stillen. Euren jüngsten Bruder aber schafft mir herbei, damit sich eure Worte als wahr erweisen und ihr nicht sterben müsst.*“ (Gen 42,19f) Damit macht Josef seinen Brüdern klar, was es heißt, über das Leben anderer zu verfügen, und konfrontiert sie mit einer lebensbedrohlichen Alternative: Sie müssen verhungern bzw. ihren jüngsten Bruder ausliefern. Sie lassen einen von ihnen, Simeon, in ägyptischer Haft zurück und begeben sich mit den gefüllten Getreidesäcken nach Hause. Josef wusste genau, was er mit seiner Forderung, Benjamin zu holen, anrichten würde:

- Für den Vater bedeutet es die schmerzliche Erkenntnis, dass keiner seiner Söhne um seinetwillen lebt: „*Ihr bringt mich um meine Kinder. Josef ist nicht mehr. Simeon ist nicht mehr, und Benjamin wollt ihr mir auch noch*

nehmen. Nichts bleibt mir erspart.“ (Gen 42,36)

- Für die Brüder bedeutet sie eine erneute Demütigung zunächst durch Josef, ihren Bruder, und dann durch Jakob, ihren Vater.

Juda ist es schließlich, der die Initiative ergreift und den Vater zur Besinnung bringt: „*Lass den Knaben mit mir ziehen! Dann können wir aufbrechen und uns auf die Reise begeben. So werden wir am Leben bleiben und nicht sterben, wir und du und unsere Kinder.*“ (Gen 43,8)

Die Trennung der Söhne vom Vater wird in ihrer Notwendigkeit für der Vater, für sie selber und für ihre Beziehung zueinander dargestellt. Mit großem Klagen lässt Jakob seine Söhne ziehen: „*Ich aber bin wieder kinderlos, wie ich einst ohne Kinder war.*“ (Gen 43,14) Hinter dem Verlust aber verbergen sich Gewinn, Leben und Segen, wie wir sehen werden.

So kommen die Jakob-Söhne wieder nach Ägypten und Josef lädt sie großzügig zu einem Mahl ein. Benjamin vorstellend werfen sie sich erneut vor ihm auf die Erde nieder. Das scheint Josef noch nicht zu genügen; obwohl er, als er seinen Bruder Benjamin sieht, dem Weinen nahe ist, betreibt er sein Spiel weiter. Statt seine Gefühle zu zeigen, zieht er sich in die Kammer zurück, um sich auszuweinen, Männer weinen heimlich, und spielen nach außen den starken Mann. Als die Brüder dann gehen, lässt Josef ihnen das Geld für das Getreide in die Säcke packen und dem Benjamin einen Silberbecher in den Sack schmuggeln. Die Verzweiflung der Brüder ist groß, als sie nach einer Verfolgung durch die Ägypter, des Diebstahls beschuldigt werden und der Becher tatsächlich bei Benjamin gefunden wird. Jetzt sind sie ganz unten, jetzt sind sie am Ende. Wieder ist es Juda, der die Initiative ergreift und Josef, dem ägyptischen Minister und noch unerkannten Bruder, das Leid seines Vaters vor Augen hält. Er macht Josef klar, dass Jakob diesen Schicksalsschlag, wenn nun auch Benjamin nicht zurückkäme, nicht verkraften würde. Großherzig stellt sich Juda selbst zur Verfügung, um Benjamin zu schützen. Er, der einst kalt und herzlos seinen Bruder Josef verkaufte und dem Vater skrupellos das mit Ziegenblut befleckte Gewand

des Bruders vor Augen hielt, zeigt plötzlich Mitgefühl und Solidarität und geht in die Offensive. Er tritt für den Vater und seinen jüngsten Bruder Benjamin ein, ohne an sich selbst zu denken. Herzlichkeit, Selbstlosigkeit und Verantwortlichkeit des verwandelten Juda machen den Weg frei. In diesem bewegenden Moment fallen die Mauern von Hass und Vergeltung; auch Josef vermag seine Rolle nicht mehr weiter zu spielen. Er schickt alle Leute fort, um mit seinen Brüdern allein sein und sich ihnen zu erkennen geben zu können: „*Er weinte so laut, dass es alle Ägypter hörten; auch am Hof des Pharao hörte man davon.*“ (Gen 45,2) Juda hat es mit der Offenbarung seiner Gefühle geschafft, den Bann zu brechen. Weinend umarmt Josef seine Brüder und es heißt weiter: „*Darauf unterhielten sich seine Brüder mit ihm*“ (Gen 45,15) – *dieselben, von denen es am Anfang hieß, dass „sie mit ihm kein gutes Wort mehr reden konnten.“* (Gen 37,4)

Der Weg des Helden findet ein märchenhaftes Ende, der Entwicklungsprozess eines Mannes seinen vorläufigen Abschluss. Josef holt seine ganze Familie nach Ägypten; Jakob und seine Söhne können fortan von seiner Macht und seinem Reichtum profitieren. Die Trennung vom Vater, die Erfahrung der Entsöhnung und der Erniedrigung, die Verletzung der Genitalität und die Läuterung des Selbstbewusstseins sind entscheidende Aspekte initiatorschen Handelns an jungen Männern, so lehrt es uns die Religionsgeschichte. Mit den Stichworten „Ansehen, Macht und Reichtum“ beschreibt der biblische Text den Abschluss des männlichen Entwicklungsprozesses und den Aufbau einer männlichen Identität. Josef erfährt die Anerkennung als erwachsener Mann durch die Familie und die Gesellschaft und erfährt die Versöhnung durch und mit Jakob:

- „*Genug! Ich will hingehen und ihn sehen, ehe ich sterbe.*“ (Gen 45,28)

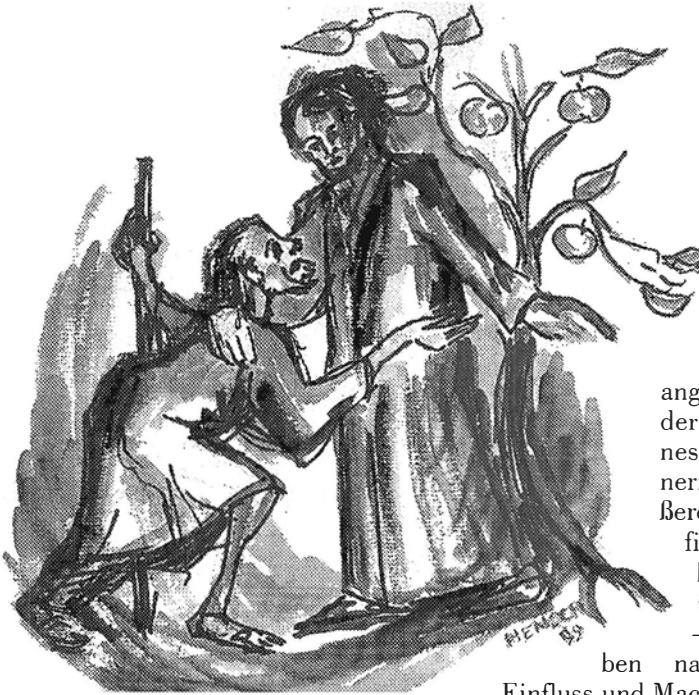
- „*Gott sprach: Ich bin Jahwe, der Gott deines Vaters. Fürchte dich nicht, nach Ägypten hinabzuziehen; denn ich will dich dort zu einem großen Volke machen. Ich selbst ziehe mit dir nach Ägypten hinab und werde dich auch wie-*

der heraufführen. Josef wird dir die Augen zudrücken.“ (Gen 46,3.4)

- „Jakob sandte Juda zu Josef voraus, damit dieser vor ihm in Goschen erschiene. Als sie im Lande Goschen angekommen waren, ließ Josef seinen Wagen anspannen und fuhr seinem Vater entgegen. Als dieser vor ihm erschien, fiel er ihm um den Hals und weinte lange an seinem Halse. Dann sagte Jakob zu Josef: Nun will ich gerne sterben, nachdem ich dein Angesicht gesehen habe und weiß, dass du noch am Leben bist.“ (Gen 46,28-30)
- Jakobs Segen über Josef: „... Josef ist ein junger Fruchtbaum an der Quelle; seine Zweige ranken sich über die Mauer. Bitterkeiten bereiteten ihm Pfeilschützen, sie zielten auf ihn und befahdeten ihn. Aber ihr Bogen wurde zerbrochen von einem Starken, die Sehnen ihrer Arme wurden zerrissen von den Händen des Starken Jakobs, vom Namen des Steines Israels, von dem Gott deines Vaters, der dir Hilfe sendet, von El Schaddai, der dich segnet mit der Segensfülle des Himmels droben und mit der Segensfülle der Tiefe, die unten sich lagert, mit der Segensfülle aus Brust und Mutterschoß, mit der Segensfülle der Ähren und Blüten, mit der Segensfülle der ewigen Berge, der Pracht der uralten Hügel. Sie mögen kommen auf Josefs Haupt, auf den Scheitel des Geweihten unter seinen Brüdern ...“ (Gen 49,22-26)

Josef und du

Wer sich mit den Patriarchen-Geschichten des Alten Testaments beschäftigt, wird zunehmend erkennen, in welch hohem Maße ihre Autoren auf mythologische Überlieferungen zurückgegriffen haben. In exemplarischer Weise wird das Wissen um den Prozess der Mann-Werdung in den biblischen Erzählungen über Jakob und Josef verarbeitet. Während die Jakobs-Geschichte besonders die Trennung des Sohnes von seiner Mutter herausstellt, geht die Josefs-Geschichte vor allem auf die Trennung des Sohnes von seinem Vater ein. Beide Erzählungen be-



DANN SAGTE
JAKOB ZU JOSEF:
NUN WILL ICH GERN
STERBEN,
NACHDEM ICH DEIN
ANGESICHT
GESEHEN HABE...

GEN. 46/36
GEN. 49/22

angesprochen, nämlich der Umgang des Mannes mit anderen Männern. Aus diesem größeren Zusammenhang finden folgende Problemkreise Beachtung:

- neidisches Streben nach Anerkennung, Einfluss und Macht
- sexuelle Konkurrenz als Auslöser von Gewalt, Kampf und Vernichtung
- emotionale Distanz als Ursache für die Unfähigkeit zu einer konstruktiven Auseinandersetzung

Auch die Vorstellung dieses alttestamentlichen Helden, des elften Sohnes von Jakob mit Namen Josef, fordert uns heraus:

Fragen für die persönliche Besinnung

- Wie hat sich meine Beziehung zu meinem Vater entwickelt und wie hat sie meine Männlichkeit geprägt?
- Wie und durch wen wurde meine Sehnsucht nach Anerkennung und Bestätigung beantwortet?
- Verdränge oder bearbeite ich seelische Verletzungen, die mir in der Vergangenheit zugefügt worden sind?
- Verleugne oder beachte ich Konflikte zwischen mir und anderen, und wie strebe ich möglicherweise ihre Lösung an?
- Übergehe oder erlebe ich das Gefühl der Trauer, und wie verleihe ich meiner Traurigkeit Ausdruck?
- Wie gestalten sich meine Beziehungen zu anderen Männern, meinen Brüdern, meinen Bekannten und Freunden, meinen Kollegen und Nachbarn?
- Welchen Beitrag leistet mein soziales Engagement zum Aufbau eines männlichen Selbstbewusstseins bzw. eines konstruktiven Gruppenbewusstseins?

Betrachtenswerte Schriftstellen

Gen 17,2-11:	Josef und seine Brüder
Gen 17,12-36:	Josef wird von seinen Brüdern verkauft
Gen 37,31-35:	Jakobs Trauer
Gen 39,1-20:	Josef und Potifar
Gen 40,1-41,36:	Josef als Traumdeuter
Gen 41,37-49:	Aufstieg Josef zum ersten Minister des Pharao
Gen 42,1-45,15:	Begegnungen zwischen Josef und seinen Brüdern
Gen 46,1-47,12:	Übersiedlung Jakobs und seiner Familie nach Ägypten
Gen 49,1-28:	Jakobs Segen über seine Söhne

„MÄNNER IM AUFBRUCH“

– unter diesem Titel fand vom 5. bis 7. Mai im Fuldaer Bonifatiushaus die Haupttagung der katholischen Männerarbeit statt. Der Titel war mit Bedacht gewählt, stand doch die Weiterarbeit mit der empirischen Männerstudie der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD, in der die GKS Mitglied ist) und der Männerarbeit der Evangelischen

Kirche in Deutschland (EKD) – s.a. AUFTRAG Nr. 234, S. 60 ff. – im Mittelpunkt der Tagung. Die Teilnehmer der Haupttagung verabschiedeten als Konsequenz aus der Männerstudie „Leitlinien und Ziele“ für die künftige Arbeit. Sie sind nach dem Hauptreferat des Berliner Politologen Dr. Peter Döge „Braucht das Land neue Männer?“ in diesem Heft dokumentiert.

BRAUCHT DAS LAND NEUE MÄNNER?

Gesellschaftspolitische Konsequenzen der Männerstudie

Peter Döge

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation in unserem Land und auf der Welt kann die Frage: „Braucht das Land neue Männer?“ eindeutig nur mit „JA“ beantwortet werden. Denn eine Politik, welche die drängenden Probleme unserer Zeit – Massenarbeitslosigkeit, fortschreitenden Umweltzerstörung, Zunahme militärischer Gewalt – lösen möchte, braucht zum einen neue Männer als Akteure, zum anderen ist

es eine Politik, die sich den neuen Mann und die neue Frau zum Leitbild nehmen sollte.

Von diesen Prämissen ausgehend sollen im Folgenden zunächst einige für eine zukunftsweisende Gesellschaftspolitik zentralen Aussagen der Studie zusammengefasst werden, um anschließend Anforderungen an eine geschlechterdemokratische Politik zu formulieren, die den neuen Mann zum Maßstab nimmt.

Dabei wird unter Geschlechterdemokratie allgemein verstanden „... die Herstellung gleicher Partizipationschancen von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen“¹⁾, damit eingeschlossen die Möglichkeit der Auflösung spezifischer Rollenmuster und Rollenzwänge sowie die Ablösung von Männlichkeit als dominantes handlungsstrukturierendes Prinzip in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Der neue Mann

Die vorliegende Männerstudie hat zunächst zwei bedeutende Ergebnisse:

1. Sie macht den Mann in der geschlechterpolitischen Debatte als geschlechtliches Wesen noch ein bisschen deutlicher. Denn trotz gut 25 Jahre Geschlechterforschung und Männerliteratur in der Deutschland existieren über den Mann in weiten Bereichen kaum empirisch fundierte Studien, sondern mehr oder weniger Spekulationen.
2. Sie zeigt, dass es eben nicht *den* Mann gibt, sondern dass Männlichkeit ein schillerndes Konstrukt ist, dass viele unterschiedliche Arten der Spezies Mann existieren und dass es dabei sogar eine Reihe von Männern gibt, die an einer geschlechterdemokratischen Umgestaltung des Geschlechterverhältnisses interessiert sind – den neuen Mann. Und wie die Zahlen zeigen, macht der neue Mann sogar einen beträchtlichen Anteil der Männer aus – nämlich gut ein Fünftel.

Dabei sind gesellschaftspolitisch vor allem folgende, den neuen Mann kennzeichnenden Wesenszüge, von besonderer Bedeutung:

- der neue Mann ist *partnerschaftlich* im Haushalt und im Beruf,



Der Beauftragte der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Fuldaer Weihbischof Prof. Dr. Ludwig Schick (2.v.l.) im Gespräch mit dem Leiter der Arbeitsstelle für Männerseelsorge in den dt. Diözesen, Msgr. Prof. Dr. Elmar Fastenrath (l.), dem Würzburger Domvikar Bernard Stühler, Vizepräsident der GKMD (3.v.l.), und dem Präsident der GKMD Heinz-Josef Nüchel (r.)

- er ist *politischer* als der traditionelle Mann, wobei neue Männer eher um Krieg, Umwelt und soziale Spannungen sowie um den Arbeitsplatz besorgt sind als traditionelle Männer
- er ist ein so genannter *neuer Vater*, d.h. er möchte mehr Zeit für seine Kinder haben,
- der neue Mann hat mehr Fühlung zu Innenwelt, er ist also *sensibler*,
- schließlich ist der neue Mann *nicht autoritär* und vor allem *gewaltfrei*.

Was sollte nun Politik konkret tun, auf welche Weise kann politisches Handeln zum einen an diese Qualitäten anschließen, zum anderen diesen Qualitäten mehr Entfaltungsmöglichkeit in der Gesellschaft geben, schließlich anderen Männern die Möglichkeit geben, sich zum neuen Mann zu entwickeln?

Zwei zentrale Ansatzpunkte politischen Handelns lässt der neue Mann als Maßstab von Politik meines Erachtens erkennen: zum einen den sensiblen, gewaltfreien Mann als Orientierungspunkt in Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur, zum anderen den partnerschaftlichen Mann und Vater als Leitbild der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik.

Politik als neue Männerpolitik

1. Der sensible, gewaltfreie Mann als Orientierungspunkt männlicher Identitätsbildung

Der sensible, gewaltfreie Mann erfordert zunächst generell eine Aufwertung der bisher eher nachrangigen Politikbereiche Bildung, Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Kanon staatlichen Handelns. Übergeordnetes Ziel in diesen Feldern müsste es sein, bisher als weiblich konnotierte Werte und Verhaltensmuster wie Sensibilität, Empathie, Kommunikationsfähigkeit für *alle* Männer zugänglich zu machen und zu erschließen – so wie positive männlich konnotierte Eigenschaften – wie etwa Durchsetzungsvermögen und Distanzierungs-fähigkeit – auch für Frauen zugänglich gemacht werden sollten.

Um im Weiteren Unklarheiten zu vermeiden, ist es an dieser Stelle erforderlich, eine kurze Begriffsklärung vorzunehmen und auf die Unterscheidung zwischen „weiblich“ und „weiblich konnotiert“ bzw. männlich und „männlich konnotiert“ hinweisen. Der Ausdruck „männlich“ bzw. weiblich konnotiert“ bedeutet, dass ein spezifisches Verhaltensmuster eines Mannes oder einer Frau nicht als biologisch determiniert gesehen, sondern ihr bzw. ihm gesellschaftlich-kulturell zugeschrieben wird. So ist der Mann nicht von Natur aus weniger emotional als die Frau, ihm wird gesellschaftlich allerdings nur ein spezifischer Ausschnitt an allen möglichen Emotionalitätsformen zugestanden: „Männer weinen nicht“ oder „Indianer kennen keinen Schmerz“. Härte, Kontrolliertheit, Beherrschung des eigenen Körpers sind also keine im Mann biologisch verankerten Eigenschaften, sondern sind mit unserer Vorstellung von Männlichkeit gesellschaftlich konstruiert – und von daher veränderbar. In diesem Zusammenhang ist weiterhin von Bedeutung, dass die entgegengesetzten männlichen und weiblichen „Geschlechtscharaktere“⁽²⁾ historisch eigentlich ein recht junges Phänomen und eng mit der Herausbildung der kapitalistischen Industriegesellschaft verknüpft sind:

„Die Konstruktion der modernen Maskulinität verläuft parallel zur Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft gegen Ende des 18. Jahrhunderts“.⁽³⁾

Im Rahmen eines auf die Auflösung dieses engen Korsetts der Geschlechterrollen und vor allem des engen Korsetts von Männlichkeit zielenden Politikansatzes, den der australische Männerforscher Bob Connel als Strategie des *Degendering* bezeichnet⁽⁴⁾, wird Bildung wieder verstärkt zur Persönlichkeitsbildung und reduziert sich eben nicht nur auf die Vermittlung vermeintlich arbeitsmarktrelevanter Qualifikationen.

Damit verbunden sind neue, spezifische Anforderungen an das Erziehungspersonal und an die Lehrerschaft, wobei es im Sinne der in der Entwicklungsarbeit entwickelten und eingesetzten *Gender-Trainings* zunächst einmal um die Sensibilisierung der lehrend Tätigen hinsichtlich der Geschlechterdimension ih-

res Tuns ginge. Da sich gerade männliche Lehrer kaum für dementsprechende Weiterbildungsangebote begeistern können, stellt sich die Frage nach entsprechenden gesetzlichen Regelungen im Beamtenrecht. Denn noch immer unterstützen Lehrer und Erzieherinnen mit ihrem Handeln – meist unbewusst – die Herausbildung spezifischer männlicher Rollenmuster: „Kindergarten und Schule stellen für Jungen ein Trainingsort für Wettbewerb und Konkurrenz dar“.⁽⁵⁾ So werden Jungen im Unterricht noch immer mehr beachtet, in der Kindertagesstätte gehört die Malecke in der Regel den Mädchen, die Bastecke den Jungs, wobei Erzieherinnen vor allem die Ergebnisse der Jungs in der Bastecke höher schätzen und besonders loben.

Aber auch Schulbücher tragen noch immer zu alten Rollenklischees bei und zeigen vor allem den technischen, starken Mann, den außerhäusigen Mann. So werden einer Untersuchung des Bundesforschungsministeriums aus dem Jahr 1997 zufolge Männer in deutschen Schulbüchern oft als Lap-Top-tragende, Frauen als Schürzentragende dargestellt. Männer zeigen sich ausschließlich im Bereich der Wirtschaft, Frauen im Bereich der Küche. Männer werden an der Spitze von Hierarchien abgebildet, Frauen kommen in diesen Hierarchien erst gar nicht vor. Vor diesem Hintergrund scheint eine grundlegende geschlechtssensible Revision von Schulbüchern und Lehrmaterial dringend geboten und sollte ganz oben auf der Tagesordnung der Kultusministerien stehen.

Neben der Schule erhalten jedoch zunehmend die Medien, und insbesondere Fernsehen und Video, als männliche Sozialisationsinstanz besondere Bedeutung. Denn aufgrund der innerfamiliären Arbeitsteilung findet Erziehung hier meist unter Abwesenheit der Väter statt, außerhäusig ist männliches Erziehungspersonal in den vorschulischen Einrichtungen kaum vorhanden – der Anteil von Männern beträgt hier 5%. Auf diese Weise fehlt etwa das Vorbild des männlichen Erziehers, der ein anderes Rollenmuster vorlebt – der etwa mit den Jungen kocht und dann mit ihnen auch noch die Küche aufräumt und putzt.

So übernehmen die in den Medien dargestellten Männertypen gerade für heranwachsende Männer Vorbildfunktionen. Und gerade hier finden sich noch immer althergebrachte Rollenmuster und Stereotypen, die zu einer Perpetuierung von traditionellen männlichen Geschlechtscharakteren und -rollen führen. So zeigen sich zwar in unzähligen Fernsehserien Frauen in so genannten Männerberufen, Männer in so genannten Frauenberufen kommen kaum oder nur verzerrt vor. Männer sind in der Anzeigenwerbung vor allem sportlich, erfolgreich, tüchtig und vernunftbegabt⁶⁾. Männer werden allgemein in Verbindung mit Konkurrenz und Ausübung von Gewalt dargestellt, was insbesondere im Video-Bereich mittlerweile bedenkliche Formen annehmen dürfte. Oder ist es ein Zufall, dass nach dem jüngst erfolgten Massaker durch zwei junge Männer an einer Schule in den USA empfohlen wurde, einen bestimmten Film, in dem eine fast identische Szene des Massakers dargestellt wird, aus dem Verleih zu nehmen? Vor diesem Hintergrund legt der sensible, gewaltfreie Mann als Leitbild von Medienpolitik doch die – mit Sicherheit heikle – Frage nahe, ob hier nicht über geeignete gesetzliche Regelungen eingegriffen werden sollte. Das Gleiche gilt auch hinsichtlich der Verbreitung von pornographischen Gewaltvideos und Kinderpornographie.

In diesem Zusammenhang wird es auch nötig ein paar Sätze zu einem eher unangenehmen Thema auszuführen: zur sexuellen Gewalt gegen Jungen, die lange Zeit missachtet und unterschätzt wurde. Denn Männer sind in unseren Geschlechterstereotypen keine Opfer – sie werden als Täter gesehen. Aber zwei Drittel der Opfer männlicher Gewalt sind Männer, doppelt so viel männliche wie weibliche Jugendliche werden mindestens einmal täglich zu Hause geschlagen, schätzungsweise jeder achte bis zwölfte Junge wird sexuell missbraucht. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer sexueller Missbrauch von Jungen und sexueller Gewalt gegen Männer im Allgemeinen sehr hoch liegt – auch nicht zuletzt aus dem Grund, dass Beratungsstellen gegen häusliche Gewalt meist nur mit Frau-

en besetzt sind. Ich denke, hier wäre es angeraten, langfristig zu einer Quotierung zu kommen, um Männern, vor allem jungen Männern die Chance zu geben, sich mehr Hilfe und Rat zu holen.

Die Sensibilisierung von Bildung und Erziehung gegenüber den geschlechtsspezifischen Folgen ihres Tuns allgemein und den Folgen für Männer im Besonderen erfordert vor allem eine stärkere Verankerung von männerspezifischen Fragestellungen innerhalb der Erziehungswissenschaft, Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Forschung und Lehre an Universitäten und Hochschulen. Denn noch immer konzentriert sich die Entwicklung geschlechtsspezifischer Ansätze in Erziehung und Bildung – wie etwa die Koedukationsdebatte – fast ausschließlich auf Mädchen – von einer umfassenden Jungen- und Männerpädagogik kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesprochen werden.

Dieser Umstand resultiert nicht zuletzt daher, dass sich kritische Männerforschung in der Deutschland bisher im Wissenschaftsbereich kaum etablieren konnte und von der Wissenschaftspolitik bisher nicht angemessen unterstützt wird. Kaum an Hochschulen oder Universitäten institutionalisiert, wird Männerforschung meist von jüngeren Wissenschaftlern in prekären Beschäftigungsverhältnissen betrieben, wodurch eine Kontinuität der Forschungsarbeiten nicht garantiert werden kann. Da sie zudem kaum über finanzielle Ressourcen verfügt – meines Wissens wurde bisher ein Forschungsprojekt der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* zur Männerforschung durchgeführt –, ist kritische Männerforschung in der Deutschland bisher thematisch sehr eingeschränkt, was ihr wiederum von Teilen der – im Vergleich zu Männerforschung gut ausgestatteten – Frauenforschung vorgehalten wird.⁷⁾

Aber gerade wenn die „Männerfrage“ zum integralen Bestandteil von Politik werden soll, erhält kritische Männerforschung, die Erforschung von Bedingungen einer Veränderung von Männern, von männlicher Identität, besondere Bedeutung. Gerade auch dann, wenn es darum geht, den partnerschaftlichen Mann

und Vater zum Orientierungspunkt von Arbeits-, Wirtschafts-, Sozialpolitik werden zu lassen.

2. Der partnerschaftliche Mann und Vater

Ziel in den eben genannten Politikbereichen müsste es sein, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Männer zu verbessern. Ging Familien- und Sozialpolitik bisher stillschweigend davon aus, dass nur Frauen ein so genanntes Vereinbarkeitsproblem haben, zeigen zahlreiche Untersuchungen, dass ein solches auch bei Männern besteht. Schließlich will der neue Mann mehr Zeit mit seinen Kindern verbringen und auch die Karriere seiner Frau im Beruf ermöglichen.

In diesem Zusammenhang ergeben sich dann die altbekannten, aber bisher noch keinesfalls ausreichend umgesetzten politischen Forderungen nach dem Aufbau einer familienfreundlichen Infrastruktur sowohl auf betrieblicher als auch überbetrieblicher Ebene mit dem Angebot von ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Hinzu kommt die Notwendigkeit des Angebots von adäquaten Modellen zu Teilzeitarbeit bzw. zu Arbeitszeitflexibilisierung. Sollen allerdings nicht ausschließlich Frauen diese Angebote in Anspruch nehmen, müssen auch Männer über geeignete Modelle verstärkt angesprochen und einbezogen werden. Als Beispiel hierfür kann noch immer die Familienpolitik in Schweden gesehen werden, die schon frühzeitig Untersuchungen zur Veränderung der Männerrolle angestoßen und männerspezifische Angebote aufgebaut hat. Dies hat zur Folge, dass dort in 44% der Familien Männer sich am Erziehungsurlaub beteiligen, in Deutschland aber nur 2% der Männer Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen. Allerdings sollten die Zahlen über die geringe Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub durch Männer mit Vorsicht behandelt werden. Denn, wie in mehreren Untersuchungen gezeigt werden konnte, nehmen Männer bei Geburt eines Kindes oder bei der Betreuung eines kranken Kindes viel häufiger formalen Urlaub als familiäre Leistungen in Anspruch.⁸⁾

Auch arbeiten in der Deutschland nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTS im Jahr 1998 nur rund 4% der Männer Teilzeit, während dies fast 36% der Frauen tun, d.h. fast neun Zehntel der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Aber immerhin 12% der westdeutschen Männer wollen einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge weniger als 30 Stunden arbeiten.

Allgemein sind Männer, welche den Schritt in Teilzeit und Erziehungsurlaub wagen, außerordentlich zufrieden mit diesem Entschluss. Besonders positiv bewerten sie die Reduzierung von Stress, was sich wiederum sehr vorteilhaft auf das „Erziehungsklima“ zu Hause auswirkt. Von daher wird auch verständlich, dass – entgegen einem landläufigen Vorurteil – Männer Erziehungsurlaub nicht deswegen nehmen, weil sie von ihrer Partnerin gedrängt werden, sondern weil sie diese unterstützen und vor allem, weil sie ihr Kind nicht fremdbetreuen lassen möchten.⁹⁾ Allerdings sehen sich Männer, welche den Schritt in Teilzeit und Erziehungsurlaub wagen wollen, mit erheblichen Hindernissen in ihren Arbeitszusammenhängen konfrontiert, die es politisch zu beseitigen gilt.

So zeigt sich, dass Männer, die nach wie vor in der Regel das höhere Einkommen in Familien erzielen, sowohl der Einkommensverlust, als vor allem die bei ihren Vorgesetzten und Kollegen vorhandenen Vorurteile an der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub und Teilzeitarbeit hindert. Gilt der „Erziehungsurlauber“ als nicht männlich, gelten Teilzeit arbeitende Männer als nicht produktiv, nicht leistungsbereit und nicht engagiert – dies obwohl zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass sich bei Teilzeit die Arbeitsproduktivität um bis zu 20% erhöht. Aber noch immer wird Leistung und Engagement mit physischer Präsenz am Arbeitsplatz gleichgesetzt, Karrieren entscheiden sich meistens nach der Arbeitszeit. So schreckt etwa bei BMW die Hälfte der Männer, die sich für ein flexibles Arbeitsmodell interessieren, vor dessen Inanspruchnahme zurück. Als Gründe führen sie an: Vorbehalte der Vorgesetzten, Furcht als faul und unzuver-

lässig zu gelten, Einbuße an Karrierechancen.¹⁰⁾ Vor allem die Organisationskultur und die Personalpolitik in den Unternehmen hat entscheidenden Anteil daran, ob Männer zu einer Ausweitung familiärer Arbeit bereit sind:

„Um aktiven oder aktiv werden wollenden Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, bedarf es nicht der Entwicklung von Instrumenten und Techniken, wie diese praktiziert werden kann. Hierzu liegen ... mittlerweile ausreichend Erkenntnisse in Literatur und Praxis vor ... Das zentrale Problem ist, dass ihr Verhalten in der Wirtschaft nicht akzeptiert wird, weil es den Lebensweisen und -vorstellungen derjenigen, die die Strukturen und Abläufe in den Organisationen gestalten, widerspricht.“¹¹⁾

Michael Strümpel und seine Mitarbeiter sprechen in ihrer Untersuchung zu Teilzeit- und Hausmännern von unterschiedlichen „Werte-Welten“. Denn gerade Manager und leitende Angestellte, die über personalpolitische Maßnahmen entscheiden, sind – wie auch die Männerstudie zeigt – in der Regel keine neuen, sondern traditionelle Männer. Sie weisen sich durch eine hohe Leistungs- sowie Arbeitsorientierung aus und erwarten dies auch von ihren Mitarbeitern. So liegt die durchschnittliche Arbeitszeit eines Managers in der Deutschland bei rund 60 Stunden in der Woche – oder wie es sehr eindrucksvoll in einem Interview formuliert wurde: „Ich liebe die 35-Stunden-Woche so sehr, dass ich sie gleich zweimal in der Woche mache.“¹²⁾ Ein solches Lebensmuster setzt stillschweigend voraus, dass eine Person ihnen den Rücken frei hält und dass die Kinder ihren Vater kaum zu Gesicht bekommen. Folglich zeigen sich bei diesen Männern meistens traditionelle Familienarrangements mit einer nicht erwerbstätigen Hausfrau – die in der Regel dieses Modell mitträgt. Hieraus resultiert zum einen eine Geringschätzung von Haus- und Familienarbeit bei diesen Männern sowie ein Unverständnis gegenüber denjenigen Männern, die sich an diesen Arbeiten stärker beteiligen wollen.

Gleiches gilt aber auch für Politiker, vor allem für Politiker und für Verwaltungsbeamte in leitenden Po-

sitionen. Nur ganz wenige haben hier den Mut, aus ihrer Rolle auszubrechen – und werden von den Medien und ihren Kollegen auch dementsprechend behandelt. So wurde der norwegische Regierungsschef Thorbjørn Jagland, der bei seiner Amtsübernahme ankündigte, auch in Zukunft seine häuslichen Pflichten erfüllen zu wollen, als „Weichling“ bezeichnet und der Schritt des niederländischen Wirtschaftsminister Hans Wijers, der sich zugunsten seiner Familie und der Karriere seiner Frau aus der Politik zurückzog, wurde als „ungewöhnlich“ kommentiert. Zugleich fragte die Presse, was er denn außerdem, d.h. außer seiner Familie, noch alles tun möchte?¹³⁾

Meines Erachtens hätte die offizielle Politik und vor allem die Politiker und Politikerinnen sowie insbesondere der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion in Sachen Teilzeit gerade in Führungspositionen zu erfüllen. Wann kommt denn endlich – um ein Lieblingsprojekt des Arbeitsmarktforschers Peter Grottian anzuführen – der/die Teilzeitbundespräsident/in? Auch wenn es utopisch klingen mag, ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag doch diskutierenswert, die Einnahme einer Leitungsposition in Wirtschaft und Verwaltung von der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub bzw. von einer zeitlich begrenzten sozial-pflegerischen Tätigkeit abhängig zu machen, um den betreffenden Personen eine Ausweitung ihres Erfahrungs- und Entscheidungshorizonts zu ermöglichen. Auch hier könnte der öffentliche Dienst beispielgebend vorangehen.

Die Bereitschaft zu einer verstärkten Teilnahme von Männern an der Familienarbeit und die Initiierung eines Umdenkprozesses in der Wirtschaft kann die Politik eigentlich nur unterstützen, wenn sie gesamtgesellschaftlich auf eine Aufwertung von Familien-, Vor- und Fürsorgearbeit zielt. Denn nur wenn diese einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft erhält, werden sich Männer in diesem Tätigkeitsbereich mehr engagieren. Warum, so frage ich, sollen sie heute freiwillig in einen Bereich wechseln, der auch und besonders von der offiziellen Frauen- und Gleichstellungspolitik als der gesellschaftlich minderwertige Tätig-

keitsbereich konzipiert und gesehen wird – sie ihr ganzes Augenmerk vor allem auf den Bereich der Erwerbsarbeit richtet? In diesem Zusammenhang sollte die vorherrschende Gleichstellungspolitik einmal über ihren im Grunde zutiefst männlichen Politikansatz nachdenken – und so klingt es fast wie eine grundlegende Kurskorrektur bisheriger Politik, wenn etwa die CDU in ihren vor kurzem beschlossenen *Erfurter Leitsätzen* die Forderung aufstellt: „Wir brauchen familiengerechte Jobs statt jobgerechter Familien“.¹⁴⁾

Auch wird es nur über eine Aufwertung von Vor- und Fürsorgetätigkeiten gelingen, Männer verstärkt in so genannte frauentypische Berufe – wie etwa in den für eine Jungenarbeit als zentral angesehenen Erziehungsbereich – zu bringen, wobei dessen bessere Entlohnung und inhaltliche Gestaltung zur Debatte stehen muss.¹⁵⁾

Aufwertung von Familien-, Für- und Vorsorgearbeit wird politisch aber auch von besonderer Bedeutung in einer Zeit, in der sich im Kontext der Globalisierung mehr und mehr ein Männer- und auch Frauentyp als politisches Leitbild durchzusetzen scheint, der weitgehend als ortsungebunden und als versorgungsunabhängig gesehen wird. Denn ständig auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten für sein vagabundierendes Kapital hat dieses von Richard Sennet als *flexible Mensch* bezeichnete Individuum keine Zeit mehr für Kochen, Putzen, Einkaufen – aber auch für eine Liebes-Beziehung, eine Ehe und vor allem keine Zeit mehr für Kinder.¹⁶⁾ Ist es in diesem Zusammenhang ein Zufall, dass wir den ersten kinderlosen Bundeskanzler haben und eine Bundesregierung mit dem bisher höchsten Anteil an Kinderlosen? Eine Bundesregierung, der nur noch neun Väter gegenüber bisher 14 angehören?

Aufwertung von Familienarbeit im Sinne einer neuen Männerpolitik heißt von daher, Aufgabe einer blinden Politik der Standortsicherung, heißt ein Umdenken in Wirtschaft, Politik und auch in den Gewerkschaften. Aber noch immer herrscht im „Männerbund“ Gewerkschaft – mit wenigen Ausnahmen wie etwa dem IG Medien-Vorsitzenden Detlev Hensche – ein Politikmodell vor, das

sich am Familien-Ernährer und am so genannten Wirtschafts-Standort orientiert – kein Wunder, sind doch die meisten leitenden Gewerkschaftler Männer mit sehr traditionellen Vorstellungen und einem fast manager-ähnlichen Alltag.

Dabei scheinen insbesondere die Gewerkschaften zu verkennen, dass die Politik der Globalisierung zunehmend negative Folgen für Männer hat – die jedoch gleichzeitig die Chance zum Umdenken ermöglicht. Zum einen macht sie auch Männer zu den so genannten *Working Poor*, zu Menschen also, die zahlreiche Jobs ausüben müssen, um überhaupt ihren Alltag leben zu können. Zum anderen sind immer mehr Männer – auch hoch qualifizierte – zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen, wodurch ein zentraler Bestandteil männlicher Identität in Frage gestellt wird. Der traditionelle Mann wird – wie die Männerstudie zeigt – auf diese Situation der Verunsicherung mit einer Verteidigung seiner vermeintlichen Rechte als Familien-Ernährer reagieren, demgegenüber sollte Politik im Zeichen des neuen Mannes diese Situation als Ausgangspunkt zu einer gesellschaftlichen Debatte um Arbeit überhaupt nutzen, zu einer Debatte um die Fragen: was ist eigentlich Arbeit, was ist sozial nützliche Arbeit, wie wollen wir in Zukunft arbeiten und wie soll Arbeit verteilt sein? Hier bestünden meines Erachtens die zentralen Aufgaben für ein *Bündnis für Arbeit*.

Damit könnte ein solcher Politikansatz anknüpfen an die aktuelle Debatte um die Zukunft der Arbeit, die mit den Namen Jeremy Rifkin und Ulrich Beck sowie mit dem CLUB OF ROME verbunden ist und die allgemein den Übergang der Arbeitsgesellschaft in die Tätigkeitsgesellschaft postuliert. Familienarbeit, Ehrenamt und Erwerbsarbeit sollen nach den bisher entwickelten Konzepten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Von besonderer Bedeutung für den partnerschaftlichen Mann und Vater ist dabei die Idee eines Bürgergelds, eines garantierten Grundeinkommens, das jedem der eine gesellschaftlich nützliche Tätigkeit verrichtet – also auch Kinder erzieht und Kranke zu Hause pflegt – zur Verfügung stehen soll. Von politischer Brisanz wird dann allerdings

dessen genaue Ausstattung und Höhe. Hier gehen die Vorschläge von 600 Mark bis zu 1.500 Mark im Monat für jeden erwachsenen Menschen auseinander, Ansätze wie negative Einkommenssteuer oder Bürgerlohn stehen sich gegenüber.

In diesem Zusammenhang lohnend zu diskutieren wäre auch die von der *Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft* in die Diskussion gebrachte Idee eines Familienlohns. Im Gegensatz zu der eher ablehnenden Haltung der Familienministerin sollte eine Politik des neuen Mannes vielmehr die Diskussion aufgreifen und der Frage nachgehen, wie der Familienlohn mit einer paritätischen Teilung der Erziehungsarbeit zwischen Männern und Frauen verknüpft werden könnte.

3. Zusammenfassung

Zusammenfassend heißt geschlechterdemokratische Politik im Zeichen des neuen Mannes in erster Linie also Aufwertung von bisher weiblich konnotierten Tätigkeitsbereichen und Verhaltensweisen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene – damit verbunden ist zwangsläufig eine Ablösung von Männlichkeit als gesellschaftlich dominierendes Handlungs- und Orientierungsmuster.

Nur eine Aufwertung und stärkere Verankerung des bisher weiblich konnotierten Vor- und Fürsorgegedankens in allen Bereichen politischen Handelns kann zugleich zu einer Lösung der eingangs beschriebenen politischen Probleme des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts beitragen. So erfordert beispielsweise eine umweltgerechte, nachhaltige Art der Wirtschaftens, die die Schöpfung den nachfolgenden Generationen in einem guten Zustand überlässt, mehr Vorsorgegedanken und wird bereits seit langem unter dem Stichwort „vorsorgendes Wirtschaften“ diskutiert.

In diesem Sinne kann Lothar Böhnisch und Reinhard Winter zugestimmt werden, die in dem von ihnen so bezeichneten *ökologischen Prinzip* ein zentrales Moment für geschlechterdemokratische Politik erkennen: „Denn das ökologische Prinzip der Vergesellschaftung kann

– so Böhnisch/Winter männliche und weibliche Anteile gleichermaßen neu integrieren: Es kommt im Prozess der ökologischen Revision genauso auf ein vernetztes Denken, auf ein fürsorgliches Denken, auf Denken in Zusammenhängen an, wie auf Entscheidungen, auf Rationalität, auf Handeln und auf Stärke“.¹⁷⁾

Wie oben ausgeführt ist die Aufwertung von Familienarbeit bei Ablösung der männlichen Familien-Ernährer-Identität zugleich der zentrale Schlüssel zur gesellschaftlichen Neuverteilung und Neubewertung von Arbeit, also zur Lösung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit.

Soll zudem militärische Gewalt – wie gegenwärtig in Jugoslawien, aber auch in anderen Teilen der Welt – in Zukunft als Form zwischenstaatlicher Auseinandersetzung vermieden werden, täte mehr Vorsorgedenken auch Not in der internationalen Politik und der Außenpolitik. Meines Erachtens stellt es ein zentrales Moment dar zur Konzipierung gewaltvermeidender Ansätze in der Konfliktlösung, die dem gewaltfreien, sensiblen Mann näher liegen dürfen als Bodeneinsätze von Soldaten.

Diese Überlegungen zeigen, dass Männer, neue Männer sich verstärkt einmischen müssen in *alle* Bereiche der Politik, dass alle Bereiche der Politik auch Männer-Politik sind. Dabei sind alle Politikfelder, sind die unterschiedlichen Ebenen politischen Handelns und die unterschiedlichen Akteure eng miteinander verwoben und hängen wiederum von einander ab: so wird die Aufwertung von Familien-, Für- und Vorsorgearbeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nur gelingen, wenn Männer auf der individuellen Ebene bereit und in der Lage sind, ihr enges Rollenkorsett zu sprengen. In diesem Sinne ist Bildungspolitik zugleich Arbeitsmarktpolitik, welche eine unterstützende Bildungspolitik voraussetzt.

Die Multidimensionalität der neuen Politik bedeutet aber auch, dass männerpolitische Ansätze, die sich nur auf den Bereich männlicher Identitätsbildung beschränken, zu

Studie: Frauen sind nicht einfühlsamer als Männer, obwohl sie sich dafür halten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die in der September-Ausgabe der Zeitschrift „Psychologie heute“ vorgestellt wird. Frauen haben demnach eine deutlich stärkere Tendenz, sich einfühlsam zu geben als Männer. Der Studie zufolge haben sie aber kein biologisch vorgeprägtes oder antrainiertes überlegenes Talent dazu. Nur in Ausnahmefällen seien Frauen, was das Einfühlungsvermögen angeht, Männern überlegen. Auf die Frage „Wie einfühlsam bist du?“ gäben Frauen zwar höhere Werte an als Männer. In Übungen, in denen man Einfühlungsvermögen unter Beweis stellen sollte, waren die Unterschiede jedoch deutlich schwächer. Ebenfalls keine geschlechtsspezifischen Merkmale gab es laut Studie bei den körperlichen Signalen, mit denen Menschen Einfühlungsvermögen dokumentieren. (KNA 17.09.1999)

kurz greifen. Wie der amerikanische Männerforscher Michael Kimmel zeigt, beinhalten sie zudem die Gefahr, ausschließlich zum psychologischen Reparaturbetrieb verunsicherter Männer zu verkommen, ohne die in den gesellschaftlichen Strukturen eingelassene Männlichkeit als Ganzes zu verändern. In diesem Sinne

kann es meines Erachtens auch nicht darum gehen, eine wie auch immer vorgestellte Männlichkeit rekonstituieren zu wollen – eine Männlichkeit die zudem auf einer scharfen Trennung zwischen Frauen und Männern aufbaut.

Denn Geschlechterdemokratie im Sinne einer Politik für den neuen Mann und die neue Frau

kann nur als gemeinsames Projekt von Männern und Frauen realisiert werden. Nur gemeinsam können Männer und Frauen dahin kommen, aus sich ganze menschliche Wesen zu machen: „Männer und Frauen müssen wahrhaft menschliche Wesen werden können und nicht in erster Linie männliche bzw. weibliche Wesen“.¹⁸⁾

Anmerkungen

- 1) LUKOSCHAT, Helga (1997): Vorschläge zu einer Verankerung Feministischer Politik in der reformierten Stiftung, in: Susanne THOMA / Christine SCHERER / Martina KRETSCHMANN: Geschlechterdemokratie als neues Konzept? Berlin: Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 28–41
- 2) HAUSEN, Karin (1978): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Heidi ROSENBAUM (Hg.): Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 161–191
- 3) MOSSE, George L. (1997): Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, S. 27
- 4) CONNELL, Robert William (1995): Masculinities, Cambridge: Polity Press
- 5) BRÜNDEL, Heidrun / HURRELMANN, Klaus (1999): Konkurrenz, Karriere, Kollaps. Männerforschung und der Abschied vom Mythos Mann, Stuttgart: Kohlhammer
- 6) ZURSTIEGE, Guido (1998): Mannsbilder-Männlichkeit in der Werbung. Zur Darstellung von Männern in der Anzeigenwerbung der 50er, 70er und 90er Jahre, Opladen: Westdeutscher Verlag
- 7) Döge, Peter (1998): Männer in der Geschlechterforschung? Der Beitrag kritischer Männerforschung zur Geschlechterforschung, in: ZIF-BULLETIN, HEFT 2 / 1998, S. 131–139
- 8) PLECK, Joseph H. (1993): Are „Family-Supportive“ Employer Policies Relevant to Men?, in: Jane C. HOOD(Hg.): Men, Work and Family, Newbury Park / New Delhi / London: Sage, S. 217–237

- 9) STRÜMPFEL, Burkhard / PRENZEL, Wolfgang / SCHOLZ, Joachim / HOFF, Andreas (1988): Teilzeitarbeitende Männer und Hausmänner. Motive und Konsequenzen einer eingeschränkten Erwerbstätigkeit von Männern, Berlin: Edition Sigma
- 10) DELLEKÖNIG, Christian (1995): Der Teilzeit-Manager. Argumente und erprobte Modell für innovative Arbeitszeitregelungen, Frankfurt am Main / New York: Campus
- 11) PEINELT-JORDAN, Klaus (1996): Männer zwischen Familie und Beruf - ein Anwendungsfall für die Individualisierung der Personalpolitik, München / Mering: Hampp
- 12) STREICH, Richard K. (1994): Managerleben. Im Spannungsfeld von Arbeit, Freizeit und Familie, München: Beck
- 13) HOECKER, Beate (1998): Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik, Bonn: Dietz
- 14) FRANKFURTER RUNDSCHAU Nr. 97/ 27.04.1999, S. 4
- 15) WILLIAMS, Christine (1998): The Glass Escalator: Hidden Advantages for Men in the „Female“ Profession, in: Michael S. KIMMEL / Michael A. MESSNER (Hg.): Men's Lives, Boston/ London/Toronto/Sidney/Tokyo/Singapore: Allyn and Bacon, S. 285–299
- 16) SENNETT, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag
- 17) BÖHNISCH, Lothar / WINTER, Reinhard (1997): Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf, Weinheim / München: Juventa
- 18) EASLEA, Brian (1986): Väter der Vernichtung. Männlichkeit, Naturwissenschaftler und der nukleare Rüstungswettlauf, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt

Ziele und Leitlinien

katholischer Männerseelsorge und Männerarbeit in Deutschland

Präambel

Die katholischen Männer Deutschlands geben mit ihrem Leben und Arbeiten Zeugnis für Jesus Christus, in der Kraft des Heiligen Geistes zur Ehre Gottes des Vaters.

1. Ziel kirchlicher Arbeit mit Männern ist es deshalb, in Gemeinden, Verbänden, Institutionen und in der Gesellschaft Orte zu schaffen, in denen Männer ihre persönliche Glaubens- und Lebenssituation zur Sprache bringen und mit dem christlichen Glauben und kirchlichen Leben verbinden können.
2. Dies setzt ein vielfältiges Angebot für Männer im kreativen, emotionalen, kommunikativen und spirituellen Bereich voraus. Notwendig ist dies, weil Männer heute in ihrem Lebensumfeld und in ihrer Lebensgestaltung vor herausfordernden Veränderungen und Möglichkeiten stehen.
3. Es sind neue Formen von Gemeinschaftserfahrungen für Männer im Raum der Kirche zu schaffen, damit männliche Erfahrungen besser in das Leben der Kirche eingebracht und gelebt werden können. Bewährte Formen sind zu aktualisieren oder wieder zu entdecken.
4. Kirchliche Männerarbeit steht für ein partnerschaftliches und solidarisches Miteinander von Männern und Frauen in Familie, Erziehung, Kirche und Gesellschaft. Sie leistet in diesem Sinne bei Männern Bewusstseinsarbeit mit der Zusage, dass sich für sie ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Mit-

einander der Geschlechter lohnt.

5. Kirchliche Männerarbeit ermutigt und hilft katholischen Männern dabei, ihren Weltauftrag wahrzunehmen, sich in Gesellschaft und Staat zu engagieren und aus der Schöpfungsverantwortung (vgl. Gen 1,26f) und aus dem Geist des Evangeliums sich für die Bewahrung der Schöpfung, für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen.

Auf der biblisch-anthropologischen Grundlage der Gleichheit und der Würde von Frauen und Männern, entsprechend dem Schöpfungsauftrag und den Grundsätzen der christlichen Soziallehre formuliert die katholische Männerarbeit die folgenden Ziele und Leitlinien:

Gesellschaftspolitische Ziele und Leitlinien

Sie tritt ein für

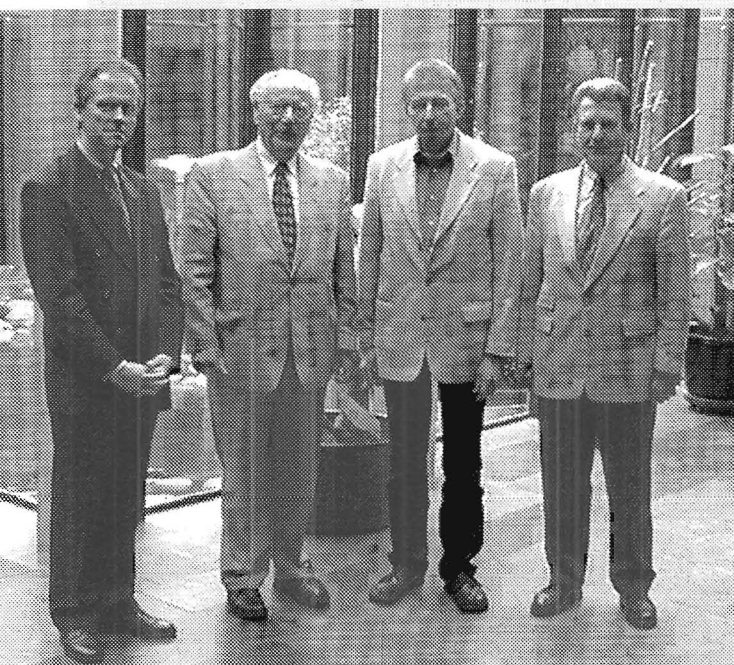
- gleiche Entwicklungschancen von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf;
- partnerschaftliche Aufgabenteilung in allen Lebensfeldern.

Sie hält für unverzichtbar

- die Förderung der Gleichwertigkeit von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Ehrenamt;
- das entsprechende gesellschaftspolitische Engagement von Männern in Parteien, Sozialpartnerschaft, Kirche und bürgergesellschaftlichen Initiativen.

Sie fordert

- eine Gleichstellungspolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die durch Männerbeauftragte die ganzheitliche Entfaltung der Männer fördert;
- eine Verbesserung der strukturellen Bedingungen in Gesellschaft und Beruf, die Männern eine Ausweitung ihres Engagements in Familie und häuslichem Bereich tatsächlich ermöglicht;
- entsprechende Rahmenbedingungen wie Einkommenssicherung für die Familie, soziale Absicherung, finanziell attraktiver Erziehungsurlaub für Väter;
- die Besetzung von Beratungsstellen mit Männern und Frauen;
- Strategien für eine paritätische Beteiligung von Männern und Frauen in Kindergärten, Schulen (insbesondere im Primarstufenbereich) und anderen (sozial)pädagogischen Arbeitsfeldern;



- von der Kirche als Arbeitgeberin, wegweisende Modelle der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer zu entwickeln.

Kirchenpolitische Ziele und Leitlinien

Katholische Männerarbeit tritt ein für

- gleiche Beachtung und Zuwendung kirchlicher Instanzen für Männer und Frauen auf allen hierarchischen Ebenen;
- eine kontinuierliche Aufarbeitung der Geschichte und Wirkungsgeschichte von Männern in der Kirche durch alle Ebenen kirchlicher Bildungsarbeit (Katholisch-Theologische Fakultäten an den Hochschulen, Akademien, Bildungswerke etc.) sowie im Rahmen der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen, Fulda;
- für eine wissenschaftliche Begleitung aller mit Männerarbeit und Männerseelsorge Befassten, der Verantwortlichen wie der engagierten Multiplikatoren.

Sie hält für unverzichtbar

- die ständige Beauftragung eines (Weih-)Bischofs in der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Fragen der Männerpastoral;
- den Ausbau der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in Fulda über die bloße Bestandssicherung hinaus;
- dass sich Pfarrgemeinderäte, Diözesanräte, Landeskomitees und das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK) heutiger Männerarbeit in gleicher Weise öffnen und verpflichtet wissen wie der berechtigten Sorge um Jugend, Frauen und Familien.

Sie fordert

- die Einrichtung, den Erhalt bzw. den Ausbau von Männerreferaten in allen deutschen Diözesen;
- die Ergebnisse der von der evangelischen und der katholischen Männerarbeit in Auftrag gegebenen Männerstudie von 1998 sowie Aufgaben und Thematik von Männerarbeit und Männerseelsorge bei Aus- und Weiterbildung von Priestern, Diakonen, Pastoral- und Gemeindereferenten regelmäßig und gewichtig zu beachten und umzusetzen;
- einen Schwerpunkt „Jungenarbeit/Jungenpädagogik“ sowie die Entwicklung und Einübung einer die jeweiligen Männergenerationen verbindenden Gesprächs-, Erlebens- und Begegnungskultur für kirchliche Jugendverbände und Jugendeinrichtungen, Kindertageseinrichtungen und Schulen in kirchlicher Trägerschaft.

Sie regt an

- die Pfarrgemeinden als Orte auch für Männerfragen, Männerprojekte und Männergruppen zu gewinnen;
- das Apostolat katholischer Verbände, -Vereine, -Werke und -Dienste mit einem Schwerpunkt „Männerarbeit, Männerpastoral und Männerseelsorge“ zu bereichern;

Pastorale Ziele und Leitlinien

Diakonische Männerpastoral

- Männerpastoral wendet sich an alle Männer unserer Gesellschaft und ermuntert sie, ihren ganz persönlichen Lebensweg zu suchen. Ausgehend von der männlichen Lebenswirklichkeit begleitet sie die Männer insbesondere in Krisensituationen und Aufbrüchen ihres Lebens.
- Mit ihrem Angebot will sie der Sehnsucht vieler Männer nach einem vieldimensionalen Leben und nach spiritueller Heimat entsprechen. Deshalb bemüht sie sich um eine zielgruppenspezifische Ausrichtung ihrer Angebote für Männer.
- Männerpastoral sollte als Garant für das Auftreten, dass Kirche als „erste Adresse“ für Männerentwicklung im Sinne des Evangeliums bekannt und erfahren wird. Hierbei muss sie auch Männer mit abweichenden Meinungen ernst nehmen und in ihre pastoralen Bemühungen einbeziehen sowie die empirisch erfasste Kirchensympathie vieler fern stehender Männer fruchtbar machen für die Entwicklung der Männer und der Kirche.

Entwicklung einer zeitgemäßen männlichen Spiritualität

- Männerpastoral hat das Ziel, Männern in geschützten Räumen religiöse Erfahrungen zu ermöglichen und sie zu befähigen, ihre religiöse Sprachlosigkeit zu überwinden.
- Hierzu entwickelt sie eine Spiritualität für alle Lebensbereiche der Männer, die sich ausrichtet an der konkreten Begegnung mit Jesus Christus und vorbildlichen wie herausfordernden Personen aus Bibel und Kirchengeschichte, die eine besondere Gottesbeziehung gehabt haben und so existentielle Stütze auch für heutige Männer sein können.
- Die Unterschiedlichkeit der Männer von heute bedingt dabei unterschiedliche Frömmigkeitsformen und lässt unterschiedliche Methoden und Wege der Glaubensvermittlung und der Zugangsweisen zur Innenwelt der Männer gelten. □

„Wo begegnet der Mann als Mann seinem Gott?“

In der Antwort auf diese Frage sieht Bischof Joachim Wanke, Erfurt, die Aufgabe katholischer Männerpastoral. Auf dem Weg zur Herbstsitzung der Deutschen Bischofskonferenz ließ sich der Bischof, der Vorsitzende der Pastorkommission dieser Konferenz ist, am 20. September in Fulda durch das Präsidium der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) über die aktuelle kirchliche und verbandliche Männerarbeit berichten. Man stimmte darin überein, dass die Männerpastoral in der katholischen Kirche Deutschlands aufgrund der gesellschaftlichen Konstellation zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Präsident Heinz-Josef Nüchel übergab Bischof Wanke die von der GKMD erarbeiteten „Leitlinien der Männerarbeit“. Dieses Papier formuliert Ziele und Leitlinien der katholischen Männerarbeit für die Bereiche Gesellschaftspolitik, Kirchenpolitik, Diakonie und Spiritualität von Männern.

Wichtiges Ziel ist es, den Männern in der Kirche eine Heimat zu geben. (GKMD)

Die große Pleite – das Ende der DDR

Eckhard Stuff

Die DDR war Ende der achtziger Jahre nicht nur politisch dahinsiechend, sie war es vor allem ökonomisch. Auch wenn es viele Unverbesserliche bis heute nicht wahrhaben wollen: Der ökonomische Zusammenbruch stand bevor. Die Wohltaten, die die Führung der DDR der Bevölkerung zukommen ließ und lassen musste, waren „auf Pump“ erstanden und nicht länger bezahlbar. Die DDR war pleite. In dem neuen Buch von Charles Maier „Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus“ wird der Niedergang der DDR sachkundig beschrieben: „Die DDR, so berichtete Gerhard Schürer, Leiter der staatlichen Planungskommission, Ende Oktober 1989, Honeckers Nachfolger Egon Krenz, habe Exportschulden in einer Höhe von 49 Milliarden angehäuft – gerechnet in ‘Valutamark’, der Währungseinheit des Exporthandels, die ungefähr einer D-Mark entsprach. Das Defizit der Leistungsbilanz werde im Lauf des Jahres 1989 auf über 12 Milliarden Dollar steigen, allein der Schuldendienst werde 4,5 Milliarden Dollar verschlingen, mehr als 60 Prozent der Exporteinnahmen eines Jahres. Würde man versuchen, die Schulden mit einem Notprogramm zu stabilisieren, hätte dies ein Absinken des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent zur Folge, und selbst mit diesem Opfer hätte man noch nicht die Garantie dafür, die notwendigen Exporterlöse auch zu erzielen.“

Die Ursprünge für die ökonomische Fehlentwicklung können vielfach datiert werden: mit der Einführung der zentralen Planwirtschaft in Osteuropa überhaupt, die jedoch nie ernsthaft zur Debatte stand, solange der Kommunismus herrschte, und vor allem mit den vielen kleinen (Pyrrhus-)Siegen der Ideologie über die Ökonomie, die in der DDR auch mit Blick auf den Wohlstand in der Bundesrepublik zustande kamen.

Günter Ehrensperger, Finanzexperte des Zentralkomitees der SED, hatte 1973 hochgerechnet, dass die Verschuldung der DDR von damals 2 Milliarden Valutamark bis 1980 auf 20 Milliarden steigen würde. In

Maiers Buch beschreibt Ehrensperger die Reaktion Honeckers im Jahr 1973: „Ich wurde am gleichen Abend zu ihm bestellt, und er hat mir gesagt, ich habe ab sofort an solchen Rechnungen und Ausarbeitungen nicht mehr zu arbeiten. Das Material bekomme ich nicht wieder, und ich habe zu veranlassen, dass in der Abteilung alle Unterlagen dazu vernichtet werden. Das war der Anfang.“

Ausführlich untersucht Charles Maier die Wende von 1989/90. Die Dramatik der Ereignisse überträgt sich dabei gelegentlich auf den Autor, und er hat dann Probleme, alle Handlungsstränge sauber getrennt zu analysieren. So macht er beispielsweise Egon Krenz zum Ministerpräsidenten, obwohl dieser die Funktion des Regierungschefs nicht innegehabt hat. Doch darüber lässt sich hinweg sehen, denn die Spannung des Geschehens wird sachkundig vermittelt. Nach dem schnellen Scheitern von Krenz wird Modrow für einige zur Hoffnung, die das Experiment Sozialismus fortsetzen und reformieren wollen. Doch auch er scheitert: „Trotz eines hoffnungsvollen Anfangs und einiger entschiedener Schritte zur Demokratisierung verschlechterte sich Modrows Position als Regierungschef zusehends. Er erschien durchaus als der richtige Politiker auf seinem Platz, doch er war zwischen unvereinbaren Kräften eingeklemt. Er war nicht bereit, auf rasche Privatisierung zu setzen, und

seine Wirtschaftsministerin Christa Luft hatte für ein Wirtschaftsreformprogramm keine beschlussfähigen Konzepte anzubieten. Außerdem war offen, wem er von Rechts wegen verantwortlich war: der Volkskammer, die zwar neue Energien zeigte, aber immer noch aus Mitgliedern der SED und der Blockparteien bestand, oder dem Runden Tisch, der zur Hälfte aus Vertretern der Bürgerbewegungen zusammengesetzt war und dessen führende Kraft, das Neue Forum, Modrow anmaßend und opportunistisch fand?“

Vor allem aber geriet die zerfallende DDR in das Magnetfeld der Bundesrepublik. Die Menschen in der DDR waren von Wohlstand und Freiheit unwiderstehlich angezogen. Eine Welle von Nationalgefühl schwappte durch Deutschland und führte nach dem Überwinden aller Widerstände in Moskau, London und Paris folgerichtig zur Vereinigung.

Charles Maier, Geschichtsforscher an der Harvard University, hat sich viel in Deutschland aufgehalten. Er hatte eine Gastprofessur in Bielefeld inne und gehörte von 1992 bis 1995 des Beirat des Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam an. Sein kenntnisreicher Blick von außen auf das Ende der DDR macht auch für deutsche Leser einiges deutlicher, insbesondere die zentrale Bedeutung des ökonomischen Scheiterns der DDR für ihren Zusammenbruch.

Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1999, 592 S.

KURZ NOTIERT

Ausbildungszentrum für ziviles Friedenspersonal

Für eine verstärkte Beteiligung Deutschlands an zivilen Friedensdiensten hat sich Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnisgrüne) ausgesprochen. Die Bundesregierung richte derzeit ein Ausbildungszentrum für ziviles Friedenspersonal ein, sagte Fischer. Dort würden ehemalige Bundeswehr-Angehörige, Juristen, Verwaltungsfachleute, Politologen und Sozialwissenschaftler für zivile Auslandseinsätze vorbereitet. Sie sollten etwa nach kriegsgerichteten Auseinandersetzungen beim Aufbau demokratischer Strukturen helfen und würden im Auftrag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Vereinten Nationen als Krisenmanager eingesetzt. Laut Fischer werden noch in diesem Jahr 80 Personen ausgebildet. An der Kosovo-Beobachtung der OSZE im Frühjahr hätten bereits 150 Deutsche teilgenommen. (KNA)

Die Revolution voller Hoffnung

Eine Bilanz zehn Jahre nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“

Stefan Baier

Das ist die schönste Phase der Revolution“, ruft die Rednerin auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew in ihr Megaphon. Hinter ihr wird eine kolossale Leninstatue abgetragen. Mehr als zehntausend Menschen haben sich an diesem Herbstabend auf dem Platz versammelt, der vor kurzem noch „Platz der Oktoberrevolution“ hieß. Ihr Ziel ist die Freiheit des einzelnen und die Unabhängigkeit der Ukraine von der ins Wanken geratenen Sowjetunion. Das war vor knapp zehn Jahren.

Heute ist die Sowjetunion ein Stück Geschichte, Mittel- und Osteuropa sind vom Kommunismus befreit, die Ukraine ist selbstständig. Doch die Rednerin auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit sollte Recht behalten. „Die schönste Phase der Revolution“, das waren jene Jahre der Hoffnung und der Sehnsucht, der Visionen und der Illusionen. Eine überwältigende Mehrheit trat damals in einem Referendum für das Los von Moskau ein. Freiheit, nationale Selbstbestimmung, West-Orientierung waren damals die Ziele. Heute versinkt das Land in Korruption und Schattenwirtschaft, der innenpolitische Zank ist so groß wie der interkonfessionelle.

Illusionen begraben

Doch nicht nur dieses Land voll religiöser, nationaler und kultureller Vielfalt musste in zehn Jahren postkommunistischer Entwicklung manche Illusion begraben. Bei vielen Menschen in Mittel- und Osteuropa ist Ernüchterung eingetreten. Die Rednerin in Kiew hatte Recht: Die schönste Phase der Revolution, das war die Proklamation der Unabhängigkeit, das Erringen der Freiheit, der frische Hauch eines politischen Frühlings. Damals, im Herbst 1991, zog der Bürgermeister der westukrainischen Stadt Lwiw – jenes Lemberg, in dem sich das Flair des untergegangenen Österreich-Ungarn bis heute in den Fassaden der Häuser

spiegelt – eine gewagte Parallele. Er verglich den Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft mit dem Exodus der Israeliten aus Ägypten.

Obwohl ihnen Moses Wunder wirkte und Gott Manna vom Himmel regnen ließ, wollten die Israeliten zurück in die ägyptische Sklaverei. Ganz falsch ist diese Parallele nicht: Warum wählen Menschen in den „neuen“ Bundesländern heute PDS? Warum konnten sich die Helden des Freiheitskampfs, ein Lech Walesa in Polen etwa, nur kurz in der Führung von Staat und Regierung halten? Was ist aus der Euphorie der Jahre 1989 bis 1991 geworden? Die Revolution der Freiheit und der Hoffnungen, was hat sie gebracht?

Es scheint, als habe die Weltgeschichte nur einen Augenblick lang den Atem angehalten. Der Eisernen Vorhang riss, die Berliner Mauer fiel. Der Kommunismus verschwand, Freiheit brach sich Bahn. Das wieder vereinigte Deutschland schien der erste Schritt zur Einheit Europas zu sein.

Als der Papst damals die Tschechoslowakei besuchte, jenes Land, das nach Albanien wohl am härtesten die christliche Religion verfolgte, da sprach auch Vaclav Havel von einem „Wunder“. Nicht nur diesem Dichter, Freiheitskämpfer und Staatsoberhaupt erschienen die Jahre des Umbruchs als Wunder. Trotz allen Kampfes, trotz aller Vorläufer, die diese Kette der Revolutionen im ungarischen Aufstand von 1956, im Prager Frühling von 1968, in den polnischen Massendemonstrationen von 1970 und schließlich in der Solidarnosc-Bewegung 1980/81 hatte, schien eine höhere Hand eingegriffen zu haben, um die Völker aus der Knechtschaft zur Freiheit zu führen. Das Bild von den aus dem Sklavenhaus Ägypten herausgeführten Israeliten, es ist nicht so unpassend.

Wurde nicht die ganze Welt zum Augenzeugen, als der Prager Wenzelsplatz zum Menschenmeer wurde und die Werksirenen mit den Kir-

chenglocken zum Protest riefen? Hat nicht ganz Europa nach Sopron geblickt, als dort am 19. August 1989 beim Paneuropa-Picknick fast 700 Deutsche aus der DDR den Weg in den Westen fanden? Ist nicht in den Köpfen aller Europäer noch das Bild der deutschen Botschaft in Prag, wohin sich so viele der getrennten Landsleute geflüchtet hatten, bis die im Jubel der Menge untergehende Stimme des deutschen Außenministers ihnen Freiheit verkündete? Erinnerung nicht ganz Deutschland noch mit Ergriffenheit an die Leipziger Montagsdemonstrationen und mehr noch an den Fall der Mauer?

Doch die Freiheit hat viele nicht satt gemacht. Die Lösung der wirtschaftlichen und der sozialen Probleme braucht unter anderem auch Zeit. Korruption und Machtmissbrauch werden in der postkommunistischen Zeit weit weniger toleriert als zuvor. Die Illusion, schnell den Sprung ins wirtschaftliche Paradies zu schaffen, ist zumindest für die meisten dahin. Immerhin haben sich die Staaten und Gesellschaften in Mitteleuropa zumeist als wetterfest erwiesen. In Ungarn löste das Demokratische Forum des Jozsef Antall die Kommunisten, die Sozialisten unter Gyula Horn ihrerseits Antall und die Bürgerlichen unter Viktor Orbán schließlich Horn ab. Demokratischer Wechsel durch den Wahlzettel, das ist bereits ein gewaltiger zivilisatorischer Fortschritt. Trotz aller Unzulänglichkeiten: In Mitteleuropa weisen fast alle Staaten einen klaren Trend auf, der in Richtung Marktwirtschaft, Rechtsstaat und Mitgliedschaft in der Europäischen Union weist.

Die bevorzugten Kandidaten

Die „schönste Phase der Revolution“ ist lange vorbei. Sie wurde abgelöst durch eine Zeit beharrlicher Arbeit. Nach Jahrzehnten des destruktiven Kommunismus mussten Wirtschaft und Gesellschaft, eine Kultur des Politischen, eine Vielfalt von Medien und Künsten wieder aufgebaut werden. Die Fortschritte dabei werden von der Europäischen Union wachsam beäugt und protokolliert. Helfend, mahnend und fordernd, tritt deren Kommission gegenüber jenen Ländern auf, denen

das vereinte Europa die Pforten öffnen will. Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien, Estland und – in jeder Hinsicht ein Sonderfall – Zypern sind die bevorzugten Kandidaten. Die Slowakei, durch die autokratische Herrschaft Meciar um Jahre zurückgeworfen, ist auf dem Sprung in die erste Reihe. Dahinter kommen Litauen und Lettland, Bulgarien und Rumänien, und ganz außer jeder Reihe auch Malta.

Für alle diese Länder kann man optimistisch sein. In absehbarer Zukunft – manche früher, manche später – werden sie in die Europäische Union Einlass finden. Zumindest, wenn sie es dann noch wollen und die Kolonialherren-Mentalität mancher Eurokraten ihnen die Lust auf Europa noch nicht vergällt haben sollte. Doch jenseits dieser Staaten gibt es Anlass zur Sorge. Weißrussland ist in die Diktatur abgeglitten und sucht eine enge Union mit Russland. Wer dort wiederum regiert – und mit welchem Plan und Ziel – kann man nur ahnen. Wer in Moskau morgen oder in einem Jahr das Sagen hat, ist vollends ein Rätsel. Wohin treibt die Ukraine? Wohin Moldawien?

Zone des Friedens ausdehnen

Mehr noch als jener fast unbekannte Streifen zwischen den Beitrittskandidaten und Russland hat das ehemalige Jugoslawien die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich gezogen. Ein nationalistischer Demagoge zeichnet seit fast zehn Jahren eine blutige Spur über den Südosten Europas. Slobodan Milosevic führte im Namen eines fiktiven Großserbiens Krieg gegen Slowenien und Kroatien, gegen Bosnien-Herzegowina und gegen die albanische Mehrheitsbevölkerung im Kosovo. Millionen Menschen wurden bedroht und terrorisiert, hunderttausende aus ihrer Heimat verjagt oder vergewaltigt und getötet, bis der Westen sich zu dem Entschluss durchrang, dem Auftraggeber des Massensmords mit Waffen zu begegnen.

Mehr als die wirtschaftlichen Übergangsschwierigkeiten hat dieser Krieg die Menschen im Westen Europas verunsichert. Nein, das „Ende der Geschichte“ ist nicht gekommen – ebenso wenig wie der ewige Friede. Auch in der Mitte Europas und im

Osten folgte auf die „schönste Phase der Revolution“ die Ernüchterung. Der Mensch will nicht nur Freiheit, sondern auch ein schönes Auto, Sommerurlaub am Mittelmeer und Satelliten-Fernsehen. Auch in Brüssel warten nicht weit ausgebreitete Arme auf die Helden der Revolution. Die Bürokraten haben längst den Rechenschieber herausgeholt, um die Kosten der Erweiterung zu kalkulieren.

Möglicherweise sind Desillusionierungen notwendig, denn Politik will – so soll Adenauer einmal gesagt haben – mit kühlem Kopf und warmen Füßen und bitte nicht umgekehrt gemacht werden. So könnte leicht das eigentliche politische Ziel der Erweiterung der Europäischen Union aus den Augen verloren werden: Es geht im Kern darum, jene Zone des Friedens, der Freiheit und des Rechts, die die Europäische Union nun einmal ist, auf ganz Europa auszudehnen. Die Bilder des Jahres 1989 in Erinnerung zu rufen, könnte dabei helfen, dieses Ziel im Blick zu behalten.

(aus: Die Tagespost vom 05.08.1999)

Bioethik-Konvention tritt in Kraft

Die Europäische Bioethik-Konvention tritt am 1. Dezember dieses Jahres völkerrechtlich in Kraft. Wie der Europarat am 10. August in Straßburg mitteilte, erreichte die Konvention mit der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde durch Dänemark das notwendige Quorum, um internationale Gültigkeit zu erlangen. Neben Dänemark traten bislang Griechenland, San Marino, die Slowakei und Slowenien dem Vertrag bei. 24 weitere Staaten haben die Übereinkunft unterzeichnet, darunter Frankreich, Italien, Norwegen und Polen. Deutschland hat den Text bislang weder ratifiziert noch unterschrieben. Der Bonner Regierung gehen einige Schutzbestimmungen der Konvention – etwa zur Forschung an Behinderten – nicht weit genug.

Die im November 1996 verabschiedete Bioethik-Konvention des Europarates ist die erste internationale Vereinbarung, die Patienten vor Missbrauch in der Biomedizin schützen soll. Verboten ist die Diskriminierung von Personen auf Grund von Genanalysen. Genforschung darf nur medizinischen Zwecken dienen. Verboten sind Eingriffe in das menschliche Erbgut, die Schaffung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken, die Entnahme von Organen bei nicht einwilligungsfähigen Personen sowie der Organhandel. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, diese Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen. Jedem Land steht es frei, strengere Regelungen als die in der Konvention fest-

>>

Kaum Selbstverwirklichung durch Arbeit

Fast drei Viertel aller Berufstätigen können sich nach einer Umfrage des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts in der Arbeit nicht selbstverwirklichen. „Die Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz ist eine Legende und bleibt für die meisten Beschäftigten nur ein Wunschtraum“, sagte der Leiter des Instituts, Horst W. Opaschowski, am 1. September in Hamburg. Viele Beschäftigte verlagerten daher ihre Wünsche nach Selbstverwirklichung in Lebensbereiche außerhalb des Berufes wie Hobby, Sport und Urlaubsreisen.

gelegten zu beschließen. – In einem im Januar 1998 zur Unterzeichnung ausgelegtes Zusatzprotokoll verbietet der Europarat zudem das Klonen von Menschen. (KNA)

Der Umfrage zufolge macht 61 Prozent der Frauen und 57 Prozent der Männer die Arbeit Spaß. Bei den berufstätigen Männern schätzten 23 Prozent die Aufstiegschancen gut ein, bei den Frauen nur acht Prozent. „Eine Arbeit haben, die Spaß macht, ist für das Selbstbewusstsein von Frauen wichtiger als die Möglichkeit, viel Geld zu verdienen“, so Opaschowski. 42 Prozent der Arbeitnehmer seien an beruflichen Aufstiegschancen interessiert, jedoch nur jeder Fünfte sehe diese Möglichkeit für sich. Bei 22 Prozent aller Arbeitnehmer bleibe daher die Motivation auf der Strecke. – Für die Erhebung wurden 3.000 Frauen und Männer ab 14 Jahren befragt, darunter 1.493 Berufstätige. (KNA)

Leitbilder im Spannungsfeld von Vorbildern und Idolen

Bernhard H. Strosing



1. Umfeld, in dem sich Leitbilder bewähren müssen

Was war das doch – für Kirche, Klerus und Laien – eine schöne Zeit, als das Kirchenvolk noch nicht lesen konnte, und den Gläubigen u.a. durch erbauliche Bilder von Christus und den Heiligen in den Kirchen und Klöstern der wahre Sinn des Lebens erläutert werden konnte: Den Willen Gottes erfüllen, um die ewige Seligkeit zu erlangen.

Und auch, als immer mehr Menschen lesen lernten und Bücher in größerer Zahl gedruckt werden konnten, blieben diese noch lange weitestgehend in der Obhut von Gelehrten geistlicher Prägung und Lehrern, die sie im Sinne der kirchlich autorisierten Lehrmeinung erläuterten.

U.a. mit Luther, seiner Bibelübersetzung in die deutsche Sprache und den folgenden Auseinandersetzungen über die „wahre Lehre“ wurden die Diskussionen über Sinn und Ziel des Lebens intensiver kontrovers geführt und auch abweichende Meinungen in mannigfaltigen Druckerzeugnissen verabreicht.

Im Zeitalter der so genannten „Aufklärung“ kulminierte zunächst säkularisierende, dann auch antireligiöse Aktivitäten auf dem Höhepunkt der französischen Revolution in der Wahl der „Göttin der Vernunft“ und später in der Forderung von Karl Marx: „Nachdem wir das Jenseits als

Wer ist Vorbild, wer nur Idol – Mutter Theresa oder Prinzessin Diana? Beide starben im August 1997, die Eine nach einem erfüllten Leben, die Andere mitten aus dem Leben gerissen. Die Frage nach Idol und Vorbild wird sicher auch durch die Nachhaltigkeit ihres Lebenswerkes und der Erinnerung daran beantwortet.

Lüge erkannt haben, wollen wir ganz dem Diesseits leben!“ Broschüren und Flugblätter, abgeleitet vom „Kommunistischen Manifest“ gelangten zielgerichtet bis in die ärmsten Familien, zu den Proletariern. Darüberhinaus stützten Naturwissenschaftler mit ihrer Behauptung: Gott ist wohnungslos und arbeitslos die Diesseits-Gläubigkeit weiter Kreise insbesondere des westlichen Abendlandes.

Dieser weitgehend liberalistischen bis amoralischen „Diesseits-Entwicklung“ versuchte Pius IX. gegenzusteuern, u.a. mit dem Dogma von der „Unfehlbarkeit des Papstes“ in Glaubens- und Sittenfragen.

Gegen die These der Liberalen, „Laissez faire, laissez aller“ für persönliche und wirtschaftliche Entscheidungen, sowie die Antithese vom „wissenschaftlich notwendigen“ Klassenkampf auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft der Kommunisten, setzte Papst Leo XIII. als Synthese seine Sozialenzyklika von der Subsidiarität.

In Deutschland versorgten Bistümer und Orden die katholischen Familien mit erbaulichen Kirchenzeitungen und Missionszeitschriften; Bibeln und Heiligenlegenden fand man auch in den katholischen Familien, die sich nur wenige Bücher leisten konnten oder wurden in den, von Carl Borromäus angeregten, Pfarrbüchereien ausgeliehen.

Heute werden wir nicht nur von Druckerzeugnissen mannigfaltiger diesseitigläubiger Geisteshaltung überflutet, sondern – über den Bildschirm – mit einer Unmenge von Fakten, Ereignissen und Meinungen überschwemmt. Personen kommen in unsere Wohnzimmer, von denen wir nur wenige persönlich gern einla-



den würden. Amoralische, ausschweifende Lebensweisen, auch früher in exponierten Kreisen gepflegt, werden heute als erstrebenswerter Lebensinhalt für den Normalbürger angepriesen.

Orientierung zu finden für ein sinnvolles Leben ist m.E. heute schwerer als noch in den 50-er Jahren – oder auch vor der massenhaften Verbreitung von Fernsehgeräten. So erhielt ich, als ehrenamtlicher Firmkatechet von meinen Firmlingen auf die Frage nach dem Sinn des Lebens häufig die Antwort: „Spaß haben, wie die Helden der Leinwand oder Fernsehfilme“.

Sie wurden ein wenig nachdenklicher, wenn ich ihnen Vorbilder anbot und deren Leben mit dem ihrer Idole verglich. So kam ich dazu, mich intensiver mit dem Thema auseinander zu setzen.

1.1 Nutzung der Begriffe in Presse und Literatur

In der Presse und der Literatur findet man z.T. ungenaue bis einander widersprechende Verwendungen der Begriffe Vorbild, Idol, Leitbild.

Das „manager magazin“, eine seriöse Zeitschrift, führte einen „Sozial Pattern Test“ durch, um herauszufinden, von welchen Leitbildern Manager beeinflusst werden – unbewusst, wie es im einleitenden Text heißt. Ein erstes Ergebnis wurde im

Dezember 1973 veröffentlicht unter der Überschrift: Die Idole der Leitenden. Der Begriff Vorbild kommt in dem Aufsatz nicht vor.

In der Kölner Kirchenzeitung würdigt Kardinal Meisner das Vorbild Herbert Czaja, und ein Redakteur sieht in einem Ordenspriester als Goldjubilär ebenfalls ein Vorbild. Dagegen werden, in der gleichen Ausgabe, Petrus und Paulus als beispielhafte Leitbilder vorgestellt.

Die Bundeswehrführung fragt nach soldatischen Vorbildern, will den Soldaten ein Leitbild geben ebenso wie das Land Rheinland-Pfalz seiner Polizei.

Während der Pädagogischen Woche 1997 des Erzbistums Köln zum Thema: „Das christliche Menschenbild“ wurde in einer Arbeitsgruppe die Frage aufgeworfen: Brauchen wir Vorbilder aus der Geschichte?

Zufällig hörte ich vor einigen Wochen im Deutschlandfunk, dass eine Seniorengruppe in der Schweiz ein Leitbild für Senioren erarbeiten will und dazu 60 verschiedene Leitbilder untersuche.

In einem wissenschaftlichen Aufsatz behilft sich der Verfasser mit der Hilfskonstruktion gute Vorbilder und schlechte Vorbilder. Das erinnerte mich an einen der „Führungsgrundsätze“ der Bundeswehr: „Keiner ist unnütz! – Er kann immer noch als schlechtes Beispiel dienen“.

1.2 Verwendete Definitionen

1.2.1 Idol:

Personen, die durch Aussehen, spektakuläres Auftreten oder erfolgreiches Handeln Aufsehen erregen. Sie bieten sich als schillernde Personen selbst an oder lassen sich von ihren Werbe-Agenturen anpreisen. Sie genießen die übermäßige schwärmerische Verehrung, die naive oder unerfahrene Menschen, insbesondere Jugendliche, ihnen darbringen und nutzen sie hemmungslos aus.

Maßgebend ist für sie der Zeitgeist, der häufige Abdruck auf Titelseiten, Auftritte im Fernsehen als Darsteller oder Mitwirkung in Talkshows, nicht die verantwortungsbewusst gestaltete Gegenwart oder Zukunft.

Das Idol regt so zu oberflächlicher Nachahmung an; meines Erachtens ist auch der Begriff Nachäffen durchaus angebracht. Schiller hat dieses Verhalten wie folgt charakterisiert: Erster Jäger in Wallensteins Lager zum Wachtmeister aus der Umgebung des Feldherrn: „Wie er räuspert und wie er spuckt, das habt Ihr ihm glücklich abgeguckt“.

1.2.2 Vorbild:

Personen der Gegenwart oder der Geschichte, die ohne Rücksicht auf Zeitgeist, Konventionen, persönliche Nachteile und Leiden oder gar Gefährdung ein verantwortbares Leben führen oder geführt haben. Grundlage ihrer Lebensführung sind insbesondere die vier allgemein menschlichen Tugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Mäßigkeit und Tapferkeit. (Ich benutze bewusst nicht den Begriff „Kardinaltugenden“, da er leicht zu der Auffassung verführen könnte, diese Tugenden seien nur für Kardinäle da – oder auch, Kardinäle

IDOL: Person mit spektakulärem Auftreten, Ansehen, Erfolg: genießt schwärmerische Verehrung, nutzt den Zeitgeist

VORBILD: Person, die verantwortbares Leben auf der Grundlage von Tugenden führt, weltoffen doch auf Ewigkeit hin, oft gegen den Zeitgeist

Leitbild: Entwurf und Projektion des individuellen Lebensstils jedes einzelnen Menschen

verfügten über sie in besonderem Maße).

Es sind oft oder zumeist die drei göttlichen Tugenden Glauben, Hoffnung und Liebe, die solche Personen in besonderer Weise befähigen, ihr Leben weltoffen doch in die Ewigkeit hinein zu gestalten. Ihnen nachzueifern oder sich an ihnen zu messen, ist hilfreich, kritische Situationen zu meistern oder wichtige Entscheidungen richtig zu treffen, in der Jugend sicher häufiger, mit fortschreitendem Alter vielleicht intensiver.

Vorbilder müssen nicht immer nur Heilige sein. Glücklicherweise die Kinder, die in den Eltern ihre Vorbilder sehen, oder Schüler in Lehrern und Priestern. Grundsätzlich sollte sich

jeder als Vorbild verantwortlich für andere fühlen, nicht streberhaft mühsam sondern so, wie Prinz Eugen es von seinen Offizieren verlangte:

„Messieurs, Sie haben nur dann eine Lebensberechtigung, wenn Sie stets, auch in der größten Gefahr, als Vorbild wirken, aber in so leichter Art, dass es Ihnen niemand zum Vorwurf machen kann!“

1.2.3 Leitbild:

Das ist m.E. keine konkrete andere Person, sondern aus Sicht des einzelnen Menschen der Entwurf seines Lebenszieles, das er – über Zwischenziele – mit größtmöglichem Einsatz anstrebt, oder doch anstreben sollte. Zwischenziele sind, oder können sein: Kind, Schüler, Mutter, Vater, Vorgesetzter, Untergebener usw., natürlich immer versehen mit dem Adjektiv gut.

Leitbilder können auch definiert werden für Angehörige von Berufsgruppen oder Gemeinschaften wie: Lehrer, Soldat, Marxist, Christ, die es an sich, in vollkommener Ausprägung, wohl nicht gibt. Gebote, Angebote oder Regeln, bieten Hilfen an, dem Leitbild möglichst weitgehend zu entsprechen.

An zwei Beispielen möchte ich Idee und Wirklichkeit von zwei Leitbildern kurz aufzeigen: Messdiener und Marxist.

„Regeln für die Messdiener“ sollten die Jungen anspornen, dem Leitbild Messdiener zu entsprechen. (Mädchen als Messdiener, das hätten wir damals als Sakrileg angesehen.)

Ich erinnere mich nicht, als Messdiener die Regeln bewusst gelesen zu haben. Ich schaute auf die älteren Messdiener und versuchte, das „Suscipiat“ genau so schnell runter zu rasseln, wie sie und das Weihrauchfass ebenso schwungvoll mit viel Qualm zu schwenken, wie der „Jupp“. Wahrscheinlich hinderten mich u.a. diese meine Vorbilder, oder muss ich sagen Idole, daran, dem regeltreuen Leitbild Messdiener an sich gerecht zu werden.

Der Marxist an sich lebt als Materialist ganz dem Diesseits, vertraut auf den wissenschaftlich notwendigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und freut sich auf die „Expropriation der Expropriateure“,

mit Recht, denn: Erst in der klassenlosen Gesellschaft wird aus dem „selbstentfremdeten der selbstverwirklichte Mensch“, der endlich, entsprechend seinem wahren Wesen, nur noch gut sein kann. (Schon wegen dieser Herkunft der beiden Wörter mag ich sie nicht!)

Es liegt ja wohl nahe, dass Menschen, deren Lebensprojektion Marxist ist, Karl Marx zum Vorbild nehmen sollten/müssten. Es soll auch heute noch welche geben. Ob die das Leben von Karl Marx kennen? Als Vater hatte er allerdings Vorbildcharakter! Das allerdings ist nicht nach der Marxisten Geschmack. Auch den Christen an sich gibt es nicht, außer, wir beziehen Christus in unsere Überlegungen ein.

2. Der Mensch als Geschöpf mit Körper, Geist und Seele

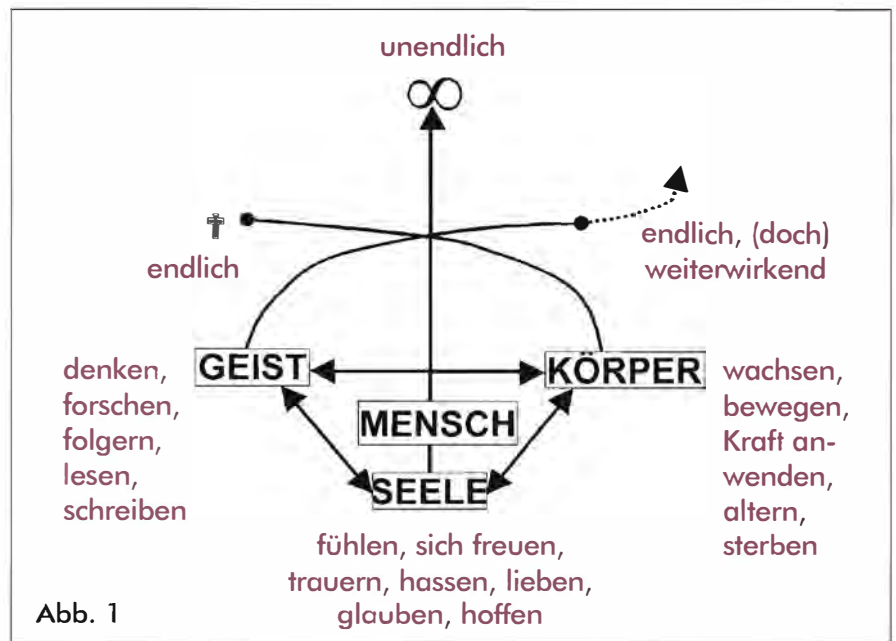
Ich muss Sie noch ein wenig um Geduld bitten, ehe ich das Spannungsfeld zwischen Idolen und Vorbildern aufbaue. Zum besseren Verständnis möchte ich Ihnen graphisch darstellen, was Sie alle selbst kennen und erfahren: Das menschliche Leben in seiner Entwicklung (Abb 1).

Die Abbildung unten zeigt diese triviale Selbstverständlichkeit von der Dreiheit Körper, Geist und Seele, die miteinander kommunizieren, aufeinander einwirken, aufeinander angewiesen sind. Erscheinungen des Körpers sind u.a. Gestalt, Aussehen, Beweglichkeit, Kräfte und seine Wirkungen wie wachsen, bewegen, Kraft anwenden und auch zu altern. Fähigkeiten des Geistes sind u.a. denken, forschen, logisch folgern, lesen, schreiben.

Fähigkeiten der Seele sind u.a. fühlen, sich freuen, trauern, hassen, glauben, hoffen und lieben.

Das Zusammenwirken von Körper, Geist und Seele genauer darzustellen würde den Rahmen sprengen und auch die Qualifizierung des Autors bei weitem übersteigen. Ich hoffe, die Pfeile machen das graphisch ausreichend deutlich. Zudem darf ich – im „Zeitalter der Esoterik“ – auf die Unmengen von Schriften zu diesen Zusammenhängen hinweisen.

Der Körper entwickelt sich von der Empfängnis über Kind- und Ju-



gendzeit zur vollen Leistungsfähigkeit im besten Mannes/Frauenalter und nimmt dann – langsam oder schneller – ab, bis er seine Körperfunktionen einstellt, stirbt.

Der Geist folgt weitgehend der körperlichen Entwicklung, verliert mit fortschreitendem Alter, nach meinen Erfahrungen, an Spontaneität und Spritzigkeit, bleibt aber noch lange – bei entsprechendem Training – wach und leistungsfähig. Ergebnisse des Geistes wie Gedanken, Ideen und Erkenntnisse, mündlich vermittelt oder schriftlich weitergegeben, überleben den Körper bei weitem.

Die Seele ist – nicht nur nach unserer christlichen Auffassung – ewig, geht in die Unendlichkeit ein.

Ich bin kein Seelsorger, doch stelle ich trotzdem die Frage: Welches von diesen drei Wesensmerkmalen des Menschen, das englische *essential* gefällt mir besser, pflegen wir am meisten?

Mich hat die Arbeit am Entwurf dieser graphischen Darstellung sehr nachdenklich gestimmt.

3. Leitbilder im Spannungsfeld von Idolen und Vorbildern

Spannung ist ein Begriff der Elektrizitätslehre und bedeutet die Potenzialdifferenz zwischen zwei Polen. Je größer die Differenz, umso größer die Spannung und das Spannungsfeld.

Nach diesem Modell aus der Elektrizität sind Vorbilder und Idole

Pole, die den spannungsbildenden Potenzialen entsprechen, das Leitbild ist hier der Leiter (Abb. 2).

Ist die Zielpotential des Menschen, sein Leitbild, auf die Transzendenz gerichtet, lässt er das Potenzial Vorbilder auf sich einwirken und damit deren Tugenden wie: Klugheit, Gerechtigkeit, Mäßigkeit, Tapferkeit und Glaube, Hoffnung, Liebe und Eigenschaften wie z.B. Fürsorge, Vertrauen, usw.. Die Werte wird er entsprechend einordnen nach folgender aufsteigender Rangordnung: Materielle, körperliche, geistige, seelische, religiöse Werte.

Idolen nachzueifern (nachahmen, nachäffen) bedeutet demgegenüber: Realisierung seines Leitbildes am Gegenteil der Tugenden, also an Lasten wie: Dummheit, Ungerechtigkeit, Zügellosigkeit, Feigheit und Irrglaube, Pessimismus und Egoismus und Eigenschaften wie Ellenbogenfreiheit, Misstrauen (68er). Die Rangordnung der Werte wird er auf den Kopf stellen oder, soweit es um moralische oder insbesondere religiöse Werte geht, sind sie für ihn, wie für seine diesseitsgerichteten Idole Zielscheibe für Hohn und Spott.

Dem Spannungsfeld Idole, habe ich diesseitsgerichtete Feldlinien zugeordnet, die auch stärker ausgeprägt sind. Der Volksmund drückt das einfacher aus: Zur Hölle führt ein breiter Weg.

Das Spannungsfeld Vorbilder habe ich durch schwächere Feldlinien ausgedrückt, entsprechend ih-

Leitbild im Spannungsfeld

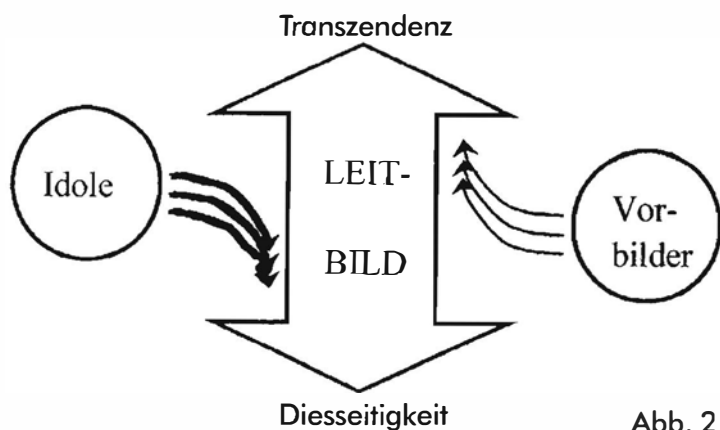


Abb. 2

rer geringeren Anziehungskraft im Vergleich zum Lebensinhalt oder Lebensziel „Spaß haben“. Goethe hat das so ausgedrückt: (Nur) „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Der Menschenkenner Wilhelm Busch beschrieb das oben von mir aufgebaute Spannungsfeld in seiner satirisch-humorigen Weise:

*„Ach ich fühl es, keine Tugend
ist so recht nach meinem Sinn!
Stets befind ich mich am wohlsten,
wenn ich damit fertig bin.“*

*Dahingehend so ein Laster,
ja das macht mir viel Pläsier;
und ich hab die hübschen Sachen
lieber vor als hinter mir.“*

Ich hoffe, es wird deutlich, dass wir in diesem Spannungsfeld der konkurrierenden Pole immer wieder zur Entscheidung herausgefordert sind, ob wir mit festen, markigen Knochen auf der Erde bleiben, oder mit dem Scheitel die Sterne berühren wollen.

Das Ziel unseres Lebens führt über viele Stufen von Teilzielen. In der Jugend sind es Teilziele wie Berufswahl, Partnersuche, Familiengründung und Sicherung der Lebensverhältnisse. Im Erwachsenenalter geht es um die Gestaltung des Familienlebens, Erfüllung in der Berufsausübung, die Pflege gesellschaftlicher Beziehungen. Mit fortschreitendem Alter beschäftigen einen Fragen, auf die man bisher keine Antwort gefunden hat. Man kann die Lebenserfahrungen auswerten, die Früchte seiner Bemühungen genießen – oder erleiden.

Es liegt in der Natur des Menschen, sich in der „Blüte der Ju-

gend“ oder im „besten Alter“ des Endes seines Lebens nur selten bewusst zu werden oder es sich bewusst zu machen, obwohl wir im Ave Maria doch beten „... jetzt und in der Stunde unseres Todes“ (die Osterreicher beten „... des Absterbens“).

Der Tod als Tatsache macht uns beim Sterben von Verwandten oder guten Bekannten na-

türlich betroffen. Am Grab betet der Priester „auch für den, der dem Verstorbenen als nächster vor das Angesicht Gottes folgen wird“. Auch manche gut katholische Christen stören sich an diese Erinnerung, man verdrängt gern, dass man selber „der Nächste“ sein könnte. Mit fortgeschrittenem Alter „kommen die Einschlüsse näher“, man stellt beim Lesen der Todesanzeigen fest: „Der/die war ja jünger als du“. Sicher wird, „... wer immer strebend sich bemüht hat“, die zwangsweise herbeigeführte Einsamkeit sinnvoll zu nutzen wissen.

Ich zitiere, was Professor Fabry einmal vorgetragen hat: Er wird sich vorbereiten „...auf den seinsmäßig bevorzugten Ort des Bewusstwerdens der Freiheit der Gottesbegegnung und der Entscheidung über das ewige Schicksal ..., auf den Tod als Augenblick der ganzheitlich-personalen Christusbegegnung ...“. – Das ist es, was ich mit dem Begriff Leitbild als Projektion des *end-gültigen* eigenen Lebenszieles deutlich machen wollte.

4. Vergleichende Vorstellung von Vorbildern und Idolen

Ich will es Ihnen und mir selbst ersparen, Idole der Unterhaltungs- und Spassgesellschaft im Bild zu zeigen. Sie begegnen einem an Kiosken und beim Zappen durch die Fernsender im Überfluss.

Auch die Idole der jüngeren Vergangenheit, Drittes Reich und DDR, die sich zu „ihrer Zeit“ überschwänglich feiern ließen, nach ihrem Fall jedoch anderen Schuld anlasteten,

dem Führer oder der Sowjetunion, werde ich nur kurz vergleichend skizzieren.

Ich maße mir nicht an, zu beurteilen, inwieweit auch Idole ihr ganz persönliches Leitbild mehr oder weniger gewissenhaft angestrebt und verwirklicht haben. Das steht nur Gott zu. Doch offensichtliche Verhaltensweisen in unterschiedlichen Lebenssituationen auch urteilend oder vergleichend darzustellen, ist m.E. erlaubt oder sogar notwendig!

Aus einer Fülle von Vorbildern, die ich anbieten könnte, habe ich drei ausgewählt, die – aus meiner Sicht – gerade in unserer Gegenwart und in der Vergangenheit, das Spannungsfeld zwischen Idol und Vorbild besonders deutlich machen.

4.1 Leben und Dienen, Prinzessin Diana und Mutter Teresa

Ein Teilnehmer an der o.a. Pädagogischen Woche, ein katholischer Religionslehrer, bekannte, er habe bei der Übertragung der Beisetzungsfeierlichkeiten für Prinzessin Diana geweint; Diana sei für ihn ein Vorbild gewesen, erst auf Nachfrage erwähnte er auch Mutter Teresa.

Ich erspare es mir Details aus dem Leben der Prinzessin auszubreiten. Tatsache ist, dass ihr bewegtes Leben, ihre Attraktivität und ihr tragischer Tod immer noch einen Markt bieten für seitenlange Bildberichte und immer wieder neue Erkenntnisse über noch „unbekannte doch wissensnotwendige Hintergründe“ ihres Lebens und Todes.

Mutter Teresa ist dagegen in der allgemeinen Presse bereits vergessen, und auch in unserer katholische Presse gibt es kaum noch Raum für Berichte über ihr Leben und Wirken.

Vor diesem Hintergrund lassen Sie mich einige Aussprüche dieser Frau in Erinnerung rufen, die m.E. mehr vom Wesen unserer Kirche verdeutlichen als dicke theologische Abhandlungen und demokratisch abgestimmte Forderungen an die „Institution Kirche“.

- „... Ich denke nie an die große Menschenmenge, sondern nur an den Einzelnen. Wenn man an die große Masse denkt, würde man erst gar nicht anfangen. Für mich ist jeder Einzelne wichtig ...“

- „... Es ist leicht, für Menschen in der Ferne zu beten. Es ist nicht immer leicht, die Menschen in unserer Nähe zu lieben ...“.
- „... Ich bin keine Politikerin. Ich habe auch keine Zeit, über große Programme nachzudenken ... Wenn jeder im Nächsten das Ebenbild Gottes sähe, glauben Sie denn, dass wir noch Panzer und Granaten brauchten? ...“
- „... Ja, aber wer ist denn die Kirche? Das sind doch wir, Sie und ich! Jesus braucht keine Paläste, nur Menschen brauchen dies. Aber die Kirche, das sind die, die ihm nachfolgen, sonst nichts“.

Mit ihrem Leben, ihrem Handeln und ihrem Tod bewies sie, dass sie nicht nur Sprüche machte!

4.2 Clemens August, Bischof von Münster „Nec Laudibus nec Timore“

Im Bonner Wasserwerk nahm ich einmal an einem Podiumsgespräch teil zum Thema: „Gegen das Vergessen“. Leiter des Gesprächs auf dem Podium war Dr. Helmut Herles. Gesprächsteilnehmer waren Frau Dr. Rita Süßmuth, Dr. Michael Friedmann, der tschechische Minister a.D. Jiri Grusa und Dr. Hans-Jochen Vogel. Schwerpunkt des Gesprächs und der Diskussion war das Schicksal der Juden. Dr. Friedmann berichtete u.a., dass er Herrn Schindler persönlich gekannt habe und es seiner Liste verdanke, dass er leben darf.

Dr. Vogel bekannte, dass er Hitlerjunge, aber auch Messdiener gewesen sei, von Judenverfolgung wohl gewusst, das Ausmaß und das Schicksal nicht einmal geahnt habe.

Daran knüpfte ich in der Diskussion an und bat, dass man auch mutige Männer nicht vergessen dürfe wie Clemens August Graf von Galen, den damaligen Bischof von Münster. Reaktion: Er hat gegen die Euthanasie gepredigt und einiges erreicht – aber – für die Juden hat er nichts getan!

Dieses „ja – aber“ halte ich für unerträglich: Keine Gemeinschaft oder Organisation hat sich so engagiert gegen die Lehre von „Blut und Boden“ gestellt wie die katholische Kirche. Und unter den Bischöfen war Clemens August einer der mutigsten



und fleißigsten, wenn wir nachlesen, wie viele Predigten er gehalten, Hirtenbriefe und Eingaben an Hitler selbst und NS-Behörden geschrieben hat.

Bischof Clemens August antwortete dem Reichsmarschall Göring, der sich „anmaßte“, den Bischof an seinen Treueid erinnern zu müssen:

„... Heute kann ich, in Beantwortung Ihres Schreibens vom 5. März 1942, erklären, dass ich in der seither verflonnenen Zeit nach dem Zeugnis meines Gewissens den Gott unserem Herrn in Ihre Hand geleisteten Eid treu gehalten und niemals verletzt habe. Wenn ich durch Eingaben an den Führer und Reichskanzler, an die Herren Minister und andere Behördenvertreter und auch in einigen meiner Predigten und Hirtenbriefe auf hervorgetretene Missstände und heraufziehende Gefahren hingewiesen und auf Abstellung gedrängt habe, so geschah das in Erfüllung meiner Amtspflichten. ... Wenn ich das gleich anderen deutschen Bischöfen auch noch in der Kriegszeit getan habe, so sah ich mich dazu verpflichtet durch das Vorgehen jener Stellen, die im Rücken des deutschen Heeres den Kampf gegen die christliche Religion und die katholische Kirche und gegen die Wahrung der unabdingbaren Grundrechte der menschlichen Persönlichkeit fortsetzen und dadurch die innere Geschlossenheit und die Widerstandskraft des deutschen Volkes gefährden...“.

Der Reichsmarschall schlich sich durch Selbstmord aus der Verantwortung vor dem deutschen Volk und dem menschlichen Gericht der Sieger. – Der Bischof überlebte den Krieg und den Nationalsozialismus.

Wir wissen heute, dass Hitler sich persönlich die Abrechnung für

die Zeit nach dem „Endsieg“ vorbehalten hatte. – Muß ich noch auf idol- und vorbildhaftes Verhalten eingehen?

Clemens August hat mich im Mai 1943 gefirmt. Haben Sie bitte Verständnis, wenn ich Ihnen noch etwas „erzählen“ möchte: Kurz vor Weihnachten 1945 wurde bekannt, Clemens August werde zum Kardinal erhoben. Pius XII. wollte mit dieser Geste ein Zeichen setzen! Im März wurde der Bischof von Münster zum Kardinal erhoben. Zum Empfang des Kardinals am 16. März 1946 schwenkte ich, das über die Verfolgungsjahre versteckte Jungscharbanner zusammen mit vielen Jugendlichen auf den Trümmern vor dem Hohen Dom zu Münster. Ich erinnere mich, wie Clemens August sich für die Liebe und Treue seiner Diözesanen bedankte; sie seien ihm ein starker Rückhalt gewesen – doch wohl auch der Grund, warum ihm die Gnade des Märtyrertodes vorenthalten geblieben sei. Bei der Erinnerung an diese Möglichkeit konnte der Kardinal vor innerer Ergriffenheit kaum weitersprechen.

Einige Tage später erfüllte sich sein Leben. Am 28. März geleiteten wir ihn zur irdischen Ruhestätte.

4.3 Thomas Morus, treu dem Gewissen und treu der Kirche

Gerhard Möbus stellt im Vorwort seiner Abhandlung, „Politik und Menschlichkeit im Leben des Thomas Morus“ die Frage: „...Was unterscheidet den Christen als Politiker vom nichtchristlichen Politiker?“ Leben und Sterben des Thomas Morus geben die Antwort: Das Gewissen!

Das Leben dieses erst 1935(!) heilig gesprochenen katholischen Politikers nachzuzeichnen und auszuwerten, erforderte eine ganze Vorlesungsreihe. Hier nur einige kurze Details:

- (1) Thomas Morus (1478 bis 1535) war ein weltoffener, geistreicher Mensch, gastfreundlich und sinnfroh. Als junger Mann schwankte er zwischen einem Gebetsleben in der Kartause oder einen Platz in der Welt. Er entschied sich für die Welt, heiratete, zeugte innerhalb von fünf Ehejahren vier Kinder; seine sehr junge, heiß geliebte Frau

starb nach dem vierten Kind. Schon einige Wochen später heiratete er eine deutlich ältere Witwe.

- (2) Als angesehener Jurist und Politiker stieg er schnell auf bis zum Lordkanzler, gegen seinen Willen in Vorahnung seines Schicksals: „...*Ungern bin ich an den Hof in die Dienste meines Königs gekommen, wie Seine Majestät dies selbst weiß; diese Würde zu übernehmen war am meisten gegen meinen Willen... Je erhabener das Amt ist, desto tiefer der zu befürchtende Fall, daran mahnt mich die Betrachtung der Würde an sich und des Vorgängers Schicksal ...*“

- (3) Die Vorahnung trog ihn nicht: Der Wille des Königs zu allmächtiger Herrschaft, Morus' abweichende Meinung in Sachen der Ehe des Königs mit Katharina von Aragon sowie seine Weigerung, den König als geistliches Oberhaupt der englischen Kirche anzuerkennen, schufen eine Lage, die Thomas Morus veranlasste, um seine Entlassung zu bitten.

Als er – nach der gewährten Entlassung – dem Drängen widerstand, den Eid auf die geistliche Oberhoheit des Königs zu leisten, wurde er verhaftet und in den Tower überführt, wo er, nach mehr als einem Jahr Haft, enthauptet wurde.

- (4) Es wird überliefert: Er sprach wenig vor seiner Hinrichtung, bat die Umstehenden, in dieser Welt für ihn zu beten, er wolle anderswo für sie beten. Dann bat er sie, ernstlich für den König zu beten, damit es Gott gefalle, ihm guten Rat zu geben, und beteuerte, er sterbe als des Königs guter Diener, aber zuerst als Diener Gottes.

Wie armselig nehmen sich dagegen die Einlassungen der Vasallen Hitlers im Nürnberger Prozess aus: Hitler hat alles befohlen, nur er hatte Schuld. Das eigene Gewissen hatte man sauber gehalten, man benutzte es eben erst gar nicht.

Und die Machthaber der DDR berufen sich heute auf Befehle aus der Sowjetunion, fühlen sich u.a. für Todesschüsse an der innerdeutschen



Grenze nicht verantwortlich, auch wenn sie die Befehle selbst unterschrieben und Soldaten ausgezeichnet hatten, die mal wieder einen "Durchbruch" verhindert hatten.

5. Zusammenfassung

Der Herr Pastor geht durch die Bergmannssiedlung und sieht, wie der Willi sich vergebens müht, seine Triumph zu starten. Jeden erfolglosen Versuch begleitet er mit einem schrecklichen Fluch. Der Herr Pastor bleibt stehen und ermahnt: „Willi, du hast doch bei mir gelernt, dass man nicht fluchen darf“. – „Aber wenn die verfluchte Maschine nicht anspringen will!“ – „Versuch es doch mal mit einem Stoßgebet.“ Willi tritt den Kickstarter durch und ruft grinsend: „O Maria hilf!“ Der Motor springt an, Willi fährt los und ruft: „Danke Herr Pastor!“ – Der Herr Pastor schaut dem Willi erstaunt nach: „Verdammt, dat hätt ich nich jedacht!“

Mich erinnert das Erstaunen des Herrn Pastor an das Verhalten vieler „gut“ katholischer Christen in unserer Zeit aus folgenden Gründen:

- (1) In der Welt-Geschichte nach Christi Geburt gab es Stürme, neue Ideen und Ideologien, neue Reiche, sogar solche mit Ewigkeitsanspruch – sie vergingen oder gingen leidvoll unter. Die Kirche erlebte auch Höhen und Tiefen, erholte sich aber immer wieder zu neuer Blüte dank begnadeter, vorbildlich lebender und wirkender Menschen.

Und engagierte Katholiken sorgen sich heute um die Zukunft unserer Kirche, aus der allein in diesem Jahrhundert Menschen hervorgegangen sind wie Edith Stein, Rupert Mayer, Maximilian Kolbe, Clemens August, Geschwister Scholl, Mutter Teresa, Karol Woytyla, und manche mehr!

- (2) Am 12. Mai 1917 setzt Lenin seine harte Linie der Bolschewiki durch. Niemand konnte damals ahnen, wie „erfolgreich“ er und Stalin Russland zur atheistischen Sowjetunion schmieden würden.

Die Mutter Gottes erscheint drei Kindern im damals staatsamtlich atheistischen Portugal am 13. Mai 1917 und in den Folgemonaten bis zum 13. Oktober. Sie verspricht die Bekehrung Russlands, wenn der Rosenkranz fleißig gebetet werden würde.

Tatjana Gortschewa, eine russische kommunistische Intellektuelle, durch zufällige(?) Meditation über das Vaterunser zur glühenden Christin verwandelt, fühlt sich angerührt, als eine Nonne ihr nach einem Vortrag unter Tränen sagt: Seit 40 Jahren bete sie für die Bekehrung Russlands, den Fatima-Rosenkranz. Nun habe sie von einer lebenden Zeugin erfahren, das die Gebete erhört wurden.

Und gewählte katholische Mandatsträger beklagen sich heute: Der Erzbischof wusste nicht besseres zu sagen als: Wir müssen viel mehr beten.

- (3) In umfangreichen Studien wird festgestellt, dass die Jugend Idolen nachläuft, sie nachäfft. Durch unappetitliche Figuren verantwortungsloser Filmemacher wird sie lieblos, egoistisch, streitsüchtig und gewalttätig gemacht.

Als Rufer in der Wüste verkündet Johannes Paul II. mit Charisma und Überzeugungskraft Gottesliebe, Nächstenliebe, Verständigung, Versöhnung und Gewaltlosigkeit weltweit, mahnt jedoch auch die Einhaltung der Gebote Gottes an.

In den Vereinigten Staaten wird er als mutiger Kämpfer für eine

Fortsetzung auf Seite 69, Sp. 1/2 u.

Generation 2000

Wirtschaft ist bei den heute 18 bis 24-jährigen Jugendlichen voll „in“. Eine Exklusivumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach für die „Wirtschaftswoche“ zeichnet ein ausgesprochen positives Bild der Wirtschaft bei der jungen Generation.

Wirtschaft vor Politik

Nach ihrer Einschätzung von Wirtschaft und Politik befragt, stellen die Jugendlichen der Wirtschaft ein wesentlich besseres Zeugnis aus als der Politik. Sie gestehen Wirtschaft und Politik zwar gleichermaßen zu, dass es um Zukunftsentscheidungen geht, dass man viel bewegen kann und etwas „passiert“. Aber interessante berufliche Chancen, hohe Anforderungen an die eigene Leistungsfähigkeit, dass sich Leistung lohnt und eigene Ideen verwirklicht werden können, rechnen sie eindeutig der Wirtschaft zu. In der Politik dominiert ihrer Meinung nach unproduktiver Streit. Ohne eine positive Einstellung zur modernen Technik ist eine derart breite Akzeptanz der Wirtschaft nicht denkbar, und alles spricht tatsächlich für eine Trendwende hin zur Technikfreundlichkeit. Während sich 1977 nicht einmal die Hälfte der Jugendgeneration für den technischen Fortschritt begeistern konnte, sind es 1997 wie-

der knapp 60 Prozent. Der Anteil der eingeschworenen Kernkraftgegner ist in den letzten 8 Jahren von knapp 30 auf 16 Prozent geschrumpft. Noch vor 10 Jahren sahen nur 8 Prozent der Jugendlichen die Gentechnologie positiv, heute sind es immerhin schon 15 Prozent.

Dass neue Technologien auch mit Risiken verbunden sind, akzeptieren 46 Prozent der Jugendlichen, während nur 34 Prozent bei einem Risiko auf technische Innovationen lieber ganz verzichten wollen – die Bevölkerung insgesamt ist dagegen mit 41 Prozent Risikobereitschaft und 42 Prozent Zurückhaltung bei neuen Technologien weitaus vorsichtiger.

Auf Leistung fahren die jungen Leute heute voll ab. Karriere machen, Aktien kaufen, sich selbständig machen, Verantwortung übernehmen das alles liegt für die breite Mehrheit unter ihnen im Trend. Mehr als die Hälfte plädieren für „mehr Eigeninitiative“ und „weniger Staat“, nur ein knappes Drittel sieht dagegen eher den Staat als den Bür-

ger in der Verantwortung, 20 Prozent bleiben unentschieden.

Unternehmer sind cool

Es ist konsequent, wenn auch in dieser Klarheit überraschend, dass 58 Prozent der befragten Jugendlichen Unternehmer voll „in“ finden. Die Kirche kommt dagegen mit nur 10 Prozent am allerschlechtesten weg. Politiker erfreuen sich mit 24 Prozent noch etwas größerer – wenn auch nicht großartiger – Anerkennung.

Wenn die jungen Leute jemandem einmal bei der Arbeit zusehen dürften, fänden sie den Unternehmer am interessantesten: 44 Prozent möchten dem Unternehmer über die Schulter schauen und nur 28 Prozent einem Politiker.

Wie finden sie das Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik Deutschland? Nur ein Viertel übt Kritik, aber 40 Prozent finden es eindeutig gut. Schlechter fallen dagegen die Zahlen zum politischen System aus: fast ein Drittel ist unentschieden, während 34 Prozent das politische System gut finden und mit 37 Prozent ein recht hoher Anteil unser politisches System bemängelt.

Der neue Wille zur Eigeninitiative lässt sich deshalb nicht nur mit dem positiven Trend zu mehr Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft koppeln, sondern auch mit einem offenbar tiefsitzenden Misstrauen gegenüber der Kompetenz von Politik und Staat. Denn auf die Frage, ob die Regierung die Sozialleistungen kürzen oder ausbauen soll, verlangen 41 Prozent den Ausbau, 31 Prozent die Beibehaltung und nur 16 Prozent eine Verringerung. Ganz klar aber die Absage an das bisherige Rentensystem: lediglich ein Drittel der Jugendlichen will es beibehalten, während die Hälfte für ein neues Rentensystem plädiert.

Elite: Ja bitte

Überhaupt kein Tabu mehr: das frühere Reizwort Elite. Drei Viertel der jungen Leute in Westdeutschland sind dafür, junge Menschen mit einer besonderen Begabung auch besonders zu fördern, nur 13 Prozent dagegen. Noch klarer ist die Einstellung in Ostdeutschland: 85 Prozent der Jugendlichen bejahen hier eine

Fortsetzung von Seite 68: „Leitbilder im Spannungsfeld“

geistig-sittliche Erneuerung und für seine Zivilcourage von der Presse zum Mann des Jahres gewählt.

In Deutschland dagegen nehmen viele engagierte katholische Christen ihn leider nur noch als lästigen Briefeschreiber wahr.

Mein Anliegen war es deutlich zu machen, dass der Attraktivität der Idole begegnet werden kann, wenn wir uns unserer Helden und Heiligen wieder intensiver bewusst werden; dass wir nicht dem pessimistischen „ja, aber“ verfallen, sondern uns offensiv zur Kirche, seinem Oberhaupt und den Bischöfen bekennen.

Lassen Sie mich mit Prinz Eugen

schließen, der wie ich auch Pionier war, und fühlen wir uns alle als seine Offiziere: *„Wir haben nur dann ein Lebensrecht, wenn wir stets, auch in größter Gefahr, noch als Vorbild wirken, doch in so leichter Weise, dass man es uns nicht zum Vorwurf machen kann!“*

Literatur

Strosing, Bernard: Clemens August, Bischof von Münster, in: AUFTRAG 150/1985, S. 60-68.

Möbius, Gerhard: Politik und Menschlichkeit im Leben des Thomas Morus.

Herder Spektrum, Bd 4373: Mutter Teresa, Zeiten der Barmherzigkeit.

Goritschewa, Tatjana: Von Gott zu reden ist gefährlich; Herder-Verlag 1984.

Eliteförderung gegenüber 6 Prozent Ablehnung und 9 Prozent Unentschiedenen.

Bemerkenswert am Rande, was Jugendliche alles als „cool“ angeben. Erstaunliche 44 Prozent halten „gute Umgangsformen“ für cool. Aber „Zungenpiercing“ ist immer noch cooler als „Bücherlesen“. Politisch aktiv zu sein ist nur für 19 Prozent der befragten Jugendlichen angesagt, in Bürgerinitiativen mitzumachen für 17 Prozent.

Politisches Interesse?

Immerhin finden es 12 Prozent cooler, CDU zu wählen als SPD (10 Prozent) oder Grüne (10 Prozent). Dass sie dabei nicht bloß das „C“ der CDU mit „cool“ verwechselt haben, zeigen Nachfragen: die CDU/CSU gilt bei ihnen als die kompeten-

teste politische Vertretung (32 Prozent) gegenüber der SPD (24 Prozent) und den Grünen (6 Prozent). Nach ihrer Parteisympathie gefragt, geben die Jugendlichen in Westdeutschland zu 44 Prozent die SPD, zu 37 Prozent die CDU/CSU, zu 13 Prozent die Grünen und mit nur 1 Prozent die F.D.P. an.

In Ostdeutschland kann dagegen die SPD mit 36 Prozent Sympathie rechnen, die CDU mit 30 Prozent, die Grünen mit 11 Prozent. Leider keine Überraschung, dass die PDS 10 Prozent an Sympathiewerten verbuchen kann und die Rechtsparteien immerhin noch 8 Prozent, verblüffend die höheren Werte für die F.D.P. mit 4 Prozent. Aber insgesamt lässt das Interesse der Jugendlichen an Politik zu wünschen übrig: während sich 52 Prozent der Bevölkerung für Politik interessieren, tun

dies von den 16- bis 24-jährigen lediglich 33 Prozent. 1989 waren es immerhin noch 44 Prozent dieses Bevölkerungsanteils.

Fazit: Die positive Einstellung zu Leistungswerten und zur Wirtschaft insgesamt lässt ausgesprochen hoffen. Eine offene und realistische Generation verdrängt den ideologischen Ballast, mit dem Eigeninitiative, Karriere und Unternehmertum jahrelang belastet wurden. Aber es muss nachdenklich machen, dass die Politik – und dabei nicht nur die Politiker, sondern die politische Ordnung und der Staat – weit weniger gut wekommt. Die innere Akzeptanz des freiheitlichen Staates ist in einer Demokratie aber unverzichtbar – dafür muss die Generation 2000 gewonnen werden.

(Kx, aus: Kirche und Wirtschaft, Jg 15-Nr. 13/1999, S. 2 f.)

BLICK INS NACHBARLAND POLEN

Polinnen im Waffenrock:

Kirche, Ehe, Kinder und Handkuss dennoch gefragt

Zum ersten Mal in Polens Geschichte wurde in der Grenzstadt des Landes eine Frau Kommandantin eines Grenzabschnitts: Frau Hauptmann – so die offizielle Anrede – Boguslawa Panvercz (39), der vier wichtige Grenzübergänge in Oberschlesien Richtung Tschechien unterstellt sind. Gleichzeitig bestanden erstmals 21 Abiturientinnen die strengen Aufnahmeprüfungen an Polens Militärakademien und Offiziershochschulen. Sie werden Verwaltung, Aufklärung, Kybernetik, Informatik, Elektronik und Navigation studieren, eine will Pilotin bei der Luftwaffe werden. In der Armee gibt es bereits 160 Ärztinnen, Apothekerinnen und Psychologinnen.

Spätestens seit der Jahrhundertwende als der Roman von Boleslaw Prus „Die Emanzipantin“ zur Pflichtlektüre in den Schu-

len gehört, ist die Emanzipation der Frau in Polen eine Selbstverständlichkeit. Sie ist jedoch eine andere als hierzulande, frei nach dem polnischen Motto: „Der Mann ist der Kopf, die Frau der Hals, der bekanntlich dezent den Ersten lenkt ...“ Die Frauenbewegung ist daher in Polen ein unbekanntes Wesen.

So ist auch die attraktive „Frau Hauptmann“, die einst den Pkw des Verfassers filzte, Mutter von zwei Kindern, die auch katholisch erzogen werden. Und so ist es auch bei den meisten 160 Damen in Offiziersuniform. Was die jungen Offizierstudentinnen anbelangt, so gaben sie einem Interviewer zu Protokoll, werden sie von der Militärseelsorge Gebrauch machen, gewiss eines Tages vor den Traualtar treten und Kinder haben. Nach Dienstschluss will jede >>

Walesa: Ohne den Papst keine

friedliche Revolution von 1989

Der ehemalige polnische Staatspräsident Lech Walesa hat die herausragende Rolle von Papst Johannes Paul II. für die friedliche Revolution in Osteuropa gewürdigt. „Ohne seine Unterstützung hätte es keinen Wandel im Osten gegeben“, erklärte der Gründer der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc am 13. September in München. Walesa, der in den achtziger Jahren zur zentralen Figur des Widerstands gegen das kommunistische Regime in Polen wurde und dafür den Friedensnobelpreis erhielt, forderte einen stärkeren Einfluss christlicher Werte auf die Politik. Die Zehn Gebote sollten für

das gemeinsame Haus Europa das zentrale Fundament werden.

Die deutsch-polnischen Beziehungen sieht Walesa auf einem guten Weg. Niemals zuvor habe es in der Geschichte eine größere Chance zur friedlichen Kooperation der beiden Nachbarn gegeben, sagte er im Hinblick auf die Diskussion um die Osterweiterung der Europäischen Union. „Polen kann man nicht überspringen“, so der Politiker. Deshalb sieht der Staatspräsident der Jahre 1990 bis 1995 keine Alternative zur raschen Osterweiterung der EU: „Wir haben die Chance, eine neue Ordnung für Europa zu schaffen, und unsere Kinder werden uns nicht verzeihen, wenn wir diese nicht nutzen werden.“ Ein erster Schritt in dieser Richtung sei die Öffnung der Grenzen und ein Austausch der jungen Generation. (KNA)

Frau im waffenrock voll Dame sein und erwartet nach polnischer Sitte auch den für Damen obligatorischen Handkuss.

(Joachim G. Görlich)

Polens erster evangelischer Feldbischof

Auf Beschluss der Synode der polnischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche wurde Pastor Ryszard Borski (Jg. 1960), der einst selbst auf dem Weg zum Berufssoldaten war, zum ersten evangelischen Bischof in der Geschichte der polnischen Armee ernannt. Bislang war Borski evangelischer „Chefkaplan“ der polnischen Streitkräfte.

In der Armee dient Borski seit vier Jahren und ist für die vier evangelischen Denominationen zuständig: die evangelisch-augsburgische, die evangelisch-reformierte, die baptistische und die „Adventisten des siebenten Tages“. Die römisch-katholische Kirche hat General Slawoj Leszek Głódz zum Feldbischof, die orthodoxe Bischof Miron.

Borski ist Absolvent

der „Christlichen Theologischen Akademie“ in Warschau, an der er eine Zeit lang tätig war. Danach war er als Diözesansekretär für deutsche evangelische Gemeinden in Schlesien zuständig. 1995 wurde er Bezirkskaplan und danach Militärdekan für den Wehrbezirk Schlesien.

Der neue Feldbischof ist verheiratet und hat drei Töchter.

Die evangelischen Gemeinschaften gehören zur absoluten konfessionellen Minderheit in Polen. Das evangelische „Ballungszentrum“ ist die süd-ostoberschlesische Region um die geteilte polnisch-tschechische Stadt Teschen. Diese Region gehörte bis zum Ende des I. Weltkrieges zur österreichischen Monarchie. (Joachim G. Görlich)

Bartoszewski ruft Deutsche und Polen zu Begegnungen auf

Zur persönlichen Begegnung zwischen Deutschen und Polen hat der frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski aufgerufen. Gerade solche Begegnungen seien nötig, um die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zu fördern, sagte der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels am 2. September im rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz. Er äußerte sich in seiner Rede bei einer Gedenkveranstaltung des Landtags zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939; damals überfiel Hitler-Deutschland Polen. Nur auf der Ebene der „Alltagsgeschichte“ könne die notwendige Normalität in der Beziehung zwischen Deutschland und Polen er-

reicht werden, unterstrich Bartoszewski. „Zeichen einer neuen Qualität“ in den deutsch-polnischen Beziehungen sieht Bartoszewski in bestimmten Entwicklungen nach dem Ende des sogenannten Kalten Krieges. Er verwies darauf, dass Deutschland und Polen jetzt erstmals in der Geschichte militärische Verbündete seien. Ausdrücklich wies Bartoszewski in seiner Rede dem Zweiten Weltkrieg eine negative Ausnahmestellung zu. Es habe sich nicht mehr um einen Krieg gehandelt, in dem sich Armeen auf dem Schlachtfeld gegenüberstünden, sondern es sei „ein Krieg gegen die Menschheit und gegen die Würde und das Wesen jedes Menschen“ gewesen.

(KNA)

Polens First Lady Vom Marxismus zum Christentum

In einem Interview mit der Warschauer „Katholischen Informationsagentur“ bekannte Polens First Lady, Jolanta Kwasniewska, jetzt: „Ich kann feststellen, dass ich mich in meinem Leben nach den Zehn Geboten richte. Unsere gesamte Familie und Sippe ist gläubig, alle Kinder sind getauft, mit meinem Mann bin ich bei vielen Taufpate“.

Das war wohl nicht immer so. Die attraktive Juristin und spätere erfolgreiche Unternehmerin ist die Tochter eines Obristen der Grenzeinheiten, die dem Innenministerium unterstanden. Sie galt als fanatische Marxistin. Es heißt, dass bei der „Wende“ sie als Lehrbeauftragte der Danziger Uni von wütenden Studenten aus dem Hörsaal mit einer Schubkarre herausgeführt wurde. Sie

lernte ihren Mann auch im Aktiv des kommunistischen Studentenverbandes kennen. Aleksander Kwasniewski, einst kommunistischer Jugendminister, ist der Sohn eines angesehenen Chirurgen jüdischer Provenienz. Seine Mutter, eine Krankenschwester, war aktive Katholikin.

Kwasniewski's erste Amtshandlung als Präsident war, das Kruzifix seines Vorgängers Lech Wałęsa aus dem Schreibzimmer zu verbannen. Das soll sich geändert haben. Jedenfalls besucht Kwasniewski, der sich großer Popularität erfreut, öfters die Kapelle im Präsidentenpalais. Die Kwasniewskis haben eine Tochter, Alexandra. Mutter Jolanta hob hervor, dass die junge Studentin seinerzeit zur ersten Hl. Kommunion ging. (Joachim G. Görlich)

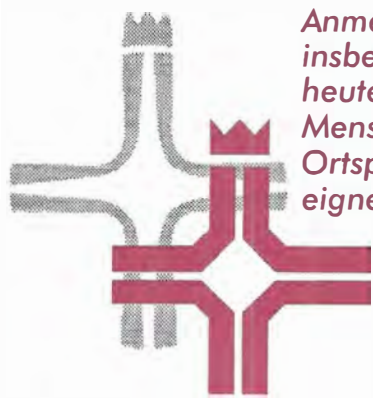
Thierse: Polen und Deutsche wollen verbindende Zukunft gestalten

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat die Jugend in Deutschland und Polen aufgerufen, an der Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Ländern „aktiv mitzuarbeiten“. Sie sollten „nachdrücklich allen Kräften entgegenreten, die das bisher schon Erreichte gefährden wollen“, betonte Thierse in einer Erklärung zum Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs vor 60 Jahren am 31. August in Berlin. Polen und Deutsche

hätten gemeinsam den Willen, „eine bessere, eine verbindende Zukunft“ zu gestalten. Dies sei möglich geworden, „weil unsere polnischen Nachbarn uns die Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben und viele in unserem Land entschieden und dankbar die ausgestreckte Hand ergriffen haben“, so der SPD-Politiker wörtlich. Die Wunden, die der Krieg hinterlassen habe, schlossen sich langsam, ihre Narben blieben noch lange sichtbar. (KNA)

KURZ NOTIERT

Der Weg für den Neubau der Vatikan-Botschaft in Berlin-Neukölln ist frei. Das Verwaltungsgericht Berlin wies am 5. August den Baustopp-Antrag einer Anwohnerin zurück. Sie hatte vorgebracht, der geplante Bau „verschalte“ ihre Eigentumswohnung. Das Gericht entschied dagegen, „Nachbarschaftsrechte“ würden nicht verletzt. Die vorgesehene Nutzung des Grundstücks beeinträchtige die Wohnqualität der Umgebung nicht. (KNA)



Anmerkungen zur historischen Entwicklung der Militärseelsorge allgemein und insbes. der Militärseelsorge in der Bundeswehr. Fazit: Militärseelsorge ist auch heute noch die große Chance für die Kirche; denn wo sonst kommt sie an junge Menschen heran, die von den üblichen Formen pastoraler Betätigung in den Ortspfarrreien oft nicht mehr erreicht werden. Der Beitrag von H. Havermann eignet sich gut als Vorlage für ein Grundsatzreferat über die Militärseelsorge.

Zur Entwicklung der Katholischen Deutschen Militärseelsorge

Heinrich Havermann

„Militärgeistlichen fällt die Aufgabe zu, Soldaten zu helfen mit Letztfragen menschlichen Lebens umgehen zu können.“ Dies ist der zentrale Gedanke in einem Aufsatz von Militärdekan Walter Theis mit grundsätzlichen Überlegungen zur Beteiligung der katholischen Militärseelsorge an internationalen Friedenseinsätzen.¹

Wer die zahlreichen Fernsehberichte der Einsätze von Soldaten allein in diesem Jahr aufmerksam verfolgt hat, wird sich nicht ohne Anteilnahme und Mitgefühl manches Mal gefragt haben, welchem menschlichen Elend und Leid der einzelne Soldat immer wieder ausgesetzt wurde. Das begann bei der Lawinenkatastrophe in den Tiroler Alpen und führte geradewegs in die verschiedenen Einsätze auf dem Balkan.

Wer sich der Fernsehbilder von der Lawinenkatastrophe in Tirol erinnert, wird die Berichte vom Einsatz der Militärgeistlichen des österreichischen Bundesheeres nicht vergessen haben. Der katholische Militärbischof selbst berichtete von der Arbeit der Militärgeistlichen bei den zum Einsatz über Jugoslawien kommenden Bomberbesatzungen auf italienischen Flugplätzen.² Die Anwesenheit von Geistlichen bei Soldaten im Einsatz entspricht der vielfach gemachten Erfahrung, dass bohrende Sinnfragen und ein auffallender Bedarf an Seelsorge gerade dann auftauchen, wenn Menschen in aktiver oder passiver Weise mit existentiellen Gefahren konfrontiert sind.

Den für eine solche Seelsorge engen Kontakt, ja die häufige Anwesenheit des Pfarrers am „Arbeitsplatz des Soldaten“ kann die normale Seelsorge nicht leisten. Die allgemei-

ne Seelsorge ist nach Diözesen und Pfarreien territorial organisiert. Sie ist ortsgebunden. Im Gegensatz dazu bildet die Militärseelsorge gleichsam ein Personalbistum. Ihr auffallendes Merkmal ist, dass sie personen-gebunden ist.

Die Seelsorge an und für Soldaten ist schon immer üblich gewesen. Der antike Schriftsteller Sozomeno weiß in seiner „Historia Ecclesiastica“ schon aus der Zeit Konstantins von einer organisierten Militärseelsorge zu berichten:

„Sooft er einen Krieg führen musste, pflegte der Kaiser ein als Kapelle ausgestattetes Zelt mitzunehmen, damit, falls er an einsame Orte käme, weder ihm noch seinem Heer eine heilige Stätte, um den Herrn zu loben, gemeinsam zu beten und den Gottesdienst zu feiern, fehlen sollte. Ihm folgten Priester und Diakone mit dem Auftrag, sich der heiligen Stätte zu widmen und dort die Gottesdienste zu halten. Seit jener Zeit hatte jede römische Legion ihre Zelt-Kapelle wie auch ihre für den Gottesdienst bestimmten Priester und Diakone.“³

Es ist also sicher, dass es eine geordnete christliche Militärseelsorge im römischen Heer seit dem Mailänder Toleranzedikt von 313 gab. Aus späterer Zeit ist bekannt, dass die kaiserliche Besatzung von Civitavecchia/Italien vom Ortsbischof Laurentius (†560) nach Rücksprache mit Papst Pelagius I. (556-561) ständige Feldseelsorger erhielt.

Nach der Christianisierung der germanischen Völker werden auch Priester in deren Heeren als Seelsorger erwähnt. Im fränkischen Reich organisierte Bonifatius (†754), der Apostel Deutschlands, im Jahre 742 die Militärseelsorge mit Feldbischöfen und -priestern für den Kriegsfall in Austrien. Dabei wurde das Waffentragen den Feldgeistlichen

ausdrücklich verboten. Entsprechende Bestimmungen erließ Karl der Große im Jahre 769.⁴

Wie in den Heeren des Mittelalters so blieb die Feldseelsorge auch in den Söldnerheeren der Reformationszeit unangetastet – jetzt allerdings je nach der Konfession des Territorial- bzw. Kriegsherrn katholisch oder evangelisch. Es kann nur ein Militärseelsorger gewesen sein, der nach Schiller in Wallensteins Lager die Kapuzinerpredigt gehalten hat:

Heisa, juchheia! Dudeldumdei!
Das geht ja hoch her. Bin auch dabei!
Ist das eine Armee von Christen?
Sind wir Türken? Sind wir Anti-
baptisten?
Treibt man so mit dem Sonntag Spott,
Als hätte der allmächtige Gott
Das Chirargra, könnte nicht dreinschlagen?...
Die Christenheit trauert in Sack und
Asche,
Der Soldat füllt sich nur die Tasche....
Und alle die gesegneten Länder
Sind verkehrt worden in Elender.
Woher kommt das? Das will ich euch
verkünden:
Das schreibt sich her von euern Lastern
und Sünden,
Von dem Gräuel und Heidenleben,
Dem sich Offizier und Soldaten ergeben....⁵

Schiller, der aus einer Soldatenfamilie stammte und um 1780 Regimentsmedikus im Württembergischen war, musste wissen, wie Militärseelsorger in einem Lager unter Soldaten auftraten. Der Kapuzinerpredigt dürfte man also wohl eine gewisse Originalität zumessen.

Ab dem 16. Jahrhundert zog übrigens der Hl. Stuhl die Aufsicht über die Militärseelsorge in der katholischen Welt an sich und ging vermehrt dazu über, sie exemt (d.h. von

der Jurisdiktion des Ortsbischofs freigestellt) mit einem unmittelbar dem Papst unterstellten Feldpropst im Rang eines Bischofs in den einzelnen Ländern zu organisieren. Bayern erhielt z.B. eine solche exemte Militärseelsorge bereits im Dreißigjährigen Krieg, die dann ab 1841/52 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges der jeweilige Erzbischof von München und Freising im Kriegsfall leitete. Wie Bayern, so wahrten auch Sachsen und Württemberg bis 1919 ihre Militärhoheit mit entsprechender Regelung der Soldatenpastoral.⁶

In der bayrischen Militärseelsorge des Ersten Weltkrieges war übrigens der selig gesprochene Jesuitenpater Rupert Mayer tätig. Er meldete sich 1914 freiwillig als Feldseelsorger und wurde dann als Divisionspfarrer der 8. Bayrischen Reservedivision zuerst in den Vogesen eingesetzt. Aus der Somme-Schlacht des Jahres 1916 wird von ihm folgende Episode berichtet: Während eines neuen feindlichen Angriffs habe man draußen zwischen den Granateinschlägen einen wimmernden Verwundeten auf der Trage liegen sehen; die Sanitäter hätten sich in Sicherheit gebracht. Plötzlich habe sich jemand schützend über ihn gelegt mit den Worten: „Sei still Kamerad! Wenn's einen trifft, trifft es mich zuerst!“ Es war sein Divisionspfarrer Mayer. Der wurde noch im Dezember des gleichen Jahres an der Ostfront so schwer verwundet, dass ihm das linke Bein amputiert werden musste. Motto für sein Handeln war: „Jeder Soldat muss wissen, dass er an seinem Pfarrer seinen treuesten, allzeit hilfsbereiten Freund hat, der ihn nie und nimmer im Stich lässt.“⁷

Abgesehen von Bayern, Sachsen und Württemberg, hatten die übrigen deutschen Länder sich schon im 19. Jahrhundert aufgrund einer Militärkonvention Preußen unterstellt. Für Preußen genehmigte der Hl. Stuhl 1849 eine zunächst dem Breslauer Fürstbischof übertragene Militärseelsorge, der ab 1868 ein exemter Feldpropst mit Bischofsweihe vorstand. Im Ersten Weltkrieg zählte die katholische Militärseelsorge in Preußen neben dem Feldpropst neun Militäroberpfarrer, 52 Divisions- und Garnisonpfarrer, einen Kadettenhauspfarrer, vier Militär-

hilfsgeistliche sowie 239 Zivilgeistliche als Militärgeistliche im Nebendienstamt.

Nach dem ersten Weltkrieg stand die katholische Militärseelsorge in der Reichswehr nach der Resignation des Feldpropstes Heinrich Joeppen 1920 zunächst unter der Leitung des Feldgeneralvikars Paul Schwamborn. Von ihm übernahm sie 1929 Franz Justus Rarkowski, der spätere Feldbischof der Wehrmacht.

Während 1929 eine „Evangelische militärkirchliche Dienstordnung für das Reichsheer und die Reichsmarine“ in Kraft treten konnte, kam eine solche für die katholische Militärseelsorge weder in der Reichswehr noch in der Wehrmacht zustande. Eine vertragliche Neuordnung erfolgte für die katholische Seite dann im Reichskonkordat von 1933 mit kirchlichen Statuten, die 1936 in Kraft traten. Die in Artikel 27 des Reichskonkordates von 1933 zugestandene katholische Militärseelsorge für die deutsche Wehrmacht knüpfte in ihrer exemten Rechtsform an die in Preußen seit 1849 bzw. 1868 geläufige Tradition an. Danach stand an der Spitze der katholischen militärkirchlichen Personaldiozese der ab jetzt nicht mehr Feldpropst, sondern so genannte Feldbischof mit dem von ihm bestellten Feldgeneralvikar als Leiter einer eigenen Verwaltungsbehörde. In seiner dienstrechtlichen Stellung war der Feldbischof in militärkirchlichen Angelegenheiten ausführendes Organ des Reichskriegsministeriums.⁸

Lassen wir über die Militärseelsorge im Zweiten Weltkrieg einen der vielen Pfarrer selbst berichten. Der ehemalige Dechant Otto Fangohr erinnerte sich:

„...Es muss im Herbst 1942 gewesen sein, als ich zu der sächsischen Division 255 unter General Hoppe versetzt wurde. Es war ein schwerer Winter und mit Schlitten und Pferd habe ich damals die Truppenteile vom rückwärtigen Tross am Hauptverbandsplatz bis in die Schützengräben hinein besucht... Im Schützengraben feierte ich keine Messen. Das ging nur in zurückgezogener Stellung. In den Schützengräben konnte ich nur Besuche machen und Gespräche führen... Man war auch selbst ständig mit extremen Situationen konfrontiert. Einmal war ich bei einem Angriff dabei. Es ging über ein freies Gelände. Der Russe schoss, und die Unseren fie-

len. Da lagen die Sterbenden, die ich sofort versehen musste, und ich bin von einem zum anderen gekrochen. Auch bei Operationen war ich dabei... Ich hielt mich viel auf Hauptverbandsplätzen auf, wo frisch Verwundete hinkamen. Dabei waren es für mich schöne Erlebnisse, wenn ich manch einem zur Seite stehen und Trost geben konnte. Da brauchte man keine großen Sprüche zu machen. Hauptsache, man war da.“⁹

Die Katastrophe Deutschlands unter dem Nationalsozialismus hinterließ auch ihre Spuren an der Militärseelsorge der Wehrmacht. Immer wieder wurde behauptet, Militärfarrer hätten Waffen gesegnet und Durchhalteparolen gepredigt. Der Fall Deutschlands nach der Terrorherrschaft Hitlers war zu tief, als dass eine Institution hätte ohne Kratzer davon kommen können.

Ohne das eigene Denken von den Schrecken der Vergangenheit lähmen zu lassen und damit unfähig zu werden, die Gegenwart verantwortungsbewusst zu gestalten, muss der Soldat eine Seelsorge für sich einfordern. Das Recht dazu gibt ihm die im Artikel 4 unseres Grundgesetzes garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit. Dieses Freiheitsrecht wird konkretisiert im § 36 des Soldatengesetzes, der verspricht: *„Der Soldat hat einen Anspruch auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung.“* Die ihm im gleichen Gesetz auferlegte Pflicht, *„der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und Recht und Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“*, bringt ihn unter Umständen nicht nur in Gefahr für Leib und Leben, sondern auch in Lagen, in denen er selbst Gewalt zum Schaden für andere anwenden muss. Nur Funktionäre und gedrillte Söldner können das ohne Skrupel leisten. Soldaten müssen sich immer wieder mit den ethischen und moralischen Anforderungen ihres Berufes auseinander setzen. Dazu brauchen katholische Soldaten dringend des Beistands ihrer Militärfarrer.

Und die Kirche kann die Soldaten nicht allein lassen, wenn sie ihren biblischen Missionsauftrag ernst nimmt. Wenn es der Kirche, wie das Zweite Vatikanische Konzil dann feststellt, um die Rettung der menschlichen Person und um den rechten Aufbau der menschlichen

Gesellschaft geht, wenn die Kirche also, wie es heißt, den einen und ganzen Menschen, mit Leib und Seele, mit Herz und Gewissen, mit Vernunft und Willen im Mittelpunkt ihrer Bemühungen sieht¹⁰, dann können bestimmte Menschen, bestimmte Bereiche des menschlichen bzw. gesellschaftlichen Lebens nicht von der Aufmerksamkeit und Sorge der Kirche ausgeschlossen werden. Und so verfügt denn auch das vom gleichen Konzil erlassene „Dekret über die Hirtenaufgabe der Bischöfe in der Kirche“: „Da auf die geistliche Betreuung der Soldaten wegen ihrer besonderen Lebensbedingungen eine außerordentliche Sorgfalt verwendet werden muss, wird nach Möglichkeit in jedem Land ein Militärvikariat errichtet.“¹¹

Die am 21.04.1986 durch Papst Johannes Paul II. in Kraft gesetzte Apostolische Konstitution „SPIRITUALI MILITUM CURAE“ ist gleichsam das Rahmengesetz für die weltweite Organisation der Militärseelsorge. Die Konstitution stellt einleitend fest: „Für die Militärseelsorge hat die Kirche den verschiedenen Erfordernissen entsprechend stets mit außerordentlicher Bedachtsamkeit Sorge getragen. Die Soldaten stellen nämlich eine eigene Gesellschaftsklasse dar und bedürfen – wegen ihrer besonderen Lebensbedingungen – ... einer konkreten und besonderen Form der Seelsorge ...“ Im Einzelnen regeln die Bestimmungen der Konstitution

- die Einrichtung von besonderen, den Diözesen angeglichenen Kirchenbezirken zur Durchführung der Militärseelsorge mit der Bezeichnung Militär- oder Feldordinariat;
- die Stellung und Jurisdiktion des Militärbischofs und seiner Geistlichen;
- die Zugehörigkeit zu einem Militärordinariat, das danach Soldaten und ihre Familienangehörigen sowie alle die umfasst, die in den Streitkräften gesetzlich eingebunden sind bzw. sich in Militärhospitälern befinden.

Diese Bestimmungen werden jeweils präzisiert und konkretisiert mit dem Statut, durch das der Hl.Stuhl unter Berücksichtigung der rechtlichen, politischen wie militärischen Gegebenheiten ein Militärordinariat in irgendeinem Land einrichtet.

Die „Päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“ wurden gemäß den Vorschriften dieser Apostolischen Konstitution letztmalig am 23.11.1989 erlassen, nachdem – wie es in der Einleitung heißt – diese neuen, in deutscher Sprache verfassten Statuten ordnungsgemäß von der Kongregation für die Bischöfe geprüft worden waren und gemäß Schlussprotokoll zu Artikel 27 Absatz 4 des zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich am 20. Juni 1933 abgeschlossenen Konkordats das Benehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hergestellt worden war. Mit diesen Statuten wird festgelegt:

- Der **Militärbischof** ist ein in der Bundesrepublik residierender Diözesanbischof, er richtet seine Kurie am Sitz der Bundesregierung ein.
- Der Militärbischof hat alle Rechte und Pflichten eines Diözesanbischofs, seine **Jurisdiktion** ist aber nicht ausschließlich, d.h.: sie entzieht die dem Militärbischof unterstellten Gläubigen nicht der Gewalt des Ortsbischofs und des Ortspfarrers. Diese dürfen in der Militärseelsorge jedoch erst an zweiter Stelle, immer aber kraft eigenen Rechts tätig werden.
- Dem Militärbischof unterstehen alle katholischen Soldaten und ihre Familienmitglieder, ebenso die katholischen Familienangehörigen von Soldaten, die nicht katholisch sind.
- Der Militärbischof errichtet und verändert im Benehmen mit den zuständigen Bundesbehörden Seelsorgebezirke, durch die der Personenkreis eindeutig bestimmt wird, für den ein Militärgeistlicher zuständig ist. Er vollzieht die kirchliche Ernennung der Militärgeistlichen und beantragt deren Berufung in ein Beamtenverhältnis.
- Die **Militärgeistlichen** sind bei ihrer seelsorglichen Tätigkeit ausschließlich kirchlichem Recht unterworfen und von staatlichen Weisungen unabhängig.
- Wo die Einstellung von hauptamtlichen Militärgeistlichen nicht möglich oder nötig ist, be-

stellt der Militärbischof **Militärgeistliche im Nebenamt**, nachdem er die Zustimmung des Ortsbischofs und die der zuständigen Bundesbehörde eingeholt hat.

- Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Militärseelsorge ein wichtiger Teil der Gesamtseelsorge ist und es sich für eine geordnete und fruchtbare Wahrnehmung der Seelsorge empfiehlt; für je 1.500 katholische Soldaten wenigstens einen hauptamtlichen Seelsorger bereitzustellen, sollen die Diözesanbischofe und die Ordensoberen dem Militärbischof eine hinreichende Anzahl geeigneter Geistlicher zur Verfügung stellen.
- Der Militärbischof regelt im Einvernehmen mit den Diözesen die Verwendung der **Kirchensteuern**, die von Gläubigen erhoben werden, die seiner Jurisdiktion unterstehen.
- Hilfskräfte – Pastoralreferenten, Pfarrhelfer – werden aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Militärbischof und dem Bundesminister der Verteidigung eingesetzt.
- Auf der Ebene des Militärbischofs wird die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten als Zusammenschluss von Vertretern des Laienapostolates und für die Seelsorgebezirke werden **Pfarrgemeinderäte** eingerichtet.

Unangefochten von der öffentlichen Meinung gibt es z.B. eine Krankenhausseelsorge oder eine Studenten- bzw. Gefängnisseelsorge. Hier scheint der Auftrag der Kirche eindeutig. Anders verhält es sich offensichtlich mit dem Institut der Militärseelsorge. Schon der Begriff ist ja angesiedelt im politisch-gesellschaftlichen Bereich mit höchst brisanten Stichworten wie Staat und Kirche, Krieg und Frieden, Gehorsam und Widerstand. Muss hier die staatskirchenrechtlich verankerte Religion nicht notwendigerweise Instrument des je aktuellen Sicherheits- und Wehrkonzepts werden? Die überaus reservierte Haltung kirchlicher Stellungnahmen aus dem Bereich der ehemaligen DDR zur Frage, ob die staatskirchenrechtlich institutionalisierte Militärseelsorge

der bisherigen Bundesrepublik Deutschland auch in die neuen Bundesländer übernommen werden sollte, aktualisierte das Thema im letzten Jahrzehnt noch einmal.¹²

Nicht jeder Skeptiker hat die Chance, Militärseelsorge im Alltag zu erfahren. Doch muss den unvoreingenommenen Kritiker eigentlich schon die vom Generalinspekteur der Bundeswehr erlassene „Weisung für die Zusammenarbeit mit den Militargeistlichen“ davon überzeugen, dass die heutige Militärseelsorge keine Neufassung des Bündnisses von Thron und Altar ist. Die ersten zwei Absätze dieser Weisung lauten:

- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit sind Grundpfeiler und Wesensmerkmale unserer freiheitlichen Lebensordnung. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet die ungestörte Religionsausübung und bekräftigt den Anspruch der Soldaten auf Seelsorge. Sie bekennt sich darüber hinaus gesetzlich zur Mitverantwortung für die freie religiöse Betätigung und die Ausübung der Seelsorge in der Bundeswehr. Deshalb ist die Bundeswehr verpflichtet, nicht nur für die Verwirklichung der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit einzutreten, sondern auch die Militärseelsorge zu unterstützen. Daraus erwachsen dem militärischen Vorgesetzten konkrete Aufgaben, unabhängig von seiner persönlichen Einstellung zu religiösen Fragen.
- Militärseelsorge geschieht im kirchlichen Auftrag und ist damit Kirche unter den Soldaten und ihren Familien. Sie dient der persönlichen Begegnung des Soldaten mit Gott und der Gemeinschaft seiner Kirche, insbesondere in Gottesdienst und Seelsorge. Auf der Grundlage christlichen Glaubens hilft sie dem Soldaten, Wertmaßstäbe für sein Leben zu finden und die Verantwortung zu tragen, vor die er als Waffenträger gestellt ist. Militärseelsorge ist kein Instrument der militärischen Führung...

Eine aktuelle Informationsschrift des Katholischen Militärbischofsamtes spricht von

- Kirche unter Soldaten
- Seelsorge am Arbeitsplatz

- Die Menschen da abholen, wo sie stehen – dieser Grundsatz, so meint die Schrift, wird heute allenthalben zu recht betont. Vor allem gilt dies für den seelsorglichen Zugang zum Menschen. Die Militärseelsorge ist seit mehr als vier Jahrzehnten ein Beispiel dafür.

Abgesehen von Übungs- und Einsatztagen, weist die Militärseelsorge in äußerlich geordneter Umgebung wie die allgemeine Seelsorge etwa die folgenden Aufgabenfelder auf:

- Seelsorgliche Begleitung an den Wendepunkten des Lebens wie Ehe, Geburt, Todesfälle und Ortswechsel bei Versetzungen;
- Seelsorgliche Begleitung derer, die ihre christliche Bereitschaft auch im Dienstalltag ernst nehmen und dafür geistliche Führung erwarten;
- Seelsorgliche Begleitung in Situationen individueller bzw. gemeinschaftlicher Krisen;
- Seelsorgliche Begleitung, die darin besteht, einfach da zu sein.¹³

Die Masse der Zeit müssen Militargeistliche im normalen Friedensalltag wohl dem so genannten Lebenskundlichen Unterricht widmen, abgekürzt: LKU.

Als die Bundeswehr entstand, wurde von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an die politische Führung die Bitte herangetragen, innerhalb des militärischen Dienstes Zeiten und Gelegenheiten zu schaffen, die nicht nur der funktionalen militärischen Ausbildung dienen, sondern auch der Schärfung der Verantwortlichkeit des Soldaten. Man hatte damals überlegt, wer in einer geistig pluralen Gesellschaft diesen Bildungsauftrag am ehesten sachgerecht wahrnehmen kann. Die Zuständigkeit für den Lebenskundlichen Unterricht, verstanden als Information des Gewissens und Hilfe zum verantwortlichen Handeln, wurde den Kirchen übertragen und zwar wegen der ethischen Komponente der Verantwortung, die wiederum religiöse Überzeugungen berührt.

Die einschlägige Vorschrift ZDv 66/2 fordert, dass in jedem Monat zwei in der Regel zusammenhängende Stunden für die einzelnen Unter-

richtsgruppen vorzusehen sind. Damit bildet der Lebenskundliche Unterricht einen festen und großen Bestandteil des Pensums, das ein Militärfarrer zu leisten hat. Der vormalige Militärgeneralvikar Dr. Niermann meinte einmal:

„...Wir meinen, dass dem Lebenskundlichen Unterricht eine wichtige Stelle zukommt. Die Frage ‚Wie soll sich ein Christ verhalten?‘ stellt sich nicht nur für die individuelle Existenz und im privaten Raum, sondern auch, und oft noch schärfer, im Arbeitsbereich, also für den Soldaten im Dienst. Von den Gegebenheiten des Arbeitsbereiches ergeben sich auch die Bedingungen für die Antworten auf solche Fragen. Solche Fragen werden heute nicht mehr nur im individuellen Gespräch, sondern mehr noch in der Form von Bildungsprozessen gestellt und diskutiert. Darauf weist schon die Ausweitung der Erwachsenenbildung hin...“¹⁴

Die schon erwähnte aktuelle Informationsschrift zur Militärseelsorge weist darauf hin, dass nicht selten die thematische Beschäftigung mit Fragen der Lebensführung im LKU Ausgangspunkt für weiterreichende Kontakte oder gar persönliche Gespräche zwischen dem einzelnen Soldaten und seinem Militärseelsorger ist.

Möglichkeiten und Angebote der Militärseelsorge über den Lebenskundlichen Unterricht und über die Gottesdienste hinaus sind die so genannten Intensivformen der Seelsorge nämlich Rüstzeiten oder Exerzitien, Familienwerkwochen oder auch Wallfahrten.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist ein vom Militärbischof anerkannter Verband, der Katholiken in der Bundeswehr und Soldaten in der katholischen Kirche eine geistige Heimat bieten will. Ihre Mitglieder bemühen sich, aus dem Glauben der katholischen Kirche zu leben und sich an ihrer Friedens- wie Soziallehre zu orientieren.

Die letzten zehn Jahre haben zu einschneidenden Veränderungen auch in der Militärseelsorge geführt:

- Die Bundeswehr – bis zur Vereinigung Deutschlands etwa zur Hälfte jeweils evangelisch oder katholisch – setzt sich heute

etwa aus einem Drittel evangelischer, einem weiteren Drittel katholischer Christen und einem letzten Drittel Heiden zusammen. Beunruhigend dabei ist m.E. nur die Tatsache, dass beim Führernachwuchs der Anteil derer, die aus den ostdeutschen Ländern stammen und ohne jegliche Kenntnis des Christentums sind, außerordentlich hoch ist.

- Die Reduzierung des Umfangs der Bundeswehr und die der in der Bundeswehr dienenden Katholiken hat zu einer Verringerung des Planstellenumfangs der Militärgeistlichen geführt.
- Die Auflösung vieler Truppenteile der Bundeswehr und die Aufgabe vieler Standorte hatte zur Folge, dass die Seelsorgebezirke der Militärpfarrer weiträumiger wurden mit der Folge, dass die Fahrtzeiten zunahmen.
- Die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen außerhalb des Landes machte es notwendig, Militärgeistliche vorrangig den Einsatztruppenteilen zuzuordnen. Das wiederum hatte zur Folge, dass Seelsorgebezirke immer

häufiger vakant wurden – was aber in der katholischen Militärseelsorge nicht etwas völlig neues war; denn der „*Pater Vacantius*“ war ein häufige Erscheinung, seitdem die Orden nicht mehr in der Lage waren, die Militärseelsorge gebührend mit Seelsorgern zu unterstützen.

Allen Schwierigkeiten zum Trotz bleibt weiterhin die Erfahrung gültig: Militärseelsorge ist auch heute noch die große Chance für die Kirche; denn wo sonst kommt sie an junge Menschen heran, die von den üblichen Formen pastoraler Betätigung in den Ortspfarrreien schon gar nicht mehr erreicht werden.

Anmerkungen:

- ¹ vgl. Walter Theis „Seelsorgliche Begleitung bei internationalen Friedenseinsätzen“ in AUFTRAG, Heft 231, S. 45
- ² vgl. RHEINISCHER MERKUR – CHRIST UND WELT, Nr. 15. vom 09.04.1999, S. 25, Sp. 4
- ³ vgl. „Für eine wirksamere Seelsorge unter Soldaten“ in „Kompaß/Soldat in Welt und Kirche“, Nr. 13 vom 20.06.1986
- ⁴ Hans Jürgen Brandt „Zwischen Weltflucht und Anpassung – Zur Geschichte

der Militärseelsorge...“ in „Mensch, was wollt ihr denen sagen?“, hrsg. Katholisches Militärbischofsamt, Augsburg 1991, S. 10

- ⁵ zitiert nach „Kleine Feldpostille“, hrsg. Helmut Ibach, Osnabrück 1962, S. 103 f.
- ⁶ Hans Jürgen Brandt „Zwischen Weltflucht und Anpassung – Zur Geschichte der Militärseelsorge...“, a.a.O., S. 10 f.
- ⁷ vgl. Hans Jürgen Brandt „Selig seid ihr – denn so haben sie auch schon vor euch die Propheten verfolgt“, Sonderheft 1987 der Zeitschrift MILITÄRSEELSORGE, 2. Auflage, Bonn 1987, S. 5 und 41 ff.
- ⁸ Hans Jürgen Brandt „Zwischen Weltflucht und Anpassung – Zur Geschichte der Militärseelsorge...“, a.a.O., S. 11 ff.
- ⁹ Otto Fangohr „Herr Pfarrer, die kriegten mich nicht tot!“ in „Mensch, was wollt ihr denen sagen?“, hrsg. Katholisches Militärbischofsamt, Augsburg 1991, S. 90 ff.
- ¹⁰ vgl. „Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute“, Nr. 3 in „Zweites vatikanisches Konzil – 4. Sitzungsperiode“, Osnabrück 1966, S. 264
- ¹¹ zitiert bei Martin Gritz „Militärseelsorge“ in „Handbuch der Pastoraltheologie“, Bd. III, 2. Auflage, Freiburg
- ¹² vgl. Hans Jürgen Brandt „Zwischen Weltflucht und Anpassung – Zur Geschichte der Militärseelsorge...“, a.a.O., S. 7f.
- ¹³ vgl. Walter Theis „Seelsorgliche Begleitung bei internationalen Friedenseinsätzen“ in AUFTRAG, Heft 231, S. 43
- ¹⁴ vgl. „Die Kirche und die Soldaten“, Sonderdruck aus HERDERKORRESPONDENZ, November 1972 □

BRIEFE AN DIE REDAKTION

„Vater unser im Himmel! und auf Erden?“

Ich möchte Ihnen für diesen ausgezeichneten AUFTRAG Heft 236 ganz herzlich danken. Jeder Artikel ist aktuell und regt zur Diskussion an. Als kleines Dankeschön zum Thema „Vater unser im Himmel ... und auf Erden“ eine Anekdote mit Konrad Adenauer, die ich selbst erlebt habe.

In den ersten Nachkriegsjahren trafen sich die Präsidien der KAB-Westdeutschlands Jahr für Jahr in Düsseldorf zum sog. „Schwarzen Landtag“. Prominente Redner aus Politik und Gesellschaft wurden engagiert. So war auch Konrad Adenauer einmal dort. Nach der Veranstaltung hatte ich die Ehre, im kleinen Kreis mit dem Bundeskanzler zu essen. Der Kanzler forderte mich dabei auf, vor Tisch zu beten. Ich sprach ein kurzes Tischgebet und schloss ein „Vater unser“ an. Anschliessend nahm Konrad Adenauer die vorletzte Bitte des Vaterunsers auf und sagte: „Meine Herren, da stimmt etwas nicht im Vater-

unser. Das tut der liebe Gott nicht: ‘... und führe uns nicht in Versuchung ...’! Ich habe darüber in unserer Kajüte in Rhöndorf beim Frühstück mit meinem Sohn, der ja auch Priester ist, diskutiert und den Standpunkt vertreten: Das muss ein Übersetzungsfehler sein. Es muss heißen: ‘... und führe uns in der Versuchung!’ – Daran schloss sich bei Tisch eine lebhafte Diskussion an.

Msrgr. Rudolf Winter,
Hamm, 15.07.1999

Statt Blumen

Beim Durchblättern des neuen AUFTRAG's bin ich ja zum ersten Mal in meinem Leben wirklich begeistert gewesen (und das nicht nur, weil ein Jugendbildnis von mir drin ist!). Themenauswahl und Texte (etwa der Vortrag des Bischofs von Münster bei der HUS, aber auch die Dokumentation der Woche der Begegnung und die historischen Artikel) haben mein Interesse derart geweckt, dass ich die Zeitschrift so

richtig zum Lesen mit nach Hause genommen habe.

Ein ganz dickes Kompliment möchte ich Ihnen auf diesem Wege machen und danken für die Information, die ich mir anderenfalls mühsam hätte zusammensuchen müssen – wenn es überhaupt so weit gekommen wäre. Und weil's mich so begeistert hat, habe ich die Liste der Abnehmer gleich 'mal erweitert und warte jetzt auf Rückmeldungen.

Herzlichen Dank, einen schönen Sommer und viele Grüße aus dem Großen Hauptquartier!

Hans-Joachim Wahl

Deutscher Katholischer Militärgeistlicher SHAPE/Belgien, 19.07.1999

„Gehorsam, pflichtbewusst ...“

Beiliegend erhalten Sie meine Stellungnahme zum Artikel „Gehorsam, pflichtbewusst und opferwillig“ von Th. Breuer in der Ausgabe Nr. 235 Ihrer Zeitschrift AUFTRAG (Anm. der Redaktion: zur Stellungnahme siehe Seite 31).

Den Artikel von Helmut Jermer „Innere Führung – auf den Punkt gebracht“ finde ich ausgezeichnet nicht zuletzt aus der Sicht des Berichterstatters für diesen Bereich im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und den von Jürgen Nabbefeld „Der Last der Freiheit nicht ausweichen!“ ebenso als ehemaliger Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung. Ihnen gratuliere ich aufrichtig zu Ihrem Wirken und wünsche weiterhin viel Erfolg!

*Josef Rommerskirchen,
Wachtberg-Niederbachem,
20.08.1999*

Ein Genuss

Gestern erhielt ich die neue Ausgabe des AUFTRAG's 236. Herzlichen Dank!

Er ist eine gute Mischung von Informationen, Darstellung und Bewertung aktueller Probleme und geschichtlicher Rückblicke. Die Aufmachung ist ansprechend und lädt zur Lektüre ein. Es ist ein Genuss, den AUFTRAG zu lesen.

*Prälat Hermann-Josef Kusen,
Wehrbereichsdekan III a.D.,
Düsseldorf, 16.07.1999*

Christen in Syrien

In den beiden Ausgaben des AUFTRAG Nr. 235/1999 und 236/1999 haben Sie einen längeren, zweigeteilten Beitrag mit dem Titel „Syrien und die Lage seiner christlichen Minderheit“ des Autors Oberst Volker W. Böhler veröffentlicht.

Mit viel Interesse habe ich diesen Bericht gelesen. Der Autor hat in einer sehr eindrucksvollen, anschaulichen und gut verständlichen Art und Weise die Situation der christlichen Minderheit in Syrien aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt. Sicher war diese ausführliche Darstellung nicht nur für mich neu – hier ist insbesondere die Vielzahl der christlichen Kirchen in diesem Land im Nahen Osten zu erwähnen. Besonders lehrreich waren meiner Meinung nach die Beschreibungen der hauptsächlich christlichen Denominationen in diesem geschichtsträchtigen Umfeld. Darüber hinaus außergewöhnlich interessant ist das Resümee von Oberst Böhler als Ausblick in die Zukunft der Christen in Syrien

zu werten. Als ehemaliger Militärattache in Syrien konnte er „live“ die notwendigen Erfahrungen sammeln, die er in seinen Bericht einfließen ließ und die ihn zu einem authentischen Kenner der „Szene“ haben werden lassen.

Ich persönlich würde mir mehr Beiträge dieser Art im AUFTRAG zu lesen wünschen. Vielen Dank für die Veröffentlichung dieses Artikels von Oberst Böhler.

*Wilfried Puth,
Hauptmann, LwVersRgt 8,
Mechernich, 25.08.1999*

diverses

Ihr „Editorial“ finde ich sehr gut! Die ganze Nr. 236 ist wieder sehr reichhaltig und thematisch weit gestreut, was ja bei solchen Zeitschriften sehr wichtig ist.

Ich bin neugierig auf das neue Soldatengesang- und -gebetbuch, weil ich natürlich das vom letzten Krieg gut kenne.

Auch der Beitrag über Syrien hat mich sehr interessiert.

Zu S. 50 links unten: Dass Herr Oberst a.D. Marohl, damals Leutnant, am 20.07.44 das Attentat auf Hitler einen „Mist in der Heimat“ genannt hat, ist mir trotz seiner bei Cassino für ihn persönlich nahe liegenden konkreten Sorgen verständlich. Ich war an jenem Tag zwischen zwei Abstellungen in einer Sanitäts-Ersatzabteilung in Hamm. Wir trafen uns, wie jeden Abend mit (vermeintlich) lauter gleich Gesinnten (Antinazis). Einer sagte: „Mensch, dass das nicht geklappt hat!“ Ein anderer (Pater!) zeigte ihn beim Kriegsgericht an und nannte mich als Zeugen. Ich musste zur Vernehmung. Ich konnte den Kameraden nur durch massive Lügen und Verdrehungen von einer Anklage befreien. Ohne Rücksicht auf die möglichen, auch negativen Folgen eines geglückten Attentats, meinten wir damals mehrheitlich, dass das Nichtgelingen des Attentats schade sei.

Die zwei Beiträge in Nr. 235 (S. 72 und 76) zur „Wehrmachtsausstellung“ finde ich sehr gut und notwendig. Leider werden sie von den „Maßgeblichen“ sicher nicht zur Kenntnis genommen!

Offensichtlich sind mehrere Fotos kriminelle Fälschungen, was auch in Leserbriefen der Zeitungen bewiesen

wurde. Zum Beispiel: Nach meiner Erfahrung – ich wurde auch im Pistolenschießen (08/15) ausgebildet – weiß ich, dass man aus jener Entfernung, die auf dem Foto gezeigt wird, unmöglich einen tödlichen Schuss abgeben kann. Selbst unser Oberleutnant schoss 1939 auf eine solche Entfernung nur „Fahrkarten“, wie wir damals sagten. Schüsse mit jener Pistole waren nur für ganz große Nähe „sicher“! *Anton Brandmüller,
Bergisch Gladbach, 29.07.1999*

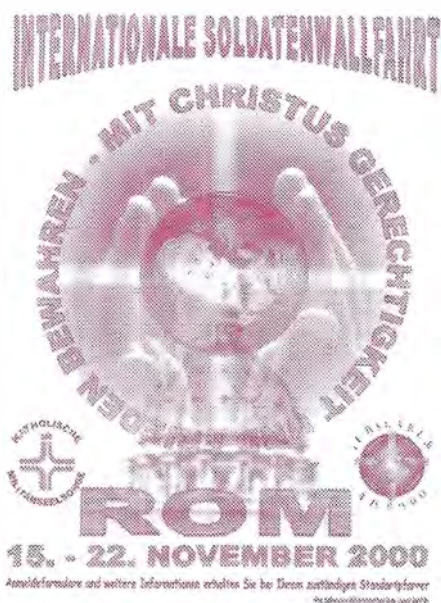
Orden für Kosovo?

Orden und Ehrenzeichen hat es immer gegeben und sie waren immer umstritten. Eine absolute Gerechtigkeit für die Vergabe solcher Ehrungen gibt es nicht. Dennoch sind solche Auszeichnungen durch Institutionen mit Autorität – Staaten, Länder, Gemeinden, Kirchen usw. – vergeben, eine honorifique Würdigung von überragenden, nicht einzuordnenden Tätigkeiten.

Die Gedanken, die der Bundesminister für Verteidigung, Herr Scharping, zu dieser Frage geäußert hat, sind daher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es ist zu überlegen, ob eine solche Auszeichnung von allen Staaten, die an der Befriedungsaktion teilgenommen haben, gemeinsam vergeben wird, oder ob man nationale Vergabe bevorzugt.

Bevor man jedoch einen solchen Schritt tut, muss die Politik eine klare Ehrenerklärung für den Beruf des Soldaten abgeben. Man kann nicht zulassen, dass Soldaten – im Übrigen fast nur in Deutschland – pauschal als Mörder qualifiziert werden dürfen, um zu gleicher Zeit soldatischen Einsatz – im Kosovo und an anderen Brandherden – als politische Aufgabe zu fordern. Es ist dem Menschen nicht gegeben, fehlerlos zu sein, und Soldaten sind Menschen mit all ihren guten und bösen Anlagen, wie Polizisten, Ärzte und Bürger allgemein. Wer sich in seinem Dienst verfehlt, ist zu bestrafen. Aber es reicht nicht aus, auch bei gehäuften Fehlverhalten, einen ganzen vom Staat gewünschten Stand zu diskriminieren. Das sollte man bedenken, wenn man an die sicherlich fällige und verdiente Auszeichnung der Soldaten im Kosovo denkt.

*Helmut Fettweis
Bonn, 05.08.1999*



DER KATHOLISCHE MILITÄRBISCHOF

36037 Fulda, 27.-VIII-1999
Michaelberg 1

Liebe Soldaten, liebe Pilger,

mit der Ausrufung des Großen Jubeljahres 2000 feiert die Kirche die zweitausendste Wiederkehr der Geburt Jesu, ihres Herrn und Erlösers. Unser Heiliger Vater, Papst Johannes Paul II., hat die Gläubigen dazu eingeladen, die bedeutenden Stätten des Christentums zu besuchen und sich dabei als Pilger auf den Weg zu machen. Die Wallfahrt wird zum Symbol für die Situation des Menschen, der sein Leben gern als einen Weg beschreibt. In der Gemeinschaft der Glaubenden, im Gebet und in der liturgischen Feier eröffnet sich dem Wallfahrer ein geistlicher Raum jenseits des Alltags, der jedem Einzelnen die Möglichkeit gibt, sein Leben neu auf Gott auszurichten. So wird die Teilnahme an der Pilgerfahrt auch zu einer Übung der Umkehr und der Liebe.

Als Katholischer Militärbischof gebe ich gerne die besondere Einladung des Heiligen Vaters an die Soldaten und Angehörigen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes weiter, Rom, die Stadt der heiligen Petrus und Paulus zu besuchen.

„Mit Christus Gerechtigkeit und Frieden bewahren“ – unter diesem Leitgedanken steht am Ende des ausgehenden Jahrtausends Ihre Wallfahrt.

Ich wünsche allen Teilnehmern den Mut und die Kraft, das Gnadenangebot des Heiligen Jahres 2000 besonders zu nutzen.

Ihr
+ Johannes Dyba
Erzbischof Johannes Dyba
Bischof von Fulda

— Rahmenprogramm —

Mittwoch, 15. November 2000

Gegen 6.30 Uhr Abfahrt des (Liegewagen)-Sonderzuges in Münster. Über Köln und München geht die Fahrt nach Österreich. Ankunft in Innsbruck 17.00 Uhr. Anschließend Gang zur Stiftskirche und feierlicher Eröffnungsgottesdienst zur Wallfahrt zusammen mit den Pilgern aus Österreich. 20.00 Uhr Weiterfahrt nach Italien. Abendessen im Zug.

Donnerstag, 16. November 2000

Frühstück im Zug. Ankunft in Rom gegen 9.00 Uhr. Stadtrundfahrt antikes Rom: Kapitol mit Blick über das Forum Romanum und den Palatin, Kolosseum und S. Clemente. Anschließend Transfer zu den Unterkünften und Zimmerbelegung. Mittagessen in der Unterkunft. Am Nachmittag Gang durch die Innenstadt: Piazza Navona, S. Maria dell'Anima, Campo dei Fiori, Pantheon, Trevi-Brunnen und Spanische Treppe. Eucharistiefeier in S. Ignazio. Rücktransfer zu den Quartieren.

Freitag, 17. November 2000

Frühstück. Besuch von St. Peter mit den Grotten, Petersplatz und Campo Santo Teutonico. Am Nachmittag Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Soldatenwallfahrt. Rückkehr zu den Unterkünften und Abendessen.

Samstag, 18. November 2000

Frühstück. Teilnahme an den offiziellen Veranstaltungen der Soldatenwallfahrt. Abendessen in den Unterkünften.

Sonntag, 19. November 2000

Frühstück. Teilnahme an der Abschlussveranstaltung der Soldatenwallfahrt. Am Nachmittag Fahrt zu den Domitilla-Katakomben und zur Kirche St. Paul vor den Mauern. Abendessen in den Unterkünften.

Montag, 20. November 2000

Frühstück. Tag zur freien Verfügung

in Rom. Fakultativ vormittags Gelegenheit zum Besuch der Vatikanischen Museen mit der Sixtinischen Kapelle und nachmittags die Möglichkeit zu einem Ausflug in die Albaner Berge.

Dienstag, 21. November 2000

Frühstück. Der Vormittag zur freien Verfügung. Mittagessen in der Unterkunft. 14.30 Uhr Besuch der Lateran-Basilika und der Heiligen Stiege. Abschlussgottesdienst in der Kirche S. Maria Maggiore. Transfer zum Bahnhof. 20.00 Uhr Abfahrt des Sonderzuges aus Rom.

Mittwoch, 22. November 2000

Frühstück im Zug. Am frühen Morgen Ankunft in Innsbruck. Verabschiedung der österreichischen Kameraden. Über München zurück nach Münster (Haltebahnhöfe wie auf der Hinreise).

– Programmänderungen vorbehalten –

LEISTUNGEN

Bahnfahrt II. Klasse mit dem Liegewagen-Sonderzug nach Rom und zurück – Fünf Übernachtungen mit Halbpension in Rom sowie ein weiteres Mittagessen am Abreisetag – Unterwegeverpflegung im Zug: 2 x Abendessen und 2 x Frühstück – Alle Busdienste und Stadtführungen laut Programm – Unfall, Haftpflicht und Krankenversicherung – Reiserücktrittskostenversicherung – Insolvenzschutz

EIGENBEITRAG

Grundwehrdienstleistende DM 700,-
Besoldungsgruppe A1-A8 DM 800,-
Besoldungsgruppe A9-A12 DM 900,-
Besoldungsgruppe A13-A15 DM 1000,-
Besoldungsgruppe ab A16 DM 1100,-
Einzelzimmerzuschlag DM 200,-

ANMELDUNG / BUCHUNG

Das Anmeldeformular ist bei Ihrem zuständigen Standortpfarrer erhältlich, auf dem alle weiteren Einzelheiten erläutert sind. Eine frühzeitige Anmeldung bei Ihrem Standortpfarrer ist erwünscht. Mit der schriftlichen Bestätigung wird eine Anzahlung in Höhe von DM 100,- fällig.

Die Restzahlung ist bis drei Wochen vor Reisebeginn ohne weitere Aufforderung zu leisten.

SONDERURLAUB

Die Sonderurlaubsregelung für Soldaten ist beim Bundesminister der Verteidigung beantragt.

ZUSTEIGEBAHNHÖFE

Münster, Dortmund, Essen, Duisburg, Köln, Bonn, Koblenz, Mainz, Frankfurt, Würzburg, Nürnberg, Augsburg und München. (bitte auf dem Anmeldeformular vermerken) Gegen Vorlage der Sonderzug-Fahrkarte erhalten Sie bei der Deutschen Bahn eine Anschlusskarten-ermäßigung von 50% (bis 200 km).

REISERÜCKTRITT

Ein Rücktritt von der Wallfahrt muss schriftlich erfolgen. Bei Rücktritt der Reise staffeln sich die Gebühren wie folgt:
– bis zum 30. Tag vor Reisebeginn 50,- DM
– bis zum 15. Tag vor Reisebeginn 25 %
– bis einen Tag vor Reisebeginn 50 % des Eigenbeitrages.
Eine Reiserücktrittskostenversicherung ist im Reisepreis enthalten.

VERANSTALTER

Die Wallfahrt ist eine Veranstaltung der KATHOLISCHEN MILITÄRSEELSORGE. Reiseveranstalter im Sinne des Deutschen Reisevertragsrechtes:

CHRISTOPHORUS-REISEDIENST

Dombrowski GmbH 48147 Münster
Der Christophorus-Reisedienst ist Mitglied bei der tourVERS (Touristik-Versicherungs-Service GmbH).
Es gelten die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Reiseveranstalters.



KATHOLIKENTAG 2000 IN HAMBURG VOM 31. MAI BIS 4. JUNI

Militärseelsorge – Ein kirchlicher Beitrag sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen

Militärseelsorge vollzieht sich in besonderer Weise an der Schnittstelle zwischen Kirche und Gesellschaft. Die Reflexion und Begleitung kirchlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen einerseits sowie andererseits die Sorge um den einzelnen Menschen in der Gesamtheit seiner individuellen und sozialen Lebensvollzüge unter den Bedingungen des militärischen Dienstes kennzeichnen die Arbeit der Militärseelsorge.

Militärseelsorge, GKS und KAS werden in 3 sog. Kojen in den Meschallen 9-12 „Weggemeinschaft guten Willens“ sich ähnlich wie auf dem Mainzer Katholikentag darstellen mit Info-Stand, Soldaten-Gottesdienst und Stunde der Begegnung. Während des Katholikentags wird eine zentrale Werkwoche für 200 Teilnehmer angeboten.

Am Stand sollen den Besuchern konkrete Aufgabengebiete und Alltagssituationen der „Kirche unter Soldaten“ vorgestellt werden. Markante Punkte der Militärseelsorge werden dabei sein:

- die Darstellung als Seelsorge am Arbeitsplatz,
- die Darstellung als Pastoral der Begegnung,
- die intensive ökumenische Zusammenarbeit zwischen der evangelischen und katholischen Militärseelsorge,
- das Zugehen auf Soldaten, ohne christlich-religiösen Bezug,
- die Sorge um die Familie.

Methodisch soll dies durch entsprechende optische Präsentation wie auch Gesprächsmöglichkeiten am Stand oder auf einem der „Marktplätze“ erreicht werden.

Die GKS ist dabei ihr Konzept zu entwickeln. Der Katholikentags-Gedanke einer St.-ANSGAR-WALLFAHRT soll durch die GKS im Wehrbereich I umgesetzt werden. (PS/KMBA)

Neuordnung der Gremien der Laienmitwirkung

Schreiben des Katholischen Militärbischofsamts an alle Militärpfarrer, den Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten und an den Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten vom 6. August 1999

Der Katholische Militärbischof hat am 27. Juli 1999 die neue "Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien auf Ebene der Seelsorgebezirke" mit Wirkung vom 01.01.2000 ad experimentum in Kraft gesetzt. Damit trägt der Militärbischof den besonderen pastoralen Gegebenheiten seines Jurisdiktionsbereiches Rechnung. Er berücksichtigt dabei die Möglichkeit, die die Gemeinsame Synode der Bistümer in Deutschland in ihrem Beschluss „Räte und Verbände“ vorgesehen hat: „Für nicht territoriale Gemeinden sind Gremien der Mitverantwortung in sinngemäßer Anwendung der für den PGR geltenden Richtlinien zu bilden (1.16.11).“

Die Ordnung tritt an Stelle der bisherigen „Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken der Katholischen Militärseelsorge.“ Der Inkraftsetzung vorausgegangen waren Beratungen in der Zentralen Dienstbesprechung mit den dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen sowie die empfehlenden Voten der beiden bischöflichen Beratungsgremien: des Priesterates und der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten.

Diese neue Ordnung ist Frucht eines langen Beratungsprozesses, an dem sich viele Angehörige aus dem Jurisdiktionsbereich beteiligt hatten. Allen möchte ich für ihr Engagement herzlich danken.

Wir wollen mit der Ordnung in der Laienarbeit nach vorne schauen. Sie soll die neuen Gegebenheiten mit denen sich die Katholische Militärseelsorge zunehmend konfrontiert sieht berücksichtigen. Sie stellt eine Offenheit auf der unteren Ebene „Seelsorgebezirk“ dar, sodass alle, die in der Militärseelsorge mitarbeiten wollen, auch mitarbeiten können und zwar relativ offen und trotzdem in eine Form gebunden. Ziel ist und bleibt eine organisierte Mitwirkung und Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes. Dies ist nicht in die Beliebigkeit des jeweiligen Militärgeistlichen gestellt.

Ich möchte nachhaltig bitten, schon jetzt mit der Umsetzung dieser Ordnung zu beginnen unter Berücksichtigung der Gegebenheiten ihres Seelsorgebezirkes. Derzeit wird im KMBA eine Arbeitshilfe zur Umsetzung dieser Ordnung erarbeitet, die Ihnen im Herbst zugeht.

Jürgen Nabbefeld



Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes*

Präambel

Durch Taufe und Firmung ist jeder katholische Christ befähigt und damit aufgefordert als einzelner, oder indem er sich mit anderen zusammenschließt, am Heils- und Weltauftrag der Kirche mitzuwirken.

Andererseits gibt es bereitwillige Menschen, die die Kirche auf ihrem Weg durch die Zeit unterstützen möchten, auch ohne ihr selbst anzugehören.

Den besonderen Lebensbedingungen und Bedürfnissen der Soldaten und ihrer Familien entsprechend teilt der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr seinen Jurisdiktionsbereich in Seelsorgebezirke bzw. pastorale Verantwortungsbereiche ein, die in Struktur und Aufgabenstellungen von denen der Pfarrgemeinden abweichen.

Die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland sieht für nicht territoriale Gemeinden die Bildung von Gremien der Mitverantwortung in sinnge-

mäßer Anwendung der für den Pfarrgemeinderat geltenden Richtlinien vor (Beschluss: Räte und Verbände 1.16.11). Dementsprechend sind in jedem Seelsorgebezirk ein oder mehrere MITARBEITERKREISE einzurichten, die helfen, die Seelsorge vor Ort lebendig werden zu lassen.

Zur Wahrnehmung besonders kirchenrechtlich begründeter Aufgaben bilden Vertreter der MITARBEITERKREISE auf Ebene des Seelsorgebezirkes einen SEELSORGEBEZIRKSRAT.

MITARBEITERKREIS und SEELSORGEBEZIRKSRAT sind das vom Militärbischof akzeptierte und anerkannte Gremium der Mitverantwortung des jeweiligen Militärgeistlichen.

A. Der MITARBEITERKREIS

1. Einrichtung

Der MITARBEITERKREIS als Unterstützungsgremium wird auf Standortebene (Ortsebene oder Kaserne) errichtet und führt die Bezeichnung:

* für die Gremien der Mitverantwortung der Laien im Seelsorgebezirk mit einem gemeinsamen ortskirchlichen/militärseelsorglichen eingerichteten Pfarrgemeinderat bestehen Sonderregelungen

MITARBEITERKREIS der Katholischen Militärseelsorge in (Ort oder Kasernennamen)

In Standorten, in denen ein Militärgeistlicher im Nebenamt seelsorgliche Verantwortung trägt, sollte ein MITARBEITERKREIS eingerichtet werden.

Über die Einrichtung eines MITARBEITERKREISES werden die Zuordnungsdienststellen informiert.

II. Mitgliedschaft

Der MITARBEITERKREIS besteht aus Mitgliedern, die aufgrund der Initiative des Militärgeistlichen oder aufgrund eigener Initiative ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit in der Katholischen Militärseelsorge erklärt haben.

Vorrangig sollten Mitglieder Soldaten/innen sein, die im Seelsorgebezirk ihren Dienst- oder Wohnsitz haben sowie deren Ehepartner und Kinder ab dem 16. Lebensjahr.

Die Mitgliedschaft wird in einem Verzeichnis, das auf der Dienststelle der Katholischen Militärseelsorge zu führen ist, festgehalten.

Der Militärgeistliche, der/die Pastoralreferent/in sowie der/die Pfarrhelfer/in sind amtliche Mitglieder.

Der MITARBEITERKREIS wählt einen Sprecher /eine Sprecherin.

III. Aufgabenstellung

Der MITARBEITERKREIS unterstützt die Katholische Militärseelsorge in ihren vielfältigen Aufgaben. Er steht dem Militärgeistlichen ratend und helfend zur Seite.

Die Mitarbeiter übernehmen Verantwortung für die Sendung der Kirche in Welt und Gesellschaft. Hierzu zählen unter anderem:

- Bewusstsein für die Mitverantwortung im Standort bzw. Seelsorgebezirk wecken und zur Mitarbeit aktivieren besonders auch in Vakanzzeiten.
- Mitarbeit im Laienapostolat fördern.
- über die Arbeit des MITARBEITERKREISES informieren.
- Kontakt zu örtlichen Pfarrgemeinden und katholischen Organisationen und Einrichtungen herstellen.
- über die örtliche Situation und die besonderen Bedürfnisse des Standortes im Seelsorgebezirk informieren.
- Vertreter in den SEELSORGEBEZIRKSRAT entsenden.

Der MITARBEITERKREIS orientiert sich an den konkreten Situationen des jeweiligen Standortes. Für die Durchführung der Aufgaben setzt er Schwerpunkte.

Bei der Wahrnehmung aller anstehenden Aufgaben sind die einschlägigen kirchlichen und staatlichen Bestimmungen zu beachten.

IV. Sitzung

Der Sprecher/die Sprecherin leitet die Sitzung.

Der MITARBEITERKREIS fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.

Die Beschlüsse binden den Mitarbeiterkreis für die Bereiche, die von den Laien verantwortet werden.

Beschlüsse, die die pastorale Verantwortung des Militärgeistlichen betreffen, können nicht gefasst werden.

Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich; Militärgeistlicher und Sprecher/in entscheiden über Ausnahmen im Einvernehmen.

Über die Ergebnisse der Beratungen ist ein Protokoll anzufertigen.

Die Sitzungen werden durch den Sprecher/die Sprecherin einberufen. Die Einladung hat spätestens sieben Tage vor der Sitzung unter Vorlage einer Tagesordnung zu erfolgen.

B: Der SEELSORGEBEZIRKSRAT

Um die Einheit im Seelsorgebezirk zu verdeutlichen, wird ein Seelsorgebezirksrat gebildet.

I. Errichtung

Am Dienstsitz des hauptamtlichen Katholischen Standortpfarrers / Deutschen Katholischen Militärgeistlichen / Katholischen Pfarrers bei ... wird für den Seelsorgebezirk ein SEELSORGEBEZIRKSRAT als Repräsentativgremium der Katholischen Soldaten/innen sowie deren Familienangehörigen errichtet.

Er führt die Bezeichnung:

Seelsorgebezirksrat beim

Katholischen Standortpfarrer ...

Deutschen Katholischen Militärgeistlichen ...

Katholischen Pfarrer bei ...

II. Mitgliedschaft

Die MITARBEITERKREISE der Standorte wählen/entsenden jeweils bis zu vier Vertreter/innen in den SEELSORGEBEZIRKSRAT. Diese gehören dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs an und können deshalb besondere Aufgaben wahrnehmen. Der Militärgeistliche, der/die Pastoralreferent/in sowie der/die Pfarrhelfer/in sind amtliche Mitglieder. Militärpfarrer im Nebenamt haben das Recht auf Teilnahme.

Ist ein MITARBEITERKREIS in einem Standort, der von einem Militärgeistlichen im Nebenamt betreut wird eingerichtet, so hat er das Recht, bis zu vier Vertreter, die dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs angehören, in den SEELSORGEBEZIRKSRAT zu entsenden.

Jeder GKS-Kreis im Seelsorgebezirk kann einen Vertreter/eine Vertreterin in den SEELSORGEBEZIRKSRAT entsenden, der/die dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs angehören muss.

Die Dauer der Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Die Mitglieder des SEELSORGEBEZIRKSRATES wählen einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende.

Die Mitglieder werden dem zuständigen (Wehr-)Bereichsdekan gemeldet.

III. Aufgabenstellung

Der SEELSORGEBEZIRKSRAT hat die Funktion:

- Jene Tätigkeiten wahrzunehmen, die der Katholische Militärbischof den Laien seines Jurisdiktionsbereichs

- ches zugesteht. Dazu gehören
- übergreifende Aufgaben im Seelsorgebezirk festzulegen und zu koordinieren, z.B.
 - eine Analyse des Lebensraumes „Seelsorgebezirk“ zusammen mit dem Militärgeistlichen und dem/der Pastoralreferenten/in vorzunehmen und beraten und Konzepte zu erarbeiten,
 - über die örtliche Situation und besonderen Bedürfnissen der Soldaten und ihrer Angehörigen in den Standorten, im Seelsorgebezirk über den Katholischen (Wehr-)Bereichsdekan das KMBA zu unterrichten.
 - Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für den Seelsorgebezirk mitzuarbeiten
 - Delegierte in die weiteren Gremien der Laienmitverantwortung zu entsenden.

IV. Sitzung

Der Vorsitzende beruft im Benehmen mit dem Militärgeistlichen den SEELSORGEBEZIRKSRAT mindestens zweimal jährlich ein. Die Einladung unter Angabe einer Tagesordnung hat spätestens sieben Tage vor der Sitzung zu erfolgen.

Der/Die Vorsitzende leitet die Sitzung.

Der Seelsorgebezirksrat ist ein Beschlussorgan für die

Aufgaben, die den Laien aufgrund ihres Apostolates zufallen.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

Der Seelsorgebezirksrat ist ein Beratungsorgan des Militärpfarrers in allen pastoralen Aufgaben die den Seelsorgebezirk betreffen.

Falls ein Militärgeistlicher förmlich und unter Angabe von Gründen erklärt, dass er aufgrund der durch sein Amt gegebenen besonderen pastoralen Verantwortung gegen einen Antrag stimmen muss, kommt der Beschluss nicht zustande. Wenn bei der nächsten Sitzung in diesem Punkt ebenfalls keine Einigung erzielt werden kann, entscheidet der (Wehr-)Bereichsdekan in dieser Frage.

Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich; Vorsitzender und Militärgeistlicher entscheiden über Ausnahmen im Einvernehmen.

Über die Ergebnisse der Beratungen ist ein Protokoll anzufertigen. Eine Kopie erhält der Katholische (Wehr-)Bereichsdekan.

Diesen Leitfaden setze ich „ad experimentum“ mit Wirkung vom 01.01.2000 in Kraft. Er ersetzt die bisherige „Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebereichen der Katholischen Militärseelsorge“.

Erzbischof Johannes Dyba
Bischof von Fulda

Entstehung und Hintergründe der neuen Ordnung

Manfred Heinz

Ende des Jahres 1993 fanden im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs letztmals Pfarrgemeinderatswahlen statt. Schon hier zeigte sich, dass die Bildung von Pfarrgemeinderäten auf die Weise, wie sie die „Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken der Katholischen Militärseelsorge“ vorsah, nur mit einer für alle Beteiligten großen Kraftanstrengung möglich wurde. Lediglich ein Drittel der Pfarrgemeinderäte konnte durch einen Wahlvorgang gebildet werden, während zwei Drittel durch Berufung zustande kamen bzw. in 24 Seelsorgebezirken ein PGR aus verschiedensten Gründen nicht eingerichtet wurde.

Nach Auswertung des Wahlergebnisses erhielt eine Arbeitsgruppe den Auftrag, brauchbare Kriterien für eine mögliche Überarbeitung der bischöflichen Ordnung für die PGRs zu unterbreiten. Als Arbeitsergebnis legte diese eine modifizierte Pfarrgemeinderatsordnung vor, auf deren

Grundlage die nächsten Pfarrgemeinderatswahlen im Jahr 1997 erfolgen sollten. Diese unter dem Namen „Katholikenrat beim...“ vorgelegte Ordnung wurde im Jurisdiktionsbereich und in den verschiedenen Gremien intensiv diskutiert. Sie fand allerdings nicht von allen Seiten die nötige Zustimmung und Akzeptanz. Auch sahen zunehmend mehr Militärgeistliche eine solche Ordnung als nicht mehr praktikabel zur Errichtung von Pfarrgemeinderäten an.

Darüber hinaus war die Organisationsstruktur der Katholischen Militärseelsorge in dieser Zeit weiterhin großen Veränderungen unterworfen (Reduzierung der Dienststellen, Vergrößerung der Seelsorgebezirke, auch Änderung der konfessionellen Zusammensetzung bei den Soldaten, neue Aufträge der Bundeswehr), so dass in diese unruhige Phase hinein, eine Wahl als nicht durchführbar erschien.

Der Katholische Militärbischof verlängerte deshalb nach entspre-

chenden Voten seiner Beratungsgremien die Mandatszeit der amtierenden Pfarrgemeinderäte um zwei Jahre, das bedeutete bis Ende des Jahres 1999.

In der so gewonnen Zeit wurde von einer weiteren Arbeitsgruppe die jetzt vorliegende „Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes“ erarbeitet.

Zu keiner Zeit stand in Frage, dass im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs Gremien der Laienmitwirkung bzw. Laienmitverantwortung auf Ebene des Seelsorgebezirkes nicht eingerichtet werden müssten. Dies weniger aus dem Grund, dass für die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge ehrenamtliche Mitarbeit unabdingbar ist, sondern aus dem theologischen Verständnis heraus, dass jeder katholische Christ durch Taufe und Firmung dazu berufen ist, am Sendungsauftrag der Kirche mitzuarbeiten und

er sein Engagement auch in der organisierten Form beratender Gremien einbringen können muss.

Unter der Frage: Geben wir nicht etwas Bewährtes auf zugunsten einer irgendwie gearteten Laienmitwirkung diskutierte die Arbeitsgruppe nochmals das bisherige Modell Pfarrgemeinderat. Im Grundsatz besagte dies: der Pfarrgemeinderat ist das anzustrebende Gremium. Dort, wo seine Einrichtung möglich ist, bleibt er erhalten. Seine Ordnung wird modifiziert und möglichst wenig geändert.

Nach einer eingehenden Lageanalyse entschied man sich schließlich für einen Neuansatz.

Dieses so genannte Zukunftsmodell soll die organisierte Laienarbeit auch in das nächste Jahrtausend tragen.

An das Modell wurden folgende Anforderungen gestellt:

Es muss:

1. die Art und Weise regeln, wie Laien und hauptamtliche Mitarbeiter (Militärgeistliche, Pastoralreferenten, Pfarrhelfer) zusammenarbeiten können. Diese Zusammenarbeit muss dynamisch sein und alle die Militärseelsorge unterstützenden Kräfte zusammenführen;
2. auf die konkrete dienstliche Situation der Soldaten und die Struktur der Bundeswehr sowie das Lebensumfeld der Familien Rücksicht nehmen und flexibel reagieren können;
3. so ein säkulares Umfeld einbeziehen, dass Menschen, die der katholischen Kirche nicht angehören, sie aber in ihrem Auftrag unterstützen wollen, eingebunden werden können.

Konsens bestand allerdings darin, dass in der Katholischen Militärseelsorge die Mitwirkung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes nicht in zwei nebeneinander stehenden Modellen organisiert werden kann.

Die Abfassung der neuen Ordnung stand immer unter der Vorgabe, dass die gesamtchurchliche Rahmenordnung für die Strukturen der Mitverantwortung, die die Gemeinsame Synode der Bistümer in

der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Beschluss „Räte und Verbände“ vorgegeben hatte, nicht verlassen wird. Die Einbindung in die Gremien des Laienapostolates auf Ebene der Gesamtkirche, z.B. die Vertretung der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), musste erhalten bleiben.

Ein entsprechender Verweis auf eine Bestimmung aus der Rahmenordnung wurde deshalb bewusst in die Präambel der neuen Ordnung aufgenommen. Es sollte erkennbar werden, dass in der Katholischen Militärseelsorge der Beschluss der Gemeinsamen Synode in sinnvoller Weise umgesetzt wird, damit eine Laienmitwirkung wie sie für die Ortsgemeinde vorgeschrieben ist, auch für die Seelsorgebezirke und pastoralen Strukturen der Katholischen Militärseelsorge erreicht werden kann.

Eine der bedeutsamen Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort, die der neuen Ordnung zugrundeliegt, ist die Tatsache, dass an vielen Standorten, insbesondere in den neuen Bundesländern oder in der katholischen Diaspora, Menschen, die nicht dem Jurisdiktionsbereich angehören, die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge unterstützen. An diese Menschen, die sich von der Gemeinschaft der Kirche angesprochen fühlen, wird nun auch die Einladung gerichtet, über das Engagement in einem Gremium der Katholischen Militärseelsorge, eine Heimat in der Kirche zu finden. Das neue Gremium sollte deshalb eine Offenheit auf der unteren Ebene haben, dass alle, die mitarbeiten wollen, auch mitarbeiten können und zwar relativ formlos und trotzdem in eine Form eingebunden.

Die Gremien der Mitverantwortung (auf Ebene des Seelsorgebezirkes, des (Wehr-)Bereiches, des Gesamt-Jurisdiktionsbereiches) haben zum einen die Aufgabe mitzuarbeiten, zum anderen die Aufgabe, die Angehörigen des Militärordinariates in den Innenbereich und in den Außenbereich zu repräsentieren. Mitarbeit und Repräsentanz sind Aufgaben, die je nach der betreffenden

Ebene verschieden zu gewichten sind.

Auf Ebene der Standorte und des Seelsorgebezirkes sollte das einzurichtende Gremium vor allem die Katholische Militärseelsorge in ihren vielfältigen Aufgaben unterstützen. Ein Aktivkreis von Leuten, die Lust haben, mitzuarbeiten. Mit einer größeren Fluktuation ist hier zu rechnen, denn viele werden nur zeitlich begrenzt oder projektbezogen ihr Engagement einbringen. Es könnten so Menschen gewonnen werden, die auch (längerfristig) in der Katholischen Militärseelsorge Verantwortung zu übernehmen bereit sind. Für dieses Gremium wurde die Bezeichnung Mitarbeiterkreis der Katholischen Militärseelsorge gewählt.

Möglichst an vielen Standorten oder in jeder Kaserne des Seelsorgebezirkes soll solch ein Mitarbeiterkreis eingerichtet werden. Auf jeden Fall ist wenigstens einer einzurichten.

Um die Einheit des Seelsorgebezirkes zu verdeutlichen und besondere Aufgaben im Seelsorgebezirk wahrzunehmen, wird ein Seelsorgebezirksrat gebildet. Seine Mitglieder, entsandt aus den Mitarbeiterkreisen, müssen Angehörige des Jurisdiktionsbereiches sein.

Der Katholische Militärbischof hat am 27. Juli 1999 mit Wirkung vom 1. Januar 2000 die neue Ordnung ad experimentum in Kraft gesetzt. Empfehlende Voten des Priesterrates und der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten lagen dieser Entscheidung zugrunde. Das „Doppelgremium“ Mitarbeiterkreis und Seelsorgebezirksrat ersetzt somit den bisherigen Pfarrgemeinderat. Die bestehenden Pfarrgemeinderäte werden in das neue Modell überführt. Die Gründung von Mitarbeiterkreisen ist nicht in die Beliebigkeit des Militärgeistlichen gestellt, sondern verbindlich vorgeschrieben. Hinweise auf evtl. nicht durchzuführende Wahlen etc. können nicht mehr geltend gemacht werden.

Die neue Ordnung muss sich nun in der Praxis bewähren. Die Einführung „ad experimentum“ bedeutet, dass sie änderbar bleibt. Kriterium ist, dass Kirche und Seelsorge vor Ort lebendig bleiben. □

MILITÄRBISCHOF JOHANNES DYBA WURDE 70

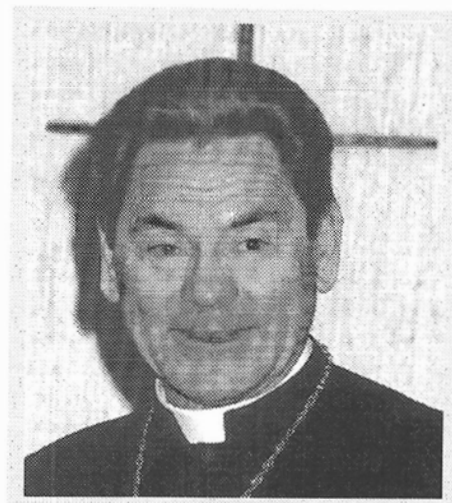
Mit „eichenfällendem Mut“ auf dem Bischofssitz des Hl. Bonifatius

Vor Jahren wurde im Begleittext zum von Erzbischof Dyba beantworteten „Fragebogen“ im F.A.Z.-Magazin geschrieben, „auf dem Bischofsstuhl des hl. Bonifatius“ habe sich Dyba „dessen ‘eichefällenden Mut’ zum Vorbild genommen im Kampf gegen den Autoritätsverlust der christlichen Traditionen und die moralische Selbstbeschränkung der Politik“. In diesem Fragebogen gab Erzbischof Dyba auf die Frage nach seiner gegenwärtigen Geistesverfassung die Antwort: „Das Reich Gottes leidet Gewalt.“ In Verbindung mit seinem bischöflichen Wahlspruch „Kinder Gottes sind wir“ sind Denken, Reden und Handeln dieses unbequemen Bischofs charakterisiert. „Johannes Dyba scheint sich im Getümmel wohl zu fühlen. Er fürchtet, mit Bismark zu sprechen, niemanden – höchstens Gott.“ (F.A.Z.-Magazin)

Johannes Dyba, Erzbischof, Bischof in Fulda und Katholischer Militärbischof für die Bundeswehr, wurde am 15. September 70 Jahre alt. Eigentlich hatte er schon vor einigen Jahren erkennen lassen, dass er spätestens mit Erreichen dieses Lebensalters das Amt des Militärbischofs in jüngere Hände legen wollte. Aber die Anforderungen an die Katholische Militärseelsorge in der Bundeswehr und der für das Jahr 200 geplante Umzug des Militärbischofamt nach Berlin an den Sitz der Bundesregierung haben in seiner Umgebung den Wunsch aufkommen lassen, er möge noch bis ins neue Jahrtausend der Militärbischof bleiben – aus der Truppe regt sich da kaum Widerspruch und die Bewerber aus den Reihen der deutschen Diözesanbischöfe stehen nicht gerade Schlange für dieses zusätzliche, Zeit und die Kräfte fordernde Amt.

Der Militärbischof Johannes Dyba – er ist dies seit 30.11.1990 – ist bei den Soldaten aller Dienstgrade und über die Konfessionsgrenzen hinaus geachtet und beliebt: Er kommt gut an; die Soldaten spüren, dass der Militärbischof hinter ihnen steht. Denn was ihn draußen in der Gesellschaft zum medienwirksamen Buhmann abstempelt, wird von Soldaten durchaus geschätzt: Offenheit, jugenhafte Unkompliziertheit, Standfestigkeit, eindeutige Sprache, Leidenschaft und Klarheit des Zeugnisses für die Sache Gottes und der Kirche:

Nicht nur katholische Soldaten danken ihm seine klare Position zum selbstverständlichen Aufbau der Militärseelsorge in den neuen Bundesländern und die Begleitung der Soldaten bei Auslandseinsätzen: „Der Platz der Militärseelsorge ist da, wo die Soldaten und ihre Familien sind!“ Nicht von ungefähr wird Mili-



tärseelsorge seit Beginn der 90-er Jahre gerne auch als „Kirche unter Soldaten“ bezeichnet. Kirche begleitet, betreut und sorgt sich um den Soldaten als Mensch, als einmaliges Geschöpf Gottes, unabhängig davon, ob die Kirche mit den politischen Entscheidungen, die zu einem Einsatz führten einverstanden ist oder nicht. Dafür stehen Erzbischof Dyba, seine Kurie und die Militargeistlichen ein. Immer hat der Erzbischof, der einst über den „Einfluß des Krieges auf die völkerrechtlichen Verträge“ promovierte, klargemacht, dass dem soldatischen Dienst über das eigene Land hinaus eine friedenserhaltende und friedentiftende Aufgabe zukomme. Im Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr hat er keinen Zweifel gelassen, dass die Soldaten durch „tätige Solidarität mit der Völkergemeinschaft in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung“ dem Auftrag des Zweiten Vatikanischen Konzils gerecht werden. Als eine solche Aussage noch sehr umstritten war, hat er so einen wichtigen Beitrag zur Positionsbestimmung der Bundeswehr geleistet.



Zahlreiche Persönlichkeiten des kirchlichen und öffentlichen Lebens konnte der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Erzbischof Johannes Dyba, Bischof von Fulda, zum siebzigsten Geburtstag willkommen heißen (Fotos: M. Beyel, KMBA)

Vielen ein Ärgernis, für manche eine Torheit

Mit seiner oft zugespitzten Kritik an bestimmten Strömungen in Gesellschaft und Kirche erregt Dyba immer wieder Aufsehen weit über die Grenzen seines Bistums hinaus. Die einen bescheinigen ihm Bekennermut und Standfestigkeit im christlichen Glauben. Die anderen nennen ihn „gnadenlos intolerant“ und sehen in ihm den „Prototyp eines nicht dialogfähigen Menschen“. Dyba hält solcher Kritik entgegen, er verkünde, ob gelegen oder ungelegen, den Glauben der Kirche, der zeitlos sei.

Der Fuldaer Oberhirte gilt als einer der schärfsten Kritiker der Abtreibungspraxis in Deutschland, die er als „Kinder-Holocaust“ verurteilt und gegen die er 1988 die Glocken der Kirchen seines Bistums anläuten ließ. Auch wendet er sich ent-

schieden gegen die außerhalb des Bistums Fulda im Rahmen des staatlichen Systems praktizierte Schwangerenkonfliktberatung katholischer Stellen. Bereits 1993 hatte sich Dyba mit seinem Bistum aus dem staatlichen Beratungssystem verabschiedet.

Wiederholt bescheinigte Dyba der bundesdeutschen Gesellschaft, sich in einer „enormen moralischen Krise“ zu befinden, und rief zu einer „Wiederentdeckung der alten Tugenden“ auf. Forderungen nach mehr Demokratie in der Kirche hält Dyba entgegen, Kirche sei „nicht Volksherrschaft, sondern Gottesherrschaft“. Als besonders gespannt gilt das Verhältnis zwischen dem Fuldaer Oberhirten und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). So äußerte Dyba zu dem vor wenigen Jahren vorgelegten Dialogpapier des ZdK, wer alles Katholisches an der

katholischen Kirche entsetzlich finde, solle Konsequenzen ziehen.

Bevor Dyba, der in Berlin geboren wurde und aufwuchs, 1983 Bischof von Fulda wurde, war er 23 Jahre im diplomatischen Dienst des Vatikan tätig, zuletzt als Apostolischer Pro-Nuntius in den westafrikanischen Ländern Liberia und Gambia und als Apostolischer Delegat in Guinea und Sierra Leone. Mit seiner Bestellung zum Apostolischen Delegaten durch Papst Johannes Paul II. 1979 war die Ernennung zum Titular-Erzbischof von Neapolis verbunden. Zum Bischof geweiht wurde Dyba vor bald 20 Jahren, am 13. Oktober 1979, im Kölner Dom. – Bei seinem Antritt als Oberhirte des Bistums Fulda formulierte Dyba als sein Programm, die Freude der Kinder Gottes auszubreiten „wie ein afrikanisches Buschfeuer“. (PS/KNA)

Soldatenherzen geöffnet

Bei der Begrüßung der rund 300 Gäste in der Fuldaer Orangerie würdigte Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld vor allem die Verdienste von Erzbischof Dyba um den Aufbau der Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern. „Wir danken unserem Militärbischof dafür, dass er seine einzigartige Gabe, auf Menschen direkt zuzugehen, sie anzusprechen und zu öffnen, für die Soldaten eingebracht hat“, betonte Nabbefeld. Aus der Perspektive der Frohen Botschaft habe Dyba zu den Fragen Stellung genommen, die aus der Bundeswehr und in der Öffentlichkeit an ihn als Militärbischof gestellt worden seien immer habe er dabei auf die Bedeutung von Verantwortung, der Gewissensbildung, des verantworteten Gehorsams und der Menschenführung hingewiesen.

Bei seinen Besuchen in den verschiedensten Standorten sei der Erzbischof Soldaten aller Dienstgrade bei Heer, Marine und Luftwaffe begegnet; in Deutschland wie in der USA, in Kambodscha, Italien, Kroatien und Bosnien. „Soldaten reagieren sehr sensibel darauf, dass ein Bischof sich im Flur oder auf der Treppe ansprechen lässt oder stehen bleibt“, meinte Generalvikar Nabbefeld. Sie hätten sehr schnell gemerkt, „dass sie diesen Bischof ganz offen fragen können, dass er nicht nur selber deutlich und ungeschützt redet, sondern sich auch genauso anfragen lässt“. Als Militärbischof habe Erzbischof Dyba um keinen Menschen, ob Gefreiter oder General, und auch um keine heikle Frage einen Bogen gemacht. Diese mutige und direkte Art und sein herzliches Lachen hätten ihm viele Soldatenherzen geöffnet.

Nabbefeld überreichte dem Erzbischof eine eigens zu diesem Anlass herausgegebene Festschrift mit ausgewählten Predigten und Vorträgen des Militärbischofs bei seinen Begegnungen mit Soldaten. Die Festschrift behandelt auch die Grundlagen der Militärseelsorge in Kirche und Staat.

Richtungsweisende Wegbegleitung

Für den Staatssekretärs im BMVg, Dr. Peter Wichert, und den Generalinspekteur der Bw, General Hans Peter von Kirchbach überbrachte der Inspekteur der Marine Vizeadmiral Hans Lüssow die Glückwünsche der gesamten Bundeswehr. Er



würdigte Erzbischof Dyba als einen Mann, der nie die Konzentration auf das Wesentliche aus den Augen verloren habe: das Wagnis gelebten Christentums. Als Militärbischof habe er die Herausforderungen der deutschen Einigung angenommen und mit der ihm eigenen Energie den Aufbau der katholischen Militärseelsorge als Chance des Dialogs mit jungen Menschen vorangetrieben. Als Verfechter des der Bundeswehr von der Gesellschaft erteilten Auftrags habe Erzbischof Dyba unerschrocken die Loyalität eben dieser Gesellschaft eingefordert, wenn die moralische und sittliche Integrität der Soldaten in Frage gestellt worden sei. Solche Haltung habe in der Bundeswehr bleibenden Eindruck hinterlassen. Er dankte Dyba vor allem, dass er im Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr für jeden sicht- und hörbar nie einen Zweifel gelassen habe, dass die Soldaten in der Verteidigung einer gerechten internationalen Ordnung legitime Ziele verfolgten. Diese Einstellung sei nach 1989 gewiss nicht populär gewesen, habe aber eine wichtige Rückenstärkung im Rahmen einer neuen Positionsbestimmung der Bundeswehr bedeutet. (Presse Stelle Fulda)

Nachruf: Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa am 17. Juli 1999 verstorben

Jürgen Bringmann

Am Mittwoch, 14. Juli 1999, vertrat unser Freund und Kamerad Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa, wie so oft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, die katholischen Soldaten und die katholische Militärseelsorge bei der Verabschiedung des evangelischen Pfarrhelfers im Standort Faßberg.

Seine Rede aus diesem Anlass liegt uns leider nicht vor. Teilnehmer berichten, sie sei brüderlich, christlich, humorvoll wie stets bei solchen Anlässen gewesen. Unmittelbar danach brach Emil Kladiwa zusammen, wurde zwar reanimiert und noch in das Krankenhaus nach Celle geflogen, verstarb aber in den frühen Morgenstunden des Samstag, dem 17. Juli 1999, ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben, versehen mit den Gnadenmitteln unserer Kirche. Er hatte schon seit einigen Jahren an einer schweren Herzkrankheit laboriert, sich aber immer wieder – sicher auch durch sein Engagement in so vielen Bereichen – davon erholt oder zumindest darüber hinwegsetzen können.

Der Katholische Standortpfarrer Munster, Dekan Hermann Darpel, schrieb in der Traueranzeige:

„In der Morgenfrühe des vergangenen Samstags hat Gott Herrn Oberstleutnant a.D. Emil Kladiwa aus diesem irdischen Leben in seinen ewigen Frieden heimgerufen. Er verstarb nach einer kurzen, schweren Krankheit.“

Die Katholische Militärseelsorge verliert in Emil Kladiwa einen profilierten und engagierten Mitarbeiter. Nicht nur in Munster übernahm Kladiwa immer wieder verschiedene Aufgaben; auch im Wehrbereich II und auf Bundesebene förderte er umsichtig und engagiert die katholische Militärseelsorge. In Munster baute er die Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf und war über lange Jahre deren Sprecher. Die Aufgaben, deren sich Emil Kladiwa verantwortungsbewusst und selbstlos angenommen hat, lassen sich hier nicht aufzählen. Wir bleiben

Emil Kladiwa dankbar und beten, dass Gott ihm seinen überreichen Lohn schenke.“

Das Requiem, völlig zu Recht als Auferstehungsfeier bezeichnet, fand in der Kirche Sankt Michael in Munster am Donnerstag, dem 22. Juli 1999, um 10.30 Uhr statt; anschließend beerdigten wir Emil Kladiwa auf dem Waldfriedhof Munster. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt; die Fahnen der GKS, der kfd, der Sudetendeutschen Landsmannschaft standen um den Altar; acht Geistliche konzelebrierten.

Die Lieder zeigen den richtigen Geist dieser Auferstehungsfeier, in der Militärdekan Darpel noch einmal das Leben Emil Kladiwas in Munster kurz aufzeigte:

- Wir sind nur Gast auf Erden
- Mein Hirt ist Gott der Herr
- Das ist der Tag, den Gott gemacht
- Freu dich, du Himmelskönigin
- und schließlich am Grab das
- Salve Regina,

das allerdings etwas mickrig klang; man merkt halt doch, wie gering die Zahl derer ist, die dieses traditionelle Marienlob noch kennen. Emil Kladiwa war einer von ihnen.

Am Ende des Requiems sprachen Oberst a.D. Falkenstein, letzter Truppenübungsplatzkommandant Munster während Kladiwas aktiver Dienstzeit, und Oberst a.D. Rozmislowski als Vorsitzender des Civiles Corps in der Bürgergilde Munster, in dem Emil Kladiwa ebenfalls lange Jahre mitgearbeitet hat. Das sagt es genau: Emil Kladiwa war niemals nur Mitglied, er hat sich immer aktiv eingebracht.

Für die GKS sprach Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Referent beim Bundesvorstand der GKS, die folgenden Worte:

„Liebe Frau Kladiwa, liebe Familienangehörige, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten spricht Ihnen ihr Mitgefühl und ihre tiefe Anteilnahme am Tode von Emil Kladiwa



Emil Kladiwa, *21. März 1925 in Neutitschein/Ostsudeten/Diözese Olmütz, † 17. Juli 1999 in Celle. Lebensstationen: 1942 Soldat der Wehrmacht, Kriegsende 1945 Lt in einem SPwRgt; 1956-82 PzGren Offz in der Bw; 1973-82 Vorsitzender und 1982-90 Geschäftsführer der GKS im Wehrbereich II. In der Pfarrgemeinde St. Stephanus Munster Einsatz bei Wortgottesdiensten, Krankenbesuchsdienst, Telefonseelsorge u.v.a.

Auszeichnungen: u.a. Bundesverdienstkreuz a.Bde., Ehrenmedaille des Kath. Militärbischofs (1987), Ehrenkreuz der GKS (1990), Verdienstmedaille des Bistums Hildesheim (1990).

Das Foto zeigt Emil Kladiwa (l.) im April 1996 bei der 36. Woche der Begegnung auf Schloss Hirschberg zusammen mit OTL a.D. Paul Schulz, Ehrenbundesvorsitzender GKS, der Emil Kladiwa 1982 als Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II nachfolgte. (Foto: F. Brockmeier)

aus. Wie Sie, müssen auch wir heute Abschied nehmen von unserem Kameraden und Freund Oberstleutnant Emil Kladiwa.

Emil Kladiwa das war katholisches Urgestein in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten; ein Mann, der Kärnerarbeit Zeit seines Lebens und bis zum letzten Mittwoch in seiner und für seine Kirche, aber auch für die Kirche unter Soldaten geleistet hat.

Schon 1965, als in Munster der Königsteiner Offizierkreis (KOK) gegründet wurde, war er dabei. Und er erkannte von Anfang an, dass eine Gemeinschaft katholischer Soldaten nicht nur auf Offiziere beschränkt bleiben durfte. So setzte er sich engagiert dafür ein, dass im Jahre 1970 aus dem KOK die Gemeinschaft Ka-

tholischer Soldaten (GKS) wurde, offen für (katholische) Soldaten aller Dienstgrade.

Dass der Soldat seinen Dienst als Dienst für den Frieden sehen und erfüllen soll, hierfür warb Emil Kladiwa immer und immer wieder um Verständnis, ganz im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils: „*Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte (und verhalte) sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei*“. Als Vorsitzender der GKS im Wehrbereich II von 1973 bis 1982 war Emil Kladiwa in seinem Einsatz für die GKS und für ihre Verbreitung unermüdlich und erfolgreich tätig. Er war ein Vorbild gerade für jüngere Soldaten, deren Förderung ihm besonders am Herzen lag. Der Militärseelsorge galt seine Unterstützung im gleichen Maße; nicht ohne Grund war er in Munster als der „Laiendekan“ bekannt ein Ehrentitel, wie ich meine.

Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand blieb Emil Kladiwa aktiv, zuletzt im Sachausschuss „Konzepti-

on und Information“ der GKS; er arbeitete bis in die letzten Tage an der Chronik der GKS mit.

Besonders wichtig war Oberstleutnant Kladiwa, die Auffassungen und Wertvorstellungen katholischer Soldaten auch nach außen zu vertreten. Er tat dies bis zuletzt nicht nur bei den Kommandeuren des Standortes Munster, sondern auch in den Gremien der Diözese Hildesheim, bundesweit bei den katholischen Männerverbänden und bei „Kirche in Not“, also der Ostkirche.

Das neue Programm der GKS „Wege und Ziele“ hat er entscheidend mitgeprägt. Darin enthalten sind die Grundsätze der GKS; sie charakterisieren auch unseren Emil Kladiwa vorzüglich:

- Im Glauben verwurzelt
- Für Recht und Freiheit
- Sittlich gebunden
- Politisch gebildet
- Fachlich kompetent
- Gewissenhaft dienend
- Dem Frieden verpflichtet
- Offen für Gleichgesinnte
- Um Zusammenarbeit bemüht
- Ökumenisch aufgeschlossen.

Vielleicht ist es kein Zufall – und aus meiner Sicht gibt es bei Gott keine Zufälle – dass Gottes Ruf Emil Kladiwa ereilte, als er Ökumene praktizierte bei der Verabschiedung des evangelischen Pfarrhelfers in Fassberg.

Wir werden unseren Kameraden und Freund, Oberstleutnant Emil Kladiwa, nicht vergessen, und wir werden ihn in unser Gebet einschließen. □

Stabsfeldwebel a.D. Jakob Heuser, Gründungsmitglied der GKS im Wehrbereich I, starb am 20. Juni 1999 nach schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren. Die GKS verliert mit ihm ein engagiertes Mitglied und einen väterlichen Freund. Der Herr schenke ihm die ewige Ruhe. □

*Er wird alle Tränen
von ihren Augen abwischen:
Der Tod wird nicht mehr sein,
keine Trauer, keine Klage,
keine Mühsal. Denn was früher
war, ist vergangen. (Offb 21,4)*

Oberst Dr. Klaus Achmann, Vorsitzender Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, ist als Berater in die deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX (Gerechtigkeit und Frieden) berufen worden. Für ihn wird **Oberstleutnant Helmut Jermer**, Vorsitzender Sachausschuss „Innere Führung, Mitglied in der ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ dieser Kommission.

Ministerialdirektor Dr. Klaus Dau, Abteilungsleiter Recht im BMVg, wurde vom Katholischen Militärbischof die Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge verliehen. Damit dankte Erzbischof Johannes Dyba Dr. Dau für die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit, für die konstruktive und umsichtige Unterstützung der Arbeit der katholischen Militärseelsorge und für sein wohlwollendes Verständnis für kirchliche Belange. Auf Ministerialdirektor Dr. Dau, der die Abteilung seit Juli 1996 führte, folgte mit Beginn des Septembers **Ministerialdirigent Michael Streffer**, bisher Unterabteilungsleiter I der Rechtsabteilung.

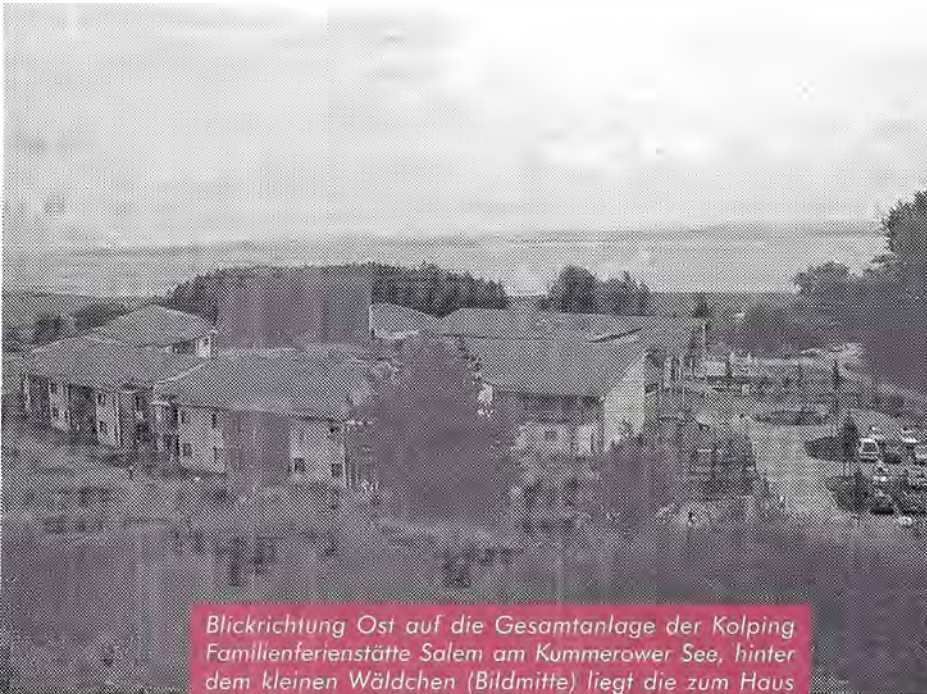
Dr. Friedrich Kronenberg, seit 33 Jahren Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), ging Ende August in den Ruhestand. Der 66-jährige gebürtige Gelsenkirchener ist promovierter Volkswirt und war von 1983 bis 1990 als CDU-Abgeordneter im Bundestag. Zuvor war Kronenberg hauptamtlicher Leiter der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg und stellvertretender Vorsitzender des BDKJ. Bei der Würzburger Synode der deutschen Bistümer war er deren stellvertretender Sekretär. Kronenberg, der zu den profiliertesten Sprechern des heutigen Laienkatholizismus in Deutschland gehört, wurde am 1. September durch **Dr. Stefan Vesper** (43), bisher Referent am Katholisch-Sozialen Institut der Erzdiozese Köln (KSI) in Bad Honnef, abgelöst. Vesper, der Bruder des stellvertretenden nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und Bauministers Michael Vesper (Bündnisgrüne), wurde in Düsseldorf geboren, studierte Geschichte und katholische Theologie und promovierte 1992 an der Universität Osnabrück/Vechta im Fach Reli-

gionspädagogik. 1996/97 organisierte er im Auftrag des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) die Zweite Ökumenische Versammlung in Graz.

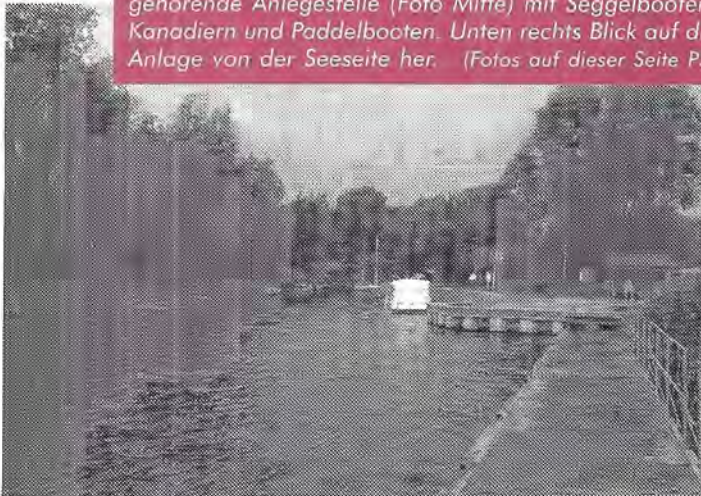
Prof. Dr. Hans Maier (68), früherer bayerischer Kultusminister und Inhaber des Romano-Guardini-Lehrstuhls für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie, hat am 26. Juli mit einer Abschiedsvorlesung über die „Schönheit des Christentums“ seine Laufbahn als Universitätsprofessor beendet. Maier war von 1962 bis 1971 Politikwissenschaftler an der Universität München. Danach trug er 16 Jahre lang als Minister die Verantwortung für Schulen, Wissenschaft und Kultur in Bayern. Nach einem Streit mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß kehrte er 1988 an die Münchener Universität zurück und übernahm den renommierten Guardini-Lehrstuhl, der an den 1968 verstorbenen Münchener Religionsphilosophen erinnert. Von 1976 bis 1988 war er auch Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Wo liegt denn Salem? – Am Kummerower See – Und wo ist das?

Der Tagungsort der 40. Woche der Begegnung vom 1. bis 5. Mai 2000 in Salem am Kummerower See in Mecklenburg stellt sich vor

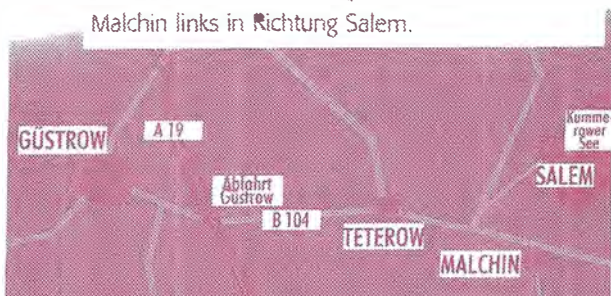


Blickrichtung Ost auf die Gesamtanlage der Kolping Familienferienstätte Salem am Kummerower See, hinter dem kleinen Wäldchen (Bildmitte) liegt die zum Haus gehörende Anlegestelle (Foto Mitte) mit Seggelbooten, Kanadiern und Paddelbooten. Unten rechts Blick auf die Anlage von der Seeseite her. (Fotos auf dieser Seite PS)



Hier ist Ihr Ferienparadies

Anreise mit der Bahn bis Malchin, wo Sie unser hauseigener Bus auf Wunsch abholt.
Anreise mit dem Auto über die A 19 bis zur Ausfahrt Güstrow, dann auf der B 104 in Richtung Teterow, weiter in Richtung Malchin. Kurz vor Malchin links in Richtung Salem.



Die Kolping Familienferienstätte bietet in einem modernen, gut ausgestatteten Haus (erbaut 1996-98) alles was das Herz begehrt: Wassersport, (Fuß-/Rad-/Wasser-) Wandern, Ausflüge ins nahe und ferne Umland bis in die historischen Hansestädte Rostock, Stralsund und Wismar, zur Insel Rügen oder an die Müritz, den größten Binnensee Deutschlands.

Wieder zueinander finden

Wann haben Sie zum letzten Mal mit Ihren Kindern Tiere beobachtet? Oder in aller Ruhe ein Heimat- oder Naturkunde-Museum besucht? In der Mecklenburger Schweiz haben Sie Gelegenheit dazu. Durchstreifen Sie kleine, malerische Dörfer, in denen die Zeit stehen geblieben zu sein scheint. Entdecken Sie Burgen und Schlösser. Durchwandern Sie stille Wälder. Ihre Familie wird völlig neue Züge an Ihnen entdecken – und umgekehrt.

Unter einem Dach

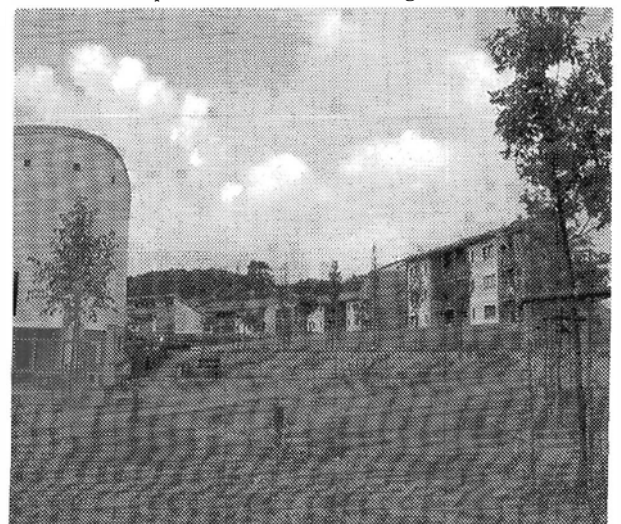
Die Familienstätte Salem ist nicht nur ein Ort der Begegnung zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen – hier leben auch Jung und Alt in Harmonie miteinander und in Einklang mit der Natur. 10 der insgesamt 42 Apartments sind behindertengerecht ausgestattet.

Reisen nach innen

Salem bietet angeleitete Sinnreisen in das Innere durchzuführen an. Diese schaffen die Möglichkeit, in speziellen Veranstaltungen Neues und Verlorengegangenes an sich (wieder) zu entdecken.

Beispiele:

- Atem, Quelle des Lebens – lernen mit dem Lebensspender Luft neu umzugehen



- Adventsstimmungen – Sinnesreisen zum Advent für Erwachsene, deren Kinder groß und aus dem Haus sind
- Weg zum positiven Leben – Ruhe, Ausgeglichenheit, Lebenserfahrung, Selbstsicherheit und Selbstvertrauen
- Atempausen – Eheleute, deren Kinder schon groß sind, lernen wieder aufeinander zuzugehen und die Schönheiten des gemeinsamen Lebens neu zu entdecken
- Club-Programme: Gutfühl-Tage, Schmuse-Tage, Verliebten- und Fantasie-Tage, Atelier-Tage, Rendez-Vous-Tage und vieles mehr

Auszug aus dem Hausprospekt



KOLPING

Kolping-Familienferienstätte Salem
Am Mühlen 1 · 17139 Gerschedorf-Salem
Tel.: 0 39 94/23 40 · Fax: 0 39 94/23 40 00

Alles vor Ort



Die Familienferienstätte Salem ist äußerst flexibel, was Ihre Tagungswünsche angeht. So bieten wir zum Beispiel einen Raum für 50 Personen, zwei Räume bis zu 30 Personen und 5 Gruppenräume für bis zu 12 Teilnehmern. Unsere Mehrzweckhalle hat Platz für 180 Personen an Tischen. Unser Service sorgt für einen reibungslosen Ablauf Ihrer Veranstaltung. Bei der Anreise können Sie sich für die Bahn oder den PKW entscheiden – Sie sind in jedem Fall in weniger Stunden an Ihrem Tagungsort in Mecklenburg-Vorpommern.

Lernen mit Inspiration

Wer eine Tagung veranstaltet oder besucht, will sich austauschen, will Wissen vermitteln und von anderen lernen. Das kann man am besten in einer angenehmen, ruhigen Atmosphäre – in einer Landschaft, die zugleich entspannt und inspiriert. Die Mecklenburger Schweiz ist das ideale Umfeld für Tagungen und Seminare – die sanften Hügel, die stillen Täler und der weite Himmel lassen Sie tief durchatmen, das Fehlen hektischer Alltagsreize hilft Ihnen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Und nach getaner (Geistes-)Arbeit bieten Ihnen die Familienferienstätte Salem am Kummerower See – und mittendrin die Familienferienstätte Salem am Kummerower See – eine Fülle an sportlichen und anderen Freizeitaktivitäten.



Wir kümmern uns um alles

Während Sie tagen, sorgen wir für Sie. Sie können auf hochmoderne Kommunikations- und Konferenztechnik zurückgreifen: verschiedene Projektoren, Flipcharts, Video-Recorde und Folienanlagen, GSM und Fax stehen zu Ihrer Verfügung. Auf Wunsch versorgen wir Sie mit kleinen Zwischenmahlzeiten und Getränken. Auch bei der Freizeitgestaltung sind wir Ihnen gern behilflich – wir vermieten Ihnen Fahrräder, beschaffen Busse für Ausflüge oder stellen Ihnen Tourismus-unterlagen zusammen. Schließlich sollen neben der Arbeit die Information und Unterhaltung nicht zu kurz kommen. Und wenn Sie in Sachen Sport etwas spezialisierteren wollen, hält Ihnen ein Dipl.-Sportlehrer gern weiter. Er organisiert Segelkurse und Karatekurse und sorgt dafür, daß Sie zur rechten Zeit am richtigen Boot sitzen.



Raum für Kommunikation



Die Familienferienstätte Salem am Kummerower See bietet erstklassige Voraussetzungen für ungestörtes, kreatives Arbeiten und Lernen. Die Wege zwischen Wohn- und Seminarräumen sind kurz, die Atmosphäre ist angenehm, die Gruppenräume sind hell und freundlich. Für die Zeit außerhalb der Tagung bietet sich Ihnen ein breites Spektrum an Betätigungsmöglichkeiten – von Ballspielen, dänischen oder drahten und anderen Sportarten über Segeln bis hin zum Lesen in unserer gut ausgestatteten Bibliothek. Die Gaststätte, die dem Haus angeschlossen ist, versorgt Sie mit allem, was Leib und Seele zusammenhält: zu fairen Preisen, gesund und schmackhaft. Übrigens: Anfragen für Tagungen und Seminare berücksichtigen wir bevorzugt für die Monate November bis April. Auch für Klassenfahrten, Betriebsausflüge und Clubreisen der etwas gelasseneren Art ist diese Jahreszeit wegen ihrer Ruhe ideal.

Das bieten wir Ihnen in der Familienferienstätte Salem am Kummerower See:

- 42,3 Zimmer/Apartements mit Bad/Dusche und WC
- davon 10 behindertengerechte Apartements für bis zu 20 Rollstuhlfahrer
- Pantryküche im Apartment
- Hauswirtschaftsraum/Waschküche
- einige Apartements können je nach Bedarf vergrößert und verkleinert werden
- Mehrzweckhalle für bis zu 250 Personen
- Konferenzräume von 12 bis 50 Personen
- Gaststätte ARCHE NOAH
- Speisesaal für 160 Personen
- Speiseraum für 60 Personen
- Sauna
- Fitnessraum
- Kegelbahn
- Kapelle als Raum der Besinnung
- Spiel- und Kindingarten
- Werk- und Bast-, sowie Sport- und Spielplätze
- Kleintheaterbühne
- Segelbohle
- Fahrradverleih
- Badestrande rund um den See
- umfangreiche Wand- und Wassersportmöglichkeiten
- Lesräume
- Zeitgeplätz für Jugendgruppen
- kleines Einkaufslädchen

Weitere Auskünfte und Buchungen durch:

KOLPING FAMILIENWERK MÜRITZ e.V., Gerlever Weg 1, 48653 Coesfeld, Tel.: 02541-80301, Fax: -803414

GKS IM WB I: SIE LIEGEN IN FREMDER ERDE

**Ehemalige Marineoffiziere legen Kränze an Gräbern
in Russland gefallener Soldaten im Gebiet Smolensk nieder**

Ein geladen über die Gemeinschaft Katholischer Soldaten im Wehrbereich I durch die russisch-orthodoxe Kirchengemeinde von Nowospasskoje und die Eparchie Smolensk, besuchte eine Gruppe von 11 ehemaligen Marineoffizieren aus dem Raum Flensburg, vom 4.-13. Juni 1999, die Kirchengemeinde Nowospasskoje (Patengemeinde der GKS) und Smolensk. Neben vielen Besichtigungen und Einladungen bei russischen Menschen der verschiedensten Bevölkerungsschichten, dem Besuch von Kirchen, Museen, einem Sonderkonzert mit kirchenslawischen Liedern, dem Empfang durch den Sekretär des Metropoliten von Smolensk und Kaliningrad, Kirill, dem Besuch der russischen Banja (Sauna), wurden auch Kränze, die aus Deutschland mitgebracht worden waren, an Stätten für gefallene deutsche und russische Soldaten niedergelegt.

Diese Soldaten sind bei den Kämpfen in den Jahren 1941/1943 gefallen. Der erste Kranz wurde an einem einsamen deutschen Soldatengrab für 24 gefallene Flak-Soldaten in der Nähe des Dorfes Nowospasskoje am Ufer des Flusses Desna gelegen, niedergelegt. Dieses Grab wurde durch eine GKS-Delegation unter

Leitung von Hauptmann Schrader aus dem Wehrbereich I im Oktober 1998 in Ordnung gebracht und mit einem Kreuz und einer Messingtafel in deutscher und russischer Sprache versehen (s. *AUFTRAG* Nr. 236, S. 88). Während der kleinen Zeremonie, mit dem Seite-Pfiff bei der Kranzniederlegung, der Gedenksprache in deutscher und russischer Sprache durch KptLt a.D. Bernhard Mroß, welche mit einem „Vaterunser“ endete, dem orthodoxen Totengebet und dem „Vaterunser“ durch den Popen, Vater Nikolai, schloss diese Zeremonie mit einem Marine-signal geblasen auf einem Waldhorn. Anwesend waren viele junge und ältere Russen, die eigentlich zum Glinka- und Puschkinfestival nach Nowospasskoje gekommen waren (*Foto u.l.*). Sie nahmen aber gerne an der Feier der Deutschen teil und waren beeindruckt, dass wir Deutschen unsere Gefallenen nicht vergessen haben.

In Smolensk wurde am ewigen Feuer, dem Ehrenmal für die russischen, sowjetischen und russländischen Soldaten, welches an der Kremlmauer von Smolensk gelegen ist, ebenso ein Kranz mit der gleichen Zeremonie niedergelegt. Anwesend waren Vertreter der Stadt Smo-

lensk und viele Einwohner, dazu noch das Fernsehen und die Presse. Auf dem deutschen Soldatenfriedhof, in Krasnyj Bor bei Smolensk, wurde am Ehrenmal für die gefallenen deutschen Soldaten, welches durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge restauriert und im Juni 1998 wieder seiner Bestimmung übergeben worden war, ebenfalls ein Kranz niedergelegt. Anwesend waren hier Studenten der Universität von Smolensk und andere russische Teilnehmer.

Insgesamt ist für die Reise anzumerken, dass den Deutschen oder Deutschland gegenüber keinerlei Ressentiments (die Luftoperationen über dem Kosovo waren noch nicht beendet) zu verspüren waren. Die Menschen sind von einer beeindruckenden tiefen Religiosität und überwältigenden Gastfreundschaft geprägt (*Foto u.r.*). Viele Menschen suchen über die Kirche wieder nach einem Halt in ihrem Leben.

Mit einem herzlichen „Doswidanija – auf Wiedersehen“ verließen wir unsere russischen Freunde. Es war ein unvergesslicher Aufenthalt, der noch sehr lange nachwirken wird und das auf beiden Seiten.

Mit dieser Reise sollte u.a. moralische Unterstützung für das russische Volk in schwierigen Zeiten demonstriert werden. Auch galt die Reise dem Gedenken an die deutschen Soldaten, die in Rußland gefallen sind.

(Text u. Fotos: Bernhard Mroß)



GKS IM WB III – BONN:

Besuch der Taufkirche der Hl. Edith Stein in Bergzabern

Der GKS-Kreis Bonn veranstaltet jedes Jahr einen Familienausflug. Ziel der 26 Teilnehmer war in diesem Jahr Bad Bergzabern in der Südpfalz ca. 30 km westlich von Karlsruhe. Die das Bad umgebende Landschaft der südlichen Weinstraße wird oft auch die „Toskana der Pfalz“ genannt.

Das Programm begann mit einer Stadtführung durch den historischen Kern der Stadt. Der Rundgang begann an der Marktkirche mit ihrem abseits stehenden Glockenturm und aufgesetztem Dachreiter. Diese Kirche wurde durch Jahrhunderte hindurch bis Ende des neunzehnten Jahrhunderts als Simultankirche für beide Konfessionen genutzt. Sie ist die älteste Kirche der Stadt.

Es folgte die Besichtigung mehrerer aus dem 16. bis 18. Jahrhundert stammender Häuser, die auch heute noch bewohnt sind. Inschriften über der Tür geben Auskunft über das Baujahr und die ursprünglichen Bauherren.

Entlang der z.T. erhaltenen Stadtmauer ging es zum Geburtshaus des Daniel Frederic Pistor, eines frühen Kämpfers für die deutsche Einheit und europäisches Denken. Weiter zum Schloss mit einem schönen Innenhof, das heute die Verbandsgemeindevverwaltung und das Standesamt beherbergt. Als Nächstes wurde die evangelische Bergkirche besucht. Am ehemaligen Gefängnis, dem sog. „Stockhaus“ vorbei, ging es zum „dicksten“ Turm der Stadtmauer. Nach umfangreichen Restaurierungen hat der Trachtenverein heute seine Klubräume in diesem Turm. Durch die Pfarrgasse – eine der meistgemalten und fotografierten Straßen Bergzaberns – ging es weiter zur Stadtmühle, die auch heute noch, zum Teil die Wasserkraft nutzend, in Betrieb ist.

Nach dem Mittagessen im Hotel Rössel wurde die Katholische Pfarrkirche St. Martin besucht, ein Höhepunkt des Tages. Sie wurde, vor vier Jahren beginnend, im Innenraum völlig neu gestaltet. Die Führung durch das Gotteshaus übernahm der zuständige Pfarrer Helmut Kunz.

Warum war diese Kirche der Höhepunkt des Ausflugs?

Sie ist die Kirche, in der die Hl. Edith Stein am 1. Januar 1922 getauft wurde. Edith Stein selbst hatte dieses Datum gewählt. An ihrem Tauftag wurde damals in der Katholischen Kirche das Fest der Beschneidung des Herrn gefeiert. Dieses jüdische Ritual ist das einzige, das als Gegenstand eines Hochfestes in den liturgischen Kalender einging. Am 2. Februar, dem Fest Mariä Lichtmess oder Mariä Reinigung genannt, wurde sie von Bischof Ludwig Sebastian in dessen Hauskapelle in Speyer gefirmt.

Die Neugestaltung des Kircheninnenraumes von St. Martin orientiert sich an diesem Ereignis der Taufe. Im Zentrum, wo sich Hauptgang und der Gang zum Seitenausgang kreuzen, steht der Taufstein, an dem E. Stein das Sakrament der Taufe empfing. Der Stein steht auf dem Davidstern, dem Symbol Israels. Der Ursprung, auch unseres Glaubens, liegt im Haus Israel oder ohne die Tradition der jüdischen Religion ist Christus und unsere Religion nicht denkbar. Auf dem Deckel des Taufsteins ist in Bronze ein aufgeschlagenes Taufbuch dargestellt mit dem Text in lateinischer Sprache: „Gott, du hast den Menschen in seiner Würde wunderbar erschaffen und noch wunderbarer erneuert.“ Neben dem Taufbuch ist das Symbol des Heiligen Geistes, die Taube dargestellt.

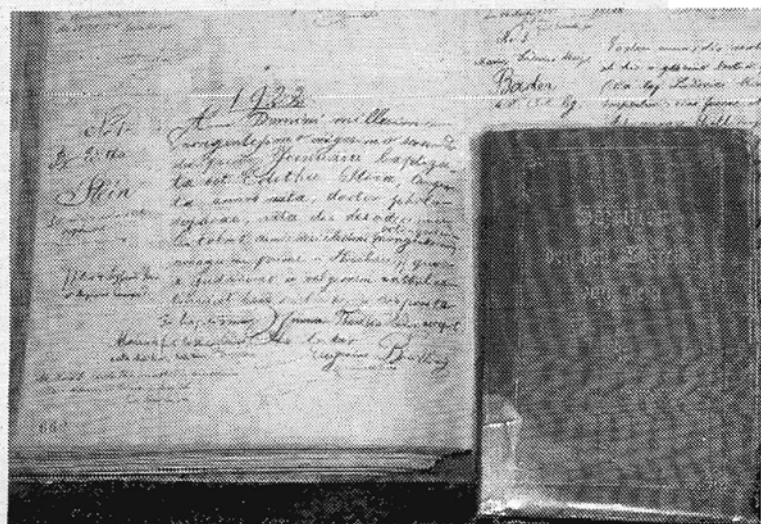
Hoch über dem Taufstein steht E. Stein als Nonne mit einem Kreuz, sie schaut auf das Kreuz im Altarraum, als Lebensbaum gearbeitet, mit dem gekreuzigten Christus. Der Stamm symbolisiert Eisenbahnschienen. (Der Transport von Echt/Holland zu ihrem Martyrium in Auschwitz erfolgte mit der Eisenbahn.) Die Krone des Baumes ist herzförmig, Symbol der Liebe des Gekreuzigten zu uns Menschen. Die Blätter des Lebensbaumes wiederholen sich an vielen Stellen der Kirche: als Deckenornamente, über der Statue Edith Steins, an der Orgel und anderen Punkten. Der Tabernakel ist an der rechten Seite der Kirche vor dem Altarraum angebracht. Er ist als Thora – Rolle dargestellt; dahinter goldene Feuerzungen, wie eine Säule aufsteigend. Ein Symbol der Gegenwart Gottes, eine Synthese des alten und des neuen Bundes. „Der Herr zog vor ihnen her, bei Tag in einer Wolkensäule, um ihnen den Weg zu zeigen, bei Nacht in einer Feuersäule, um ihnen zu leuchten.“ (Ex, 13, 21)

Den Abschluss des Ausfluges bildete eine Weinprobe im Weingut der Familie Hitziger, die nach den Richtlinien des umweltschonenden Weinbaus in Rheinland-Pfalz arbeitet. Die Weinprobe begann mit einem anschaulichen Vortrag im Weinberg und wurde während der eigentlichen Probe durch einen Diavortrag „rund um den Wein“ ergänzt.

Um sieben Uhr abends fuhren wir mit dem Bus zurück nach Bonn. Hinter uns lag ein schöner Tag voller Freude für Körper und Seele.

(Text u. Foto: Wolfgang Martin)

Pfarrer Helmut Kunz hatte zur Besichtigung der Bergzaberner Kirche St. Martin das Taufbuch mit dem Taufeintrag von Dr. Edith Stein mitgebracht sowie die Lebensbeschreibung der hl. Theresa von Avila, von der Edith später sagte: „Ich las die ganze Nacht und wusste: Das ist die Wahrheit!“



GKS Kreis Essen wirbt für neue Mitglieder

Gemeinsamer Infostand von katholischer Militärseelsorge und GKS beim Tag der Offenen Tür in der Essener Gustav-Heinemann-Kaserne

Am 21. August fand in der Gustav-Heinemann-Kaserne ein Tag der Offenen Tür statt. Die intensive Vorbereitungszeit auf diesen „großen Tag“ zahlte sich aus, denn die Veranstaltung war für GKS und Militärseelsorge in Essen ein großer Erfolg! Die Besucherzahlen sprechen für sich: 6.000-7.000 Menschen fanden an diesem schönen Tag den Weg in die Kaserne.

Es war eine anfängliche Scheu der Besucher zu erkennen, an den GKS-Stand heranzutreten. Da hatten

die GKS-Mitglieder einiges zu tun, um mit Vorurteilen wie: „Die langweilige Kirche!“ oder „Die labern sowieso nur und tun nichts!“ aufzuräumen. Obwohl man meiner Meinung nach oft auf verschlossene Menschen trifft, die gerade im Bezug auf Kirche so feststehende Vorurteile haben, dass sie sich auf kein Gespräch einlassen, „mussten“ meine Mitarbeiter und ich uns eines Besseren belehren lassen. Viele Besucher waren sehr interessiert zu erfahren, was die GKS ist und was sie tut.

Schnell sprach sich der attraktiv gestaltete GKS-Stand auf dem Kasernen-Gelände als Highlight herum. Natürlich waren wir sehr froh über dieses aufgeschlossene Publikum und haben uns bemüht, jede Frage zu beantworten. Gerade über das reichhaltige Angebot der GKS, wie z.B. Informationen über das Fami-

liewochenende vom 19.-21. No-

vember waren die Besucher erstaunt. Sie lobten die konstruktive Zusammenarbeit zwischen GKS als Verband und dem Pfarrgemeinderat beim Katholischen Standortpfarrer. Überraschend war auch das Bedürfnis über aktuelle Themen zu reden, mit denen sich die Menschen auseinander setzen, wie z.B. die kontrovers diskutierte „Schwangerenkonfliktberatung“. Ich war wirklich erstaunt, wie viele Menschen es doch gibt, die versuchen, mit Hilfe des Glaubens ihre Probleme zu lösen. Zahlreiche Besucher haben sich für zukünftige GKS-Sitzungen, die jeweils am letzten Dienstag des Monats stattfinden, interessiert. Außerdem wurde immer wieder nach den Bedingungen für eine Mitgliedschaft gefragt.

Pater Tobias hatte viel zu tun, alle Fragen zu beantworten. Die Besucher waren aufgeschlossen und überrascht, dass die katholische Kirche so aktiv am Tagesgeschehen in der Gustav-Heinemann-Kaserne beteiligt ist. Bemerkenswert fanden sie auch das ungewöhnlich hohe Interesse der Soldaten an der Kirche. Mit ein Grund für dieses Interesse ist die Arbeit von Pater Tobias, der versucht, die Soldaten auf eine unkonventionelle Art und Weise zu erreichen. Das positive Feedback der zivilen Bevölkerung, war auch eine angenehme Bestätigung der Arbeit der GKS.

Rückblickend auf diesen außergewöhnlichen Tag kann man sagen, dass der Tag der Offenen Tür dazu beigetragen hat, Vorurteile abzubauen und einen interessanten Tag in der Gustav-Heinemann Kaserne zu erleben. (Text u. Fotos: Michael Beyer)



Gemeinsamer Stand von GKS und Katholischer Militärseelsorge beim Tag der Offenen Tür in der Essener Gustav-Heinemann-Kaserne. Vor den Informationstafeln präsentieren sich (Foto oben v.r.n.l.): der Vorsitzende der GKS im WB III StFw Johann-A. Schacherl, Standortpfarrer P. Tobias, der Vorsitzende des GKS-Kreises Essen OFw Michael Beyer, der stellv. Vorsitzende im WB III Major Artur Ernst.

GKS Medaille für Pater Tobias: Für seine Verdienste um die Gemeinschaft wurde P. Prior Tobias Andreas Breer OPraem, Katholischer Standortpfarrer im Nebenannt Essen, vom Vorsitzenden der GKS im Wehrbereich III, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, mit der Medaille der GKS ausgezeichnet.

Beim Empfang zu diesem Anlass in den Räumen des Kommandeurs des Fernmelderegiments 990 Landcent waren u.a. Oberstleutnant Willecke, seine Ehefrau, der Vorsitzende des Pfarrgemeinderates Oberleutnant Hoffmeister und der Vorsitzende des örtlichen GKS-Kreises Oberfeldwebel Beyer sowie weitere geladene Gäste anwesend. Pater Tobias freute sich über diese Auszeichnung und versichert, trotz und gerade wegen dieser Ehrung, in seinem Engagement für die GKS nicht nachlassen zu wollen.

GKS IM WB VI – HAMMELBURG: PFARRFEST AUF DEM LAGERBERG

Ein voller Erfolg wurde das Pfarrfest der Christköniggemeinde am 4. Juli auf dem Lagerberg, wenn auch wegen des Wetters der Gottesdienst kurzfristig in die Kirche verlegt werden musste.

Ganz im Sinne des Mottos „Alle Kinder dieser Welt“ gestalteten die Kindergartenkinder vom katholischen Kindergarten St. Marien den Gottesdienst. Nicht nur durch die entsprechende Kleidung wurden die verschiedenen Kulturkreise und deren Kinder auf dieser Welt, ob nun aus Europa, Afrika oder Asien dargestellt. Ergänzt wurde das Ganze durch Lieder und Texte sowie durch Nahrungsmittel aus diesen Teilen der Welt.

„Ein richtiges Fest zu feiern ist gar nicht so einfach“, betonte Militärpfarrer Norbert Sauer bei seiner Predigt. Neben einer guten Organisation und unterhaltsamen Angeboten werde ein Fest auch veranlasst durch Wirklichkeiten unseres Lebens, die wir dankbaren Herzens bejahen. Ohne wahre Gemeinschaft gebe es keine festliche Freude.

Höhepunkt des Nachmittags war der Auftritt einer echten Indianerin – einer Lakota. Barbara Tausch, mit ihrem Indianernamen „*Napewastewin* – die Frau mit den guten Händen“ – erzählte und erklärte nicht nur den Kindern, sondern auch vielen interessierten Eltern die Geschichte der Lakotas. Aufmerksam hörten die Kinder und Jugendlichen der in den USA geborenen Indianerin zu, die seit 24 Jahren in Deutschland lebt. Die Bedeutung einzelner Symbole wie der Stab, der Teppich, der Schal oder auch die anderen Signaturen wurden erklärt (*oberes Foto*). Gemeinsames Singen, Basteln,

Spiele und Toben ergänzte den theoretischen Teil.

Exkurs: Die Lakota, ein nord-amerikanischer Indianerstamm der Sioux-Indianer in der Mitte der Vereinigten Staaten, sind auf Hilfe von Außen angewiesen. Nur durch die Sprache unterscheiden sich die Lakota von den Dakota. Die Gruppe „Tate Topa“ (Vier Winde) hat sich zum Ziel gesetzt, den indianischen Gedanken weiterzutragen und dem Volk der Lakotas Hilfe zukommen zu lassen. Neben Barbara Tausch besteht die Gruppe aus ihren Sohn Thomas, ihrem deutschen Mann sowie weiteren Fans und Freunden der Lakotas. Sohn Thomas Gold betreibt zusätzlich in Karlstadt ein Geschäft unter dem Namen „Tate Topa“, wo es all diese Sachen indianischen Ursprungs zu kaufen gibt.)

Eng umlagert war bis zum Auftritt der Gruppe „Tate Topa“, die

Hüpfburg, der Nagelbalken oder das Torwandschießen. Beim Angeln konnten die Kinder ihre Geschicklichkeit beweisen oder am Lagerfeuer ihre eigene Wurst grillen. Mit Fingerfarben konnten die Kinder und Jugendlichen sich von den Betreuerinnen des Kindergartens mit den Kriegsfarben der Indianer anmalen lassen.

Für die musikalische Begleitung während des Gottesdienstes und des Mittagessens sorgte die Musikkapelle Pfaffenhausen unter der Leitung von Waldemar Danz, die abgelöst wurde durch den Alleinunterhalter Otto Seufert aus Frankenbrunn. Die Durchführung des Pfarrfestes lag wieder in den Händen des Pfarrgemeinderates unter der Leitung von Oberstleutnant Andreas Wacker, dem Kindergarten St. Marien mit seiner Leiterin Gabriele Schmitt sowie der Gemeinschaft Katholischer Soldaten unter der Leitung von Oberstleutnant Franz Herrler. □



Vor über 150 Gläubigen feierten am 25. Juni der Katholische Militärpfarrer Norbert Sauer (M.) aus Hammelburg, sein evangelischer Kollege Karlheinz Brendel aus Veitshöchheim (l.) sowie als Gast der nebenamtliche Katholische Standortpfarrer für die Standorte Euskirchen und Metternich, Pater Arno OFM, (r.) im Rahmen des „Tages der Infanterie“ an der Infanterieschule in Hammelburg gemeinsam einen ökumenischen Feldgottesdienst

(Text u. Fotos: Peter M. Pillich)

GKS IM WB V – TAUBERBISCHOFSHHEIM:

Es war einmal...

... so fangen Märchen an und so hört man auch Soldaten i.R. reden, wenn Sie über Familienwochenenden oder Soldatenfreizeiten sprechen. Im Seelsorgebezirk Tauberbischofsheim ist es gelungen, ein Familienwochenende der GKS in Heiligkreuztal zu veranstalten, bei dem es manch freudiges Wiedersehen nach langer Zeit gab.

Das reichhaltige Programm, u.a. mit einem Vortrag des Geschäftsführers der GKS im Wehrbereich V über die GKS, ließ dennoch am Samstag Zeit, den Nachmittag mit dem ehemaligen Militärpfarrer Walter Eckert, jetzt Stadtpfarrer in Sigmaringen, zu verbringen.

Nach einem Stadtspaziergang mit „geistlicher Führung“ wurde ein Abendgottesdienst zusammen mit Kindern und Jugendlichen gefeiert,

der das vertraute Miteinander früherer Zeiten sofort wieder lebendig werden ließ. Mit dem gemeinsamen Abendessen im Gemeindehaus und einem gemütlichen Abend, bei dem Erinnerungen ausgetauscht, alte Bilder und Dias betrachtet wurden, klang ein sehr harmonischer Tag aus.

Am Sonntag waren sich beim Rückblick auf dieses Wochenende alle einig, dass dies nicht das einzige bleiben sollte. Im Namen aller Anwesenden dankte daher A. Vollkommer mit ei-

nem kleinen Geschenk dem Ehepaar Schaffner, durch dessen Mühe und Engagement dieses Treffen überhaupt möglich wurde.

(Text u. Foto: A. Vollkommer)



Gruppenfoto vor dem Sigmaringer Schloss

GKS WB VI – NEUBURG: „Gemeinsam sind wir stark!“

Unter diesem Motto startete mit 62 gut motivierten Teilnehmern am Freitag, den 23. Juli, das diesjährige Wochenendzeltlager der GKS-Neuburg/Donau. In der Wilhelm-Frank-Kaserne, des Jagdgeschwaders 74 „Mölders“ begann gegen 17:30 Uhr, als es endlich aufhörte zu regnen, der Aufbau des Zeltlagers. Vor dem Abendgrillen bastelten die Väter mit ihren Kindern noch Gruppenfahnen.

Die Stadtfeuerwehr Neuburg/Donau besuchte uns am Samstag mit zwei Tanklöschfahrzeugen und wies uns in diese ein (Foto r.). Der Nachmittag war geprägt von einer Kinderolympiade, bei der es im Wettkampf und bei Spielen um Punkte und Preise ging. Am Abend saßen alle etwas müde aber glücklich am Lagerfeuer bei Gitarrenmusik.

Mit dem Sonntag kam auch das Ende des Zeltlagers. Um nicht nur „einfach“ auseinander zu gehen, feierten wir mit dem Katholischen Militärpfarrer Hans Meyer (Roth) und dem Evangelischen Militärpfarrer Karl-Heinz Wendel (Neuburg) und weiteren 120 Gästen noch ein „ökumenisches Pfarrfest“, das mit einem Feldgottesdienst eröffnet

wurde. Der eindrucksvolle Gottesdienst brachte uns das Motto des Zeltlagers nochmals nahe.

Der Pfarrgemeinderat beim katholischen Standortpfarrer Neuburg/Donauwörth/Heidenheim-Dillingen, die GKS-Neuburg/Donau sowie der Mitarbeiterkreis beim evangelischen Standortpfarrer haben in Zusammenarbeit mit der Geschwaderführung des Jagdgeschwaders 74 „Mölders“, allen voran der Kommodore Oberst Ludwig Frank, Großartiges geleistet. Seit Schließung der Heereskaserne konnte dort erstmals wieder ein Pfarrfest durchgeführt werden. Bleibt zu hoffen, dass das Begonnene im nächsten Jahr fortgeführt wird.

Im Anschluss an den Gottesdienst fand ein Fußballspiel zwischen Soldaten

und einer Gruppe Kosovo-Albanern statt. Auch hier wieder: Gemeinsamkeit macht stark.

Es wurde zusammen gefeiert, gegessen, gespielt und gesungen. Es war ein frohes Fest. Der Erlös wird für die Kriegskindernothilfe gestiftet. Solche Veranstaltungen sollten regelmäßig durchgeführt werden, sie fördern nicht nur den Geist sondern auch die Ökumene.

(Text u. Foto: Georg Schneeberger)



Ehrenschutz

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos hat sich angesichts des Kosovo-Einsatzes der Bundeswehr erneut für einen rechtlichen Ehrenschutz deutscher Soldaten ausgesprochen. Einem Bericht der *Stuttgarter Zeitung* zufolge sei es für ihn ein unerträglicher Zustand, dass die Bundeswehrangehörigen nach derzeitiger Rechtsordnung ungestraft als Mörder beschimpft werden könnten. Das müsse in Ordnung gebracht werden, forderte Glos von der rot-grünen Koalition, in der sie jetzt „Turnschuhe gegen Soldatenstiefel“ vertauscht hätten. Der Verteidigungsminister müsse ein Interesse daran haben, dass die Soldaten vor solchen Beschimpfungen geschützt werden.

(dibu) aus:
Bundeswehr aktuell Nr. 18

Renovabis: 600.000 Mark für Diözesanzentrum in Russland

Rund 600.000 Mark hat die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Renovabis, für ein Diözesanzentrum im ostsibirischen Irkutsk zur Verfügung gestellt. In dem Gebäude, das gemeinsam mit der neuen Kathedrale bis Oktober 2000 eingeweiht werden soll, werden auch die Wohn- und Arbeitsräume für den Bischof, die Mitarbeiter und Ordensschwestern sowie die Redaktion der Kirchenzeitung Platz finden, wie Renovabis am 23. August in Freising mitteilte. Am 5. September werde der Eckstein der neuen Kathedrale durch den Apostolischen Nuntius bei der Russischen Föderation, Erzbischof John Bukovsky, den kirchlichen Segen erhalten.

In Irkutsk, der Hauptstadt Ostsibiriens am Baikalsee, gibt es eine katholische Gemeinde mit derzeit rund 500 Gläubigen. Die ehemalige Pfarrkirche wurde unter Stalin enteignet und zu einem Konzertsaal für Orgel- und Kammermusik umgebaut. Die Stadtverwaltung überließ der katholischen Kirche nun ein Grundstück für den Neubau der Kirche und des Diözesanzentrums. Die im Mai dieses Jahres neu eingerichtete Apostolische Administratur ist die dritte „Diözese“ in ganz Russland. Sie bildet mit zehn Millionen Quadratkilometern die flächenmäßig größte katholische Diözese der Welt und reicht vom zentral-sibirischen Strom Jenissej im Westen bis zur pazifischen Hafenstadt Wladiwostok im Osten und von der Beringstraße im Norden bis zur chinesischen Grenze im Süden. In der Apostolischen Administratur leben rund 50.000 Katholiken. (KNA)

Änderungsmeldung Förderkreis GKS

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e. V.



ÄNDERUNGSMELDUNG

☐ Umzug ?

☐ Kontoänderung?

Bitte unbedingt angeben

Mitgliedsnummer			
Name, Vorname			
<i>Alte Anschrift</i>			
Straße, Hs.-Nr.:			
PLZ, Ort			
Wehrbereich			
GKS - Kreis			
<i>Neue Anschrift</i>			
Straße, Hs.-Nr.:			
PLZ, Ort			
Wehrbereich			
GKS - Kreis			
<i>Bankverbindung</i>			
Kreditinstitut			
BLZ	Konto-Nr.:		
Hiermit ermächtige ich den FÖKS e. V. widerruflich den Jahresbeitrag zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen.			
Ort, Datum, Unterschrift			
Dann füllen Sie bitte das Formular aus und senden es an folgende Adresse: Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e. V. Schatzmeister Hubert BERNERS Mecklenburger Straße 11 48317 Drensteinfurt			
FAX: 02508-985576	Tel: 02508-984639	e-mail: Hubert.Berners@t-online.de	

TERMINE 1999 / 2000

1999					
16./16.10.	SA K&I Garlstadt		dienst zum Weltfriedens-	26.-28.05.	Vorbereitungssseminar für
18.10.	SA InFü Bonn		tag im Kölner Dom		den 94. Deutschen Kath.
20.-24.10.	Seminar 3. Lebensphase	28.01.	JEmpfang MGv für Vorst.	31.05.-04.06.	Tag in Waldbröl
	in Nürnberg		ZV und EA GKS in Bonn		94. Kath.Tag Hamburg
23.10.	Vorstand ZV in Bonn	29.01.	Vorstand ZV Bonn	17.06.	mit zentraler Werkwoche
01.-05.11.	GKS-Akademie Oberst	21.02.	Redaktionsschluss	19.06.	Vorstand ZV Bonn
	Helmut Korn in Fulda		AUFTRAG 239	14.-18.06.	EA GKS Bonn
04.11.	IS Bonn	26.02.	BV GKS Bonn		Seminar 3. Lebensphase
15.11.	EA GKS in Bonn	15./16.03.	GKMD ständiger ArbKrs	21.08.	in Cloppenburg
18.11.	AGKOD-Deleg-Konf		Marienhof bei Bonn		Redaktionsschluss
18./20.11.	ZdK-Vollversammlung	15.-19.03.	Seminar 3. Lebensphase	22.-24.09	AUFTRAG 241
19.-21.11.	AK/WB-Konf WB II in		in Nürnberg		BV GKS im KSI Bad
	Worphausen	03.04.	EA GKS Bonn	18. - 22.10.	Honnef
25.11.	Redaktionsschluss	29.04.-01.05.	Vorkonferenz WdB		Seminar 3. Lebensphase
	AUFTRAG 238	01.05.-06.05.	40. WdB in der Kolping-	21.10.	in Nürnberg
29.11.	SA InFü Bonn		Familienferienstätte am	12.-15.11.	Vorstand ZV Bonn
			Kummerower See/Meck-	15.-22.11.	AMI-Konferenz in Rom
			lenburg-Vorpommern		Internationale Rom-
		03.-05.05.	GKMD Haupttagung FD		Wallfahrt der Militär-
2000		19.05.	EA GKS Bonn	23.11.	seelsorge zum Hl. Jahr
17.01.	EA GKS Bonn	22.05.	Redaktionsschluss		Redaktionsschluss
20.01.	Internat. Soldatengottes-		AUFTRAG 240		AUFTRAG 242
				27./28.11.	Herbstkonferenz

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK – Arbeitskonferenz des Wehrbereichsdekans, AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGv – Militär-generalvikar, SA InFü – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung

Erhalten Sie die Zeitschrift AUFTRAG regelmäßig? – Gibt es Probleme mit der Zustellung?

Stimmt Ihre Anschrift nicht, hat sich Ihre persönliche Situation (Umzug, Versetzung, Dienstgrad, Pensionierung ...) geändert?

Mitgliedern des Fördervereins der GKS (FGKS) wird AUFTRAG als Einzelexemplar ins Haus gesandt.

Füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und schicken Sie ihn im Fensterumschlag an die eingetragene Adresse



Bitte senden Sie die GKS-Zeitschrift AUFTRAG an die folgende Anschrift:

Name:

Vorname:

Dienstgrad/Titel:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz
Postfach 37 68

51537 Waldbröl

Bitte ankreuzen: Ich bin

- ☐ Mitglied im FGKS
- ☐ möchte Mitglied im FGKS werden
- ☐ Vorsitzender im GKS-Kreis in
- ☐ Ansprechpartner der GKS in
- ☐ Mitglied im Sachausschuss

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang
Gründer der Altendorf-Stiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, Publizist, gelegentliche Beiträge im AUFTRAG.

Bringmann, Jürgen
Oberst a.D., Referent des Bundesvorstandes der GKS, Bonn

Döge, Dr. rer. pol. Peter
Leiter des Berliner Instituts für angewandte Innovations- und Zukunftsforschung; der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Haupttagung der Katholischen Männerarbeit am 6. Mai 1999 in Fulda, erschienen in „Mann in der Kirche“.

Dunkel, Winfried
Generalmajor, Amtschef des Streitkräfteamtes in Bonn, Mitglied des ZdK. Beitrag aus: „Salzkörner“ Nr. 3/Juni 1999, S. 6.

Frank, Hans
Vizeadmiral und Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr. Beitrag aus: „Salzkörner“ Nr. 4/August 1999, S. 6.

Görlisch, Joachim Georg
Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in „Die Tagespost“ und AUFTRAG.

Havermann, Heinrich
Oberstleutnant a.D.; von 1982 bis 1994 Vorsitzender der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (ZV); Veröffentlichungen zu (militär-/kultur-)historischen Themen, u.a. AUFTRAG 218 „Wallfahrt in Frankreich“; Beauftragter der GKS für Seminare 3. Lebensabschnitt in Stapelfeld.

Heinz, Manfred
Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent im Referat „Kirche und Gemeinde“ des KMBA, Bonn, Geschäftsführer der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs.

Jermer, Helmut
Oberstleutnant im Streitkräfteamt, Mitglied im ZdK und in der Zentralen Versammlung, Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung“ der GKS.

Liebetanz, Klaus
Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland, Dörverden/Aller.

Klein, Carmen
Studentin der Rechtswissenschaften an der Uni Köln, gelegentliche Publikationen im Weltbild und im AUFTRAG

Overmann, Pater Michael
Mitglied der Ordensgemeinschaft der Salvatorianer; Dipl. Sozial-Pädagoge u. Dipl. Theologe; Pfarrer für den Bundesgrenzschutz in Berlin.

Schmitz, D.
Hauptfeldwebel und Feuerwerker an der Technischen Schule des Heeres/Fachschule des Heeres für Technik in Aachen, Diakon in der Gemeinde St. Gerardus Majella im Bistum Roermond/NL.

Schumacher, Dr. Rolf
Leiter des politischen Referates und der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK. Beitrag aus: „Salzkörner“ Nr. 4/August 1999, S. 11.

Strosing, Bernhard H.
Dipl.-Ing., Oberstleutnant a.D., Meckenheim, ehem. Sprecher GKS-Kreise Bogen und München im Wehrbereich VI.

Stuff, Eckhard
Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen in AUFTRAG.

Thoma, Jürgen
Oberfähnrich im Logistikregiment 10, Veitshöchheim.

**AKADEMIE OBERST
HELMUT KORN**



Auch Soldaten fragten ihn:
„Was sollen wir tun?“ (Lk 3.14)

IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN

WELCHES LEITBILD PRÄGT DEN SOLDATEN AN DER JAHRTAUSENDWENDE

**7. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn
zum Selbstverständnis katholischer Soldaten**

vom 1. bis 5. November 1999

im Bonifatiushaus Fulda



Logo des
Fuldaer
Bonifatius-
hauses

Beratung

„Leitfaden für Arbeitslose“, 16. Aufl. (auf aktuellem Stand), Fachhochschulverlag, Frankfurt Main, 1999, 508 S., 20,- DM (inkl. Versandkosten)

Wer hoffte, mit der Überführung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) in das Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) kehre endlich Ruhe im Arbeitslosenrecht ein, hat sich getäuscht. Allein im letzten halben Jahr wurde das Arbeitslosenrecht dreimal entscheidend geändert: durch das Entlassungsentschädigungs-Änderungsgesetz (vom 24. März 1999), durch die 6. Verordnung zur Änderung der Arbeitslosenhilfe-Verordnung (vom 18. Juni 1999) und zuletzt durch das 2. SGB III-Änderungsgesetz (vom 21. Juli 1999). Alle diese Änderungen berücksichtigt bereits die am 1. August 1999 erschienene 16. Auflage des „Leitfadens für Arbeitslose“.

Der Leitfaden informiert auf über 500 Seiten detailliert u.a. über die Voraussetzungen und die Berechnung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, über die Anrech-



nung von Nebeneinkommen und Abfindungen auf das Arbeitslosengeld und über die Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen bei der Arbeitslosenhilfe. Der Leitfaden gibt auch für Nichtjuristen verständliche Antworten auf die Frage, welche Arbeitslosen zugemutet werden können,

wann eine Sperrzeit droht und wie Arbeitslose sich gegen ungerechtfertigte Sperrzeiten mit Widerspruch und Klage wehren können; hierbei hilft ein ABC der wichtigsten Gründe, die eine Sperrzeit unzulässig machen.

Umfangreich werden die Fördermöglichkeiten für Arbeitslose und für Betriebe, die Arbeitslose einstellen, beschrieben; eine erstmals zusammengestellte Ideenbörse weist neue Wege zur „Freien Förderung“ von Arbeitslosen und Projekten. Ein abschließendes Kapitel „Sozialhilfe für Arbeitslose“

unterrichtet über zusätzliche Hilfen für Arbeitslose mit niedriger Arbeitsamtsleistung.

Bestellung (mit Postkarte oder Fax) gegen Rechnung beim Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: (069) 1533-2820, Fax: (069) 1533-2840, e-mail: fhverlag@verlag.fh-frankfurt.de

Lebensgestaltung

Christopher Reeve: „Immer noch ich – Mein zweites Leben“. Deutsch von Katharina Ganslandt. 383 Seiten. Gebunden. Zahlreiche Schwarz-weiß-Abbildungen. DM 39,90. ISBN 3-7951-1709-7.

Sterben wäre vielleicht leichter gewesen. Dies ist Christopher Reeves erster Gedanke, als er aus dem Koma erwacht. Ein Reitunfall hat dem Schauspieler das Genick gebrochen, er ist vom zweiten Halswirbel abwärts gelähmt. Doch dann rettet seine Frau Dana ihm das Leben – mit den Worten: „Du bist immer noch du, und ich liebe dich!“ Dieses Bekenntnis ist auch der Titel von Christopher Reeves Autobiographie. Sie ist ein faszinierendes Protokoll menschlicher Willensstärke – und gleichzeitig das Porträt eines ungewöhnlichen Menschen, der seinen Schicksalsschlag als Chance für ein neues, zweites, erfülltes Leben genutzt hat.

Inzwischen ist er ein Kämpfer und Aufklärer in Sachen Rückenmarksverletzungen. Gerade konnte man ihn in der Neufilmung „Das Fenster zum Hof“ nach Alfred Hitchcock sehen, als Mann im Rollstuhl, der ein Verbrechen beobachtet. Aber „Immer noch ich“ erzählt auch die andere Seite der Geschichte: die Zweifel, die Angst, die immer wieder gestellte Frage: „Warum gerade ich?“

Christopher Reeve blickt in seinem Buch zurück auf all das, was ihn zu dem gemacht hat, was er immer noch ist: ein „Superman“ in einer neuen Bedeutung des Wortes. Da gab es eine Kindheit in einem instabilen Elternhaus, das komplizierte Verhältnis zu seinem nur ein Jahr jüngeren Bruder, die Schwierigkeiten in seinen Beziehungen zu Frauen – bis er Dana, der Frau seines

Lebens, begegnete. Und die Karriere in Theater und Film – dessen Superman er lange perfekt verkörperte.

Dass ein Schauspieler eine Rolle, die er lange perfekt spielte, nun in einem ganz anderen Sinne wieder lebt und wirklich vorlebt – das ist die eigentliche Aussage dieser Autobiographie. „Superman“ – das ist mehr als ein Muskelheld mit übernatürlichen Fähigkeiten – das ist ein Mensch, der sein Leben, mit Hilfe einer starken, liebenden Frau, auch nach einem schweren Schicksalsschlag, an- und auf sich nimmt und bewältigt. (J.B.)

Kirche

Helmut Moll: Die katholischen deutschen Martyrer des 20. Jahrhunderts. Ein Verzeichnis. Hrsg. i.A. der Deutschen Bischofskonferenz. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1999; 83 S., DM 9,80 (s.a.S. 35 f. in diesem AUFTRAG).

Der Einführungsband für die „Zeugen für Christus“ ist der Schlüssel zum Gesamtwerk. In tabellarischer Kurzform informiert der Band rasch und zuverlässig über die wichtigsten Lebensdaten aller im „Deutschen Martyrologium“ ausführlich dargestellten Personen. Ein wertvoller Überblick zur ersten Information und eine wichtige Hilfe für die Benutzer des Gesamtwerks!

Einführungsband und Martyrologium sind nach denselben Kriterien aufgebaut. Für das Territorium der Deutschen Bischofskonferenz sowie unter Berücksichtigung der Deutschen im Ausland wurde nach sorgfältiger Prüfung eine Ausfächerung in vier Kategorien vorgenommen:

- Blutzeugen unter Hitlers Terror
- die Blutzeugen des Kommunismus

- das „martyrium puritatis“ von Mädchen, Frauen, Ordensschwestern und ihrer Beschützer
 - die Blutzeugen aus den Missionsgebieten
- Die Auswahl der Martyrer und Martyrerinnen entspricht den gültigen Maßgaben der römischen Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsverfahren.

Der Herausgeber, Prälat Dr. Helmut Moll, studierte kath. Theologie und Geschichte und promovierte 1973 bei Prof. Dr. Joseph Ratzinger. Nach Diensten in der römischen Kurie bis 1995 ist der Priester der Erzdiözese Köln heute noch als theologischer Konsultor an der römischen Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsverfahren tätig.

Manfred Lütz, Der blockierte Riese, Psycho-Analyse der Katholischen Kirche, Pattloch Verlag, Augsburg, 208 Seiten, ISBN 3-629-00673-6, DM 29,90

Dr. M. Lütz ist Facharzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Theologe. Er arbeitet als Chefarzt eines psychiatrischen Krankenhauses in Köln und ist Berater von Wirtschaftsunternehmen. Vielen Fernsehzuschauern ist er als engagierter Verteidiger der katholischen Kirche und Katholischer Glaubensüberzeugungen bekannt. Er ist wegen seiner zwingenden Logik und oftmals „spitzen“ Zunge geschätzt aber auch „gefürchtet“.

Mit diesem Buch versucht der Autor dem Phänomen Wunder, Sakrament, Kirche näher zu kommen. Das Buch ist in Teilen schwer zu lesen, weil die Fachausführungen über die Erfahrungen und Entwicklungen der Psychotherapie ohne Fachlexikon kaum zu verstehen sind. Man muss jedoch oftmals darauf zurückgreifen, weil nur so verständlich wird, was von „Angelernten“ der Kirche angelastet oder mit unwissenschaftlicher Argumentation unter's „Volk“ gestreut wird. Umso eindringlicher waren die Teile, die sich konkret mit der Situation unserer Kirche in der Geschichte, in Deutschland und in der Welt befassen.

Die Beleuchtung der historischen Gegebenheiten (belegt durch anerkannte Historiker), die Betrachtung der ständigen Erneuerung der Kirche führen zu der Erkenntnis, dass hinter oder in der Kirche eine Kraft wirkt, die nicht von dieser Welt ist.

Die provokativen Überschriften „warum dieser Saustall zweitausend Jahre nicht untergegangen ist“ oder „die ersten Christen konnten sich ihre Löwen nicht aussuchen“, führen zu den Ressourcen, aus denen die Kirche lebt. Und eben dieses „Gehaltensein“ im H. Geist ist die Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Kirche und den von Christus gestifteten Sakramenten. Das Kapitel VIII bringt dann auch Ausblicke, wie der blockierte Riese (mit göttlicher Hilfe) seine derzeitigen Schwierigkeiten überwinden kann. Am Beispiel der Päpste im 18., 19. und 20. Jh. erläutert der Autor die hohe moralische und sittliche, aber auch Glauben vermittelnde Kraft des derzeitigen Papstes als Mann Gottes in dieser Zeit.

Zum Schluss deutet Lütz Wege an, wie der einzelne Christ mit Blick auf große Vorbilder die Richtung beeinflussen kann, wenn er sich an das Jesus-Wort erinnert: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“. (H.F.)

Das politische Buch

Christian Graf von Krockow: *Churchill. Eine Biographie des 20. Jahrhunderts. Hoffmann und Campe, Hamburg 1999, 384 S., DM 44,90*

Biographie einer Jahrhundertgestalt

Wenn die Geschichtsbücher kommenden Jahrhunderte unserem Zeitalter einige Seiten widmen, wird ein Name nicht fehlen: Winston Spencer Churchill. Bevor er in der Stunde der größten Gefahr für die zivilisierte Welt, im Jahr 1940, englischer Premierminister wurde; hatte er seinem Land schon in vielen hohen Ämtern gedient: mit 32 Jahren wurde er Unterstaatssekretär für die Kolonien, danach Wirtschaftsminister, Innenminister, Erster Lord der Admiralität, Rüstungsminister, Kriegs- und Luftfahrtminister, Kolonialminister, Schatzkanzler. Über sechs Jahrzehnte hinweg war Winston Churchill leidenschaftlicher Parlamentarier; außerdem ein begabter Maler und bedeutender Schriftsteller. 1953 erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Ein gewaltiges, für heutige Verhältnisse kaum vorstellbares Lebenswerk also. Wenn jedoch die Geschichtsbücher späterer Jahrhunderte den Namen Winston Spencer Churchill nicht übergehen dürfen, so liegt die Ursache dafür in seinem Wirken in den dreißiger und vierziger Jahren. So sieht es auch Christian Graf von Krockow in seiner neuen Churchill-Biographie: „Die Alternative zum Kommunismus war nicht der Faschismus (oder umgekehrt), sondern den wirklichen Gegenpol zu beiden Bewegungen bildeten die liberalen westlichen Demokratien, in erster Linie Großbritannien und der Vereinigten Staaten von Amerika. Und der exemplarische Gegenspieler Hitlers war nicht Stalin, sondern Winston Churchill. Dabei war er nicht nur der Mann, der Hitler den Weg zum „Endsieg“ im Westen versperrte, sondern auch der strikte Antikommunist, für den 1945 erst die halbe Arbeit getan war.“

So kann es denn auch nicht verwundern, dass Churchills Wirken im Zweiten Weltkrieg den Löwenanteil des Buches ausmacht. Dazu gehört auch die Vorgeschichte, die unermüdlichen Warnungen Churchills vor der Gefahr des Nationalsozialismus in den dreißiger Jahren.

Als 1932 die Weimarer Republik dahinsiecht, ist Churchill 58 Jahre alt und politisch erledigt. Er hat sich mit der Führung der Konservativen Partei über Fragen der Kolonialpolitik zerstritten. Jetzt ist er vereinsamer Hinterbänkler, verspottet und bei vielen verhasst. Aber er erkennt früher als andere die Zeichen der Zeit; redet und schreibt andauernd von der tödlichen Gefahr, die von den Nazis ausgeht. Doch er bleibt viele Jahre der einsame Rufer in der Wüste. Erst als Hitler schließlich das Münchener Abkommen bricht und im März 1939 auch die restliche Tschechoslowakei zerschlägt, wird Churchills Landsleuten seine Bedeutung wieder klar. Im Krieg wird er zunächst Marineminister und am 10. Mai 1940 schließlich Premierminister. Es ist der Tag des Beginns des deutschen Angriffs auf Frankreich. Churchills eigene Worte dazu: „Endlich besaß ich die Macht zum Handeln. Es war ein Gefühl, als sei die Vorsehung selbst an meiner Seite und als sei mein ganzes bisheriges Leben nur eine Vorbereitung auf diese Stunde und diese Schicksalsprobe

gewesen.“ Dazu Krockow: „Der Gegenspieler bedarf des Spielers; Churchill wäre nicht er selbst geworden ohne Hitler, jedenfalls keine geschichtliche Figur von Bedeutung.“

In den folgenden Monaten führt Churchill England durch die schwerste Zeit: nach dem schnellen Sieg über Frankreich steht allein das Königreich gegen Hitler. Churchill analysiert die Situation richtig und macht sie in seiner unnachahmlichen Art über Rundfunk am 18. Juni 1940 deutlich: „Die Schlacht um Frankreich, wie General Weygand sie nannte, ist jetzt zu Ende. Die Schlacht um England wird wohl bald beginnen. Von ihr hängt das Überleben der christlichen Zivilisation ab. Von ihr hängen unsere eigene Lebensform und die lange Überlieferung unserer Institutionen und unseres Reiches ab. Sehr bald schon werden wir den Hass und die ganze Gewalt des Feindes zu spüren bekommen. Hitler weiß, dass er entweder uns und unsere Insel unterwerfen muss oder den Krieg verlieren wird. Wenn wir ihm standhalten, kann Europa befreit werden und die Welt sich vorwärts bewegen zu besonnenen Höhen. Doch wenn wir versagen, wird die ganze Welt - einschließlich der Vereinigten Staaten - in die Tiefen eines finsternen Zeitalters geraten, vielleicht noch zusätzlich verdunkelt und verlängert durch die Errungenschaften missbrauchter Wissenschaft. Lasst uns unsere Pflicht tun, und lasst sie uns so tun, dass sogar nach tausend Jahren, wenn es dann noch ein britisches Reich und sein Commonwealth gibt, die Menschen sagen werden: 'Das war ihre beste Stunde.'“

Krockows Churchill-Biographie ist gut lesbar und bringt so die Jahrhundertgestalt hoffentlich vielen Lesern näher. Es muss jedoch gesagt sein, dass auch Krockow die geniale, knapp gefasste Churchill-Biographie aus der Feder Sebastian Haffners nicht übertrifft. (Eckhard Stuff)

An anderer Stelle besprochen

Gareis/Zimmermann (Hrsg.): Sicherheitspolitische Kommunikation; in: Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, NOMOS Baden-Baden, 1999, 148 S., DM 48,00 (s.S. 4 in diesem AUFTRAG).

Beiträge zur Friedensethik Nr. 31: Ludwig Jacob/Heinz-Gerhard Justenhoven (Hrsg.) „Wehrstruktur auf dem Prüfstand. Zur Debatte über die neue Bundeswehr.“ Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1998 (s.S. 18 in diesem AUFTRAG).

Andreas Krause: Scapa Flow. Die Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte. Ullstein-Verlag, Berlin, 1999, 432 S., DM 48,00 (s.S. 30 in diesem AUFTRAG).

Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen: Der Krieg der Generale. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht. Propyläen Verlag, Berlin 1999, 304 S., DM 39,90 (s.S. 30 in diesem AUFTRAG).

Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1999, 592 S., DM 58,00 (s.S. 58 in diesem AUFTRAG).

ZU GUTER LETZT

GEFUNDEN:

Im Zeugenstand

Der Husarengeneral Hans Joachim von Ziethen war im Siebenjährigen Krieg einer der tapfersten und bedeutendsten Generale. Friedrich der Große mochte ihn besonders gern und lud ihn immer wieder in seine abendliche Tischrunde ein. So auch an einem Karfreitag. Von Ziethen ließ sich entschuldigen, er sei unabhkömmlich, da er zum Abendmahl gehe.

Eine Woche nach Ostern saß von Ziethen dann wieder an der Tafel Friedrichs des Großen. Mitten in der Unterhaltung unterbrach Friedrich der Große das Gespräch und sagte zu von Ziethen: „Na, mein lieber von Ziethen, wie ist ihm denn das Abendmahl am Karfreitag bekommen, hat er den Leib und das Blut Christi auch ordentlich verdaut? Gespannte Stille. Von Ziethen erhob sich: Königliche Majestät, Ihr wisst, dass ich bereit bin, auf Euren Befehl alles einzusetzen, Leben, Leib und Gut. Aber es ist noch eine Majestät über euch, die lasse ich nicht antasten. Ich gebe euch einen Rat, Majestät: Wenn Ihr dem Volk und den Soldaten diesen Heiland abspenstig macht, grabt Ihr euch selbst das Grab. Halten zu Gnaden, Majestät!“ Die ganze Versammlung hielt den Atem an und wartete ängstlich, was nun kommen würde. Der König erhob sich, legte seine Hand auf die Schulter des Generals und sagte: „Von Ziethen, glücklicher von Ziethen. Um einen solchen Glauben beneide ich ihn!“

Wenn wir unser Christuszeugnis mutig, ehrlich und unbekümmert weitersagen, werden wir neben Hohn und Spott auch Anerkennung und Aufhören finden. Wir haben doch die beste Nachricht der Welt weiterzugeben. Viele warten darauf, andere werden darauf gestoßen. Christen sind immer im Zeugenstand.

Gerald J. Petzold, gefunden im
Soldatenjahrbuch der Evangelischen
Militärseelsorge 1999, 19.KV



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Oberleutnant Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637 oder 02295-1044 (bt), e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.